

TAGESSCHAU

POLITIK

Rücktritt: Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und baden-württembergische Parteichef Morlok legt alle Parteiamter nieder. Als Grund gab er die Berufung in die Leitung der Landesentwicklungsgesellschaft Städtebau an. (S. 4)

Apel: „Mich schreckt das Beispiel Bömer in Hessen.“ Mit diesen Worten wies der Spitzenkandidat der Berliner SPD in einem WELT-Gespräch jeden Gedanken an eine wie immer geartete Zusammenarbeit mit den Alternativen nach den Wahlen im kommenden März zurück. (S. 12)

EKD-Synode: Schleswig-Holsteins Regierungschef Barschel sieht die Gefahr, daß Sekularer versuchen könnten, Kirche und Staat zu „demonstrieren“. (S. 4)

Ostsee-Öl: Die Sowjetunion ist bei Probebohrungen vor der Küste von Königsberg in 2000 Meter Tiefe auf hochwertiges Öl gestoßen. Weitere Bohrungen sollen die Größe des Feldes bestimmen.

Ausreisen: Die „DDR“ will in diesem Jahr noch mehrere tausend Menschen ausreisen lassen. (S. 6)

Nicaragua: Die Junta hat nach dem Wahlsieg Präsident Reagans die Streitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt und die Bevölkerung vor einer möglichen US-Invasion gewarnt. Außenminister d'Escoto dementierte Berichte, wonach Managua moderne Kampfflugzeuge von den Sowjets erhalte.

Chile: Die nächtliche Ausgangssperre ist auf sechs Städte ausgedehnt worden. Pressezensur und Versammlungsverbot wurden verschärft, so daß praktisch jegliche politische Aktivität der Opposition verboten ist.

Kontinuität: Präsident Reagan will in den Schlüsselpositionen seiner Administration kaum personelle Veränderungen vornehmen. Auch Außenminister Shultz bleibt im Amt. (S. 12)

Protest: Der Grenzwissenschaftler, bei dem ein Flüchtling auf österreichischem Gebiet von CSSR-Grenzern erschossen wurde, hat die Beziehungen zwischen Wien und Prag stark belastet.

Heute: Urteil im Münchner Langemann-Prozess. (S. 7)

WELT-Report Stahl '84

Im zehnten Jahr ihrer Krise zeichnet sich für die deutschen Stahlunternehmen ein Weg aus den hohen Verlusten ab. Ein erneuter Sturz ist jedoch nicht ausgeschlossen. Zu ungewiß ist noch die Linie der Stahlpolitik in der Europäischen Gemeinschaft. Zuversichtlich stimmt, daß die Regierung in Bonn energischer als ihre Vorgängerin die deutschen Stahlinteressen gegenüber den Nachbarn in der EG vertritt. Seiten 1-1X

WIRTSCHAFT

Luftfahrt: Airbus Industrie hat auf dem Großflugzeug-Markt einen Anteil von 30 Prozent und auf dem gesamten Verkehrsflugzeugmarkt von 15 Prozent erreicht. Um dem Verdrängungswettbewerb der Amerikaner standhalten zu können, wird die Beteiligung weiterer europäischer Länder angestrebt. (S. 13)

Welthandel: Die USA und die Sowjetunion werden im Januar erstmals seit Ende 1978 wieder Gespräche über den gegenseitigen Gütertausch führen. (S. 14)

TUI: Europas größtes Reiseunternehmen konnte im Geschäftsjahr

1983/84 seine Marktposition weiter ausbauen. Mit 2,24 (Vorjahr: 2,19) Millionen Urlaubern erzielte die TUI einen Umsatz von 2,43 (2,40) Milliarden DM. (S. 15)

Automarkt: BMW erwartet trotz streikbedingter Ausfälle für 1984 eine leichte Verbesserung des Umsatzrekords von 1983. (S. 15)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern schwächer. Am Rentenmarkt hielten sich die Käufer zurück. WELT-Aktienindex 158,2 (158,6); Dollarmittelkurs 2,3375 (2,3152) Mark; Goldpreis je Feinunze 347,10 (347,60) Dollar.

ZITAT DES TAGES

99 Selbst die Bezieher mittlerer Einkommen werden doch heute schon wie Spitzenverdiener besteuert. Das ist ausgesprochen unsozial, und das wollen wir ändern 99



Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in einem Interview der Wirtschaftszeitung „Aktiv“, in dem er die Belastung der Bürger durch Steuern, Renten- und Sozialversicherung als untragbar hoch bezeichnete. FOTO: GAMMA/STUDIO X

KULTUR

Ballett: Rauschenden Beifall ertönten Maurice Béjart und seine beiden Stars Marcia Haydeé und John Neumeier mit „Ioncosco“. Die Stühle in Stuttgart. Das Stück soll später auch in Hamburg aufgeführt werden. (S. 21)

Neuer Schauspielchef: Der Theaterkritiker Günther Rühle, Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, soll neuer Intendant in Frankfurt werden. Er löst Adolf Dresens ab, der vorzeitig ausscheidet. (S. 21)

SPORT

Fußball: Das Bundesligaspiel Mönchengladbach - München droht morgen auszufallen. Nebel in Warschau verhindert den Rückflug der Gladbacher nach ihrem Europapokalspiel in Lodz. (S. 9)

Tischtennis: Die deutsche Nationalmannschaft besiegte überraschend Polen mit 4:3 und behauptete in der Europaliga den zweiten Tabellenplatz hinter der Tschechoslowakei.

AUS ALLER WELT

Raumfahrt: Nach der gestern ins All geschossenen US-Raumfähre „Discovery“ soll heute nach der europäischen Konkurrenzrakete „Ariane“ vom Raumfahrtzentrum in Kourou, Französisch-Guayana, starten. Sie soll zwei Nachrichtensatelliten in eine Erdumlaufbahn bringen. (S. 22)

Mörderischer Streit: In einem französischen Krankenhaus töteten zwei Narkose-Ärzte eine ihnen völlig unbekannte Patientin. Sie wollten ihren Chefarzt in Schwerekranken bringen. (S. 22)

Wetter: Wechselnd bewölkt, kaum Niederschlag. Bis 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Das abgelaufene Auto rollt bereits durchs Parlament - Steuerung durch Steuer S. 2

„Jäger 90“: Politische Turbulenzen drohen - Rüdiger Moniac über den Jäger der Zukunft S. 3

Deutschlandpolitik: Die SPD-Fraktion legt ein neues Positionspapier vor S. 2 u. 4

Indien nach dem Attentat: Sikh-Soldaten fühlen sich vernachlässigt - Mißtrauen der Hindus S. 7

Fernsehen: Porträt eines der eigenwilligsten französischen Regisseure: Eric Rohmer S. 10

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT - Wort des Tages S. 11

Anthropologie: Wir stammen doch aus Afrika - Theorie nach Fund in Afrika erhärtet S. 22

Reise-WELT: Anney gilt als das Vernichtungsfrankreich. Es liegt am sauberen See Europas. S. 1

In Bonn schwerer Verdacht gegen rumänische Diplomaten

Vorbereitung zu Sprengstoff-Anschlag / Überfall auf Emigrantin in Köln

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Spionageabwehr verlangt, daß fünf rumänische Diplomaten unverzüglich die Bundesrepublik Deutschland verlassen sollen, weil sie an „kriminellen Handlungen“ beteiligt gewesen seien. Nach Informationen der WELT haben Ermittlungen der Spionageabwehr ergeben, daß die fünf rumänischen Auslandsnachrichtendienstes (CIE) sind. Ihnen wird folgendes zur Last gelegt: Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags gegen Radio Freies Europa in München; Steuerung eines Raubüberfalls auf eine rumänische Emigrantin in Köln; versuchte Entführung eines Rumänen, der im Jahr 1984 in der Bundesrepublik Deutschland politisches Asyl erhalten hat. Für den Fall, daß die Entführung des Mannes nach Rumänien nicht gelinge, habe der Auftrag gelaute, er solle ermordet werden.

Bei den betreffenden „Diplomaten“ handelt es sich um Botschaftsrat Constantin Ciobanu (49), der als „Resident“ des Geheimdienstes in Bonn angesehen wird, um den 1. Sekretär Ioan Lupu (44), die 2. Sekretäre Dan Mihoc (39) und Ion Grecu (40) sowie den 3. Sekretär Ion Constantin. Mihoc wird als „Führungsoffizier“ des Nachrichtendienstes eingestuft. Dem Bundeskanzleramt und den

für Sicherheitsfragen zuständigen Ministerien liegen nach WELT-Informationen folgende Erkenntnisse vor:

Erster Fall: Die „Einheit C-428“ des Geheimdienstes in Bukarest bereite Gewaltakte gegen sogenannte „antirumänische“ Personen und Einrichtungen im Ausland vor. Unter dem Codewort „Cobra“ werde dort seit Oktober 1983 ein Sprengstoffanschlag gegen Radio Freies Europa in München geplant. In diese Vorbereitungen seien Ciobanu, Constantin und Mihoc eingeschaltet gewesen. Constantin habe sich am 11. und 12. Oktober 1983 in München aufgehalten und dann einen 15 Seiten umfassenden Bericht nach Bukarest geliefert. In diesem „Einsatzpapier“ seien Beschreibungen der Gebäudeanlagen, der Eingänge, der Büroräume, des Sicherheitspersonals, Lagerräume, Fluchtwegen, Stadtpläne und 20 Fotos enthalten gewesen.

Im Dezember 1983 habe es dann in Bukarest eine „Einsatzbesprechung“ gegeben. Mihoc habe im Januar 1984 den speziellen Auftrag aus Bukarest erhalten, konspirativ spezielle gerichtsmedizinische Fachbücher zu beschaffen über Gifte, die durch spätere pathologische Untersuchungen nicht nachzuweisen sind. Er habe diesen Auftrag ausgeführt.

Zweiter Fall: Anfang Mai 1984 wurde in Köln eine in Rumänien geborene Frau, die deutsche Staatsangehörige ist, in ihrer Wohnung überfallen. Dabei wurde auch Tränengas eingesetzt. Die Frau ist in der rumänischen Emigrantenszene engagiert und bereitet entsprechende Veröffentlichungen vor. Bei dem Überfall, den zwei Männer verübt haben, wurden ihr unter anderem Adressbücher gestohlen. Die Ermittlungen der deutschen Sicherheitsbehörden haben ergeben, daß dieser Raubüberfall unter der Bezeichnung „Rita Corbu“ von der rumänischen Botschaft in Bonn vorbereitet und gesteuert worden sei. Dafür verantwortlich sei Ion Grecu gewesen.

Dritter Fall: Im Mai 1984 ist ein naher Verwandter eines hohen rumänischen Regierungsmitgliedes in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und hat hier um politisches Asyl nachgesucht, das auch gewährt worden ist. Ergebnis der Ermittlungen ist, daß im Juni 1984 in der Zentrale des rumänischen Auslandsnachrichtendienstes in Bukarest eine Besprechung stattgefunden habe. Es sei der Auftrag erteilt worden, den Rumänen mit Gewalt zurückzubringen oder ihn zu ermorden. Diese „Operation“ solle

Fortsetzung Seite 12

Wurbs wehrt sich wegen Millionen-Spende

„Abwicklung lief außerhalb der Schatzmeisterei“ / Gespräch mit der WELT

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesschatzmeister Richard Wurbs (FDP) hat sein Amt als Bundesschatzmeister der Partei in diesem Jahr auch deshalb niedergelegt, weil er den Eingang und die Behandlung einer anonymen Spende über sechs Millionen Mark nicht verantworten konnte. Auf eine gezielte Frage der WELT antwortete Wurbs gestern: „Ja, das war ein Grund.“

Zugleich bestätigte Wurbs, daß er bereits im November vergangenen Jahres gegenüber dem Parteivorstand den Genscher deshalb seinen Rücktritt angekündigt habe. Der FDP-Vorsitzende aber habe ihm gegeben, die Amtsgeschäfte noch bis zu dem vorgezogenen Parteitag im Mai 1984 in Münster zu führen. Wurbs sagte auf Fragen der WELT: „Ich habe mit dieser Spende definitiv nichts zu tun. Ich habe sie nicht akquiriert, und ich habe nichts mit ihrer Abwicklung zu tun gehabt.“ Dies alles sei „außerhalb des Verantwortungsbereichs des Bundesschatzmeisters“ geschehen. Wurbs: „Ich weiß bis heute nicht, wer hinter dieser Spende steht.“

Als dann der Rechenschaftsbericht

vorgelegt worden sei, in dem die sechs Millionen Mark aufgeführt wurden, sei er nicht mehr im Amt gewesen. Wäre er aber noch Bundesschatzmeister gewesen, so sagte Wurbs, „hätte ich ihn wahrscheinlich nicht unterschrieben“. Denn dieses Verhalten widerspreche seinen Vorstellungen über einen geordneten Ablauf auch der finanziellen Dinge. Zugleich verwies Wurbs auf Fragen der WELT darauf, daß er nach der Satzung der Partei als Schatzmeister nicht berechtigt gewesen sei, Konten zu eröffnen. Auf die Frage, ob es zutreffe, daß er vom Parteivorstand Genscher eine befristete Vollmacht bekommen habe, um ein Konto für die Anlage der sechs Millionen Mark zu eröffnen, antwortete Wurbs: „Es gab eine sehr befristete Vollmacht, von der ich aber keinen Gebrauch gemacht habe.“

Wurbs zeigt sich betroffen, daß er wegen der Spendendiskussion kritisiert wird und daß ihm der Vorwurf gemacht wird, er habe unkorrekt gehandelt. Dies werde er sich nicht bieten lassen, sondern gegen jeden Strafentwurf stellen, der behaupte, er wisse, wer hinter dieser Spende stehe. Auch

im Privatleben, als Geschäftsmann, habe er sich stets für saubere Verhältnisse bemüht. „Ich lasse mir meinen guten Ruf nicht ruinieren“, sagte Wurbs. Er habe auch immer uneingeschränkte Loyalität gegenüber der FDP geübt. Aber es sei schon ein „gravierender Vorgang“, wenn die Abwicklung einer solchen Spende außerhalb der Schatzmeisterei erfolgt. „Er jedenfalls könne für diesen Vorgang keine Verantwortung tragen“, Wurbs: „Ich weiß nicht, woher das Geld gekommen ist.“ In Bonn gibt es darüber verschiedene Gerüchte. Es handele sich um Geld aus dem Nachlaß des ermordeten FDP-Schatzmeisters Kary, oder aber eine Gruppe von Unternehmern habe der FDP diesen Betrag zur Verfügung gestellt. In vereinzelter Presseberichterstattung wurde die Vermutung geäußert worden, der libysche Staatschef Khadafi habe, möglicherweise über einen Mittelsmann, die Summe bereitgestellt. Die sechs Millionen sind auf ein Konto der Schweizer Tochter der Dresdner Bank eingezahlt worden.

Warschau verstärkt Druck auf Kirche

Im Mordfall Popieluszko soll der Westen beschuldigt werden / Drohung gegen „Solidarität“

DW. Warschau

Die polnische Führung bemüht sich, vermutlich unter dem Druck Moskaus, den Verdacht im Mordfall Popieluszko in eine andere Richtung zu lenken. Ein Indiz dafür ist die Erklärung von Regierungssprecher Urban, beim Mörder des Warschauer Priesters, Hauptmann Piotrowski vom polnischen Sicherheitsdienst, seien ein „Luxusauto aus dem Westen“ und „viele Dollars“ gefunden worden. Derartige „Enttrollungen“ lassen nach Befürchtungen in kirchlichen Kreisen den Schluß zu, daß damit der weitere Verlauf des Prozesses gegen die Täter vorbereitet wird, und zwar im Sinne einer gegen den Westen gerichteten Kampagne.

Mit Besorgnis sieht man auch die Möglichkeit gegeben, auf diese Art unblutige Regimekritik in die Sache zu verwickeln. Durch die Erfahrungen der vergangenen Jahre

hellhörig geworden, wird eine neue „Säuberungswelle“, weniger im Sicherheitsdienst selber als vielmehr unter den Bürgern, nicht zuletzt unter den Priestern, befürchtet. Eine Ankündigung, daß gegen „konterrevolutionäre Priester“, die religiöse Versammlungen zu „politischen Zwecken“ mißbrauchen, jetzt rigoros vorgegangen werde, hatte das Politbüro in Warschau bereits vor zwei Tagen veröffentlicht.

Wie sehr das Regime in Warschau eine Wiederbelebung der Aktivitäten der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ fürchtet, zeigt auch die Reaktion auf die Erklärung von 15 prominenten Oppositionellen vom vergangenen Montag. Die 15 hatten den Vorwurf erhoben, die Behörden versuchten den Mord an dem Priester auszunutzen, um Haß gegen sie zu schüren. Die Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“ sah darin einen Versuch, den

Geist der „Solidarität“ wiederzubeleben.

Das Auslandsbüro der „Solidarität“ in Paris wies gestern darauf hin, daß der Mord an Popieluszko kein Einzelfall von Gewaltakten gegen Oppositionelle in Polen sei. Allein in diesem Jahr seien außer dem Warschauer Priester acht weitere Personen umgebracht worden. Kennzeichen für die Mordtaten der Organisation Anti-Solidarität seien stets Brandanschläge bei Bekannten oder Verwandten der Opfer gewesen. Im Fall des katholischen Bauernführers Piotr Bartoszcze sei der Bauernhof des Vaters des Oppositionellen von „Unbekannten“ angezündet worden, im Fall Popieluszko die Wohnung des ehemaligen „Solidarität“-Führers der Warschauer Feuerwehr, Chrostowski. Dieser Mann werde von der Warschauer Presse als „Führer“ Popieluszkos bezeichnet.

Weniger Sowjet-Öl für den Ostblock

DW. Moskau

Mit Hilfe ihrer Verbündeten will die Sowjetunion trotz ihrer möglichen Verringerung ihrer Ölförderung weiter Öl in den Westen und harte Währung in die eigene Tasche fließen lassen. Bis 1990 soll eine neue Erdgasleitung von Nordibirien nach Osteuropa gebaut werden. Nach Angaben von westlichen Experten in Moskau kommt der neuen Leitung eine Schlüsselposition in den sowjetischen Plänen zu. Das zur Zeit nämlich noch in einige Ostblockstaaten fließende Öl soll in den Westen geleitet werden und somit die Deviseneinnahmen aus den westlichen Ländern sichern helfen. Die Verbündeten der Sowjetunion sollen ihren Energiebedarf statt dessen mit Erdgas decken.

Die Entscheidung für die neue Erdgasleitung wurde in der vergangenen Woche vom sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow in Havana auf der Konferenz des Rates für

gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bestätigt. In den vergangenen drei Jahren hat die Sowjetunion ihre Öllieferungen an die Verbündeten verringert.

Sie hatten mit 79,5 Millionen Tonnen 1981 ihren Höchststand und sind nunmehr um zwölf bis 15 Millionen Tonnen gesunken. Seit September 1983 ist die sowjetische Ölproduktion monatlich etwas gefallen. Angesichts dieser Entwicklung rechnen die westlichen Experten nun mit einem ständigen Rückgang. Tichonow sagte in Kuba nur, daß die Öllieferungen „weitergehen“ würden, während die Erdgasexporte an die Verbündeten ansteigen sollen.

Ein möglicher anhaltender Rückgang in der sowjetischen Ölförderung hat die Sowjetunion den Angaben westlicher Experten zufolge schon zum Nachdenken über den Einsatz des Erdöls gezwungen. Angesichts der lebenswichtigen Bedeutung von

Einnahmen in harter Währung aus dem Westen werde in der längerfristigen Energieplanung nunmehr der Einsatz von Kohle und Kernenergie für die inländische Energieversorgung und Erdgas als Alternative für die petrochemische Industrie hervorgehoben. Die sowjetischen Erdgaslieferungen an die Verbündeten sollen für einige Zeit über die bereits bestehende sibirische Erdgasleitung erhöht werden, die hauptsächlich für die Belieferung westeuropäischer Länder gebaut wurde.

Die Sibirien-Pipeline wird Mitte der 80er Jahre eine Höchstkapazität von 32 Milliarden Kubikmeter jährlich erreichen, wovon ein Drittel für Osteuropa bestimmt ist. Die neue Leitung soll nach offiziellen sowjetischen Angaben in den 90er Jahren ihre Höchstkapazität von 20 bis 22 Milliarden Kubikmeter jährlich erreichen.

DER KOMMENTAR

Untriebe

MANFRED SCHELL

Die Sicherheitsbehörden haben eine brisante Akte über das skandalöse Treiben des rumänischen Geheimdienstes nach Bonn geschickt. Es geht dabei nicht um Spionage, wie wir sie inzwischen von Ostblock-Diplomaten gewöhnt sind. In diesem Fall geht es um Aufträge zu Entführung und Mord, zu einem Raubüberfall und zu einem Sprengstoffanschlag auf Radio Freies Europa in München. Vorbereitet und inszeniert von fünf Angehörigen der rumänischen Botschaft in Bonn.

Diese Ermittlungsergebnisse verlangen politische Konsequenzen der Bundesregierung, genauer: des dafür zuständigen Bundesaußenministers. Bei dieser Sachlage können sie nur darin bestehen, daß die fünf Pseudo-Diplomaten allesamt sollen die Offiziere des Nachrichtendienstes sein - öffentlich zum Verlassen der Bundesrepublik Deutschland aufgefordert werden. Ihre kriminellen Handlungen verbieten jedes andere Arrangement.

Vielmehr ist ein Exempel folglich. Auch deshalb, weil der rumänischen Regierung klargemacht werden muß, daß solche Vorkommnisse die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest beschädigen. Man muß es sich einmal ver-

gegenwärtigen: Die Bundesregierung tat viel, auch in protokollarischer Hinsicht, um den rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu würdig zu empfangen. Zur gleichen Zeit bereiteten Angehörige der rumänischen Botschaft im Gastland verbrecherische Aktionen vor.

Dies ist die eine Seite. Zum anderen aber zeigt der Vorgang, daß in Rumänien - trotz außenpolitischer Eigenwilligkeiten gegenüber der Sowjetunion - im Innern, besonders bei der Verfolgung von Gegnern des Systems, ein stalinistisches Regime herrscht. Wie eng diese Aktionen mit der Politik auf höchster Ebene verflochten sind, ist dann zu erkennen, daß ein geflohtener Angehöriger eines hohen rumänischen Regierungsbeamten noch vor dem anstehenden KP-Parteitag nach Bukarest entführt werden sollte. Die Alternative war im Befehl enthalten: Mord.

Zwangsläufig kommen die brutalen Praktiken des jugoslawischen, des bulgarischen und des sowjetischen Geheimdienstes in Erinnerung. Aber jeder Fall muß für sich betrachtet werden. Was die Rumänen sich auf deutschem Boden leisten zu können glauben, ist nach dem Urteil unserer Behörden bislang ohne Beispiel.

Moderate Töne aus Moskau zu Reagans Sieg

DW. Moskau

Der erste „Prawda“-Kommentar zur Wiederwahl von US-Präsident Reagan ist mit keinem Wort direkt auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen eingegangen. Das könnte ein Hinweis darauf sein, daß die offizielle Sprachregelung noch aussteht.

In der Stellungnahme wird Reagan vorgeworfen, einen „Haufen von Versprechen“ gemacht zu haben, um sich Wählerstimmen zu sichern. Jetzt sei es wichtig, daß mit Taten auf der wichtigsten Forderung aller Menschen reagiert werde, die Drohung einer atomaren Katastrophe zu beseitigen und eine Rüstungskontrolle zu erreichen. Die sowjetische Parteizitung weist darauf hin, daß der amerikanische Präsident in der Außenpolitik „Festigkeit und Entschlossenheit an den Tag gelegt“ habe, was ihm die Unterstützung „zahlreicher Durchschnittsamerikaner einbrachte“. Allgemein wird mit einem baldigen Fortgang der Ost-West-Kontakte über die Rüstungsbegrenzung gerechnet. Westliche Diplomaten in Moskau sprachen gestern von einem erheblichen Druck auf den Krenin, die Belastungen zu verringern, die der sowjetischen Wirtschaft durch den Rüstungswettlauf auferlegt werden.

Reagan versicherte auf einer Pressekonferenz nach seiner triumphalen Wahl, er sei bereit, mit der UdSSR über Fragen der Rüstungsbegrenzung zu sprechen. Das amerikanische Volk habe klargemacht, daß es einverstanden sei mit dem, was seine Regierung unternommen habe. Reagan: „Wir werden so weitermachen.“

Stoltenberg will Rückzahlung beschleunigen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Arbeitnehmer sollen ihre 1984 einbehaltenen Investitionshilfsabgabe unverzüglich zurückzahlen. Dies steht die Regelung vor, die jetzt Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg den Ländern vorgeschlagen hat. Für alle übrigen Fälle werde so rasch wie möglich eine vergleichbare Regelung ausgearbeitet, auch im Vorgriff auf die notwendige Gesetzesänderung. Dazu kündigte der parlamentarische Staatssekretär Hansjörg Hille für die nächste Woche bereits einen Entwurf zum Steuerbereinigungsgesetz 1985 an. „Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine Ergänzungsabgabe einzuführen“, erklärte Hille, nachdem das Bundesverfassungsgericht das Investitionshilfsgesetz für nichtig erklärt hatte.

Bereits einbehaltene Investitionshilfsabgabe, die noch nicht angemeldet worden ist, hat der Arbeitgeber den Arbeitnehmern zurückzahlen, schrieb Stoltenberg. Hat der Arbeitgeber die einbehaltene Abgabe bereits angemeldet, dann soll er berechnen, die Beträge zurückzahlen, wenn er dem Arbeitnehmer noch keine Bescheinigung über die Abgabe ausgestellt hat. Der Arbeitgeber kann diesen Betrag von der Lohnsteuer absetzen, die er für seine Arbeitnehmer zahlt. Erstattet der Arbeitgeber eine Bescheinigung über den einbehaltenen Betrag ausstellen. Dem kann sich dieser das Geld bei seinem Finanzamt holen. Dies gilt auch für jene, deren Dienstverhältnis beendet ist.

RAMADA RENAISSANCE HOTELS
Reisen Sie mit dem guten Gefühl, daß es noch internationale Hotels gibt, deren Luxus nicht genormt ist.
DÜSSELDORF TELEFON 0211/62 16-0 TELEFAX 8 586 435
HAMBURG TELEFON 040/34 9180 TELEFAX 2 162 983
KARLSRUHE TELEFON 071/3 71 70 TELEFAX 7 825 699

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Im Teufelskreis des Terrors

Von Günter Friedländer

Die Verschärfung des Terrors auf Chiles Straßen hat Pinochet mit harten Maßnahmen reagieren lassen, die jeden Fortschritt aufgehoben haben, der im Lauf der Jahre auf dem Weg der Rückkehr zur Demokratie gemacht worden war. Der Innenminister Oñofre Jarpa, ein prominenter konservativer Politiker, der den Dialog mit den politischen Parteien führen sollte, bot mit dem Kabinett den Rücktritt an.

Pinochet verhängte den Belagerungszustand und gab seiner Geheimpolizei neue Vollmachten, die denen nach dem Sturz Allendes im Jahr 1973 gleichen und sie vielleicht noch überreffen. Telefongespräche können abgehört und Korrespondenz kann geprüfelt werden. Verhaftungen dürfen ohne Bekanntgabe vorgenommen und den Verhafteten muß erst nach zwei Wochen der Grund ihrer Inhaftnahme gesagt werden. Die Polizei darf in die Büros marxistischer Oppositionsgruppen ein und verhaften ihre Führer, die in das sogenannte „interne Exil“ geschickt werden können.

Hinzu kommt die Konfrontation mit der Kirche – was in Lateinamerika oft zu politischen Veränderungen führt. Ein Sprecher des „Vikariats der Solidarität“, der kirchlichen Organisation, die über die Menschenrechte in Chile wacht und zu deren Beiratsrat zehn Rechtsanwälte gehören, sagt: „Wir haben Freiheit in dem Maß, in dem man sie uns gibt, nicht, weil man uns ein Recht zugesteht, frei zu sein.“

Pinochet hatte kurz vorher von einer Versammlung in Rom erfahren, an der zwölf chilenische Bischöfe und zweihundert aus Chile verbannte Bürger mit dem Leiter des „Vikariats“, dem spanischen Jesuiten Ignacio Gutierrez, teilnahmen. Dieser nannte die Verhaftung von fünfzehn Chilenen aus ihrer Heimat „grausam“. Pinochet bezeichnete das „Vikariat“ als „noch kommunistischer als die Kommunisten“ und verbot die Rückkehr des Priesters.

Selbst der Erzbischof von Santiago, Monsignore Juan Francisco Fresno, der bisher gute Beziehungen zur Regierung unterhielt, kennt die Lage nun „unannehmbar“.

Das Regime des Generals ist zum ersten Mal ernstlich gefährdet. Die Lage hat sich so verhärtet, daß kein Ausweg erkennbar ist.

Gesundheit und Föderales

Von Peter Jentsch

Bund und Länder haben einander wegen der Krankenhausfinanzierung an der Kehle. Norbert Blum hatte die frohen Mutes angepackt. Nun steckt er über seiner Hausaufgabe, mehr Marktwirtschaft in einen Bereich zu bringen, der mit jährlich gut 20 Milliarden Mark ein Drittel der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung verschlingt.

Blum hatte sich drei Hauptziele gesetzt: Erstens die Auflösung der Missionsbeziehung zwischen Bund und Ländern für Krankenhausinvestitionen, um damit die Verantwortung der Länder zu stärken (der Bund soll sich aus der Finanzierung zurückziehen, die Länder erhalten dafür einen Finanzausgleich). Daran folgt zweitens die Notwendigkeit einer Stärkung der Position der Krankenkassen bei der Krankenhausplanung. Drittens die Kassen und damit ihre Versicherten – haben schließlich die Folgekosten, die Pflegesätze der „Landratsdenkmäler“ zu bezahlen. Da ist es nur konsequent, daß Blum schließlich auch ein Instrumentarium schaffen wollte, mit dem sich die Krankenhäuser stärker in die Kostendämpfung einbeziehen ließen.

Der bayerische Einspruch nun fördert zweierlei: erstens soll die Schiedsstelle zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen mit einem währungsgebundenen Beamten besetzt werden. Zweitens soll die Krankenhäuser nach dem bisherigen Selbstkostendeckungsprinzip weiterarbeiten.

Ersteres bedeutet, daß das jeweilige Land ja doch die Kostenhöhe bestimmen (und die Kassen melken) kann. Und letzteres bedeutet (dabei passend), daß Blums Vorschlag verwässert wird: Die Krankenhäuser zu wirtschaftlichem Arbeiten zu zwingen.

Wenn es keine Einigung gibt, werden die Krankenhauskosten weiter eskalieren. Ärzte, Pharmaindustrie und die anderen „Gesundheitsindustrien“ werden darauf pochen und sich kostenpolitischen Kämpfen verweigern. Die Ausgaben der Kassen schiefen empor – und damit die Beiträge. Das ist bedenklich für Wirtschaft und Arbeitnehmer, die gleichermaßen daran interessiert sind, nicht noch mehr durch steigende Lohnnebenkosten und Sozialabgaben belastet zu werden.

Wo der Spaß aufhört

Von Carl Gustaf Ström

A benas meinet Radio Belgrad, daß Petra Kelly und Ex-General Bistina aus Jugoslawien ausgewiesen worden seien und drei Jahre Aufenthaltsverbot erhalten hätten. Am nächsten Morgen bemerkte ein amtlicher Sprecher: Eine Ausweisung der beiden Bonner Abgeordneten sei nicht erfolgt.

Wohl aber ist die grüne Diskorden-Paar mitten in die Frontlinie zwischen Regime und Dissidenten geraten. Die beiden überreichen dem Staatspräsidenten eine Protestresolution mit 130 Unterschriften prominenter deutscher Linker gegen die Verfolgung von Andersdenkenden in Jugoslawien, besonders gegen den Prozeß gegen sechs Belgrader Intellektuelle.

Als sie gemeinsam mit einigen der Angeklagten eine Pressekonferenz in einem Belgrader Hotel abhalten wollten, schritt jugoslawische Polizei ein, löste die Versammlung auf und schlug einen der Prozeß-Angeklagten, Imširovic, zu Boden. Dieser hatte vor den Geheimpolizisten verlangt, sie sollten sich ausweisen. Am nächsten Tag erklärte Imširovic, er werde die Polizisten wegen Körperverletzung anzeigen – und benannte Basian und Frau Kelly als Zeugen.

Daß sich deutsche Parlamentarier in einem kommunistischen Land für die Menschenrechte und für die politische Verfolgung einsetzen, ist lobenswert, zumal da man von den Linken und Grünen bisher eine gewisse Einäugigkeit gewohnt ist. Bürgerliche Abgeordnete dürfen sich dem Beispiel durchaus anschließen. Für Belgrad aber ist der Vorfall um so peinlicher, als in den Belgrader Medien die Grünen bisher als eine Art Vorkämpfer der Blockfreiheit hofiert wurden.

Überdies spielen jugoslawische Zeitungen nicht ohne Schadenfreude über Aktionen der Grünen gegen das Bonner „Establishment“ zu berichten. Wenn es gegen das Belgrader „Establishment“ geht, hört freilich der Spaß auf.

Vor einem Fehlschluß sollte man allerdings sowohl die Grünen als auch die westliche Öffentlichkeit warnen: Die Belgrader Angeklagten sind weder Grüne noch Anarchisten. Die Anklage legt ihnen vielmehr zur Last, mit jenem demokratischen System zu sympathisieren, das unsere Grünen erschüttern und überwinden wollen.



Muß es denn immer Kaviar sein?

KLAUS BÖHLE

Die Einheit der Nation

Von Enno v. Loewenstern

Was ist des Deutschen Vaterland? Ist's Schlesienland, ist's Bayernland? Einst gab ein flammender Rufer der Aufklärung wie Ernst Moritz Arndt die Antwort: Das ganze Deutschland soll es sein. Unter jenen, die sich als Erben der Aufklärung zu annonciieren pflegen, war die SPD stets eine Partei Deutschlands. Ihr neuestes „Deutschlandpolitisches Positionspapier“ jedoch, entstanden unter Ehmkes Stabführung, sieht das viel differenzierter.

Deutschlandpolitik ist demnach nicht Deutschlandpolitik, sondern „Deutschlandpolitik ist Teil der Friedens- und Entspannungspolitik“. – Die beiden deutschen Staaten können ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden nur gerecht werden, wenn sie ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation behandeln. – „Die Bundesrepublik Deutschland hat keine Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche Ansprüche auch nicht erheben.“ – „Sozialdemokratische Deutschlandpolitik hat nicht das Ziel, die DDR zu destabilisieren.“

Was ist dann mit der Nation? „Die deutsche Nation ist eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich in dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten ausdrückt.“ Sie könne durch vermehrte Begegnungen, Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit und Wahrnehmung der Verantwortung für den Frieden erhalten und gefestigt werden, aber: „Sie ist nicht identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten.“

Zwar wird der Selbstbestimmung das Wort geredet. Zwar wird zugegeben (oder lippenbekannt, wie immer man die Autoren einschätzt), daß es ein „Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten“ gibt. Aber: „Heute kann nicht vorweggenommen werden, für was sich das deutsche Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheiden wird.“ Vorrangig seien Frieden sowie eine einheitliche Ordnung in der Bundesrepublik.

Nun ist klar und bedarf keiner papiernen Bekräftigung, daß Deutschlandpolitik keine Kriegspolitik sein kann. Es gibt auch niemanden, der etwas anderes sagt.

Der Rest klingt so, als seien wir es dem Frieden schuldig, auf die Wiedervereinigung zu verzichten.

Dies wird in einer geradezu infamen Weise unter Punkt 1.5 des Papiers feilgeboten. Nach der Erklärung, die Bundesrepublik erhebe keine Gebietsansprüche, folgt der Satz: „Das Gebot des Gewaltverzehrs ist für sie völkerrechtlich verbindlich.“ So, als seien Gebietsansprüche gleichbedeutend mit völkerrechtswidriger Gewaltandrohung. Und da dies hier unter „Deutschlandpolitik“ subsumiert wird, erscheint unser Anspruch auf Wiedervereinigung durch die Blume als ein gewalttätiger Gebietsanspruch. Über kann man die deutsche Frage kaum verdrängen.

Die SPD hat sich damit völlig der sowjetischen Darstellungswelt unterworfen, die unter dem Generalstandpunkt operiert, daß die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs „Realitäten“ und irgendwelche Fragen danach bereits friedensfeindlich seien. Damit und darüber hinaus hat die SPD sich der weitesten sowjetischen Geschäftsgrundlage unterworfen, daß die UdSSR ein tausendjähriges Reich und ihr Herrschaftsgebiet gleichermaßen ewigwältig sei.

Nun erfüllen Tausendjährige Reiche ihren Anspruch selten; insofern haben wir Erfahrungen. Man staunt über diese ahistorische Beflissenheit ganz besonders angesichts der nun wirklich nicht mehr zu übersehenden Verfallserscheinungen des angeblichen Monolithen. Es kann sehr wohl sein, daß sogar die Verfasser selber noch erleben, wie sie in einem freien Dresden

den, in einem freien Gesamt-Berlin von alten Sozialdemokraten zur Rechenschaft gezogen werden; Sozialdemokraten, denen ihre Wärfen im Zuchthaus des erbärmlichen Papiers grinsend vorgehalten haben mit der Frage: wofür kämpft ihr eigentlich noch?

Gewiß erzählt das Positionspapier betulich vom „Interesse der Menschen“, da, wo es um Entspannung und Zusammenarbeit geht. Aber diese Deutung wird faktvoll dort weggelassen, wo die „Respektierung“ einer eigenen „DDR-Staatsbürgerschaft“ und die Auflösung der Erfassungssstelle Salzgitter – deren Existenz so manchen SED-Schergen dämpfen half – empfohlen wird. Das alles markiert einen erschütternden Wendepunkt in einer Partei, die sich immer als Freiheitspartei verstanden hat.

Die Geschichte der SPD war nicht immer frei von Fehlern und Fehleinschätzungen. Aber ein Grundgedanke beherrschte sie: die Befreiung der Menschen ohne jede Rücksicht auf die Herrschaftsansprüche der Regime; die Einheit der Nation nicht in Reiseerleichterungen, sondern in freiem Zusammenschluß. Heute durchzieht sie der Grundgedanke, daß die Menschen grundsätzlich unterdrückt bleiben müssen, wenn das Regime es so wünscht. Wie die Partei innerlich damit fertig wird, daß sie sich zum Dackel der Bittler herabwürdigt, wird man sehen. Akzentuiert wird ihr Verfall durch die widerlichen Jubeladressen an das kommunistische Regime in Nicaragua bei gleichzeitigen Haßausbrüchen gegen den US-Präsidenten (und seine Wähler), der heute Freiheit und Menschenwürde schützt und den Unterdrückten Hoffnung gibt.

Die Einheit der Nation ist in der Tat eine Realität, und eben deshalb kann man sehr wohl voraussehen, „wie das deutsche Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheiden wird.“ So, wie das französische, das britische, das italienische entscheiden würde. Feige Positionspapiere dieser Art sind geeignet, die betroffenen Menschen zu bedrücken; den unerbittlichen Gang der Geschichte halten sie nicht auf. Das ganze Deutschland wird es sein.



Selbstaufgabe einer Partei: Ehmke FOTO: WERNER SCHÜRING

Das abgasarme Auto rollt bereits durchs Parlament

Steuerung durch Steuer: Wohl dem, der früh zugreift / Von Peter Gillies

Der Bundesfinanzminister erstickt einer Flut von Briefen. Ihr Tenor: Wie ist das mit dem abgasarmen Auto? Die allgemeine Erregung ist zu verstehen, nicht nur als Reflex medialer Hysterie, sondern vor allem, weil eine Doppelbelohnung der deutsche Seele zu zerreißt: Wald und Auto (obgleich die Kausalkette zwischen beidem verwirrend ist). Mit ihrem Beschluß zum abgasarmen Auto hat die Bundesregierung einen klaren Schritt in die richtige Richtung getan und gleichzeitig die Erregung katalysiert. Sie wurde damit zum Vorreiter in Europa – was angesichts der quälenden Prozesse in der Gemeinschaft nicht wenig ist. Ein höheres Tempo für dieses Ziel mag wünschenswert sein. Aber Kritiker, die selber ein Jahrzehnt verschlafen haben, sind nicht glaubwürdig.

Der Kabinettsbeschuß ist für Millionen verunsicherter Autofahrer nicht leicht zu verstehen, aber auch nicht unerträglich kompliziert. Sein Kern lautet: Mit dem Instrument der Steuer soll das Auto

to „saubergesteuert“ werden, also durch einen Bonus für Sauberfahrer und einen Malus für Verschmutzer. Benutzt werden dazu die Kraftfahrzeug- und die Mineralölsteuer. Ziel: 1988/89 dürfen nur noch abgasarme Neuwagen verkauft werden (wobei Stollenberg gleich klarstellte, daß es Ausnahmen für innovationsfaule ausländische Hersteller nicht geben wird). Auch für Altwagen soll es Anreize zur Umrüstung geben.

Die technische Lösung, wie man saubere Abgase erreicht, wird vom Gesetzgeber nicht vorgegeben. Dennoch weiß er, daß derzeit nur der Drei-Wege-Katalysator eine realistische Lösung darstellt. Dieser vermag bis zu 90 Prozent der Schadstoffe herauszufiltern, wofür jedes Tempolimit mit seinen Prozentbruchteilen verläßt. Andere Methoden sind bisher allenfalls im Forschungsstadium. Der Katalysator bedingt bleifreies Benzin, weshalb die Spreizung der Mineralölsteuer um vier Pfennige (zwei Pfennig Zuschlag für Blei-

benzin, zwei Pfennig Abschlag für bleifreies) als Ergänzung nötig ist.

In den ersten Monaten des nächsten Jahres – der Termin hängt von der Emsigkeit der Parlamente ab – werden schadstoffarme Wagen um bis zu zehn Jahre von der Kraftfahrzeugsteuer befreit. Die Länge dieser Befreiung hängt vom Hubraum ab. Sie summiert sich auf bis zu 3000 Mark, ist in der ersten Übergangsphase am lockendsten und nimmt ab, je näher der Termin der zwingenden Abgasarmut rückt. Für Wagen mit zwei Litern und mehr Hubraum liegt dieser Stichtag ein Jahr früher.

Der Anreiz, ein umweltfreundliches Auto zu kaufen, ist am größten, wenn der Wagen bis spätestens Ende 1986 erworben wird. Das Ticket „abgasarm“ stellt der TÜV aus, jeder Wagen muß also vorgeführt werden. Mit dem Tag seiner Ausstellung erlangt der Autofahrer den Steuervorteil, möglicherweise auch rückwirkend, wenn das Gesetz erst in den späteren Monaten 1985 in Kraft treten sollte. Da jedoch die

IM GESPRÄCH Dieter Konecki

Kein Kofferträger

Von Rolf Götz

Ich habe in meinem Leben alles Mögliche gemacht – nur Kofferträger bin ich nie gewesen. Auf dem Sprung zu einem Empfang bei König Juan Carlos wehrte sich der quicke, brennende Dieter Konecki, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien, gegen den Vorwurf, „Flick-Koffer“ nach Spanien vermittelt zu haben.

Der Empfang im Zarzuela-Palast gehörte zur Routine; denn der König hatte den Deutschen schon im Mai auszeichnen lassen. Aber diese Auszeichnung gehört keineswegs mehr zur Routine. Konecki zählt zu den ganz wenigen Ausländern, die in diesem Lande für ihr Wirken im Rahmen rein spanischer Kompetenzen gewürdigt wurden. Er hat die glänzende Arbeit geleistet, die jenseits aller Parteilichkeit anerkannt werden muß – wie immer ihn die von SPD-Seite jetzt wutentbrannt demontierte und in Spanien nach wie vor diskutierte Meldung der „Frankfurter Rundschau“, Wischniewski habe kofferweise Flick-Geld nach Spanien getragen zur Finanzierung des Wahlsiegs der Gonzalez-Sozialisten, ins Gespräch gebracht haben mag. Konecki wurde in Spanien durch seine Vermittlung zwischen den Unternehmern und den (politischen) Gewerkschaften bekannt. Er schaffte es, indem er deutsche Unternehmer und Gewerkschaftler vor ihren spanischen Kollegen in Madrid erläutern ließ, wie pragmatische Sozialpartnerschaft funktionieren kann. So kam es allmählich zu freier Rahmenabstimmung, die es in der spanischen Geschichte bis dahin nicht gab. Dort war die organisierte Aufsicht des Staates stets dabei.

Daß dem mit einer Mexikanerin verheirateten Sudetendeutschen dies gelang, lag gewiß auch an seinem im Grenzland erworbenen natürlichen Gespür für Politik und einem diplomatischen Geschick, das Machbare auch durchzuführen.

Dieter Konecki ist in diesem Sinne kein „Repräsentant“, der nur ausführt, was die Zentrale anordnet. Wenn er das wäre, wäre manches in Spanien schiefer gelaufen. Denn wiederholt haben hohe SPD-Politiker von ihm verlangt, einer Verschmelzung der beiden großen Gewerkschaften, der kommunistischen Comisiones und der sozialistischen UGT, das Wort zu reden. Genau das Gegenteil tat Konecki – zum Vorteil des Landes.

Für seine geistige Vielseitigkeit



Demonstrierte Partnerschaft: Konecki FOTO: DIE WELT

mag das Luther-Seminar sprechen, das Dieter Konecki in Zusammenarbeit mit der vatikanischen Universität von Salamanca veranstaltete. Und wenn das gewiß nicht ganz ohne ideologischen Hintergedanken geschah, so bleibt das Verdienst, die Wesensgemeinschaft von zwei gewaltigen Gestalten der deutschen und der spanischen Geschichte herausgeschält zu haben: Luther und die heilige Theresia von Avila.

Seminare über Marx und über die Sicherheitspolitik mögen widersprüchlich erscheinen. Allein – die Kompetenz der Redner, die er aus anerkannten Gremien und Instituten auch aus den USA holte, sind wiederum Beispiele für eine Balance der Argumente, die gerade in Fragen der Verteidigung bisher in Spanien völlig fehlte. Immer noch beherrscht die Anti-NATO-Fronte des staatlichen Fernsehens die öffentliche Meinung. Wer Dieter Konecki durch die Madrider politische Szene wirbeln sieht, kann sich schlecht vorstellen, wie bitter er den Widerspruch zwischen Marx und Sicherheit an eigenen Leibe erfahren mußte. Als Student und Vizepräsident des Liberalen Studentenbundes gehörte er zu den Mitbegründern der Freien Universität Berlin. Eine Doktorarbeit über Studentenbewegungen, die den Ostblock einbezog, wurde nie abgeschlossen. Ein großer Teil liegt davon im Archiv des Staatssicherheitsdienstes, der ihn bei einem Besuch in Ost-Berlin nach Prag entführte. Sechs Jahre saß er wegen seiner Gespräche mit Ostblock-Studenten in Gefängnissen. Als „Spion“. Und da er keiner war, konnte er auch nicht ausgetauscht werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie stellt grundsätzliche Unterschiede zwischen den USA und der Bundesrepublik fest:

Es hängt damit zusammen, daß die Amerikaner eine Nation sind, die die Freiheit von Herzen liebt und das eigene Land und die eigene Demokratie trotz der Unvollkommenheiten menschlicher Dinge als konkrete Freiheit erkennt. Sie versteht Freiheit im Vergleich zu „Sicherheit“ als den moralisch überlegenen Wert. Und daher gewinnt sie beides, das eine und auch das andere. Das Umgekehrte könnte man von der Bundesrepublik sagen.

Hannoversche Allgemeine

Zum Wahlsieg von Reagan schreibt das Blatt:

So kurios es klingt, die unumschränkte Herrschaft der republikanischen Partei könnte es dem Präsidenten noch schwerer machen, seine eigene Politik durchzusetzen, als der Zwang, mit dem nach wie vor demokratisch dominierten Repräsentantenhaus um Kompromisse feilschen zu müssen. Glücklicherweise funktioniert Amerikas System der Machtbalance. Druck und Gegendruck schel-

nen nirgends in der Welt besser ausgeglichen. Diesem System verdanken die USA ihre herausragende politische Stabilität.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Die Dortmunder Zeitung meint zu den US-Wahlen:

Für Amerikas Mehrheit gilt: Zum Wort Zukunft paßt das Wort Hoffnung – nicht das Wort Angst. Ronald Reagan hat vor allem einen persönlichen Erfolg errungen. Er wäre allerdings ein Irrtum anzunehmen, Amerikas Wähler hätten sich von einem genialen Fernseh-Tribun einfach dummgeschwatzen lassen. Dafür, daß sie mit Bedacht gewählt haben, spricht die millionenfache Stimmentrennung: Reagan, ja – Republikaner, nein.

MAIN ECHO

Das Aschaffenburgs Blatt sieht auf Reagan Gegenstand zukunfts:

Nach spätestens sechs Jahren geht die große Masse der US-Wähler regelmäßig auf politischen Gegnern, und dem folgen die Parlamentarier (auch der jeweiligen Präsidentenpartei) mit großer Begeisterung, als der Gegensatz zum Präsidenten, der den Verfassungsregeln entsprechend nach Ablauf seiner Amtszeit aus der aktiven Politik ausscheiden muß, wollen sie schließlich wiedergewählt werden.

Kohl wollte kühl bleiben, doch es fiel ihm schwer

Sieben Stunden stand Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß. Zu jeder Frage gab es eine Antwort.

Von MANFRED SCHELL

Nach dem, wie es in der Anhörung des „Zeugen“ Helmut Kohl gelaufen ist, braucht der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende keine Sorgen zu haben, in den Strudel der Flick-Affäre hineingezogen zu werden. Der Kanzler, so hatte der SPD-Abgeordnete Struck im Vorfeld mit drohendem Unterton geraten, solle „sich warm anziehen“, und der scharfzüngige Otto Schily von den Grünen wollte „harte Fragen“ stellen. Was blieb davon übrig?

Helmut Kohl war gut vorbereitet, selbstsicher und offensiv. Er ließ keinen Raum, um ihn „vorzuführen“. Kohl: „Ich war mit der Steuerbefreiung nicht befaßt. Ich war auch kein interessanter Gesprächspartner, denn als Ministerpräsident in Mainz und als Oppositionsführer in Bonn hätte ich keinen Einfluß nehmen können.“ Er habe „keine Aktivitäten“ entfaltet, und der Flick-Konzern habe seine Spenden nicht mit „Auflagen“ versehen, etwa dergestalt, er solle „Aktivitäten“ entwickeln. „Derartige Zumutungen“ seien nicht an ihn gestellt worden.

Wie war das, als Kohl 1976 von Mainz als Oppositionsführer nach Bonn wechselte? Kohl: „Wenn Sie sich erinnern, dann werden Sie verstehen, daß mich das Stichwort Kreuth (Trennungsbuch der CDU) weit mehr beschäftigte als das Thema 6 b.“ Als Struck auf einen Vermerk des früheren Flick-Managers von Brauchitsch verweist, in dem es heiße, Kohl sei zu Aktivitäten „ermutigt“ worden, antwortet Kohl: „Ich bin nicht verantwortlich für die Aktienvermerke von Brauchitsch. Ich habe sie nie gekannt, nie darüber gesprochen, sie nie gegengezeichnet.“ Einige davon, das habe sich in-

zwischen gezeigt, seien „völlig falsch“. Der Kanzler stellt seinerseits die Frage an Struck: „Wissen Sie, wie viele Vermerke es gibt? Ich weiß es nicht.“

Einen Vermerk hatte Kohl von sich aus aufgefunden, in dem von Brauchitsch das Geschenk von 250 Gramm Kaviar an Frau Kohl festgehalten hat. „Wenn ich einer Dame ein Geschenk mache, nehme ich es nicht zu den Akten.“ Ob von Brauchitsch damit politischen Einfluß habe ausüben wollen? „Willy Brandt hat von Breschnew ein ganzes Faß Kaviar bekommen und hat sich dadurch sicherlich nicht in der deutschen Interessenvertretung beeinflussen lassen.“

In dem langatmigen Frage- und Antwortspiel geht es dann wiederholt darum, ob es in der fraglichen Zeit einen „parlamentarischen Abend“ der Union mit Flick-Repräsentanten gegeben habe. Kohl: „Davon weiß ich nichts, das ist nach meiner Erinnerung ausgeschlossen.“ Der CDU-Abgeordnete Hüsch fragte, ob Kohl von solchen Abenden des Flick-Konzerns mit der SPD, bei denen es sogar „Schließungen“ gegeben haben solle, etwas bekannt sei? Kohl: „Nein.“ Der Kanzler ergänzte aber: Als Oppositionsführer habe er an einem Abend den parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion besucht und sei in dessen Zimmer gegangen. Dort sei von Brauchitsch inmitten von SPD-Linke im angeregten Gespräch gewesen. Kohls Kommentar zu dieser Runde: Daß manche „links“ leben und „rechts“ reden, sei für ihn keine neue Erfahrung.

Ein anderer Vermerk, von von Brauchitsch gefertigt, wird in die Diskussion eingeführt. Es geht dabei um die Frage, ob von Brauchitsch interveniert habe, damit Rainer Barzel Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses werde. Kohl: Jeder, der Abläufe und Gewichte in einer Fraktion kenne, wisse, daß dies schwer möglich sei. „Meine Beziehungen zu Rainer Barzel waren damals leicht unterkühlt. Das war kein Staatsgeheim-

nis.“ Kohl erklärte, daß er von dem Vertragsverhältnis zwischen Barzel und der Frankfurter Anwaltskanzlei Paul nichts gewußt habe. Ob er erwartet hätte, daß Brauchitsch, als dieser sich für eine finanzielle Besserstellung Barzels eingesetzt habe, dann auch diesen Vertrag hätte erwähnen müssen?

Kohl: „Das hätte nahegelegen.“ Seine Beziehungen zum Hause Flick – den Konzernchef habe er nur einmal bei einem gesellschaftlichen Ereignis kennengelernt – hätten sich im wesentlichen auf sein freundschaftliches Verhältnis zu von Brauchitsch beschränkt, den er seit vielen Jahren kenne.

Der Kanzler hatte sich vorgenommen, kühl zu bleiben, aber in einigen Situationen ließ er dann doch erkennen, wie gereizt er ist. Mit Härte begnadete er vor allem dem grünen Abgeordneten Schily. Dessen Wiederholungsfragen kontierte er häufig. „Diese Frage ist schon mehrfach beantwortet.“ Oder: „Ich sehe keinen Sinn darin. Ich bin nicht bereit, als Zeuge in ein Verfahren einzutreten, das nicht der Wahrheitsfindung dient.“ Berichte im „Spiegel“ wurden erwähnt. Kohl kurz und bündig: „Ich lese ihn nicht, und ich habe auch nicht die Absicht, mir das anzutun.“

Das Stichwort „Stern“ benutzt Kohl, um etwas anderes anzubringen. „Ein Mitglied dieses Ausschusses, das ich nicht kannte, hat mir geraten, ich solle mich warm anziehen. Ein Mitarbeiter hat mir ein Bild gezeigt, das im „Stern“ veröffentlicht wurde, und das hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Ihnen“, sagt er an die Adresse von Struck.

Unabhängig vom Thema Steuerbefreiung geht Kohl von sich aus auf die Spenden ein, zu denen er sich bereits 1982 gegenüber der Staatsanwaltschaft geäußert hatte. Er habe nie Zweifel daran gelassen, daß es solche Bar-Spenden gegeben habe: 50 000 Mark am 5. Juli 1977, 55 000 Mark am 9. März 1979 und 50 000 Mark am 24. April 1980. Diese Spenden seien ihm



Helmut Kohl: Ich war mit der Steuerbefreiung nicht befaßt.

FOTO: DPA

von von Brauchitsch bar ausgehändig worden, er habe sie sofort an die Partei weitergeleitet und dort seien sie ordnungsgemäß verbucht worden.

Diese Summen seien von von Brauchitsch jeweils in einem Kuvert ausgehändig worden. Es sei keine „Spendenquittung“ verlangt und keine gegeben worden. Wie sah das Kuvert aus? Kohl: „Ich habe mich nicht für Briefumschläge interessiert.“ Auf die Anmerkung des grünen Abgeordneten Hoss, Bargeld werde so im „Rauschgiftmarkt“ hin- und hergegeben, kontierte Kohl: „Ich habe keine Kenntnis, wie es im Rauschgiftmarkt ist.“ Überraschung löste die Bemerkung von Kohl aus, er sei nach den Bekundungen von Brauchitsch

davon ausgegangen, daß diese Spenden „aus versteuertem Einkommen“ gegeben worden seien. Dies hätten auch andere Firmen getan, aber eine endgültige Regelung in diesem Sinne sei durch sein Betreiben erst später erfolgt.

Alle Parteien, das räumte Kohl ein, hätten in diesen Jahren gegen die „Offenlegungspflicht“ in Rechenschaftsberichten verstoßen. Aber er wisse, zum Beispiel aus dem Brief von Karl Klasen, daß auch der SPD große Spendensummen zugegangen seien. Auch bei der SPD-nahen Ebert-Stiftung habe es „Zusammenkünfte“ gegeben, die finanzielle Konsequenzen hatten. Kohl: „Spenden sind nichts Ehrenrühriges.“

Dem „Jäger 90“ drohen politische Turbulenzen

Zwischen Koalition und Opposition wogt der Streit über den Kauf neuer Waffensysteme für die Bundeswehr. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat nun dem „Jäger 90“ die Schwingen gestutzt, dem größten in einer ganzen Reihe von Projekten. Ist damit das Jagdflugzeug für die Luftwaffe in Gefahr?

Von RÜDIGER MONIAC

Lange vor der entscheidenden Sitzung der in Bonn allmächtigen „Haushälter“, jener Abgeordneten des Bundestages, die im Haushaltsausschuß über den kommenden Jahresetat der einzelnen Ministerien entscheiden, kamen aus der SPD-Fraktion düstere Drohungen. Wäre es nach den Sozialdemokraten gegangen, wären die Gelder für die Vorbereitung der Entwicklungsphase für einen Hochleistungsjäger der neunziger Jahre bis auf Null gestrichen worden.

Zu diesem Eklat kam es allerdings nicht. Denn die Mehrheit der Koalition, die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP, ließen sich von der Opposition nicht auseinanderdividieren. Der „Jäger 90“ kann weitere Vorstufen bis hin zur Entwicklungsphase, die in der Mitte des Jahres 1986 einsetzen soll, vorerst nehmen. Allerdings haben die Parlamentarier in die kommende Zeitspanne jeweils immer neue Fristationen eingebaut, so daß niemand mit letzter Sicherheit zu sagen weiß, ob das Projekt „Jäger 90“ jemals realisiert wird. Geplant ist vom Verteidigungsministerium – das im übrigen nicht allein auf weiter Flur, sondern Mitglied eines internationalen Konsortiums ist –, daß die ersten neuen Jagdflugzeuge von 1997 an für die Geschwader der Luftwaffe bereitgestellt werden.

Zusammen mit Bonn haben gegenwärtig vier weitere Regierungen in Westeuropa großes Interesse an einer Gemeinschaftsentwicklung. Neben der Bundesrepublik Deutschland sind das Großbritannien und Italien – die drei Länder, die schon seit Jahren beim gemeinsamen Bau des „Tornado“-Jagdbombers gute Erfahrungen miteinander gesammelt haben. Hinzugekommen sind beim „Jäger 90“ Frankreich und Spanien.

Fünf Länder, bedeutet fünf verschiedene Vorstellungen über dieses Flugzeug. Um so mehr, feierten die fünf Luftwaffenchefs Ende 1983 im deutschen Luftwaffen-Kasino in Porz bei Köln einen Erfolg. Sie einigten sich auf eine „taktische Forderung“, die folgendes für die Maschine vorschreibt: Sie soll als Einsitzer sehr wendig sein, für Start und Landung nur 500 Meter Rollbahn brauchen, mindestens acht Luftziele mit Raketen bis zu 90 Kilometer gleichzeitig bekämpfen und mit fast zweifacher Schallgeschwindigkeit fliegen können. Ihr Aktionsradius soll über 600 Kilometer reichen und durch Luftbetankung zu erweitern sein.

Dies alles aber sind bislang, wie sich ein Experte ausdrückte, „reine Papierdaten“. Ein Prototyp des neuen Jagdflugzeuges, das in der deutschen Luftwaffe Ende nächsten Jahrzehnts die dann bereits mehr als zwanzig Jahre im Dienst befindliche F4 F „Phantom“ ersetzen soll, wird aber erst 1988 oder später in die Luft

gehen. Bis dahin haben aber allein schon die Bonner Parlamentarier einige Hürden aufgebaut. Am Mittwoch beschloß die Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP im Haushaltsausschuß, dem Verteidigungsminister 1986 für die sogenannte „Durchführbarkeitsstudie“ zu dem neuen Flugzeugtyp erst einmal nur 60 Millionen Mark freizugeben. Sowohl die weiteren für 1985 vorgesehenen Mittel von 120 Millionen als auch darüber hinaus 3,4 Milliarden Mark Entwicklungsgelder, die aber vorerst lediglich als Verpflichtungsermächtigung in den Bundeshaushalten nach 1985 erscheinen, wurden von den „Haushältern“ mit einer „qualifizierten Sperre“ versehen.

Das heißt, daß das Verteidigungsministerium vor der Freigabe der Mittel dem Bundestag in ausführlichen Vorlagen mit sehr detaillierten Erläuterungen belegen muß, daß das Flugzeugprojekt nach Ansicht der Experten im Militär und in der Industrie vielversprechend ist und den Kostenrahmen nicht zu sprengen droht. Besonders vor letzterem fürchten sich die Abgeordneten sehr. Sie haben immer noch die finanziellen Turbulenzen vor Augen, die der „Tornado“ durch ein ungeschicktes Management unter der Verantwortung des früheren Verteidigungsministers Apel (SPD) verursachte. Dabei ist dann diese Maschine zu Unrecht in den Ruf geraten, zu teuer zu sein, obwohl die Finanzierungsrahmen schon seit Jahren zeigen, daß der „Tornado“ ganz im Rahmen des Vorhersehbaren gefertigt wird.

Daß der Haushaltsausschuß jetzt die Masse der Finanzmittel für die Entwicklung des Jagdflugzeuges „qualifiziert gesperrt“ hat, ist nach Darstellung des CDU-Abgeordneten Lutz Stavenhagen aber nichts Ungeheuerliches. Bei jedem größeren Beschaffungsprojekt für die Bundeswehr sei dies üblich. Beim „Jäger 90“ erwartet der Haushaltsausschuß im nächsten Frühjahr das Ergebnis der „Durchführbarkeitsstudie“, der fünf beteiligten Länder aus dem Bonner Verteidigungsministerium. Auf deren Basis und aufgrund „präziser Angaben“, so Stavenhagen, über die technischen Fähigkeiten des Jägers sowie über seine für die kommenden Jahre dargestellte Finanzierungsbedürfnisse wollen dann die Abgeordneten dem Jagdflugzeug die Startbahn in die sogenannte Konzeptphase freigeben, der sich dann von 1986 an die Entwicklungsphase anschließen soll.

Ob am Ende an der Entwicklung des Jagdflugzeuges tatsächlich die fünf Länder beteiligt sein werden, läßt sich nach Ansicht der Experten auf der Hardtübke jetzt nicht klar sagen. „Das Problem“, so heißt es, ist das Verhältnis zwischen Großbritannien und Frankreich. Die Franzosen tasten sich zum ersten Mal in eine internationale Kooperation zum Bau eines aufwendigen Mißrätungsflugzeuges hinein. Ob sich deren Vorstellungen schließlich mit denen der Briten und aller anderen Partner in Einklang bringen lassen, ist vorerst offen. Die Industrie in beiden Ländern will schon in etwa einsehbar Jahren Prototypen für einen Jäger fertigstellen. In der Bundesrepublik sind die beiden bayerischen Firmen MBB und Dornier so weit noch nicht. Bei der letzten Luftfahrtschau im britischen Farnborough präsentierten sie lediglich Holzmodelle.

Der neueste Coup des kommunistischen Kapitalisten

Man nennt ihn den „roten Milliardär“. Wenn sich Lebensmittel-Lieferungen zwischen West und Ost bewegen, lohnt sich meist die Wette, daß er das Geschäft macht: der französische Kommunist Doumeng. Das Geschäft der Stunde: EG-Butter.

Von A. GRAF KAGENECK

Jean-Baptiste Doumeng hat wieder mal zugeschlagen. Während man sich in Brüssel, Paris, London und Bonn noch den Kopf darüber zerbricht, wie man 200 000 Tonnen „alte Butter“ von einem zehnfach höheren europäischen Butterberg abtragen und zu einem Preis, der die internationale Konkurrenz nicht allzusehr hinter Licht führt, auf die Weihnachtsstische der Europäer bugsiert soll, ist der „rote Milliardär“ schon längst handelstüchtig mit seinen Freunden jenseits des Eisernen Vorhangs.

Mindestens 60 000 Tonnen Euro-Butter (Eingeweihte sprechen von einer etwa doppelt so hohen Menge) sind seit Mitte Oktober in den weißen

Lastwagen der Doumeng-eigenen Firma „Interagra“ in die Sowjetunion transportiert worden. Zu einem Preis, der mit 800 Dollar pro Tonne um mindestens 400 Dollar unter dem Weltmarktpreis und um das Doppelte unter dem Preis liegt, den die Europäische Gemeinschaft ihren geplanten Bauern für Frischbutter zahlen muß, „Ein Geschenk für die Popows (Iwans)“, erbot sich das satirische Pariser Blatt „Canard Enchaîné“, um arglistig hinzuzufügen: „Die Sowjets sind brave Leute, denn sie haben bezahlt. Sie hätten auch Jacques Abouchar (den von ihnen in Afghanistan gefangenen französischen Fernsehjournalisten) für die Butter hergeben können.“

Nun, Jacques Abouchar kam auch so frei, und die Sowjets haben gezahlt, ohne daß in Moskau und Paris weiteres Aufheben um die Sache gemacht wurde. Denn was Doumeng macht, liegt schon seit Jahren jenseits von Gut und Böse. Niemand würde wagen, dem einstigen Bauernsohn aus dem Südwesten, Widerstandskämpfer, KPF-Mitglied und Konzernherrn einen französischen Flick-Strick aus seinen Geschäften zu drehen. Doumeng hat in Frankreich schon seit 1965 das Monopol für den

Lebensmittelhandel mit Osteuropa. Sein letzter Coup scheint zu belegen, daß dies selbst für Europa gilt. Während sich die EG-Kommission und die Länder des internationalen Handels und Zollabkommens (Gatt) noch um den Interventionspreis für den Aufkauf der Altbutter stritten und festlegten, daß die endgültige Entscheidung erst am 18. November



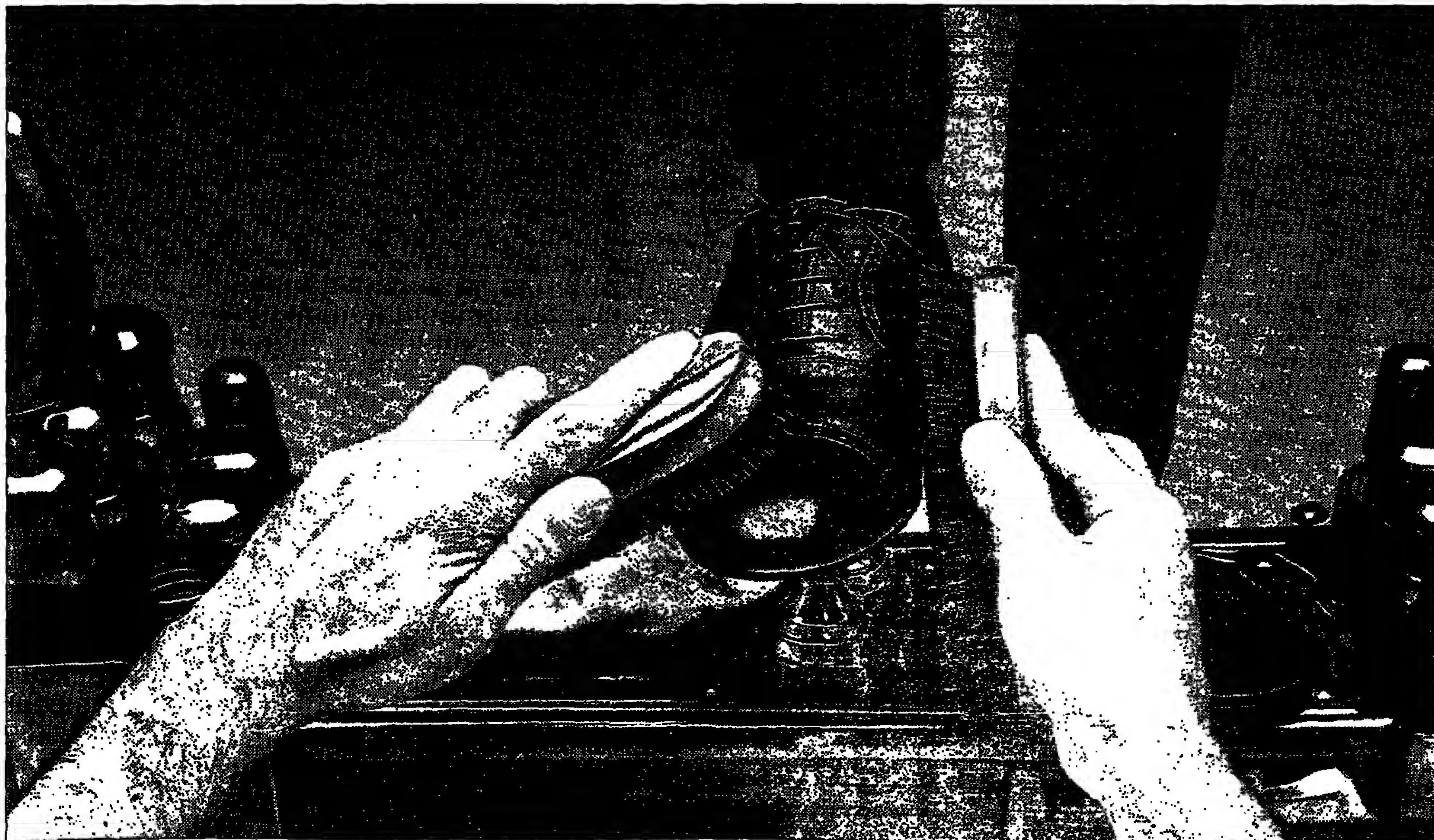
Jean-Baptiste Doumeng

FOTO: STUDIO X

fallen soll, hatte Doumeng längst mit seinen Gesprächspartnern abgeschlossen. Die Operation Weihnachtsbutter nutzt letzten Endes einen einzigen europäischen Operateur, Jean-Baptiste Doumeng, konstatiert zähneknirschend das Pariser Fachblatt „Lettre Verte“ („Grüner Brief“).

Alles am Lebensweg dieses Mannes ist ungewöhnlich. Seine Herkunft, sein Aufstieg aus bescheidenem ländlichem Milieu im Nachkriegs-Frankreich, das Heldentaten im Widerstand noch mit einflußreichen Posten belohnte, besonders dann, wenn man der damals mächtigen und rüchthabenden kommunistischen Partei angehörte. So wurde der ehemalige Kuchenhüttenjunge Doumeng Direktor einer verstaatlichten Bank, gründete eine landwirtschaftliche Genossenschaft für die Kleinbauern im Südwesten, aus der später die „Interagra“ wurde, ein weiteverbreiteter Konzern aus Landwirtschaft, Handel, Maschinen- und Traktorproduktion, Export-Import und Finanzierungsgesellschaften.

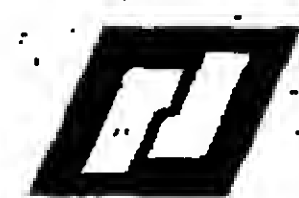
Seine politische Heimat wurde ihm zur wirtschaftlichen Quelle, als er in den sechziger Jahren die gebaute



Dienstleistungs-Bank

Diese Anzeige ist eine Einladung: an Unternehmer aus dem Dienstleistungsreich. Das Gespräch mit uns wird Ihnen zeigen, daß Sie bei uns an der richtigen Adresse sind. Eine wachsende Zahl von Dienstleistungsunternehmen nutzt bereits die Vorteile der IKB-Finanzierung. Feste Zinsen für Langfristkredite von 8, 10 oder 12 Jahren. Wir sind eben nicht nur „Industriebank“. Wir sind auch die „Dienstleistungs-Bank“.

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

Morlok zieht sich von seinen Ämtern zurück

Gallus oder Haussmann - wer übernimmt Vorsitz der Südwest-FDP?

KING-HU KUO, Stuttgart
Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und baden-württembergische Parteichef Jürgen Morlok hat gestern überraschend seinen Rückzug aus allen wichtigen Parteiämtern angekündigt. In einem Schreiben an den Landesvorstand, die FDP-Landtagsfraktion und die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten teilte der 39-jährige mit, er werde aus beruflichen Gründen beim Dreikönigstreffen am 6. Januar in Stuttgart nicht wieder für den Landesvorsitz kandidieren.

Gleichzeitig ließ Morlok wissen, daß er zwar sein Mandat als Landtagsabgeordneter beibehalten wolle, sein Amt als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf dem Saarbrücker Bundesparteitag im Februar 1985 aber, zur Verfügung stellen werde. Morlok, der am 1. Januar 1985 in die Geschäftsführung der Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau und Wohnungswesen mbH eintreten wird, betonte, daß sein Rückzug aus den Spitzenämtern der Partei nichts mit dem für die FDP wenig befriedigenden Abschneiden der Partei bei der baden-württembergischen Kommunalwahl Ende Oktober zu tun habe. Neben der beruflichen Perspektive, die sich ihm biete, begründete er seinen Rücktritt mit der Möglichkeit für die Partei, die Führungsspitze rechtzeitig für die Landtagswahl 1988 zu formieren.

Morlok hat nach WELT-Informationen die Entscheidung zum Rücktritt bereits während seines diesjährigen Osterurlaubes gefällt. Wegen der jüngsten Europa- und Kommunalwahlen habe er erst jetzt seine Entscheidung bekanntgegeben.

Heute wird die FDP-Fraktion im Stuttgarter Landtag über die personelle Veränderung an ihrer Spitze beraten. Es gilt als wahrscheinlich, daß der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Hinrich Enderlein, neuer Fraktionschef werden wird.

Weitaus schwieriger gestaltet sich wahrscheinlich die Wahl eines neuen Landesvorsitzenden. Da Enderlein dem linken Flügel der FDP zugerechnet wird, käme er dafür kaum in Frage. Der konservative Flügel des baden-württembergischen Landesverbandes als auch Bonn würden Enderlein kaum akzeptieren.

Als Nachfolger Morloks im Amt des Landesvorsitzenden sind der aus Reutlingen stammende Generalsekretär der Partei, Helmut Haussmann, und der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus, im Gespräch. Bei Haussmann stellt sich allerdings nicht nur die Frage der Bereitschaft einer Amtsübernahme, sondern auch das Problem, ob die Partei auf den erst seit kurzem amtierenden Generalsekretär verzichten kann.

Der Berufswechsel Morloks steht nach Angaben des baden-württembergischen Finanzministeriums im Zusammenhang mit der Absicht des Ministerpräsidenten Lothar Späth, die Unternehmensaufgaben der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) zu erweitern. In diesem Zusammenhang sei die Errichtung einer „Zentrale für Industriean-siedlung“ vorgesehen, deren Leitung Jürgen Morlok übernehmen.

In einer ersten Reaktion auf den Verzicht des FDP-Mannes erklärte der SPD-Landesvorsitzende Lang, Morlok habe „zu den Machern der Wende gehört. Diese Macher werden jetzt von ihren eigenen Taten eingeholt.“ Und die Grünen kommentierten den Rückzug Morloks mit den Worten, die FDP sei nach ihren Wahlniederlagen „selbst für aufstrebende Politiker nicht mehr attraktiv“. Die „Depression in der FDP“ habe offenbar die „höchsten Führungsgremien“ erreicht.

Nur geringe Strafe für Ballonfahrer

rtt, Berlin

Ein Westberliner Schöffengericht hat gestern zwei Mitglieder der internationalen Umweltschutzorganisation Greenpeace, die am 28. August 1983 mit ihrem Heißluftballon „Trinity“ über die Berliner Mauer geflogen waren, zu geringen Geldstrafen verurteilt. Das Gericht sei nicht umhine gekommen, das alliierte Gesetz Nr. 43 anzuwenden, sagte der Vorsitzende Richter Wolfgang Vath. Der 33-jährige Hamburger Gerd Leipold und der 27 Jahre alte Britte John Spange waren der „Einfuhr von Kriegsgüter“ angeklagt. Sie hatten mit ihrer Aktion im Vier-Mächte-Luftkampf von Berlin gegen die Atomwaffentests der vier Siegermächte protestieren wollen. Wegen Verstoßes gegen eine alliierte Verordnung und das Luftverkehrsgesetz muß Spange 100 Mark und Leipold 600 Mark Geldstrafe zahlen.

CDU nimmt ehemaligen FDP-Mann auf

DW, Hannover

Der niedersächsische Landtagsabgeordnete Professor Hans Ludwig Freytag, der am 23. Oktober die FDP verlassen hat, ist gestern in die Fraktion der CDU aufgenommen worden. Freytag, der dem Landesvorstand der FDP angehört hatte, war am Tag zuvor dem CDU-Kreisverband Oldenburg Land beigetreten. Freytag hatte seinen Parteibrief mit dem Begründung, daß die FDP sich gegenwärtig in einer „Phase der Selbstzerfleischung und Demontage“ befinde. Der „organisierte FDP-Liberalismus“ sei am Ende. Die Partei sei zu einer „Vielzweckzirkel“ geworden, die „in jedem Automaten paßt“. Dies passe ihm nicht. Durch diesen Fraktionswechsel erhöhe sich die Zahl der CDU-Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag auf 88. Die FDP-Fraktion zählt nur noch neun Abgeordnete.

Schmude: Gemeinsamkeiten mit der Union nicht verschütten

Sozialdemokraten legen eine Bestandsaufnahme ihrer Deutschlandpolitik vor

PETER PHILIPPS, Bonn
Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet von der „State of the Union Message“ des wiedergewählten amerikanischen Präsidenten Reagan nicht nur Hinweise auf die Zukunft des Abrüstungsbereichs, sondern auch darauf, „ob es für uns in der Deutschlandpolitik einen neuen Anlauf geben wird“. Wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke sagte, sei gerade in den vergangenen Monaten - auch durch die Absage des Honecker-Besuchs - von den Supermächten die „Parallelität“ des Verhältnisses zwischen Sowjets und USA sowie den innerdeutschen Spielräumen deutlich gemacht worden.

Mehr auf diesen erwarteten Neuanfang innerdeutscher Aktivitäten hin hat die Fraktion einstimmig ein Grundsatzpapier zur Deutschlandpolitik verabschiedet, das - wie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jürgen Schmude gegenüber der WELT erklärte - eine Art „Bilanz und Bestandsaufnahme“ der Sozialdemokraten sein soll. Man habe zugleich auch „Verdächtigungen“ damit ausräumen und „Gemeinsamkeiten nicht verschütten“ wollen. Auch der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe hat von „Chancen für deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten“ gesprochen. Es werde trotz einiger kritischer Punkte „eine vernünftige Grundtendenz“ sichtbar.

„Unabhängige Realität“

Das Ziel von Deutschlandpolitik müsse, so heißt es in dem SPD-Papier, eine „gesamt-europäische Friedensordnung“ sein, die den „trennenden Charakter der Grenzen überwindet“. Die „beiden deutschen Staaten können ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden nur gerecht werden, wenn sie ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation behandeln“. Auch den Deutschen stehe die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts zu. Aber „heute kann nicht vorweggenommen werden, für was sich das deutsche Volk in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts entscheidet wird“.

Zur Zustandsbeschreibung gehört auch die Feststellung: „Die deutsche Nation ist eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich in dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten ausdrückt“. Die Einheit der Nation sei allerdings weder „identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ noch dürfe sie über einen „deutschen Sonderweg“ angestrebt werden. Deutschlandpolitik müsse „von der Grundlage ausgehen, daß beide deutschen Staaten in ihr jeweiliges Bündnis fest eingebunden sind“. Davon unabhängig müsse alles getan werden, um „das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken“. Schmude äußerte die Befürchtung, daß wir zur Zeit „vor der Gefahr stehen, daß die gemeinsamen deutsch-deutschen Bemühungen allmählich bis zur Sprachlosigkeit zum Erliegen erliegen“.

Natürlich werden von der SPD auch die Grenzfragen aufgeworfen und die übrigen „Gerner Forderungen“ des SED-Chefs Erich Honecker. „Die Feststellung des Verfalls der Elbegrenze ist in beiderseitigen Einvernehmen möglich“, heißt es in dem Papier. Ehmke: Im wesentlichen gehe es darum, sich darüber einig zu sein, daß nach dem Krieg die Briten auf einer Landkarte „nach dem dritten Glas Whisky“ die rote Linie auf der Elbe-Mitte gezogen hätten. Die Respektierung einer „DDR“-Staatsbürgerschaft, so die SPD, könne „mit einer öffentlichen, regierungsmäßigen Feststellung verdeutlicht“ werden. Ganz deutlich machte Ehmke, daß über die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften mit der SPD nicht zu reden sei. In dem Papier wird erklärt: „Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sind keine beliebigen Beziehungen“. Ehmke: „Jeder, der anders diskutiert, verkennt die Realität“.

„Spielraum erweitern“

Im Zusammenhang mit der Grenzfrage attackierte der SPD-Politiker aber noch einmal sehr scharf, einige CDU-Politiker, die in jüngerer Zeit „unglaublichen provokatorischen Quatsch erzählt“ hätten über die deutschen Grenzen. Das von den Kriegs-Alliierten festgelegte Datum Dezember 1937 für die Gültigkeit deutscher Grenzen sei nur - dies könne man beim ehemaligen Moskauer Botschafter Grewe nachlesen - eine „Abgrenzung“ gewesen, um deutlich zu machen, daß die „anschließenden Hitler-Eroberungen nicht Deutschland sind“. Das Infragestellen des heutigen polnischen Staatsgebietes habe zu den Andreotti-Außerungen geführt, die „über den katholischen Kanal“ von der Kirchenführung in Polen über den Vatikan in die Demozie Christians eingeflossen seien.

Für Ehmke ist ein Merkmal von Deutschlandpolitik auch, daß sie, da zu führen muß, den Spielraum der DDR zu erweitern. Im Papier heißt es weiter, daß „beide deutschen Staaten ihre Handlungsmöglichkeiten (zum Spannungsabbau zwischen Ost und West) ausschöpfen und erweitern (müssen). Das Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten soll einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West dienen“.

„Tag der Mahnung und Verpflichtung“

Galinski am Jahrestag der „Kristallnacht“ besorgt über Vorgänge in der Bundesrepublik

DW/hrk, Berlin

Den Jahrestag der antisemitischen Pogromnacht des 9. November 1938, in der SA-Horden systematisch in ganz Deutschland Synagogen und jüdische Geschäfte zerstörten, nennt der Zentralrat der Juden in Deutschland in einem Aufruf, „einen Tag der Mahnung an unsere Umwelt und eine Verpflichtung für uns selbst“. Eine neue Generation, die in Deutschland die Verantwortung im Staat und in der Gesellschaft übernommen hat, habe die Pflicht, „aus den Erfahrungen zu lernen und Bedingungen zu schaffen, die verhindern, daß Menschen vertrieben, gedemütigt und getötet werden, nur weil sie so sind, wie sie sind“. Der Zentralrat weist darauf hin, daß deutsche Juden mit ihrer Rückkehr nach der NS-Diktatur „am Aufbau und der Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik mitgewirkt“ haben. „Unseren Weg, den wir mit der Wiederbelebung jüdischen Lebens in der Bundesrepublik begonnen, wollen wir konsequent fortsetzen“.

Die jüdische Gemeinde Frankfurts legte gestern den Grundstein für ihr neues Gemeindezentrum. Aus diesem Anlass erinnerte Gemeindevorstand Ignatz Bubis daran, daß im Judentum wieder Vertrauen gewachsen sei, und bezeichnete die Grundsteinlegung als Teil der neuen menschlichen Brücke zu den Mitbürgern.

Gegen eine Kollektivschuld der Deutschen an der Verfolgung der Juden, aber ebenso gegen einen „Anspruch auf kollektive Unschuld“ wandte sich der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski. Bei der Gedenkfeier zum 46. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ äußerte er seine Sorge über „Vorgänge in der Bundesrepublik“.

So würden im Fälscherprozeß um die „Stern“-Hilfsgelder über das Entsetzen der NS-Diktatur, noch

Scherze getrieben. Als ein Beispiel für Tendenzen, „sich der Aufarbeitung der schlimmen Vergangenheit zu entziehen“, nannte Galinski die Weigerung des NDR, den Film über den Majdanek-Prozess im ARD-Hauptprogramm zu zeigen, weil dies den Zuschauern „Verdächtigkeiten“ bereiten könnte. Betroffen zeigte sich Galinski auch über den „reißenden Absatz“, den Videosetten mit unkommentierter NS-Propaganda hätten. Hier bestehe die große Gefahr einer politischen Verhöhnung.

Galinski wandte sich mit einem Appell an die Öffentlichkeit: Jeder muß sich mit dem historischen Erbe seines Volkes auseinandersetzen und entsprechend handeln. Wer einerseits die unbestreitbaren großen Errungenschaften seiner Nation in vieler Hinsicht hervorhebt, darf das Bedauern zu den großen Fehlern der Nation nicht einfach auslassen.

Strauß: Kritik an Albrechts Entscheidung

HH, Darmstadt

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat das Interesse seiner Regierung am Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente in Wackersdorf unterstrichen. Beim Energie-Workshop in Darmstadt ließ er gestern Kritik an Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht anklingen: Dieser habe im Mai 1979 den Bau der Anlage in Gorleben mit der Begründung, „technisch möglich, aber politisch nicht durchsetzbar“ abgelehnt. Erst daraufhin habe sich Bayern - nach einer Aufforderung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt - zur Nennung eines Standorts bereit erklärt. Jetzt, wo Albrecht Dragahn ins Spiel gebracht habe, könne er - Strauß - der Bevölkerung in Wackersdorf nicht sagen: „Ihr wart nur Manövriergelände für Niedersachsen“. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) wird frühestens am 18. Dezember, möglicherweise aber erst am 4. Februar 1985, ihre Entscheidung zwischen Dragahn und Wackersdorf treffen.

In einer Grundsatzzrede plädierte Strauß für eine Steigerung des Anteils der Kernenergie als „umweltfreundlicher Energie“. Ihr Anteil an der Stromerzeugung sei mit etwa 21 Prozent immer noch zu niedrig. Kohle vorrangig um jeden Preis nannte er „rundweg falsch“. Die „unvermeidbar hohe Umweltbelastung“ spreche auf Dauer - selbst beim Einbau von Rauchfiltern - gegen die Kohle. Schadstoffintensive Energieträger müßten verringert werden. Beispielsweise nannte er die in Buschhaushaus einsetzende - Salzkohle.

Obwohl sich Strauß überzeugt zeigte, daß es zur Schadstoffminderung in Autos bald schon bessere Verfahren als den Katalysator geben werde, müsse man dieses zur Zeit als einziges zur Verfügung stehende Verfahren nutzen.

Flick-Affäre: CDU attackiert SPD-Mann

dpa, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische SPD-Landtagsabgeordnete Hilmar Selle, der von Flick Zahlungen bekommen haben soll, ist jetzt unter Beschuß der CDU-Opposition geraten. In einem Schreiben an Selle, der auch Landrat im Kreis Siegen ist, machte Oppositionschef Bernhard Wornis gestern geltend, die Klärung der gegen Selle erhobenen Vorwürfe stehe noch aus. „Bis zur endgültigen Klärung“ bitte ihn die CDU, sein Amt als Ausschussvorsitzender im Düsseldorfer Parlament nicht wahrzunehmen. Selles Verhalten in dieser Phase setze „Maßstäbe für die politische und parlamentarische Kultur in unserem Lande“.

CDU-Sprecher Georgens erklärte, es gehe um die Rolle, die Selle als ehemaliger Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (ASG) bei der Steuerbefreiung für die Flick-Milliarden befreit habe. Zum zweiten sei die Verquickung von Mandat und Privatgeschäft im kommunalpolitischen Bereich zu prüfen.

Nachdem Selle wiederholt in „Spiegel“-Veröffentlichungen über die Flick-Affäre genannt worden war, hatte ihm die „Westfalpost“ in ihrer jüngsten Ausgabe vorgeworfen, von Flick von 1974 bis 1980 110 000 Mark Wahlkampfspenden erhalten zu haben. Im Zusammenhang mit seiner Versicherungsgesellschaft, der Flick entgegengekommen sein soll, habe ein Flick-Manager an den damaligen Generalbevollmächtigten von Brauchitsch notiert: „Ich gehe davon aus, daß auch Selle nunmehr die 60-Fähigkeit für gegeben hält.“

Selle soll einen Flick-Manager auch gesagt haben: „Sie müssen uns schon entgegenkommen, wenn Sie eine entsprechende Behandlung durch die SPD erfahren wollen.“

Perez appelliert für Äthiopien-Hilfe

AP, Addis Abeba

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Javier Perez de Cuellar, hat gestern zu weiteren Hilfsaktionen für die notleidende Bevölkerung Äthiopiens aufgerufen. Perez, der sich zur Zeit im Lande selbst über das Ausmaß der Hungerkatastrophe informiert, sprach gestern nachmittag mit dem äthiopischen Staats- und Regierungschef Mengistu und will heute zwei Versorgungszentren in der nördlichen Provinz Wollo besuchen. Am kommenden Dienstag will Perez vor der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba sprechen. Nachdem bereits die Bundesluftwaffe die Ankunft zweier Flugzeuge mit Hilfsgütern angekündigt hatte, wurden gestern zwei Maschinen aus der „DDR“ in Äthiopien erwartet.

Die WELT (ISSN 0332-5977) is published daily except on Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to THE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 340 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Wie konnten Christen Killer in Hitlers Armee sein?“

Professor Theodor Ebert: „Ich bin Bischof Jung dankbar, daß er Barmer nicht gefeiert hat, sondern uns einen nüchternen Bericht über die Diskussion um Barmer in diesem Jahr gab und einige Anfragen an uns richtete.“

Ich möchte eine persönliche Anfrage an Sie alle richten. Was mich im Zusammenhang mit Barmer eigentlich am meisten bewegt hat, ist, daß die Barmer Erklärung für die Christen in Deutschland keine Anleitung gewesen zu sein schien, sich dem Kriegsdienst im Heer Hitlers zu verweigern. Trotz der so klaren Aussage der zweiten Barmer These von der freien Befreiung und von dem dankbaren Dienst an seinen Geschöpfen haben die Christen damals den Anpassungszwängen dieser Zeit nicht zu widerstehen vermocht. Sie haben sich nicht nur angepaßt und geduldet, sondern sie wurden wirklich zu Killern in Hitlers Armee. Mit dieser Frage werde ich nicht fertig, weil ich mir dann nämlich, aktuell auf unsere Zeit übertragen, sage: dieses Bekenntnis gilt für uns auch. Wo passen wir uns an? Wo machen wir mit? Das ist für mich die Frage, und die Stuttgarter Schuldenerklärung nach 1945, so wichtig sie ist, ist mir zu einfach und zu konsequenzlos.

Verstehen Sie bitte deshalb diese Anfrage von einem Nachgewachsenen an diejenigen, die damals dabei waren. Ich lese auch die Erinnerungen von Männern und Frauen der Bekennenden Kirche. Warum ist das nicht möglich gewesen? Warum ist das Wort Gottes und das Bekenntnis nicht wirksam geworden? Muß man sich nicht die operative Umsetzung solcher Bekenntnisse in Taten überlegen? Das scheint mit der ungelösten Frage in der Kirche zu sein...

Ich finde, vor diesem Problem stehen heute unsere Kinder wieder, daß sie an den Bekenntnissen die Taten messen. Wenn diese ausbleiben, bzw. die Taten damals so völlig anders gewesen waren... lassen Sie noch ein

Wie konnten Christen, Angehörige der Bekennenden Kirche, trotz der Kenntnis der Barmer Theologischen Thesen „Killer in Hitlers Armee“ werden? Mit dieser provozierenden Frage hat der Berliner Synodale und Friedensforscher Professor Theodor Ebert (Jahrgang 1937) auf

Beispiel mich dazu nennen: Ich bewundere und war dankbar für den Mut des württembergischen Landesbischofs Wurm, der sich gegen das Euthanasieprogramm einsetzte. Aber er hat das u. a. damit begründet, daß dieses Euthanasieprogramm gewissermaßen den Kampfeswillen der für die Kirche im Felde stehenden Pfarrer schwächen würde.

Ratsmitglied von Keler: „Res sacra miser. Das ist etwas anderes, bleiben Sie bei der historischen Wahrheit!“

Ebert: „Historische Wahrheit ist doch, daß die Pfarrer und die anderen Christen der Bekennenden Kirche in Hitlers Armee gekämpft haben. Die Frage, die sich mir stellt, ist: Wie ist die Beteiligung an diesem Kriege, der allen Kriterien vom gerechten Krieg widerspricht, mit der zweiten Barmer These vereinbar?“

Präsident Dr. Reif: „Ich verwahre mich dagegen, daß das Wort 'Killer' gebraucht wird!“

Ebert: „Ich danke dem Präses für das Verständnis. Ich bedauere den Ausdruck 'Killer'. Er trifft die Sache nicht. Mit diesem Begriff ist die Vorstellung einer Freude am Töten verbunden. Für die damals in Hitlers Armee Kämpfenden war es sicher mit schweren Gewissensbelastungen verbunden, daß sie getötet haben. Ich glaube, man muß einfach das anders formulieren. Ich bitte um Verzeihung.“

Synodaler Walter von Lossow, Oberst der Bundeswehr: „Herr Präses, meine Damen und Herren! Ich bitte um Ihr Verständnis, daß ich jetzt nicht zur Barmer Erklärung spreche, sondern hier als Offizier der

Bundeswehr und Ihr christlicher Mitbruder vor Ihnen stehe.“

Ich bin auf einem langen Weg, die Verzeihung in meinem Innersten zu praktizieren, die Herr Ebert wegen seines Wortes von den Killern in Hitlers Armee von uns allen und auch von mir erbeten hat. Ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß ich auf tiefste Erschütterung war, daß in dieser Synode, in der man sich als „Bruder“ und „Schwester“ anredet, ein solches Wort überhaupt fallen kann.

Ich werde meinen deutschen Kameraden in der Armee und mit Sicherheit auch meinen alliierten Kameraden erklären müssen, was hier vorgefallen ist, und ich werde das in der ritterlichen Weise tun, die mein Beruf von mir verlangt.“

Synodaler Helmut Hild: „Liebe Brüder und Schwestern, auch ich möchte mich noch einmal mit dem Beitrag von Bruder Ebert befassen. Ich muß gestehen, daß ich das mit einem Herzklappen und großer Aufregung tue, weil eben persönliche Betroffenheit in starkem Maße im Spiel ist. Die Aufregung ist durch das noch größer geworden, was der Bruder von Lossow, den ich sehr verehere, eben über seine Betroffenheit gesagt hat.“

Ich bin dankbar dafür, daß das falsche und mißverständliche Wort aus der Welt geschafft wurde, aber ich gehöre zu der Generation, die damals, als der Krieg ausbrach, schon ein Jahr lang Soldat war.

Wir dürfen doch nicht übersehen, daß wir getötet haben, und wir waren nicht nur in unserem Gewissen angefochten, wenn wir getötet hatten, sondern es gab auch Situationen, in

denen wir befriedigt und stolz waren. Ich glaube nicht, daß ich damit mein Portepese beschmutze, aber heute weiß ich, daß das ein Teil meiner Schuld ist, die doch, wenn es auch eine von einem verhängnisvollen Schicksal unter eine unglückliche Generation herausbeschworene, ereignisabhängige Schuld ist, der Vergebung bedarf.“

Ich war Mitglied im Bund Christlicher Offiziere, das war eine Vereinigung, in der die Frömmigkeit im wesentlichen pietistisch geprägt war und die kirchenpolitischen Entscheidungen damals zugunsten der Bekennenden Kirche gefallen waren. Der Vorsitzende des Bundes Christlicher Offiziere, der General Graf Kanitz, war am 20. Juli beteiligt, und sehr viele Mitglieder dieses Bundes sind in diesem Zusammenhang verstorben worden, ich als Verwundeter sogar in einem Lazarett, wenige Tage nach meiner Verwundung.

Nun komme ich zu dem Zusammenhang mit der Barmer Erklärung. Ich glaube, daß die Frage von Bruder Ebert an unsere Generation zu Recht gestellt wird. Woran liegt es, daß die richtigen und politisch eminent bedeutsamen - damals eminent bedeutsamen - Aussagen der Barmer Erklärung in diesen Bereich hinein keinen Einfluß genommen haben? Es ging ja nicht um die Sicherung des Friedens durch eine Armee, die den Auftrag hat, den Frieden zu wahren, sondern es ging doch nicht allzulange nach der Barmer Erklärung ganz offensichtlich um die Vorbereitung eines Angriffskrieges.

Ich möchte mich gern auf die grundsätzliche Interpretation der

Barmer Erklärung, die Bruder Henning gegeben hat, beschränken, daß die Barmer Erklärung ein Wort an die Gemeinden war - ich glaube, er hat es so ausgedrückt -, das eigene Verhalten als Staatsbürger und das Verhältnis zum Staat im Lichte dieser Erklärung zu messen, also keine direkte öffentliche politische Widerstandserklärung, aber doch der Aufruf an den Christen, seine Verantwortung in dieser Situation im Gehorsam unter dem einen Wort Gottes wahrzunehmen und Gottes Kräfte im Anspruch auf die ganze Welt gerecht zu werden.

Ich frage noch einmal: Warum wurde dieser kräftige Anspruch im ganzen Bereich, der zu dieser Zeit mit dem Soldatensein zu tun hatte, nicht verspürt - und wenn er vielleicht verspürt wurde, so doch nicht in einer Weise bearbeitet, die seine Wirkungen an den Tag gebracht hätte? Ich kann mir das nur so erklären: Wir alle leben auch heute in Traditionen, die sich im Laufe ihrer Entwicklung mit bestimmten ethischen Positionen aus dem Evangelium zusammengehangen haben - vielleicht ursprünglich einmal durch sie begründet wurden - den Zusammenhang aber unter Umständen auch dann festhalten, wenn er zu problematisieren ist.

Wahrscheinlich kam deshalb die Frage gar nicht auf. Ich erinnere mich an viele tapfere Leute aus der Bekennenden Kirche, die Offiziere in Hitlers Armee geworden sind, weil sie glaubten, dort ihren Glauben freier leben zu können als in anderen Zusammenhängen des damaligen Staates. Ich respektiere das und muß es heute doch hinterfragen...

Liebe Schwestern und Brüder, das war kein Wort des Urteils, sondern ein Wort aus einer persönlichen Bedrängnis, die durch die Diskussion heute abend ausgelöst worden ist. Ich bitte das entsprechend zu würdigen.“

SELTEN
WURDE ETWAS
UNBEDEUTENDES
MIT IHM
GESCHRIEBEN

MONT
BLANC

11. November

Größt: Kritik
Abrechts
cheidung

RIH. D...
... Strauß hat das
... am Bau der
... für abge
... in Wacker
... Energie-Wer
... er gestern
... Regieru
... anklingen
... den Bau der
... der Begründ
... aber politis
... abgelehnt. Ent
... Bayern - me
... des damalige
... Helmut Schm
... Standorts
... wo Albrecht
... hat habe. Kme
... der Bevölker
... nicht sagen: "U
... gelände für N
... Deutsche Ge
... arbeitung
... (DWK) wird
... Dezember
... am 4. Februar
... ing zwischen
... treffen.

Grundsatze
... eine Steiger
... Kernenergie
... als "ster Ene
... erzeugung
... sei mit n
... mer noch
... politisch
... um jede
... "Rundweg
... "hohe Umwe
... f Dauer - sel
... Rauchfilter
... Schadstoff
... isten verrin
... ft nannte er
... setzende - Sa
... sich Strauß
... es zur Schad
... bald schon
... den Katalysa
... man dieses
... r Verfügung
... zen.

Affäre: CDU
iert SPD-M

dpa, D...
... rhein-westfä
... beordnete
... ick Zahlun
... ist jetzt
... nation gerat
... an Seite,
... liegen ist,
... Bernhard
... e Klärung
... e Vorwürfe
... nädigsten
... U, sein Amt
... er im Düse
... it wahrzun
... in dieser
... die politis
... ne Kultur
... e

recher Georg
... n die Rolle
... Bundesvor
... tagemeinsch
... (ASG) bei
... e Flück-Milli
... i zweiten
... Mandat und
... kommunalpo
... üfen.

n Seite
... Veröffentli
... ffäre genant
... die "Westfal
... usgabe vorg
... 1974 bis 198
... spenden erha
... usammenhang
... ngsagentur,
... der N
... runnen, sein
... ager an den
... mächigen
... tiert: "Ich ge
... Selle nurme
... gegeben hält
... leunen Flück-M
... en: "Sie müs
... ummen, wenn
... e Behandlung
... ren wollen."

appelliert
thiopien-ff

AP, Add
... eralsekretär
... Javier Perez
... weiteren
... endende Be
... arufen. Perez
... und selbst
... Hungerkata
... ch gestern
... ischen Staats
... Mengistu und
... gungszentren
... vitz Wollo be
... in Dienstag
... nferenz der
... ische Einheit
...prechen. Nach
... estüft wurde
... zeuge mit H
... hatte. Wunde
... aus der DDR
... tel.

SPS 403-500
... and holding
... USA is L...
... ed by Gen...
... 540 Sylve
... "A Second
... NO 07431
... armstrong
... RT, GERMAN
... C. 540 Sylve
... 07432.

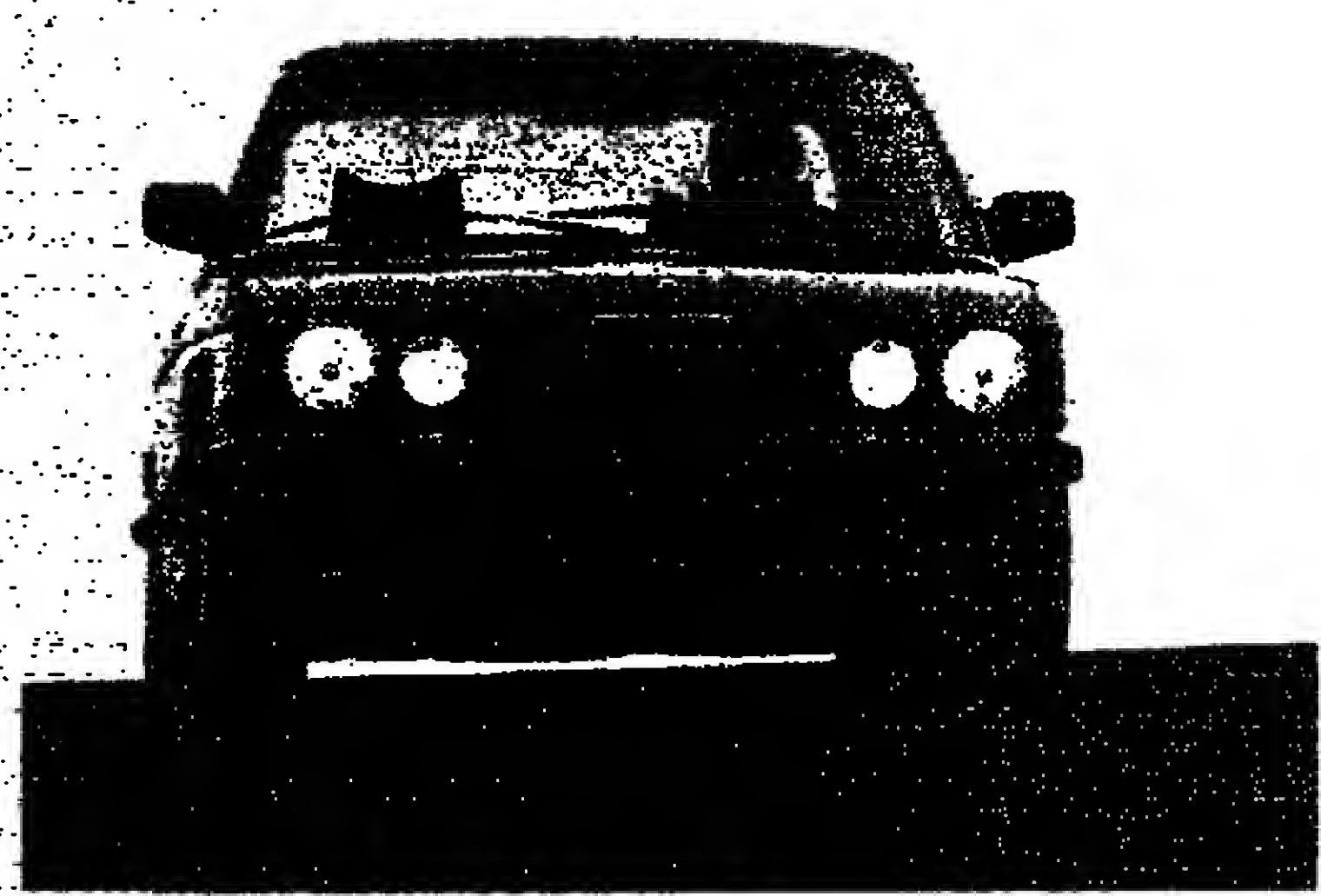
Der Umwelt helfen weniger große Worte als vielmehr entschlossene Taten.

Handeln Sie also: BMW bietet Ihnen jetzt, was bisher gefehlt hat - 6 überzeugende Konzepte.

Der engagierte und an einer möglichst schnellen Gesundung der Umwelt interessierte Autofahrer steht vor dem Problem, handeln zu wollen, aber nicht ohne weiteres handeln zu können. Ein Interessenkonflikt, den BMW jetzt beenden kann.

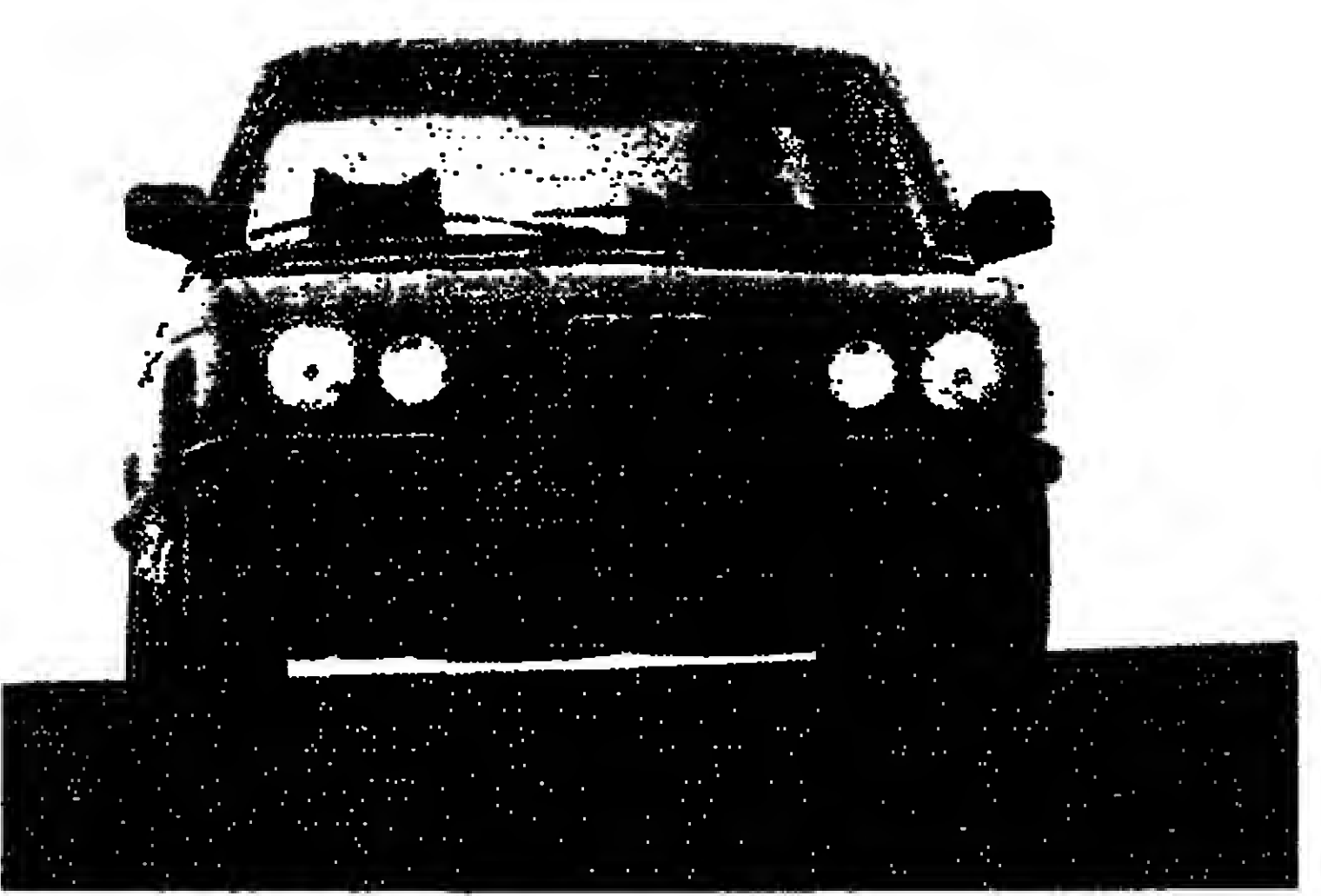
BMW als das führende Unternehmen im Bereich modernster Triebwerks-Technologie verfügt über beste technische Voraus-

setzungen, um konsequente und realisierbare Antworten zu geben. Hier sind sie - ein logisches Programm überzeugender Konzepte zum unverzüglichen Handeln. Wählen Sie jetzt die für Ihre spezielle Situation optimale Lösung - ein Vorteil, den Ihnen niemand überzeugender bieten kann als BMW.



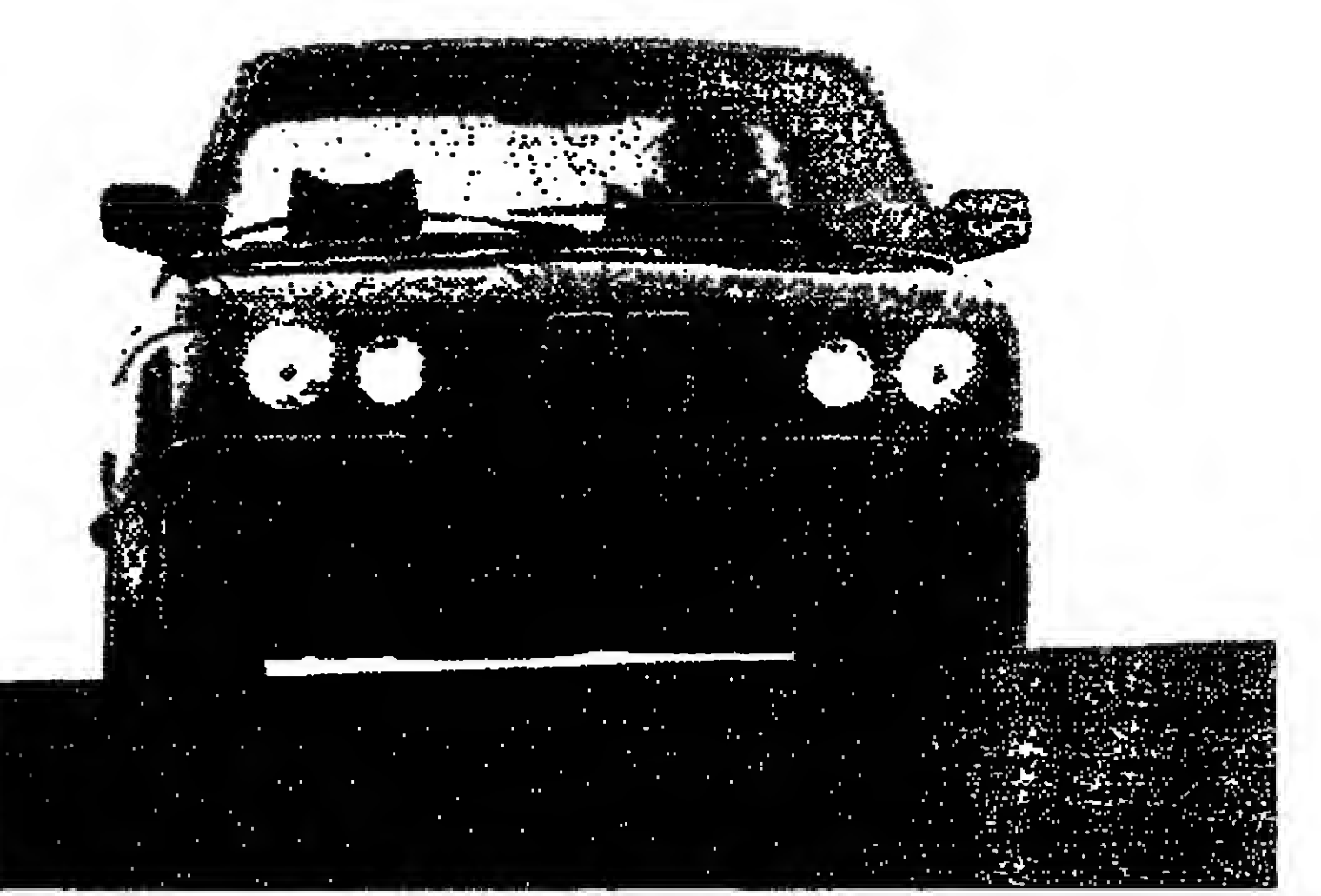
Das 1. Konzept:

Sie wählen das für Sie persönlich optimale Modell aus dem einzigartig breiten Programm von Katalysator-Automobilen bei BMW. BMW hat mit die größte Katalysator-Erfahrung aller europäischen Automobilmarken. Und besitzt ein einzigartiges Know-how beim Einsatz der dafür notwendigen intelligenten elektronischen Triebwerkssteuerungen. Diesen Vorsprung haben wir genutzt und mit erheblichem konstruktivem und finanziellem Aufwand ein umfassendes Programm von Katalysator-Fahrzeugen für die unterschiedlichsten Anforderungen entwickelt. Sie können zwischen 18 Modellvarianten aus 4 Fahrzeug-Baureihen und ganz individuellen Ausstattungen wählen. Und sind dabei selbstverständlich nicht - wie bei manchen anderen - gezwungen, preissteigende Zwangsausstattungs-Pakete mitzukaufen.



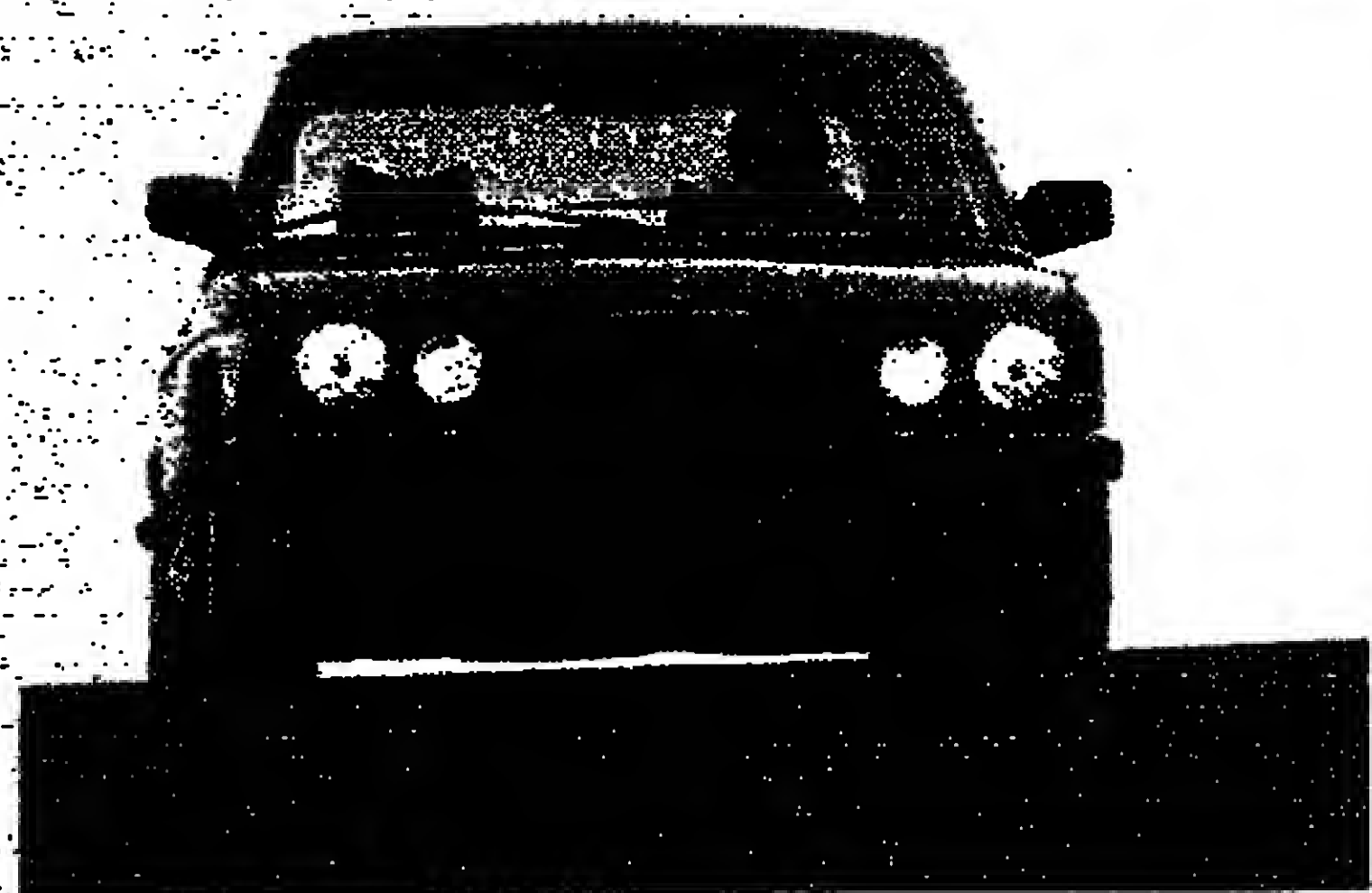
Das 2. Konzept:

Sie erwerben Ihr BMW Katalysator-Modell zunächst ohne eingebauten Katalysator und rüsten zum individuell sinnvollsten Zeitpunkt um. So können Sie ganz flexibel reagieren - je nachdem, zu welchem Zeitpunkt für Sie persönlich durch ein hinreichendes Angebot an bleifreiem Benzin der Katalysatorbetrieb praktikabel wird. Vom Zeitpunkt der Umrüstung an ist geplant, daß Sie natürlich auch den entsprechenden Steuervorteil nutzen können. Vor der Umrüstung erreichen Sie zwar nicht die günstigen Abgaswerte eines normalen Modells, bewegen sich aber innerhalb der gesetzlichen Auflagen - ein Punkt, den wir im Gegensatz zu anderen Anbietern solcher Lösungen nicht verschweigen wollen.



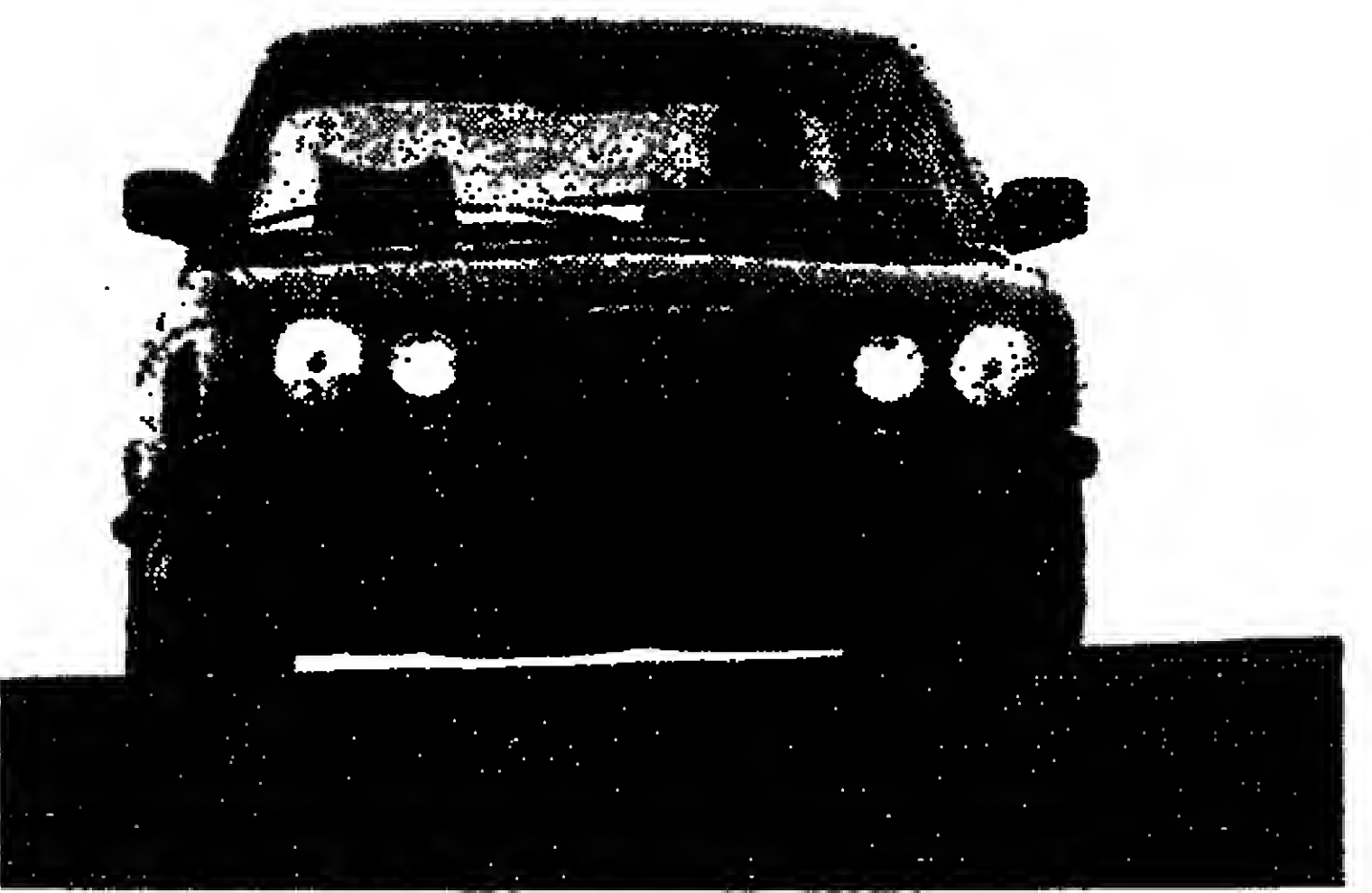
Das 3. Konzept:

Mit jedem neuen BMW - auch ohne Katalysator - erwerben Sie durch die fortschrittliche Triebwerks-Elektronik im Vergleich zu Fahrzeugen mit konventionellen Gemischaufbereitungs- und Zündsystemen ein besonders umweltfreundliches Automobil. Und diese technischen Voraussetzungen ermöglichen es auch, daß Sie einzelne BMW Typen (ab Herbst 1979) bei Ihrem BMW Händler später auf Katalysatortechnik nachrüsten lassen können. Das ist zwar mit einem nicht unerheblichen technischen und finanziellen Aufwand verbunden, besitzt aber den Vorteil, daß Sie bis zu einem Umbau über ungeschmälerte Leistung bei günstigem Energieverbrauch verfügen. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß der Gesetzgeber auch für diese Fahrzeuge die Steuerentlastung einräumen wird.



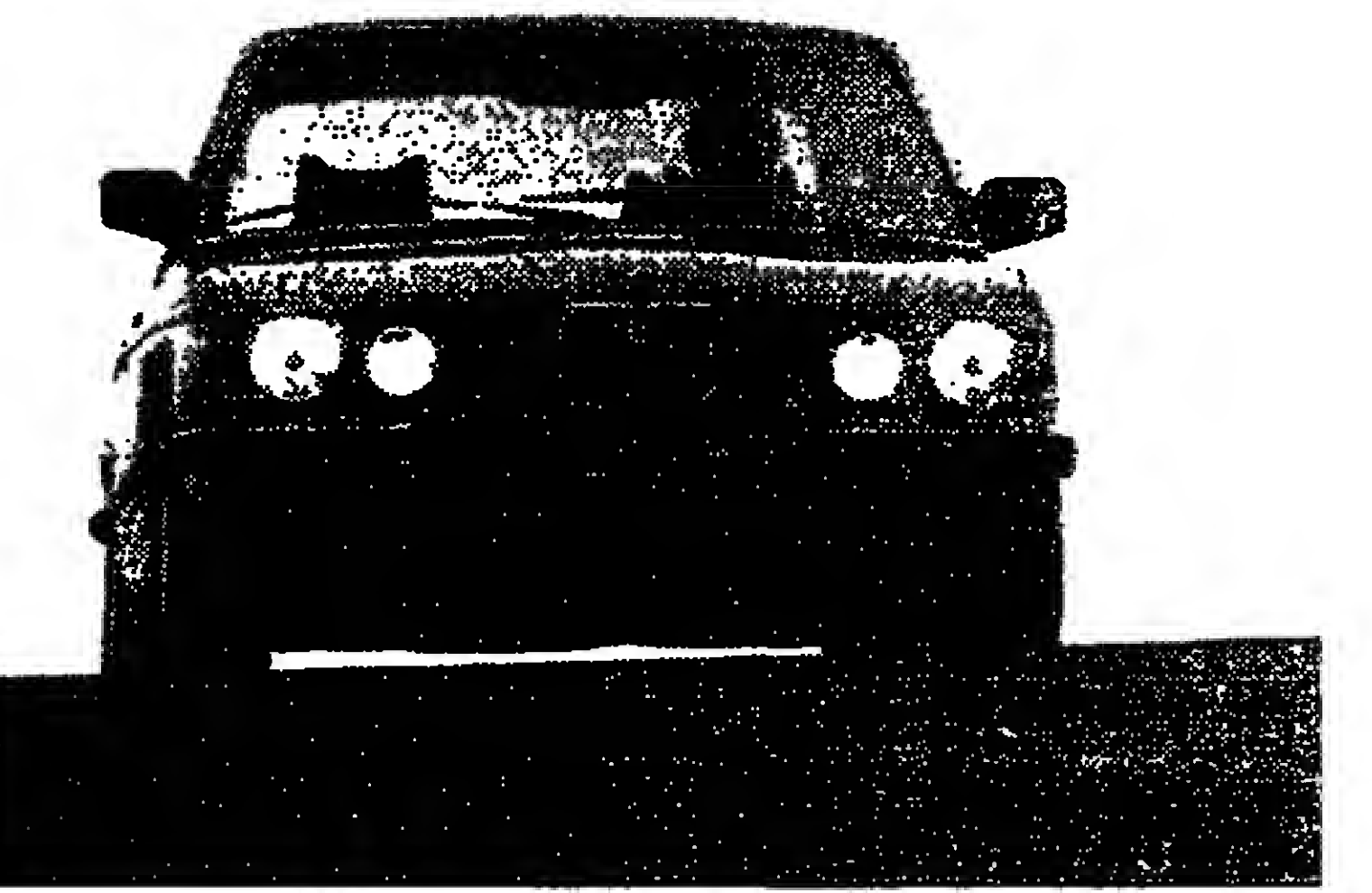
Das 4. Konzept:

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur schnellen und umfassenden Entlastung der Umwelt - die BMW NO-Control zur Schadstoff-Reduzierung für die meisten BMW Modelle ab Herbst 1979. Durch die hochentwickelte BMW Triebwerkstechnik ist ein relativ preisgünstiger Umbau durch Ihren BMW Händler möglich. Damit wird zwar nicht die Abgasreinigungsleistung des Katalysators erreicht, es lassen sich aber kurzfristig und sehr wirtschaftlich die Stickoxide deutlich reduzieren - allerdings bei etwas höherem Verbrauch.



Das 5. Konzept:

Sie sichern sich die einzigartigen BMW Vorteile als Diesel-Fahrer. Diesel-Automobile sind relativ umweltfreundlich. Und der BMW Diesel ist hier auch für anspruchsvolle Fahrer eine überzeugende Lösung. Denn er bietet zur Umweltfreundlichkeit soviel Fahrkultur und aktive Sicherheit wie kein anderer. Vergleichen Sie also genau, damit Sie keinen unnötigen Kompromiß eingehen - bei BMW bezahlen Sie gesteigerte Umweltfreundlichkeit nicht mit verringerter Sicherheit.



Das 6. Konzept:

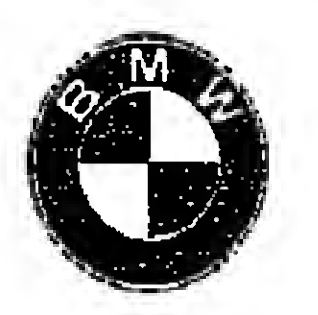
Sie kaufen keinen BMW, sondern leasen einen. Der hohe Wiederverkaufswert von BMW Automobilen ermöglicht günstige Leasing-Raten. Nach einer Laufzeit, die Sie bestimmen, nehmen wir Ihr Fahrzeug einfach zurück. Zu einem Wert, der heute schon feststeht. Das BMW Leasing-Angebot gibt Ihnen die Möglichkeit, mit einem neuen, auch ohne Katalysator bereits umweltfreundlichen BMW jetzt sofort zur Umweltentlastung beizutragen und sich dabei alle Optionen offenzuhalten.

318i	/	318i Automatic	2 Türen	*)Der neue BMW 325e ist im übrigen ein besonders eindrucksvoller Beweis für das zukunftsweisende BMW Engagement für umweltfreundlichste Automobiltechnik. Der BMW 325e ist ein eigens und speziell für den Katalysatorbetrieb ausgelegtes Fahrzeug. Seine gesamte Charakteristik mit sehr hohem Drehmoment bereits bei geringen Drehzahlen macht umweltfreundliches und zugleich sehr wirtschaftliches Fahren besonders leicht.
318i	/	318i Automatic	4 Türen	
325e*	/	325e Automatic*	2 Türen	
325e*	/	325e Automatic*	4 Türen	
525e	/	525e Automatic		
535i	/	535i Automatic		
M 535i	/	M 535i Automatic		
735i	/	735i Automatic		
635CSi	/	635CSi Automatic		

Wer sich jetzt für einen BMW entscheidet, der handelt nicht nur im ökologischen Sinne richtig, sondern auch im ökonomischen klug - und das in jedem Fall.

Lassen Sie sich von Ihrem BMW Händler über die für Ihre Anforderungen beste Lösung beraten.

BMW zu fahren, das ist die Sicherheit, die Interessen der Umwelt zu vertreten, ohne die Vernunft außer acht zu lassen.



Genscher bestätigt: FDP von Flick unterstützt

Aussage vor dem Untersuchungsausschuß / Appell an SPD

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, hat vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß bestätigt, daß der Flick-Konzern die FDP „über lange Zeit hinweg wie andere Unternehmen auch nachhaltig unterstützt“ hat. Allerdings könne er zur Höhe der Spenden „nichts sagen“. Auf die Frage des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Willfried Penner (SPD), ob er sich in der Parteispende-Affäre in irgendeiner Form mitbetroffen oder mitbeteiligt fühle, sagte Genscher: „Niemand kann sich davon freisprechen.“ Er räumte ein, daß er sich als Vorsitzender heute mehr als in der Vergangenheit um die gesetzlich vorgeschriebenen Rechenschaftsberichte kümmern würde.

Zu der 6-Millionen-Mark-Spende, die im Rechenschaftsbericht 1983 ohne den Einzähler mit dem Vermerk „Unbekannt“ aufgelistet ist, sagte er, daß „die Annahme dieser Spende“ nicht „gegen ein Gesetz verstoßen“ habe. Allerdings werde die FDP alles dafür tun, daß hier „diese Transparenz hergestellt wird“. Gleichzeitig äußerte er die Hoffnung, daß dies auch die SPD mit ihrer 6,7-Millionen-Mark-Spende übernehmen werde, die ihr verstorbener Schatzmeister Alfred Nau zusammengetragen hatte und deren Geber nicht bekannt sind.

Ausdrücklich betonte Genscher, daß die Spendennahme und Spendengabe an sich „nichts Verwerfliches“ sei. Alle Parteien seien darauf angewiesen. Sie dürften nicht an Bedingungen geknüpft sein. Es sei auch nicht zulässig, einen Zusammenhang herzustellen, daß eine Partei eine Spende erhält und eines ihrer Mitglieder Minister ist.

Über den Einkommensteuerparagrafen 6b hat Genscher nach seiner Erinnerung nur ein einziges Mal am Ende eines Gesprächs mit dem früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch am 7. August 1980 in seinem Haus in Pech bei Bonn gesprochen. Dabei habe Brauchitsch wissen wollen, ob der der FDP angehörende Unterabteilungsleiter Adalbert Uelner im Zusammenhang mit der steuerbegünstigten Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Erlöses aus dem Daimler-Benz-Aktienpaket durch den Flick-Konzern von dem damals SPD-geführten Ministerium „unter Druck“ gesetzt würde und ob der Ressortchef

Hans Matthöfer (SPD) wegen der damals bevorstehenden Bundestagswahlen die Entscheidung über den Antrag hinauszögern wolle. Gestern sagte Genscher, er habe daraufhin mit dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) gesprochen und anschließend Brauchitsch dessen Antwort übermittelt, daß der Fall „ganz normal“ laufe. Ähnlich wie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt meldete der FDP-Chef Vorbehalte am Wahrheitsgehalt der Brauchitsch-Notizen an.

Vor Genscher hatte am Morgen der frühere Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, der Freiburger Oberbürgermeister Rolf Böhme (SPD), „keinen Hehl daraus“ gemacht, „daß ich den Fall Flick negativ beurteilt habe. Das mache ich auch heute noch.“ Böhme, der einer der vehementesten Gegner der Steuerbefreiung für den Flick-Konzern war, räumte vor dem Ausschuß ein, daß „die heute vor dem Hintergrund von finanziellen Zuwendungen ins Ziellicht geratene Sachentscheidung“ zur Zeit „der Meinungsbildung“ zwar unstritten gewesen sei. Sie sei aber „in der sachlichen Begründung eine mögliche Entscheidung“ gewesen. „Anzeichen“ einer Beeinflussung durch finanzielle Zuwendungen seien für ihn damals „weder erkennbar noch anzunehmen oder zu vermuten“ gewesen.

Böhme hatte sich bereits Anfang 1975, zwei Jahre bevor er die Leitung der SPD-Arbeitsgruppe Steuern übernahm und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Steuern und Finanzen der Bundestagsfraktion übernahm, in die Diskussion um die Anwendung des Einkommensteuerparagrafen 6b für das Unternehmen öffentlich wiederholt mit teilweise scharfer Kritik eingeschaltet. Er hatte im Januar 1976 den damals für Steuerfragen im Finanzministerium zuständigen Abteilungsleiter, Ministerialdirektor Karl Koch, aufgesucht. Vor der Staatsanwaltschaft hatte er zu dieser Unterredung ausgesagt, er sei davon ausgegangen, daß Anträge kommen würden und er habe von Anfang an behandelt wissen wollen, „daß keine Zustimmung kommt“. Dazu warf ihm gestern Friedrich Bohl (CDU) vor, er habe „versucht, Einfluß“ auf die Entscheidungen der Bundesregierung zu nehmen.

Kein besetztes Haus in Berlin

rrt, Berlin

Erstmals seit Jahren gibt es in Berlin kein besetztes Haus mehr. Innenminister Lammert teilte mit, auch für das letzte von den bislang besetzten 165 Häusern sei nunmehr ein Pachtvertrag abgeschlossen worden. In seiner Erklärung heißt es, damit sei ein „dunkles Kapitel der Stadt“ abgeschlossen und eine „drückende Last“ des früheren SPD/FDP-Senats abgetragen. Nach seiner Übersicht sind seit dem Sommer 1981 insgesamt 80 Häuser von der Polizei geräumt, 27 freiwillig verlassen worden. Für 78 Häuser wurden Miet-, Kauf- oder Pachtverträge abgeschlossen.

„Europa braucht neue Dynamik“

dpa, Toulouse

Die technologische Zusammenarbeit in der europäischen Airbus-Industrie ist für Bundespräsident Richard von Weizsäcker Beispiel dafür, daß Europa im weltweiten wirtschaftlichen Konkurrenzkampf keine Angst haben muß. Der Bundespräsident befragte gestern im Rahmen seines Staatsbesuchs in Frankreich die Airbus-Produktionsstätten in Toulouse. Er unterstrich, Europa brauche jene Dynamik, die auch den wiedergewählten US-Präsidenten Reagan zum Erfolg geführt habe. Reagan habe es verstanden, sein Land voranzutreiben.

Warnung vor einem Aderlaß

Dem heute zu Ende gehenden HBV-Kongreß fehlt das alles beherrschende Thema

GÜNTHER BADING, Mannheim

Von der Zukunft wurde viel gesprochen auf dem Kongreß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Mannheim. Aber von einer Stimmung des Aufbruchs zu neuen Ufern war nicht viel zu spüren. Dem 11. Ordentlichen Gewerkschaftstag der HBV unter dem Motto „Arbeit für alle – Frieden – soziale Sicherheit“ fehlte ganz offensichtlich das alles beherrschende Thema.

Die Delegierten leisteten – aus Gewerkschaftssicht – solide Arbeit bei den Antragsberatungen und in der Diskussion über die Geschäftsberichte der Vorstandsmitglieder. Etwas Bewegung schien am Dienstag bei den Wahlen der sechs Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands in den Kongreß zu kommen. Allerdings wurden die Weichen, wie schon auf früheren HBV-Gewerkschaftstagen, hinter den Kulissen gestellt.

Eine Reihe von Delegierten aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus dem Frankfurter Bereich hatten ursprünglich die Wahl des als „Kommunistenfresser“ und „Zentralist“ von der Linken ungeliebten Vorstandsmitglied Jochen Fürbath verhindern wollen. Zunächst, so war in den Wandelgängen des Mannheimer Rosengartens zu hören, hatte man den nordrhein-westfälischen Landesbezirksvorsitzenden Ernst Urban präsentieren wollen – wohl auch, um in diesem Landesbezirk Platz zu schaffen für den ehrgeizigen Sekretär Gerd Keuchel, den es an die Spitze seiner Gewerkschaft in diesem Bundesland drängt. Aber auch diese Konstruk-

tion zerschlug sich wieder. So kam es auch nicht zum Schwur, als Fürbath denkbar knapp mit nur vier Stimmen über der für die Wahl notwendigen absoluten Mehrheit abschnitt.

Günther Volkmar, mit eindrucksvollen knappen 90 Prozent als Vorsitzender bestätigt, hat diese Art der Vorbereitung von Personalentscheidungen einmal geringfügig als „Indianspiel“ bezeichnet. Nur so wird auch jener Ausspruch eines Delegierten verständlich, der die 124 Nein-Stimmen gegen Fürbath mit dem Satz kommentierte: „Jetzt wissen wir wenigstens, wie viele Indianer es in der HBV gibt.“

Für Günther Volkmar und auch den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, der gleich zweimal zum Kongreß sprach (bei der Eröffnung und in einem Grundsatzreferat am Dienstag), war wohl das eigentliche Thema des Kongresses die Sorge um die Mitgliederwerbung, speziell in den Bereichen der Angestellten, der Frauen und „neuerdings“, wie Breit formulierte, auch der Jugend.

„Ihr könntet mehr Mitglieder haben als wir“, soll der zweite Vorsitzende der mit 2,6 Millionen Mitgliedern weltweit größten Einzelgewerkschaft, IG Metall, Franz Steinkühler, zu HBV-Funktionären in Mannheim gesagt haben. Schließlich wurde das Organisationspotential der Angestellten- und Dienstleistungsgewerkschaft des DGB auf rund 3,5 Millionen Beschäftigte geschätzt. Die Delegierten aber diskutierten diese von Volkmar und Breit als „Lebensfrage“ und als Gefahr eines nicht zu übersehenden „Aderlasses“ bezeichnete Sorge vorrangig unter dem Aspekt,

ob man nun Arbeitslose als Mitglieder aufnehmen solle oder nicht. Und auch hier mochte sich der Gewerkschaftstag nur zu einer Stufenlösung durchringen, die zunächst allein Jugendlichen den Zutritt gestattet.

Auf HBV-Kongressen wird schon traditionell viel unter der Decke gehalten. So fand die eigentliche Diskussion darüber, ob man zugunsten der größeren Attraktivität bei den nicht gerade in Gewerkschaften drängenden Angestellten „Inhalte“ aufgeben solle, nicht statt.

Was da lapidar mit „Inhalten“ bezeichnet wurde, das ist im Grunde die Festlegung der HBV auf verbal teils radikale, immer aber entschieden linke Positionen im DGB. Und hier hat der Kongreß in Mannheim, der heute zu Ende gehen soll, keine Änderung gebracht. Die HBV wird, so deutet sich an, auch in Zukunft an der Vielzahl ihrer potenziellen Mitglieder vorbeistudieren und sich als fast exklusiver Zirkel dafür im Bewußtsein sommen, die reine Lehre linken Gewerkschaftertums zu vertreten.

Ein Satz des DGB-Vorsitzenden, der einen Gewerkschaftskongreß eigentlich zur Nachdenklichkeit und Diskussion hätte anregen müssen, verfiel beinahe ungehört. Breit hatte eingestanden, daß die Gewerkschaften allesamt wider den Zeitgeist schwimmen. „Sowohl die wichtigsten gesellschaftspolitischen Leitbilder als auch die meisten der wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte, von denen die öffentliche Diskussion zur Zeit beherrscht wird, stehen im Widerspruch zu gewerkschaftlicher Programmatik und Praxis.“

„Deutsche Frage muß offenbleiben“

Kanzlerberater Teltschik auf dem 5. Internationalen Symposium der Seidel-Stiftung

RÜDIGER MONIAC, München

Bis zum Jahresende werden noch „mehrere tausend Menschen“ aus der „DDR“ in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen dürfen. Der Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Horst Teltschik, wies gestern in München bei einer Tagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung auf eine entsprechende Zusage der Ostberliner Führung an die Bonner Regierung hin. Teltschik sagte, 1984 sei schon jetzt das Jahr, in dem mit bisher 30 000 Übersiedlern mehr Menschen in den Westen gekommen seien als in allen Jahren zuvor seit dem Bau der Mauer im Jahre 1961. Teltschik, der als einer der engsten Berater des Bundeskanzlers gilt, erwähnte auf dem 5. Internationalen Symposium der Stiftung über strategische und außenpolitische Fragen allerdings nicht die Lage der „DDR“-Flüchtlinge in der Prager Botschaft nicht erwähnt.

Sein Vortrag über die Deutschlandpolitik der christlich-liberalen Koalition machte im Zusammenhang mit der sich anschließenden Diskussion einen gewissen Gegensatz zwischen den Handelnden im Bundeskanzleramt und Teilen der CSU deutlich. Mehrere Vertreter des bayerischen Teils der Unionsparteien nahmen gegenüber dem Berater von Kohl eine konsequente Verfolgung des im Grundgesetz niedergelegten Auftrags für eine Politik an, die konkrete Schritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands bedeu-

ten müßten. Sonst, so wurde die Befürchtung geäußert, gewöhne sich die internationale Öffentlichkeit an den zwar immer wiederholten Ruf aus Bonn, die deutsche Frage sei offen und auf lange Sicht die Einheit Deutschlands anzustreben. „So aber schlafen wir darüber ein“, erklärte ein Teilnehmer der Tagung, obwohl auch der „heutigen Generation“ die Aufgabe der Wiedervereinigung“ gestellt sei.

Teltschik hielt dem entgegen, es wäre unrealistisch anzunehmen, eine sehr viel schärfer formulierte Politik würde mehr für Deutschland erreichen als die, die jetzt schon von der Bundesregierung verfolgt werde. Es sei gerade auch das Verdienst dieser Regierung, daß, anders als bei früheren, heute im Bewußtsein der Bevölkerung wieder sehr viel stärker die Notwendigkeit von der Aufhebung der deutschen Teilung verankert sei. Skeptische Fragen, was die heutige Regierung von der früheren in der Deutschlandpolitik unterscheide, beantwortete der Beamte aus dem Kanzleramt mit allen Anzeichen großen Selbstbewusstseins. Er wies darauf hin, daß nun wieder für die Deutschen wie ihre Verbündeten und die kommunistischen Länder eindeutig sei, wohin die Bundesrepublik Deutschland gehöre. Ohne jeden Zweifel sei sie Mitglied des westlichen Bündnisses. „Ihre West-Integration ist irreversibel“, sagte Teltschik. Im übrigen aber richte die jetzige Bundesregierung sehr viel klarer als

die früheren ihre Politik am Harmel-Bericht aus. Vor allem beachte sie dabei, daß Entspannungsversuche gegenüber dem Osten nur auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit möglich seien. Ausweis dafür sei die Bonner Bereitschaft gewesen, nach dem Scheitern der Mittelstrecken-Verhandlungen die Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern zu bejahen.

Teltschik vertrat die Ansicht, daß die bestehenden Machtverhältnisse in Europa eine kurzfristige Lösung der deutschen Frage nicht zuließen. Heute könne es nur um ihr Offenhalten gehen und darum, auf Erleichterung für die Menschen hinzuwirken. Zwar sei 1945 der deutsche Nationalstaat zerbrochen, sagte er, die deutsche Nation aber sei erhalten geblieben. Teltschik versuchte sich an einer Definition dafür, was das Offenbleiben der deutschen Frage bedeute, indem er feststellte: „Solange ein Deutscher verwehrt ist, allgemein von den Menschenrechten Gebrauch zu machen, solange ist die deutsche Frage offen.“ Dies habe nichts mit Revanchismus oder Pangermanismus zu tun, wie der italienische Außenminister in einer Diskussion mit kommunistischen Landesleuten gesagt hatte. Eine Lösung der deutschen Frage sei letztlich nur möglich, wenn beide Weltmächte sie wollten. Und sie sei nur denkbar im Rahmen der Beendigung der Teilung Europas, sagte Teltschik.

Angst als strategischer Hebel der Sowjets

Wehrwissenschaftliche Fachtagung in Würzburg

WERNER KARL, Würzburg

Der Historiker Gerhard Ritter (Würzburg) hält eine Untersuchung der Angst als Mittel der Politik in der Ost-West-Auseinandersetzung für geboten. „Wie wird Angst in der sowjetischen Strategie und Taktik eingesetzt, wo sind die Kanäle dieser Maschinerie, und wer sind die Drahtzieher?“ fragte Professor Ritter auf einer wehrwissenschaftlichen Fachtagung der Gesellschaft zur Erforschung der politischen Systeme in Deutschland im fränkischen Schwarzach. Unter den Referenten waren der ehemalige Stellvertreter des obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Günter Kießling, und der österreichische Korpskommandant Lothar Brosch-Folraheim.

Der Schweizer Nationalrat Ernst Cincera berichtet über neue subversive Aktionen, die Angst und Unsicherheit in den Kantonen verbreiten sollen, um langfristig die Voraussetzungen für eine revolutionäre Situation zu schaffen. Weitverbreitete Unkenntnis in der Bevölkerung über das Atlantische Bündnis wurde nach Ansicht Kießlings in den letzten Jahren für regelrechte Angstwellen ausgenutzt. „Unkenntnis führt zu Unbehagen und schließlich zu Angst“, sagte der General, der nach einer Demonstration im persönlichen Bereich rehabilitiert worden war und im Frühjahr einen ehrenvollen Abschied aus der Bundeswehr und der NATO erhalten hatte.

Die sogenannte Triade

Kießling setzte sich in bezug auf die NATO zugleich für präzisere Begriffsbestimmungen ein. Als Beispiel führte er unter anderem die sogenannte Triade ein. Dabei handelt es sich um die in einer Dreiergruppe zusammengefaßte Verteidigungsreaktion auf eine sowjetische Aggression. Die 1. Stufe sieht den Einsatz konventioneller Waffen vor. Jenseits der Schwelle, zum atomaren Krieg, die nach Kießlings Ansicht durch verstärkte konventionelle Waffen höher angesetzt werden sollte, wird die Anwendung atomarer Waffen wiederum in zwei Gruppen gestaffelt: zunächst taktische und schließlich strategische nukleare Waffen. Dies verneinliche die Entschlossenheit zur Verteidigung und gebe dem Gegner eine falsche Vorstellung der westlichen Reaktionen auf eine Aggression, meinte

Kießling. Dabei schaffe der Einsatz der geringsten nuklearen Waffe bereits eine neue Qualität des Krieges.

Die Ungewißheit, wann grundsätzlich die Nuklearwaffe eingesetzt wird, kann jedoch dem Verteidiger mehr Vorteil bringen“, betonte der General. Es sei ferner notwendig, die gemeinsamen Interessen von Amerikanern und Deutschen zu definieren. „Auf diesen Punkt setzt der Gegner an.“ Hinzu komme, daß die Sorge vor dem Kommunismus, die in der Nachkriegszeit trotz drückender Not dominierte, „fast unmerklich einer anderen Einschätzung der Bedrohung aus dem Osten gewichen“ sei. Analog stelle sich die Frage: „Wer und was hat diesen Wandel bewirkt?“

„Kampagne ohnegleichen“

Auf die „Vermarktung der Angst vor nuklearer Vernichtung in der Friedenskampagne von 1980-1984“ wies der Bonner Regierungsdirektor Ortwin Buchbender hin. In den letzten drei Jahren habe Mitteleuropa – nicht nur Deutschland – „eine Angstkampagne ohnegleichen“ erlebt, sagte Buchbender. „Wir sind offensichtlich nicht informiert, sonst gäbe es solche groteske Mißverständnisse wie in weiten Teilen der Lehrerschaft über sicherheitspolitische Aspekte westlicher Verteidigung nicht.“

Wer kennt im Westen solche programmatischen Werke wie das Buch des Sowjetideologen Seleznow („Krieg und ideologischer Kampf“), führte der Leitende Regierungskur Kur Klein (Bonn) aus. „Hier wird offen ausgesprochen, in welcher Weise der von Moskau gesteuerte Kommunismus die Friedenssehnsucht ungezügelter westlicher Bürger, die alles andere als Kommunisten sind, auszunutzen habe. Philosophie, Recht, Wissenschaft und Kunst und besonders die Religion müssen nach diesen Weisungen intensiv in den „ideologischen Kampf“ einbezogen werden.“

Das psychologisch-taktische Konzept, so Klein, sei einfach: „Friedensliebe durch systematische Betonung der Kriegsrealitäten, insbesondere des 'atomaren Infernos' zu emotionalisieren. Das Ziel ist ein schwächendes Sicherheitsbedürfnis und eine alles beherrschende Kriegsangst.“ Wer Frieden wolle, müsse Ideologie und Motive des Gegners in seine Friedensstrategie einbeziehen.

„DDR-Häftlinge vorzeitig frei“

KNA, Frankfurt

76 politische Häftlinge sind nach Berichten der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte am vergangenen Mittwoch vorzeitig aus der „DDR“ in die Bundesrepublik Deutschland entlassen worden. Unter den Entlassenen befindet sich Uwe Fehre (24), der erst im November 1983 wegen seines Engagements in der kirchlichen Friedens- und Jugendarbeit zu drei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt worden war. Bereits vor zwei Wochen wurde Andreas Stock (24), gleichfalls Mitglied einer kirchlichen Friedensgruppe, vorzeitig freigelassen.

Hessische Grüne bedrohen Haushalt

rrt, Wiesbaden

Die Grünen im Hessischen Landtag haben gestern der SPD-Minderheitsregierung ihre Zustimmung zum Landeshaushalt 1985 verweigert und ein weiteres Einlenken bei der Genehmigung des Ausbaus der Hanauer Atomfabriken gefordert. Die Rede ihres Abgeordneten Karl Kerschgens löste in der SPD-Fraktion Betroffenheit aus, da Wirtschaftsminister Ulrich Steger als Kompromißlinie eine Begrenzung des Uran-Anreicherungsgrades auf 20 Prozent für die Firma Nukem und der Kapazität der Plutoniumfirma Alkem auf 400 Kilogramm bereits angekündigt hatte.

Deutschlands Meistverkaufter. PALcolor 540 stereo.

Für 1.999,- Mark jetzt sogar mit Videotext+++ Für 1.999,- Mark jetzt sogar mit Videotext+++



● **Videotext**, der brandaktuelle Informations-Dienst von ARD und ZDF, der als kostenlose Zugabe parallel zu den laufenden Sendungen ausgestrahlt wird. Nur ein paar Tastentipps auf Ihrer Fernbedienung und Sie sind im Bild: über die jeweils neuesten Tagesereignisse (auch in englisch), Wetteraussichten bis zu 6 Tage im voraus, Lottozahlen, Sportereignisse z. B. die Fußball-Bundesliga, Warentest-Ergebnisse, Wechselkurse, Theaterprogramme, Ausstellungstermine, über die täglichen Fernseh-Programme inklusive kurzfristige Änderungen und vieles Interessante mehr. Ein Extra-Service, den 90% aller bisherigen Videotext-Empfänger nicht mehr missen möchten. Und als angenehme Beigabe: Digital-Uhranzeige ins Fernsehbild einblendbar.

PALcolor 540 stereo.
Deutschlands Meistverkaufter durch Besonderheiten wie:
● **APD-Raumklang-Schaltung**
● **objektive, nachprüfbare Daten**
● **Telefunken-Doppelgarantie**
● **ausgezeichnetes Design**
● **Videotext**
● **scharf kalkulierter Barpreis.**
Echt vergoldet können Sie ihn auch gewinnen.
Teilnahme-Karten gibt's beim Telefunken-Partner. Oder schreiben Sie die 6 hier genannten Vorteile an Telefunken, Göttinger Chaussee 76, 3 Hannover 91. (Rechtsweg ist ausgeschlossen.) Für 5.000,- DM können Sie den goldenen 540er auch kaufen. **UNSER WORT GILT.**

Bonn soll bei „Befriedung des Libanon“ helfen

ROLF TOPHOVEN, Bonn
In die politische Landschaft Libanons scheint Bewegung zu kommen – nicht nur angesichts des ersten Treffens zwischen israelischen und libanesischen Vertretern. So sieht es jedenfalls Camille Tawil, Leiter des Bonner Büros der libanesischen Christen. In dieser Woche traf er mit einer sieben Mitglieder starken Delegation der Christlich-Demokratischen Union des Libanon (UCDL) in Bonn zusammen. Die Vertreter der immer noch einflussreichsten politischen Kraft in Libanon waren Gäste der CDU.

Kernthema der Gespräche: die aktuelle Situation in Libanon. „Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und besonders zur CDU sind für uns sehr wichtig“, sagte Tawil gegenüber der WELT. „Wir danken der Bundesregierung, daß sie Anteil an unserem Schicksal nimmt und den Abzug aller fremden Truppen aus Libanon fordert.“ Thron Gastgebern übergeben die Libanesen ein Dokument mit den politischen Grundsätzen der UCDC und einem Lagebericht über ihr Land.

In einer gemeinsamen Erklärung hoben Gastgeber und Gäste auch die Errichtung eines demokratischen, pluralistischen und neutralen politischen Systems für Libanon hervor. „Der Libanon ist bevölkerungspolitisch ein heterogenes Land. Wir christlichen Parteien respektieren die Pluralität; bedeutend ist ferner die Dezentralisierung. Alle Minderheiten sollen in ihren Traditionen und in Sicherheit leben.“

Die UCDC erwartet gerade jetzt besondere Hilfe aus Bonn. „Die Bundesregierung hat Einfluß in den USA, sie kann auf diplomatischen Wege auch auf Israel, vor allem aber auf Syrien, einwirken, die derzeitigen Aktivitäten der libanesischen Regierung zur Befriedung des Landes zu fördern“, sagt Tawil. „Der Libanon muß wieder erstehen durch Einheit in der Vielfalt.“ Gemeint ist die der ethnischen Gruppen.

Als „Realpolitik“ läßt sich momentan die Politik der Christen in Libanon umschreiben: 1. Abzug der Israelis durch ein Sicherheitsabkommen mit Jerusalem. Dieser Linie der Regierung in Beirut stimmen heute alle christlichen Parteien in Libanon zu. 2. Nach dem Rückzug der Israelis müssen die syrischen Streitkräfte abziehen. „Wenn die Israelis gehen“, so Tawil, „kommt für die Syrer die echte Probe, denn dann haben sie keinen Vorwand mehr, länger in unserem Land zu bleiben.“

Tawil glaubt, und gestützt wird er dabei durch Erkenntnisse der UCDC, daß international die Frage des Rückzugs der fremden Truppen aus Libanon bereits gelautet ist. „Die USA und Israel stimmen ebenso wie die Sowjets und Syrien darin überein, daß über kurz oder lang Israel mit der libanesischen Regierung ein Abkommen und Konditionen für einen israelischen Rückzug aushandelt.“

Wenn das gelingt, wäre dies der erste Schritt zur neuen Souveränität des Landes. Mit dem „Joker“ eines israelischen Rückzugs in der Hand, kann die Regierung des Präsidenten Amin Gemayel mit Damaskus verhandeln. Der internationale Druck auf Syrien würde sich verstärken und die Chancen für den Abzug der Syrer erheblich verbessern.

Geht Athen „lasch“ mit Terror-Verdächtigen um?

USA, Argentinien und Italien über Verhalten befremdet

DETLEV AHLERS, Bonn
Die griechische Regierung hat dem Argentinier Mario Eduardo Firmenich (36) ein Visum angeboten, bevor er Ende Oktober von Brasilien an Argentinien ausgeliefert wurde. Er war in den siebziger Jahren Führer der Montoneros-Untergrundbewegung.

In seiner Heimat wird er sich in Kürze vor allem wegen der Entführung und Ermordung des Ex-Präsidenten Pedro Eugenio Aramburu und der Entführung des Industriellen-Sohnes Jorge Born verantworten müssen, die den Untergrundkämpfern 60 Millionen Dollar Lösegeld einbrachte. Eine Unzahl weiterer Morde, Überfälle, Attentate und Entführungen gehen auf das Konto der Montoneros und sollen von Firmenich, der in Kuba ausgebildet wurde, organisiert worden sein. Anfang dieses Jahres wurde er in Brasilien verhaftet. Der Oberste Gerichtshof stimmte dem argentinischen Auslieferungsgesuchen unter der Bedingung zu, daß Firmenich zu nicht mehr als 30 Jahren Haft verurteilt wird, der brasilianischen Höchststrafe für Totschlag.

Das Angebot Athens hat in Buenos Aires Befremden ausgelöst. Wie ein Sprecher der griechischen Botschaft in Genf der WELT mitteilte, hat sie Anfang Oktober das Visum-Angebot dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Poul Hartling, unterbreitet. Dies sei aus rein humanitären Gründen geschehen. Die Frage, ob Firmenich politisches Asyl erhalten hätte, wäre erst relevant geworden, wenn er in Athen eingetroffen, einen solchen Antrag gestellt hätte.

Auch in Rom herrscht Unverständnis über den griechischen Umgang mit Terror-Verdächtigen. So ist bis heute unklar, ob der jordanische Staatsbürger Al Zommar an Italien ausgeliefert wird. Er ist dringend verdächtig, als Mitglied der palästinensischen Abu-Nidal-Gruppe im Oktober 1982 mit Handgranaten und Pistolen die römische Synagoge angegriffen zu haben.

Al Zommar wurde zwei Monate später, aus der Türkei kommend, in Griechenland festgenommen, weil er größere Mengen Sprengstoff schmuggelte, deren Bestimmungsland nach Geheimdienstberichten wiederum Italien war. Italienische Staatsanwälte durften ihn bisher nicht verhören. Al Zommar wurde 1983 in Griechenland zu 18 Monaten Haft verurteilt.

Das US-Außenministerium empfand es im Juni als „unverschämte“, daß Griechenland den jordanischen Staatsbürger Fuad Hussain Shara in ein arabisches Land – vermutlich Libyen – abgeschoben hat, wie das „Wall Street Journal“ meldete. Shara ist nach amerikanischen Erkenntnissen ein Mitglied der palästinensischen Gruppe „15. Mai“, die im Dezember 1983 versuchte, mit einer Bombe ein Flugzeug zu zerstören, das von Athen über Tel Aviv nach London flog.

Die Bombe versagte; sie erregte aber besondere Beunruhigung bei den Sicherheitskräften, weil es dieser Gruppe offenbar gelungen ist, einen Typ zu entwickeln, der – in einem Koffer verpackt – von den gewöhnlichen Kontrollmaßnahmen in Flughäfen nicht wahrgenommen wird. Shara war aufgrund amerikanischer Ermittlungen von der griechischen Polizei festgenommen worden, wobei es Vorwürfe an die CIA wegen „verletzter Souveränität“ gab.

Ein deutscher Verfassungsschützer sagte der WELT, die Anti-Terror-Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden laufe problemlos. Auch für deutsche Behörden habe es Gründe gegeben, Verdächtige abzuschieben – ein „lascher“ Umgang mit Terroristen lasse sich daraus nicht ableiten.

Papandreou zu Besuch in Syrien und Jordanien

AP, Athen

Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou hält sich zu zweitägigen offiziellen Gesprächen mit dem syrischen Staatspräsidenten Hafis el Assad in Damaskus auf. Anschließend wird er ebenfalls für zwei Tage zu offiziellen Gesprächen mit König Hussein nach Jordanien reisen.

Papandreous Panhellenische Sozialistische Bewegung unterhält enge Beziehungen zu der in Syrien regierenden Baath-Partei. In Athen hieß es, der griechische Regierungschef werde mit Assad die Lage im Nahen Osten, den irakisch-iranischen Krieg und die bilateralen Beziehungen erörtern.

Diplomatische Kreise halten es für möglich, daß möglicherweise auch über griechische Waffenlieferungen gesprochen wird. Berichte, daß Papandreou im Streit zwischen Syrien und dem PLO-Vorsitzenden Yasir Arafat auf Bitten Arafats vermitteln wolle, waren von einem Regierungssprecher in Athen dementiert worden.

Indiens Sikh-Soldaten fühlen sich verunsichert

Mißtrauen der Hindus nach dem Attentat auf Indira Gandhi / Test für die Säkularisierung bei den Streitkräften

PETER M. RANKE, Neu-Delhi
Die entscheidende Rolle bei der Niederschlagung der schwersten Unruhen in der Geschichte Indiens seit der Unabhängigkeit 1947 hat die Armee gespielt.

Allein in der Hauptstadt Neu-Delhi kamen bei den viertägigen Ausschreitungen nach der Ermordung von Indira Gandhi nach amtlichen Angaben 599 Menschen ums Leben, meistens Sikhs. 30 000 sind geflüchtet, Hunderte werden noch vermißt. Nach dem Abflauen der Unruhen mehren sich jetzt aber die Stimmen, die die Rückkehr der Armee in die Kasernen fordern.

Die Armee, so wird von ausländischen Beobachtern betont, hat sich in den schweren Tagen als staats-treu und loyal gegenüber dem neuen Regierungschef Rajiv Gandhi erwiesen. Sie hat ihre Rolle, Wächter der Einheit Indiens zu sein, bekräftigt. Dennoch hat die Ermordung Indira Gandhis durch zwei Sikhs und die Mord- und Brandaktionen gegen die Mitglieder dieser Religionsgemeinschaft in den Streitkräften Unruhe und Ungewißheit ausgelöst.

Die Sikhs aus dem Pandshab und

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Während in Belgrad sechs intellektuelle vor Gericht stehen, weil sie das System angeblich durch „Konterrevolution“ ändern wollen, muß sich die jugoslawische Partei- und Staatsführung mit radikalen politischen Wünschen von ganz anderer Seite befassen. Gestern lehnte das jugoslawische Parteipräsidium die Forderung des „Verbandes der Spanien-Kämpfer“ ab, sofort einen außerordentlichen Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens einzurufen.

Die Spanien-Kämpfer, die in den Reihen der jugoslawischen KP hofbeinahe mythisches Ansehen genießen, hatten während ihres jüngsten Jahrestreffens in Sarajewo die Forderung erhoben, ein außerordentliches Parteitag solle ein „neues reformiertes Programm“ in Richtung auf eine „volle Demokratisierung der Partei und des Landes“ beschließen.

Zugleich verurteilten die KP-Verbandsleute die zur Zeit in Belgrad laufenden Prozesse gegen die Intellektuellen und Dissidenten. Auch das in Sarajewo gefällte Urteil von acht Jahren Gefängnis gegen den Soziologie-Dozenten Vojislav Seselj wegen des Verfassens politischer Manuskripte bezeichneten sie als „schwere Fehlurteilung“ der jugoslawischen Justiz.

Aufmüpfige „Spanier“

Obwohl die „Spanier“, wie sie im Volksmund genannt werden – zahlenmäßig nur eine kleine Gruppe von etwa 80 Personen umfassen, hat ihr Wort in der jugoslawischen KP und auch in der Volksarmee, die viele als Generäle angehört, hohes moralisches Gewicht.

Besonders brisant ist die Forderung der „Spanier“, die Schuldigen für die gegenwärtige Misere Jugoslawiens müßten zur Verantwortung gezogen werden. Damit haben sich die alten Kämpfer gegen einen Teil der jetzi-

gen Partei- und Staatsführung gestellt und für eine liberale, reformistische Strömung votiert.

Überhaupt ist bemerkenswert, daß unter den kommunistischen Veteranen in Jugoslawien eine immer stärker werdende „Aufmüpfigkeit“ gegen den Apparat und die etablierte Macht festzustellen ist. Einer der führenden Partisanengeneräle aus Titos Kampfzeit, Kosta Nadi, trat neulich mit der Forderung hervor, man müsse bei Wahlen mehrere Kandidaten aufstellen und mit den kommunistischen Einheitslisten Schluss machen. Das Entfalten der unter den Altkommunisten, Svetozar Vukmanovic-Tempo, soll bei Vortragsveranstaltungen in der Provinz die junge Generation geradezu aufgefressen haben, sich nichts gefallen zu lassen und auf die politischen Barrikaden zu gehen. Als er, Vukmanovic-Tempo, jung gewesen sei, habe er auch nicht abgewartet, sondern gehandelt.

Selbst wenn für eine Revolution in Jugoslawien heute alle Voraussetzungen fehlen – Unruhe hat nicht nur die Intellektuellen und Regimekritiker, sondern jetzt die Parteimitglieder erfaßt. Politische Beobachter in Belgrad sprechen bereits von Zuständen, die an die CSSR 1968 während des Prager Frühlings erinnern. Teile der KP seien vom liberalistischen und reformistischen Virus erfaßt.

Dabei handelt es sich offenbar nicht um eine national abgegrenzte Bewegung. Nicht Serben treten gegen Kroaten auf oder umgekehrt (wie das früher der Fall war), sondern serbische Reformen, unterstützt von slowenischen Reformern, wenden sich gegen die dogmatischen Kräfte aus allen Republiken und Nationen.

Die Spaltung innerhalb der herrschenden Partei reicht bis in die Medien. So druckte die „Borba“ – das traditionelle Organ der Partei und der von der Partei gesteuerten „Sozialistischen Allianz“, also ein Blatt, das einst als die jugoslawische Version

der „Pravda“ galt – jüngst eine Artikelserie unter der Überschrift „Das System und die Krise“. Hier ging Jovan Miric – ein in Zagreb lehrender Professor für Politische Wissenschaft, Parteimitglied und von Nationalität Serbe (kein Dissident, sondern eher ein Mann des Regimes) mit dem gesamten politischen System des Titoismus scharf ins Gericht.

Auf einer Sitzung des Präsidiums der „Sozialistischen Allianz“ forderten mehrere Vertreter der Teilrepubliken und Provinzen, Miric und die „Borba“-Redaktion müßten zur Verantwortung gezogen werden, weil sie den Zeiten des Milovan Djilas das jugoslawische politische System noch nie so grob attackiert worden ist wie jetzt durch die Artikel des Jovan Miric“ (so Milan Rakas, Vertreter Kroatiens).

Autoren nicht bestrafen

Aber die Forderung nach einer „Bestrafung“ von Redaktion und Autor wurde von mehreren „liberalen“ Sprechern entschieden abgelehnt. Es sei nicht die Aufgabe des Präsidiums, Zeitungsartikel zu zensurieren, betonte Aleksandar Grljickov – der unter Tito Vertreter der jugoslawischen KP bei den Verhandlungen mit der kommunistischen Weltbewegung und den Sowjets war.

Man müsse eine „normale demokratische Atmosphäre“ ermöglichen, forderte der kommunistische Spitzenpolitiker. In dieser Atmosphäre müßte es gestattet sein, verschiedene, ja sogar gegensätzliche Meinungen über das jugoslawische politische System auszusprechen. Grljickov: Am gefährlichsten ist es, wenn die Meinungen von Menschen a priori deshalb disqualifiziert werden, weil sie nicht mit unserer eigenen Meinung übereinstimmen.

Der Kampf zwischen Liberalen und Dogmatikern in der KP ist also voll entbrannt.

Flüchtlingstod: Wien stellt Prag zur Rede

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Zwischenfall an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze bei Gmünd, bei dem nach Feststellungen der Wiener Sicherheitsbehörden ein tschechoslowakischer Flüchtling auf österreichischem Boden von CSSR-Grenzschutzwachen erschossen wurde, hat zu einer schweren Belastung der Beziehungen zwischen Prag und Wien geführt.

Österreichs Außenminister Leopold Gratz zitierte gestern den tschechoslowakischen Botschafter Marek Venuša ins Wiener Außenamt und teilte ihm mit, die Grenzverletzung durch die CSSR sei erwiesen. Zugleich erklärte Gratz dem Botschafter, das Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden widerspreche sämtlichen humanitären Prinzipien, da der tödlich Verletzte ohne jede Hilfe liegengeblieben sei. Es handle sich, so Gratz, um den schwersten Zwischenfall seit vielen Jahren. Österreich fordere von der Tschechoslowakei eine Bestrafung der Schuldigen.

Zum Klima guter Beziehungen gehöre nach österreichischer Auffassung eine friedliche Grenze, betonte Gratz. „Ich hoffe, daß es keine geplante Aktion war“, erklärte der Minister wörtlich. Auf keinen Fall könne man nach diesem Ereignis einfach zur Tagesordnung übergehen. Die Erschießung des tschechoslowakischen Flüchtlings auf österreichischem Gebiet wiegt um so schwerer, als Österreich sich in letzter Zeit um eine Verbesserung seiner Beziehungen zur CSSR bemühte.

Für Rußlanddeutsche Humanität verlangt

AP, Bonn

Die hoffnungslose Lage der zwei Millionen Rußlanddeutschen wurde gestern im Bundestag beklagt. Abgeordnete von CDU/CSU und FDP kritisierten die Sowjetunion wegen ihrer starren Haltung gegenüber ausreisewilligen deutschstämmigen Sowjetbürgern. Wenn es gelänge, die Verhältnisse der Menschen deutscher Herkunft in der Sowjetunion zu verbessern, würde sich auch der Ausreisestruktur vermindern.

Der CDU-Abgeordnete Herbert Hupka erklärte, daß unter Deutschen, die „unter kommunistischer Herrschaft leben“, neben den 17 Millionen in der „DDR“ die Deutschen in der Sowjetunion die größte Zahl darstellen. Er erinnerte daran, daß auch die zwei Millionen Juden in der UdSSR unter der sowjetischen Politik schwer zu leiden hätten. Hupka appellierte an die UdSSR, mehr Humanität zu zeigen. Die Deutschen unter sowjetischer Herrschaft hätten „das grausamste Schicksal aller deutschen Volksgruppen“ zu erleiden. Hupka forderte die Bundesregierung auf, jährlich die Zahl der Verhaftungen und Aburteilungen ausreisewilliger Deutscher in der Sowjetunion bekanntzugeben.

Die FDP-Abgeordnete Hildegard Hamm-Brücher mahnte zu mehr Gemeinsamkeit in dem Bemühen, die Lage der Deutschen im Ostblock zu verbessern: „Nicht die starken Worte helfen, sondern Augenmaß und sehr viel Geduld.“

Nur wer präzise steuern kann, beherrscht den Strom

Für diese Aufgaben haben wir zuverlässige Energieverteiler, betriebssichere Steuerungen und bedienungssichere Schaltergeräte entwickelt. Sie nennen uns Ihr Problem, wir liefern Ihnen die Lösung. So einfach ist das für uns; immerhin sind wir seit 85 Jahren auf diesem Spezialgebiet mit Erfolg tätig. Heute ist jedes fünfte in der Bundesrepublik hergestellte

Schalterschütz von Klöckner-Moeller. Über 6000 Mitarbeiter in 22 Werken produzieren leistungsfähige und preisgünstige Produkte vom Drucktaster über speicherprogrammierbare Steuerungen bis zur Energieverteilungsanlage. Unser Angebot reicht von der Maschinenausrüstung bis zur schlüsselfertigen Großanlage.

Rufen Sie uns an – eines von über 300 Technischen Außenbüros im In- und Ausland ist immer in Ihrer Nähe. Dort finden Sie Ihren Partner mit dem Know-How für Qualität.

Klöckner-Moeller, Postfach 1880, D-5300 Bonn 1, Tel. 0228/602-1.

KLÖCKNER-MOELLER

denn Spezialisten schalten schneller.



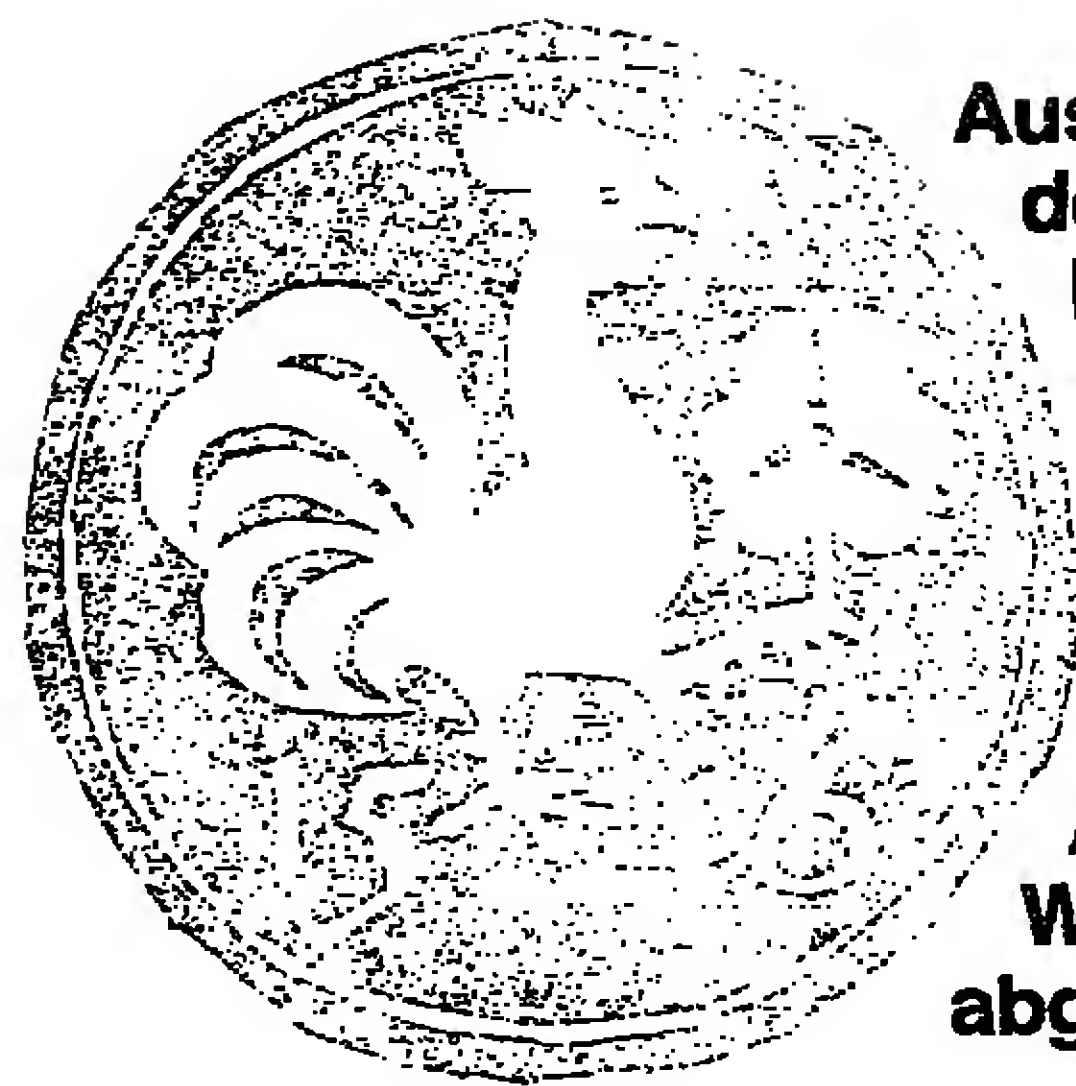
Elektrische und elektronische Anlagen, Systeme und Geräte für Automatisierung und Energieverteilung. Wir planen, bauen, montieren und nehmen in Betrieb.

500 000 000 000

Mit diesem Wappen, dem „BROYHAN-TEIKEN“ fing alles an...



Anno 1546 war es, als das kupferne Brauzeichen der Stadt Hannover die Buchstaben „B.H.T.“ trug: Zu Ehren von Cord Broyhan – jenes Mannes, dem es 1526 gelungen war, erstmals ein helles würziges Bier zu brauen, das den hervorragenden Ruf der Gilde-Brauer begründete.



Aus Gerstenmalz, Hopfen und Wasser wird in der Bundesrepublik Deutschland nach dem vor 468 Jahren erlassenen Reinheitsgebot das Bier gebraut. Hinzu kommt die Hefe, deren verschiedene Sorten den Unterschied zwischen untergärigem und obergärigem Bier bewirken.

Die aufeinanderfolgenden Produktionsvorgänge sind die Malzbereitung, Würzebereitung und Gärung. Die Malzbereitung wiederum umfaßt die Produktionsschritte Weichen, Keimen und Dörren. Bei der Würzebereitung wird das Malz geschrotet und unter Hinzufügen von Warmwasser der Maischprozeß eingeleitet. Auf das Abläutern, das Würzekochen, das Trubabscheiden und das Kühlen der Würze folgen Haupt- und Nachgärung. Bevor nun das Bier in Flaschen oder Fässer abgefüllt wird, muß es gefiltert werden.

Heute können nahezu sämtliche Verfahrensschritte automatisiert werden. Die LINDENER GILDE-BRÄU AG entschied sich in ihren Braustätten und ihrer Mälzerei Langkopf für das Automatisierungssystem Simatic.

Die Erfahrung aus Tradition und das Wissen um die Anwendung modernster Brautechniken sind die Grundlagen dafür, daß den Bieren der LINDENER GILDE-BRÄU heute und morgen ein Platz unter den deutschen Spitzenbieren gehört.

Für uns bedeutet der Einsatz von Automatisierungssystemen daß wir rationeller brauen können und unseren Kunden in ausreichender Menge ein gleichbleibend qualitativ hochwertiges Produkt bieten, wie z.B. unser Premiumbier

DAS KÜHLE GOLD
DER NIEDERSACHSEN.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mahnung an Genscher

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Bundesaußenminister Genscher Ende November nach Polen reist, um wahrscheinlich wieder einmal über die Bewilligung von Krediten für Polens Wirtschaft zu verhandeln, sollte er auch an die über eine Million Deutschen denken, die in den Oder-Neisse-Gebieten leben und deren Grundbesitz und Grundrechte, zu denen sich je die Volksrepublik Polen bekennt und zu deren Einhaltung sie mehrere internationale Abkommen mit unterzeichnet hat, immer noch in eklatanter Art und Weise verletzt werden.

Es gibt immer noch keine kulturellen Vereinigungen Deutscher, Gottesdienst in deutscher Sprache wird ebenso verboten wie das Sprechen der deutschen Muttersprache. Auch deutsche Literatur sieht Warschau nicht gern. Es werden immer noch Repressalien gegenüber Deutschen ausgeübt, die ausreisen wollen.

Nach den jüngsten Äußerungen Genschers, die mehr zweideutig als klar und eindeutig waren und die auch nicht gerade sehr hilfreich für unsere in Ostdeutschland lebenden Landsleute waren, ist es an der Zeit, daß sich Genscher an seine von der Verfassung obliegende Schutzpflicht gegenüber unseren deutschen Schwestern und Brüdern erinnert und nun endlich in Warschau stand-

fest bleibt und eindeutig Position bezieht, klar zum Ausdruck bringt, daß die Volksrepublik Polen endlich die Grundrechte und Grundfreiheiten gegenüber der deutschen Volksgruppe auch täglich in der Praxis einhält.

Wenn Genscher nach Warschau reist, müssen konkrete Ergebnisse für unsere leidgeprüften Landsleute auf dem Tisch liegen, müssen Erfolge, die man auch tagtäglich sieht und die eingehalten werden, erzielt werden. Menschenrechte müssen noch vor wirtschaftlichem Interesse stehen. Ohne Einhaltung von elementarsten Menschenrechten keine Kredite.

Wie ernst es nämlich die Volksrepublik Polen mit der Einhaltung der ratifizierten Abkommen hält, beweist der Fall Gaida (WELT vom 11. November 1983 und „ZDF-Magazin“ Oktober 1984). Die Redaktion: Nach Antragstellung der Ausreise wurden die Eltern arbeitslos, der Vater von polnischer Miliz zusammengeschlagen, ja selbst auf den elfjährigen Sohn griffen die Repressalien über.

Hoffen wir, daß der Bundesaußenminister nun endlich Flagge zeigt und für unsere deutschen Landsleute in Ostdeutschland eintritt.

Mit freundlichen Grüßen
F. Pede,
Berne 1

„Freiwilliger“ Ruhestand

Hauptleutnant Manfred Wörner zur Rede, WELT vom 2. November

Die Ankündigung des Verteidigungsministers Manfred Wörner, vor Hauptleuten der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, ab 1985 müßten 1500 Offiziere „freiwillig“ in den Ruhestand treten, um den Beförderung- und Verwendungszustand in der Bundeswehr abzubauen, ferner eine erhebliche Einkommenseinbuße dieser ausscheidenden Offiziere sei unvermeidlich, kann nur mit Bestürzung zur Kenntnis genommen werden.

Die meisten dieser wahrscheinlich betroffenen Offiziere (Jahrgänge 1935-1944) sind vor bald 30 Jahren und danach dem Ruf zu den Fahnen „freiwillig“ gefolgt. Sie wurden Berufsoffiziere und glaubten, für sich

und ihre Familien eine Lebensexistenz geschaffen zu haben. Daß sie nicht alle „den Marschallstab im Tornister trugen“, war ihnen bewußt. Aber auch, daß ihnen, wenn sie mit 52 Jahren als Hauptleute aus dem Dienst scheiden würden, nach Paragraph 45 des Soldatengesetzes eine annehmbare Pension gesichert war.

Nun sollen sie ohne ausreichende Abfindung schon vorher „den Hut nehmen“, und das in einem Lebensalter, in dem ein beruflicher Neubeginn schwierig ist, schwieriger jedenfalls als vor Jahren.

Das Vertrauen nach „oben“, die Grundlage einer Armee, ist hier berührt! Wir sind dabei, mißvergnügte „Nobles“ zu schaffen, die uns noch erheblich zum Nachdenken zwingen werden. Ist denn der zuverlässige

und tüchtige Offizier nicht wichtiger als noch so moderne und kostspielige Waffen? Wie soll sich heute ein Primaner entscheiden, der vielleicht gerne Offizier würde? Früher gab es für nicht mehr voll truppdienstfähige Offiziere Aufgaben im Wehrersatzwesen. Diese Möglichkeit ist jetzt verschlossen. Also muß uns etwas anderes Solides einfallen!

Freundlichen Gruß
H. Schäfer,
Heidelberg

Bitte fundiert

Leserbrief: Wozu sterben die Wälder? WELT vom 27. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, die Ausführungen von E. Harke zum Thema „Waldsterben“ kann ich nur voll unterstützen und bestätigen.

Auch ich, der in den letzten drei Jahren sowohl den Nord- als auch den Südschwarzwald als Urlaubsziel auswählte, habe mich zunehmend kritischer, wo denn eigentlich die so hoch geschätzten Waldbestände in dieser Region sind, von denen immer gesprochen wird. Nach den bisherigen Prozentzahlen müßte dort die Hälfte der Wälder deutlich sichtbar geschädigt sein. Ich habe auf meinen Wanderungen, auch unter Begleitung örtlicher Forstfachleute, die dortigen Waldbestände sehr kritisch beobachtet, die so drastisch beschriebenen Waldschäden aber nicht gefunden.

Ich will aber bestätigen, daß es geschädigte „Insellagen“ gibt, die mir Forstfachleute gezeigt haben, die aber für die eingetretenen Schäden nicht nur die Schadstoffbelastungen verantwortlich machen. Vielmehr müssen, so die Forstleute „vor Ort“, auch bisher nicht oder kaum geklärte andere Ursachen mit herangezogen werden, ehe man von eindeutigen und vor allem einseitigen Schuldzuweisungen sprechen könne. Betont wurde, daß es „Baumsterben“ in der

Wort des Tages

„Man muß dem Himmel nachgeben und den Menschen Widerstand leisten.“
Joseph Joubert; Franz Morallist (1754-1824)

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Behrend,
Lingen

Vergangenheit inmitten grünen und gesunden Waldbestandes immer gegeben habe, wenn auch in unterschiedlicher Größenordnung.

So gaben Forstleute zu, daß es ein jahrzehntelanger Fehler war, mit Monokulturen einseitige Forstwirtschaft zu betreiben. Auf diese Weise entstehen für die Bestände und insbesondere für Neuanpflanzungen hinsichtlich Wachstum und Nährstoffversorgung Standortprobleme, die gleichfalls zu den bekannten Schäden führen können. Wann wird eingehend darüber diskutiert, wie es denn mit der Nährstoffversorgung, sprich: Düngung unserer Wälder bestellt ist? Jede Pflanze, jeder Baum, jeder Acker, jeder Garten, muß für sein Wachstum und Ertrag mit entsprechenden Nährstoffen „versorgt“ werden, sonst verkümmert Trieb und Saft. Benötigen unsere ausgelagerten Wälder, weil nur genutzt und nicht ver- und entsorgt, keine Zufuhr an entsprechenden Nährstoffen? Ein Baum, der jahrzehntelang auf einem Fleck und an einem Standort steht, muß logischerweise, da er seine Umgebung „ausgelagert“ hat, infolge mangelnder Nährstoffe Wachstumsstörungen bekommen und letztlich daran zugrunde gehen. Das er dazu für andere Belastungen zusätzlich anfälliger wird, steht außer Zweifel. Allerdings helfen Kalkgaben allein, wie schwedische Forschungen belegen, auch nicht weiter. Da müssen den Wäldern schon gezielte, speziell auf vorhandene Holzarten abgestimmte Nährstoffe, wie z. B. Bittersalze, zugeführt werden. Jeder Hobbygärtner weiß, was er seinem Garten an Nährstoffen „schuldig“ ist, nur bei unseren Wäldern werden derartige Erkenntnisse grob vernachlässigt.

Mein Eindruck ist, man macht es sich mittlerweile zu einfach mit schon abgedroschenen und vor allem einseitigen Schuldzuweisungen, die sich bisher allein gegen die Industrie und gegen das Gros der Autofahrer richten, aber viele Bürger schon nicht mehr überzeugen können. Dazu will ich nicht in Abrede stellen, daß es dringend notwendig ist, Maßnahmen zur deutlichen Verminderung der Schadstoffbelastungen in unserer Umwelt auf allen Gebieten durchzusetzen. Aber dann bitte auf der Grundlage fundierter, wissenschaftlich beweisbarer Untersuchungen und Forschung. Ideologisch oder parteipolitisch bedingte, kurzfristige und einseitige Maßnahmen könnten sich langfristig als unwirksam oder sogar als schädlich herausstellen.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Pater José Kuhl, aus Deutschland stammender und in Chile tätiger Schönstattpriester, erhält am Montag in Santiago aus den Händen des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, Hermann Holzheim, das Große Bundesverdienstkreuz. Die Auszeichnung wird dem 73jährigen Priester „In Anerkennung der dem deutschen Volk und Staat erwiesenen besonderen Dienste“ verliehen. Kuhl, der 1911 in Gerolstein geboren wurde, ist langjähriger Mitarbeiter der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) in der Bundesrepublik Deutschland.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat der Vorsitzenden des Elternvereins Nordrhein-Westfalen e. V., Frau Dr. Gisela Frieskecke aus Bonn, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Auszeichnung wurde ihr vom Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Hans Daniels, überreicht. Frau Frieskecke hat den Elternverein Nordrhein-Westfalen, der 1974 gegründet, in diesem Jahr sein 10jähriges Bestehen feiern konnte, mit ins Leben gerufen und seither ehrenamtlich als Vorsitzende geleitet.

VERANSTALTUNG

Unübersehbar für mehr als tausend Gäste war eine Mahnwache für das Ehepaar Sacharow und für den ermordeten polnischen Priester Jerzy Popieluszko, als Sowjetbotschaft-

ter Wladimir Semjonow in die Bad Godesberger Redoute zum Empfang einlud. Die sowjetische Botschaft feierte den 67. Jahrestag der Oktoberrevolution, während vor der „Haustür“, auf der anderen Straßenseite, Mitglieder der Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft Kontinent“, an der Spitze die Chefredakteurin der deutschen Ausgabe der Zeitschrift „Kontinent“ Cornelia Gerstenmaier, mit Plakaten und im Fackelschein auf das Schicksal der prominenten Regimegegner in beiden Ländern aufmerksam machten. In der Redoute wurde aber auch ganz offensichtlich, daß nach dem Wahlsieg von US-Präsident Ronald Reagan und dessen Erklärung, es sei an der Zeit, mit Parteichef Tschernomko über Abrüstung zu reden, Reagans Botschafter in Bonn, Arthur F. Burns, um die Intensivierung der Kontakte zu Semjonow bemüht war. Beide Herren begrüßten sich betont freundschaftlich und tauschten in einem Gespräch offenbar mehr als Höflichkeitsfloskeln aus. Die Grüße der Bundesregierung überbrachte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann. Unter den Gästen war außerdem der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Werner Marx (CDU).

GEBURTSTAGE

Hundert Jahre alt wird heute in Bonn Elisabeth Baronin von Schilling, die wohl älteste Repräsentantin des baltischen Adels in der rheinischen Diplomatenstadt. Geboren ist Elisabeth von Schilling im Gouver-

nement Tambow zwischen Moskau und Saratow. Sechzig Jahre ihres Lebens verbrachte sie in Estland. Fünf Söhne fielen im Zweiten Weltkrieg als deutsche Offiziere. Die Mutter von acht Kindern lebt heute in einem Altenheim der Evangelischen Frauenhilfe. Mit 97 Jahren gab Elisabeth von Schilling ihre Lebenserinnerungen heraus, die unter dem Titel „Vom Zarenreich zur Bundesrepublik“ erscheinen und Erinnerungen an die Deutschen im Baltikum wachhalten sollen.

Das Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Professor Dietrich Goldschmidt, feierte seinen 70. Geburtstag. Goldschmidt, der in Freiburg im Breisgau geboren wurde, studierte zunächst Maschinenbau, später auch Nationalökonomie und Soziologie. Er war Mitherausgeber der „Göttinger“, später „Deutschen Universitätszeitung“. Von 1956 bis 1963 lehrte er als Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Berlin, anschließend wurde er Direktor am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

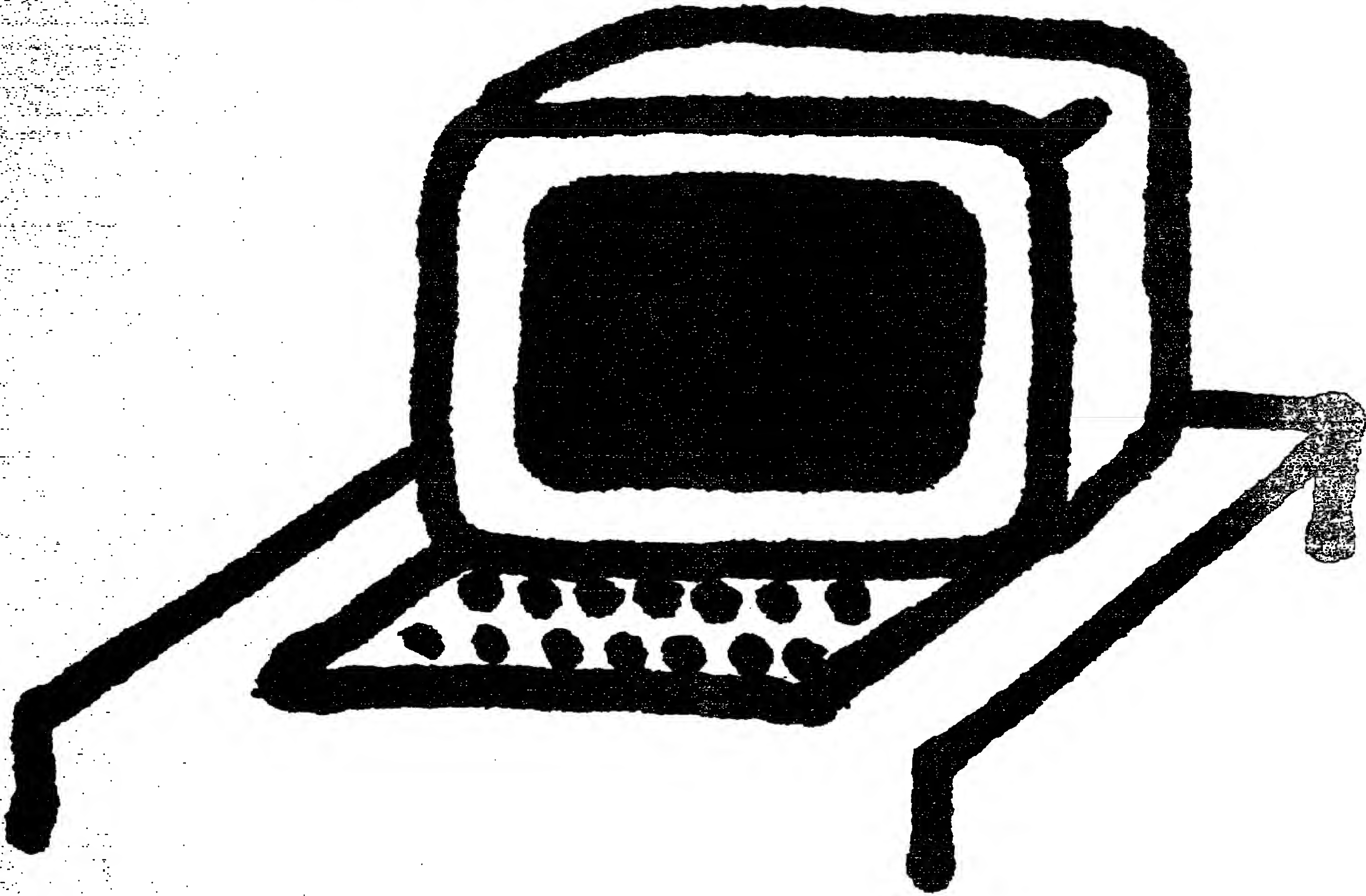
BUCHVORSTELLUNG

Als Fall eines verführten Vortrastes stellte der Berliner Bundesdenkmalamt Professor Rupert Scholz seinen Gästen Wolfgang Stresemann vor – den Mann, der vierund-siebzigjährig als Orchesterintendant der Berliner Philharmoniker zurücktrat und nun doch mit achtzig Jahren wieder aktiv ist. Scholz verglich ihn mit Nathan dem Weisen, eine Anspielung, die einmal nahelieg wegen des bitteren Streits zwischen Orchester und Dirigenten, den er – nur er – zu schlichten vermochte: zum anderen auch, weil Lessing diese Gestalt nach Moses Mendelssohn modelliert hatte und Stresemann sein neuestes Buch dem Enkel des großen Philosophen gewidmet hat: „Eine Lanza für Felix Mendelssohn.“ Eingeführt durch das Fleischer-Quartett, hielt Stresemann eine temperamentvolle Apologie plus Lesung zugunsten des Komponisten, den er für einen der meistunterschätzten hält – nicht nur wegen der NS-Setze, sondern auch, weil Felix, der Glückliche, kein Fall für Freud oder Sozialankläger war und deshalb in dieser Anti-helle-Weiß-Epoche gern verdrängt wird.



Mahnwache vor der Redoute in Bonn während eines Empfanges der Sowjets zum Jahrestag der Oktoberrevolution FOTO CHRISTOPH HILL

Sind Computer ungebildet?



Wenn der Computer bei Ihnen abgeliefert wird, kann er nicht einmal bis drei zählen. Erst das entsprechende Datenmaterial und das Programm machen ihn zum „Genie“. Er kalkuliert und kombiniert, optimiert und organisiert, berechnet und bestellt. Aber mit diesen Aufgaben ist so ein Computer längst nicht ausgelastet. Im Gegenteil, er langweilt sich. Was ihm fehlt, sind Verbindungen zu anderen Computern und Datenbanken. Die Datendienste der Post erweitern seinen Horizont. Sie entscheiden nur noch, welche Art der Datenübertragung für Ihr Unternehmen am besten ist. Soll Ihr Computer immer mit ein und demselben Kollegen bei ein und derselben Firma arbeiten? Braucht er nationale oder weltweite Kontakte? Wie schnell und wie viele Daten werden aus-

getauscht? Tut's der Einfachanschluß oder ist ein Mehrfachanschluß erforderlich? Für all diese individuellen Anforderungen und zusätzlich noch einige technische Überlegungsaffinesse gibt es jeweils eine optimale Variante. Man unterscheidet zwischen dem DATEX-P-Netz, dem DATEX-L-Netz, dem Direktfrühnetz und dem Fernsprechnetz. Ganz gleich, wie Sie sich entscheiden, eines ist sicher: Erst mit den Datendiensten der Post können Sie Ihren Computer so richtig ausnutzen. Ausführliche Informationen und eine maßgeschneiderte Beratung bekommen Sie vom Technischen Vertriebsberater oder dem Datennetzkoordinator bei Ihrem Fernmeldeamt. Nutzen Sie Ihren Computer aus. Mit den Datendiensten der Post.



Zimmermann bleibt bei seinem Angebot

GÜNTHER BADING, Stuttgart

Die Diskussion um den von der Gewerkschaft ÖTV geforderten Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung durch bezahlte freie Tage stand gestern im Mittelpunkt der vierten Runde der Tarifverhandlungen für die rund 2,2 Millionen Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden. Bundesinnenminister Zimmermann, der Verhandlungsführer der Arbeitgeber-Seite, legte zunächst kein neues Angebot vor, sondern verwies auf die schon in der zweiten Gesprächsrunde angebotene Einkommensverbesserung von 2,8 Prozent.

Zur Forderung der ÖTV nach zehn bezahlten freien Tagen für alle Arbeitnehmer, ob Angestellte oder Arbeiter des öffentlichen Dienstes, erklärte Zimmermann: „Wir konnten und können Sie nicht im Zweifel lassen, daß eine generelle Arbeitszeitverkürzung für die Arbeitgeber-Seite nicht in Betracht kommen kann.“ In Gewerkschaftskreisen wurde darauf hingewiesen, daß Zimmermann mit dieser Formulierung nur eine Arbeitszeitverkürzung für alle, nicht aber für Teilbereiche wie Schichtarbeiter oder die Gruppe älterer Arbeitnehmer, etwa die Endfünftager, ausgeschlossen habe.

Die ÖTV hatte in ihrer „Einnachricht“ nach der letzten Runde am 25. Oktober noch erklärt: „Unser Ziel ist die Vereinbarung zusätzlicher bezahlter freier Tage für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“ In der Verhandlung gestern formulierte die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathis: „Es wird keinen Abschluß geben ohne einen Einstieg in die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in Form von zehn zusätzlichen bezahlten freien Tagen.“ Später verwies sie allerdings darauf, daß der Ansatz zur Humanisierung der Arbeit durch Verkürzung „nicht teilbar“ sei, also nicht für ältere Arbeitnehmer allein gelten dürfe. Sie vermißt dabei in ihrer ersten Erklärung die kategorische Formulierung „Arbeitszeitverkürzung für alle“. In Stuttgart hielt sich auch die Große Tarifkommission der ÖTV bereit, um über einen eventuellen Abschluß oder die Anrufung der Schlichtung bei einem Scheitern der Verhandlungen zu beraten.

Gewerkschafter verwiesen darauf, daß bei einer Schlichtung ein Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung als Lösungsvorschlag zu erwarten sei.

Apel: Mich schreckt das Beispiel Holger Börner in Hessen

WELT-Gespräch mit dem Berliner SPD-Spitzenkandidaten / Absage an Alternative

hrk Berlin

Der SPD-Bewerber für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Hans Apel, hat vor dem morgigen SPD-Wahlkongreß jeden Gedanken an eine – wie immer geartete – Zusammenarbeit mit den Alternativen nach der Berliner Wahl vom 10. März 1985 von sich gewiesen: „Mich schreckt das Beispiel Börner in Hessen. Was vielleicht im Saarland gehen mag, geht auf keinen Fall in Berlin.“ Hier stehe nicht allein „saubere Luft“, sondern „die Existenz der Stadt“ auf dem Spiel. Im Gespräch mit der WELT gab Apel zugleich eine Großen Koalition in Berlin „keinerlei Chance“. Die Ablehnung dieses Gedankens sei in SPD und CDU „gleich stark“.

Anders als bestimmte linke SPD-Kreise in Berlin, die offenbar Duldungs-Modelle strategisch „durchspielen“ – wie die Jungsozialisten –, zeigte sich Apel davon überzeugt, daß die Tolerierung eines SPD-Minderheitsrats durch die AL „überhaupt kein Ergebnis haben kann. Die halten mir ein Stückchen nach dem anderen hin. Ist man über das eine vielleicht gesprungen, kommt das nächste!“ Die AL würde „ihre Spielregeln, und das wäre unerträglich“.

Während der „Regierende“ Eberhard Diepgen (CDU) kürzlich in einem Interview erklärte, er werde niemals davon reden, eine Große Koalition an der Spree sei „auf keinen Fall“ möglich, verwirft sein Kontrahent diese Variante: „Die Ablehnung reicht bis weit ins rechte Lager der Berliner SPD hinein.“ Im übrigen wären die Folgen verheerend, weil die Alternativen bei den nächsten Wahlen eine „erhebliche Aufwertung mit zweistelligen Prozentzahlen“ erführen.

Der Schock der Umfrage

Apel, einst „sunny boy“ in Fraktion und Kabinett in Bonn, ist in seinem halben Berlin-Jahr nachdenklicher geworden und gleichsam härter an den Grundmustern der Stadt orientiert. „Die eigentliche Entscheidung kommt auf uns zu, wenn sich für die Berliner SPD nach dem 10. März die Frage der Duldung eines CDU-Senats ergibt.“ Apel: „Dies ist das heikelste Thema überhaupt.“

Er sieht zwei Möglichkeiten: „Ent-

weder betreibt man eine passive Duldung nach dem Motto „Nun wurstet man schön!“ Das kann aber nicht sein. Oder die SPD geht ein eheähnliches Verhältnis, aber ohne Trauschein ein.“ Es sei nicht der Zeitpunkt, jetzt über diesen Punkt zu reden. Und die FDP? „Das ist kein Thema mehr in Berlin. Sie tritt nicht mehr in Erscheinung.“

Die Frage nach Resignation und Frustration der Genossen über und an Hans Apel, Nörgel auf den Parteikulissen – der frühere Bundesminister nimmt solche Vorwürfe frontal an: „Es gab ja sogar den Vorwurf, ich sei faul. Das ist alles Quatsch! Wenn nur jeder in der Partei, der ein Amt besitzt, 50 Prozent von dem leistet, was ich tue, wäre ich schon zufrieden.“ Apel erinnert sich, als sei's schon lange her, an den „honeymoon“ seiner ersten Berlin-Wochen: „Da gab es bei meinen Bezirksbesuchen viel menschliche Zuwendung und Sympathie.“ Dann habe die Partei der „Schock“ einer von der SPD veröffentlichten Umfrage getroffen: „Da standen wir bei 37 Prozent.“

Mancher habe sich damals offenbar schon in der Gunst der Berliner über der 40-Prozent-Grenze gewandt. Dies sei wohl eine Erklärung dafür, „daß es nach der Sommerpause nicht besonders gut anfing“. Er habe sich im Frühjahr jedenfalls oft als „Einzelkämpfer“ gefühlt. „Aber mit dem großen Zampano allein geht's eben nicht. Da müssen alle helfen und arbeiten.“

Inzwischen sieht der Sozialdemokrat, der sich den Schneid auch von linksaußen nicht abkaufen läßt, („Ich lasse mich nicht provozieren“), wieder Land: „Die Durchhalte-Phase der Partei ist vorbei.“ Aus der wachsenden Zahl von Briefen, Eingaben und Petitionen an ihn zieht Hans Apel Zuversicht, von den Berlinern angenommen zu sein. Der Spitzenkandidat, der die aus Bonn herübergeschwundene und für die Berliner CDU schmerzhaften Renten-, Mieten- und Sozialhilfe-Frage als Profilierungsfeld entdeckt hat, sieht sich gegenüber Diepgen nicht im Verzug. Die vom Senat verbreitete Enkidu-Umfrage, wonach Diepgen den SPD-Politiker vom Spitzenplatz als „besseren“ Bürgermeister verdrängt habe, kontert er:

„Das ist ein schlichter CDU-Trick.“

Diepgen war bei derartigen Fragen der Meinungsforscher immer vorn, das bringt der Amtsbonus doch einfach mit sich.“ Nach SPD-Erhebungen führte Diepgen zeitweilig im direkten Vergleich schon mit 56:44. Jetzt sei das Verhältnis auf 51:44 zugunsten des Amtsinhabers zurückgegangen. „Ich liege acht Prozentpunkte vor der SPD“, sagt Apel und weist auf ein anderes Phänomen hin: Selbst 28 Prozent der CDU-Anhänger halten Apel für einen „guten“ Senatschef (Diepgen: 86). Fragt man nach der „besonderen Außenwirkung“ Apels, steigt sein Wert in der CDU-Klientel sogar auf 46 Prozent Zustimmung. Diepgen erzielt in diesem Bereich keinen besonderen zusätzlichen Effekt (85 Prozent).

Fouls von links

Andererseits halten auch 39 Prozent der SPD-Anhänger Diepgen für einen ordentlichen Regierungschef (Apel: 81). „Früher war es bekanntlich in Berlin Tradition, daß der Regierende Bürgermeister über 65 Prozent Zustimmung erhielt und dem Oppositionsbewerber allenfalls ein Drittel.“ In dieser Wertkala seien Diepgen und er erkennbar näher aneinandergerückt.

Der innere Reagan-Kreis ging schon vor längerer Zeit von der Wiederwahl als einer voraussetzbar großen und vorläufigen von den Kabinettsmitgliedern detaillierten Entwurfs der Arbeit für die zweite Amtszeit. Diese liegen jetzt vor oder befinden sich im Schlußstadium der Abfassung.

Nach Präsident Reagans Wunsch soll sich das Personalkarussell kaum drehen. Man darf daher annehmen, daß – abgesehen von solchen Ministerien wie Arbeit (Donovan), Gesundheit (Hackler), Landwirtschaft (Block) und Justiz (Smith) – die zentralen Stellen der politischen Entscheidung so besetzt bleiben wie bisher.

Das beginnt mit George Shultz als Außenminister. Die Gerüchte, daß Shultz im Amt durch jemand anderen, etwa die UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, abgelöst werden könnte, haben sich anscheinend als falsch erwiesen. Der Wirtschaftsprofessor aus Chicago und Treasury-Chef unter Richard Nixon hat an seinem Amt zuletzt beträchtliches Gefallen gefunden.

Mehr und mehr geht Shultz auch in die Öffentlichkeit, um außenpolitische Prinzipien Reagans zu artikulieren. Drei maßgebende Reden in den vergangenen drei Wochen – über die Beziehungen zur Sowjetunion, über Außenpolitik allgemein, über den Terrorismus – beleuchten das. Auch drängt Shultz die Nummer drei im Ministerium, Michael Armacost, häufiger in die Öffentlichkeit zu treten.

Mit Shultz und seinem Wunsch nach einem neuen Dialog mit Moskau harmoniert auf Mitarbeiterbene im Weißen Haus Stabschef James Baker. Auf ihn als einen Mann des Ausgleichs haben es Angehörige der sogenannten Neuen Rechten seit langem abgesehen; doch ist Präsident Reagan nicht bereit, sich von diesem verlässlichen Offizier in seiner unmittelbaren Umgebung zu trennen.



Außenminister George Shultz. Gerüchte um seinen möglichen Rücktritt sind verunsichert. FOTO: POLYPRESS



Verteidigungsminister Casper Weinberger. Auch an ihn will Präsident Reagan festhalten. FOTO: JUPP DARCHINGER

Nur verhalten dreht sich Reagans Personalkarussell

TH. KIELINGER, Washington

Das Stichwort für den Übergang von der ersten zur zweiten Reagan-Administration heißt „Kontinuität“. Mit einem Minimum an weiterem Zeitverlust will die bisherige Regierungsmannschaft nach den Monaten der Ablenkung durch den Wahlkampf die Arbeit wieder aufnehmen.

Der innere Reagan-Kreis ging schon vor längerer Zeit von der Wiederwahl als einer voraussetzbar großen und vorläufigen von den Kabinettsmitgliedern detaillierten Entwurfs der Arbeit für die zweite Amtszeit. Diese liegen jetzt vor oder befinden sich im Schlußstadium der Abfassung.

Nach Präsident Reagans Wunsch soll sich das Personalkarussell kaum drehen. Man darf daher annehmen, daß – abgesehen von solchen Ministerien wie Arbeit (Donovan), Gesundheit (Hackler), Landwirtschaft (Block) und Justiz (Smith) – die zentralen Stellen der politischen Entscheidung so besetzt bleiben wie bisher.

Das beginnt mit George Shultz als Außenminister. Die Gerüchte, daß Shultz im Amt durch jemand anderen, etwa die UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, abgelöst werden könnte, haben sich anscheinend als falsch erwiesen. Der Wirtschaftsprofessor aus Chicago und Treasury-Chef unter Richard Nixon hat an seinem Amt zuletzt beträchtliches Gefallen gefunden.

Mehr und mehr geht Shultz auch in die Öffentlichkeit, um außenpolitische Prinzipien Reagans zu artikulieren. Drei maßgebende Reden in den vergangenen drei Wochen – über die Beziehungen zur Sowjetunion, über Außenpolitik allgemein, über den Terrorismus – beleuchten das. Auch drängt Shultz die Nummer drei im Ministerium, Michael Armacost, häufiger in die Öffentlichkeit zu treten.

Mit Shultz und seinem Wunsch nach einem neuen Dialog mit Moskau harmoniert auf Mitarbeiterbene im Weißen Haus Stabschef James Baker. Auf ihn als einen Mann des Ausgleichs haben es Angehörige der sogenannten Neuen Rechten seit langem abgesehen; doch ist Präsident Reagan nicht bereit, sich von diesem verlässlichen Offizier in seiner unmittelbaren Umgebung zu trennen.

Geht MacFarlane als Botschafter nach Israel?

Zum Shultz-Baker-Kreis ist noch Sicherheitsberater Robert MacFarlane zu rechnen, ein bis zur Unsichtbarkeit im Hintergrund agierender Mann der Organisation und stofflichen Durchdringung. Von ihm hieß es vor kurzem, er sei für den Posten des Botschafters in Israel vorgesehen. Das wäre ein Verlust für die Abrüstungspolitik der Regierung, da sich im Weißen Haus auf höherer Stufe kaum jemand so gut in der Materie auskennt wie MacFarlane.

Wenn nicht alles täuscht, will Präsident Reagan dem State

Department die Federführung im Formulieren der nächsten Abrüstungsvorschläge übertragen. Wie das ohne neue Reibereien zwischen dem State Department und dem Pentagon gehen soll, ist noch nicht ersichtlich. Zumal die beiden wichtigsten Kontrahenten auf diesem Felde, die beiden „Richards“, in ihren Ämtern bleiben sollen. Gemeint sind die Staatssekretär-Stellvertreter Richard Burt im Außenministerium und Richard Perle im Pentagon.

„Daß Perle gehen soll, ist Unsinn“, sagte im Gespräch mit der WELT ein Mann aus der Umgebung von Minister Weinberger. Böse Zungen haben Richard Perle nachgesagt, er sei das bisherige Hemmnis gewesen bei den Versuchen, brauchbare Vorschläge auf den Genfer Verhandlungstisch zu bekommen.

Nachfolger für Charles Percy gesucht

Der Präsident könnte diese inter-administrativen Händel beizulegen versuchen, indem er sich für eine Art „Zar“ der neuen Abrüstungspolitik entscheidet. Als Name ist General a. D. Brent Scowcroft genannt worden, Präsident Fords Sicherheitsberater, der der gegenwärtigen Regierung bereits einmal, vor zwei Jahren, als Kopf der Kommission zur Überarbeitung der nuklearen Strategie unschätzbare Dienste geleistet hat. Nur: Wie vermeidet ein politischer „Zar“ den Konflikt mit den Kabinetts-Schwergehirnen Shultz und Weinberger, die direkten Zugang beim Präsidenten haben?

Allen Personalproblemen liegt zur Zeit die Frage zugrunde, wie die beiden Flügel der konservativen Partei ihre Rolle in der zweiten Reagan-Amtszeit sehen. Man begegnet dieser Frage auch im Kongreß, wo beispielsweise zur Debatte steht, wer demnächst die Nachfolge von Charles Percy als Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses übernimmt.

Ursprünglich hatte Jesse Helms aus North Carolina als nächster in der Reihe gestanden, ein der Neuen Rechten zuzurechnender Vertreter des konservativen Südens, der gegen alle „liberalen“ Anwendungen der Administration auf der Hut ist.

Helms aber, der knapp seinen Kampf um die Wiederwahl gewann, steht seinen heimischen Kreisen gegenüber so tief im Versprechen, weiter den Vorsitz des Landwirtschaftsausschusses zu behalten, wo er das Interesse der Tabakanbauer seines Bundesstaates North Carolina wahrnehmen kann, daß eine Übernahme des Vorsitzes im Auswärtigen Ausschuss wohl kaum in Frage kommt.

Das würde den Weg freimachen für Richard Lugar aus Indiana, der mehr als Helms dem republikanischen „mainstream“ vertritt und mit dem Weißen Haus in Abrüstungsfragen wahrscheinlich zusammenarbeiten könnte.

Gegen eine „Abkoppelung“ Washingtons

DW. Bonn

Die Überlegungen, mit den Vereinigten Staaten zusammen neue Forschungsprogramme auch für eine Verteidigung im Weltraum zu koordinieren, sind nach Auffassung der CSU unabhängig. Unter Hinweis auf den Beitrag des US-Verteidigungsministers Weinberger für die WELT erklärte der außen- und verteidigungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe in Bonn, Hans Graf Hübner, es sei im Sinn Bonner Politik, wenn Washington unter den europäischen Verbündeten vor allem die Bundesrepublik Deutschland zur Beteiligung an diesen Forschungsprogrammen auffordere. Der CSU-Bundestagsabgeordnete erinnerte daran, daß die Sowjets den Weltraum bereits militärisiert hätten. Eine strategische Verteidigungsinitiative, in dem von Weinberger genannten Sinn bedeute deshalb nicht erhöhte Unsicherheit oder gar erhöhte Kriegsgefahr, sondern erhöhte Sicherheit, auf keinen Fall – wie die SPD argumentiere – eine „Abkoppelung“ der USA von Europa mit dem Hintergedanken, die Vereinigten Staaten könnten sich im Weltraum künftig selbst abschirmen und Europa im Stich lassen.

Genscher: Mehr Gewicht für Europa

DW. Bonn

Die vereinbarte engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der sieben Partnerstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) wird nach Auffassung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Europa stärkeres politisches Gewicht bringen. In einer Regierungserklärung zu den Beschlüssen der WEU-Tagung in Rom Ende Oktober betonte Genscher gestern vor dem deutschen Bundestag zugleich, die engere Kooperation innerhalb der WEU werde die Zusammenarbeit zwischen allen EG-Partnern nicht beeinträchtigen. Genscher versicherte vor dem Bundestag erneut, daß die von der WEU beschlossene Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen von Bonn nicht genutzt werde. Die Bundesregierung plane weder die nunmehr erlaubte Herstellung strategischer Raketen und Bomber noch deren Export.

Gegen Militarisierung des Weltraums

DW. Bonn

Gegen eine Militarisierung des Weltraums haben sich alle Parteien des Bundestages gewandt. In einer von der SPD initiierten Debatte sprach der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), gestern die Hoffnung aus, daß es nach der Wiederwahl von US-Präsident Ronald Reagan möglichst bald zu Gesprächen zwischen Ost und West über eine Begrenzung der Rüstung im Weltraum komme. Möllemann sieht nach eigenen Worten „Signale“ für ein entsprechendes Interesse der Sowjetunion. Die Sozialdemokraten haben, fußend auf Ausarbeitungen des jüngsten Göttinger Naturwissenschaftler-Kongresses, den Entwurf für einen „Vertrag zur Begrenzung der militärischen Nutzung des Weltraums“ im Bundestag eingebracht. Die SPD mahnte die Bundesregierung, sich von allen Versuchen fernzuhalten, „den Schritt in die Weltraumrüstung“ mitzugehen.

Einhellig haben gestern zugleich alle Fraktionen des Bundestages und auch die Bundesregierung die Forderungen nach einem weltweiten Verbot aller chemischen Waffen bekräftigt. Die Bundesregierung ist aufgeföhrt, in Genf noch stärker auf den Abschluß der Verhandlungen über das weltweit nachdrückbare Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen sowie auf die Vernichtung der vorhandenen Bestände und Produktionsstätten zu drängen.

Vorschuß für Graf Lambsdorff

DW. Bonn

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat für seine Prozeß- und Anwaltskosten im Zusammenhang mit der Flick-Affäre aus Steuermitteln eine Summe in Höhe von 85 369 Mark erhalten. Dies wurde gestern im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages auf Nachfragen der Grünen bekannt. Der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums, Dieter Vogel, bestätigte auf Anfrage von Nachrichtensagenturen, daß „Lambsdorff wie andere Minister auch“ einen Vorschuß beziehungsweise einen Zuschuß für seinen Rechtschutz in dem gegen ihn anhängigen Strafverfahren erhalten habe. Nach Angaben der grünen Abgeordneten Burgmann und Kleinert ist ein Teil des Zuschusses für Lambsdorff in Höhe von 40 000 Mark dem Titel „Fürsorgemaßnahmen“ des Staats des Bundeswirtschaftsministeriums entnommen worden. Die restlichen 45 369 Mark seien Lambsdorff aus sogenannten Personal-Verstärkungsmitteln gezahlt worden.

Schwerer Verdacht gegen rumänische Diplomaten

Fortsetzung von Seite 1

bis zum Beginn des Parteitag der rumänischen KP in diesem November abgeschlossen sein. Falls diese Tat nicht von den Geheimdienstoffizieren in Bonn bewerkstelligt werden könne, werde ein Mörder aus Rumänien entsandt. Dieses Vorhaben sei innerhalb des rumänischen Geheimdienstes unter den Code-Bezeichnungen „Upluri“ und später „Giga“ vorbereitet worden. Die Rumänen hätten sogar ein mehrköpfiges „Suchkommando“ entsandt, um den Mann aufzuspüren. Die „Fallführung“ habe bei Grecu, Lupu und Ciobanu gelegen.

Die Sicherheitsbehörden sind in ihren Berichten an die politischen Stellen in Bonn zu dem Ergebnis gekommen, daß dieses Vorgehen des rumänischen Geheimdienstes auf deutschem Boden einzigartig sei. Die kriminelle Zielsetzung gefährde nicht nur die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, sondern verziehe auch die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest grüßlich.

Jetzt stellt sich die Frage, ob die fünf „Diplomaten“ von dem dafür zuständigen Auswärtigen Amt öffentlich aufgeföhrt werden, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen. Offensichtlich wurden die Informationen der Behörden über das Treiben des rumänischen Geheimdienstes bis zum Besuch des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceausescu in Bonn „auf Eis“ gelegt. Die Behörden fordern seit langem, daß das Auswärtige Amt ein „Exempel“ statuieren. Bislang wählte das Amt aber den Weg, der jeweiligen Regierung verstehen zu geben, sie solle einzelne „Diplomaten“ kurzfristig abberufen. So ist verschiedentlich gegenüber der Sowjetunion verfahren worden.

Aral Super. Da führt kein Weg dran vorbei.

Was davon abgesehen soll ich die neuen Tankstellen in Deutschland haben. Aber beim Aral Super sind Sicherheit und Leistung. Und ein schmeckendes Aral Super. Und das ist in Deutschland. Und das ist in Deutschland.



Im Autoparadies.

Freitag, 9. November 1984
Nr. 204

Hängen geblieben

Wie manches, was auf dem politischen Bühne Boms an Ideen geboren oder mit ministeriellen Zuspruch gefördert wird, bleibt auf den Verschiebungen Wegen der Gesetzgebung liegen oder wird nicht zu Ende gebracht, wenn andere mit der Ausgestaltung der Ideen beauftragt sind. Diesmal dreht die Pflegeversicherung als Torso. Und allenfalls nur eine weitere Möglichkeit der Alterssicherung für einen kleinen Kreis von Menschen zu werden, die sich ihre Zukunft ausrechnen aufgrund ihrer Einkommens schon jetzt etwas kosten lassen können.

Jedermann weiß, daß die Pflegekosten für alte Menschen wie in den vergangenen Jahren rasch steigen werden, daß dies dann der öffentlichen Hand enorme finanzielle Anstrengungen abnötigt, sollen die alten Menschen ihre letzten Jahre in Würde verbringen. Als die private Krankenversicherung und die Lebensversicherung mit politischer Zustimmung: Musterbedingungen erarbeiten, hatten sie - vielleicht allen Leuten - auf steuerliche Förderung der Beiträge gehofft. Folgt man der kürzlich gegebenen Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage, ist daran nicht gedacht. Die Versicherer, die sich mit Verve an die Arbeit gemacht haben, obwohl auch unter ihnen nicht wenige vor dem Pflege-

fall Risiko gewarnt haben, „stehen jetzt im Regen“.

Dabei sollten die Bundesregierung und alle, die im Pflegefall finanziell gefordert sind, froh sein, daß ihnen ein Teil der Lasten abgenommen wird. Aber das ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Steuerbegünstigung für Altersvorsorge ist über 100 Jahre alt. Die Probleme sind heute nur drängender.

Erleichterung

Nach - Jedes Unternehmen, das Nachwuchskräfte ausbilden will, muß zuerst einmal nachweisen, daß es über qualifizierte Ausbilder verfügt, die den Vorschriften der entsprechenden Gesetze entsprechen. An dieser Voraussetzung scheiterten in der Vergangenheit manche Ausbildungsbetriebe. Betriebe, Lehrstellen konnten so nicht besetzt werden. Eine begrüßenswerte Lockerung der Bestimmungen soll hier nun Hindernisse ausräumen: In Zukunft kann die zuständige Industrie- und Handelskammer auf die vorgeschriebene Ausbildung der Bewerber verzichten, wenn sie für geboten hält. Die berufliche und arbeitspädagogische Eignung von Ausbildern wird grundsätzlich vorausgesetzt, wenn sie bereits fünf Jahre ohne Beanstandung ausgebildet haben. Das bedeutet grünes Licht für Berufspraktiker und wohl auch grünes Licht für mehr Ausbildungsplätze, was im Interesse der Jugend nur begrüßt werden kann. In diesem Falle also heiligt der Zweck die Mittel.

Finstere Aussichten

Von HANS BAUMANN

Textilkrise, Kohlenkrise, Wertkrise, Stahlkrise, Vorkabeln vom Niedergang einiger Wirtschaftszweige in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Sie wurden von großem Glauben begleitet, von Hülfeleistungen aus dem Steuersäckel. Wie wühndend gegen die Ruhe, mit der die deutsche Mineralölindustrie ihre Krise aus eigener Kraft zu meistern sucht. Daß auch sie in einer tiefen Krise steckt, ist der breiten Öffentlichkeit bisher eigentlich nicht ins Bewußtsein gerückt.

Da wurde die Raffineriekapazität bisher um 53,6 Millionen Tonnen auf knapp 100 Millionen Tonnen geschätzt. Ende dieses Niedergangs ist noch nicht abzusehen. Das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln rechnet damit, daß bis 1990 die Kapazität auf unter 80 Millionen Tonnen fallen wird.

Gleichzeitig steigt aber die Einfuhr von Produkten. Wurden 1973 erst 24,6 Millionen Tonnen Mineralölprodukte eingeführt, so waren es im letzten Jahr bereits 44,1 Millionen Tonnen. Auch hier ist die Entwicklung noch längst nicht beendet, denn niemand vermag vorzusagen, wie groß der Druck noch werden wird, den die Ölförderländer mit Fertigwaren auf den Markt ausüben werden, wenn der Ausbau ihrer Verarbeitungsanlagen erst einmal abgeschlossen ist. Das Kölner Institut kommt in einer Studie zu dem theoretischen Schluß, daß im Extremfall die gesamte Raffination in der Bundesrepublik zum Erliegen kommen könnte.

Zu solchen Aussagen verleitet nicht nur die Tatsache, daß bereits die Hälfte aller Tankstellen geschlossen wurde, daß von den rund 15 000 Mineralölhändlern, die es einmal in der Bundesrepublik und in West-Berlin gegeben hat, mehr als die Hälfte kapituliert. Entscheidend für ein solch apokalyptisches Bild der Branche ist die Ungewißheit der Mineralölindustrie, was morgen aus ihr werden wird. Diese Ungewißheit, die eigene Zukunft auch nur annähernd zu kalkulieren, hat ihre Ursache in der Bonner Energie- und Umweltpolitik, mit der erst vor kurzem Vize-Chief Rudolf von Bennigsen-Foerster in München hart ins Gesicht geschlagen wurde. Ein „Lose-Blatt-Papier“ nannte

So sehr man die nach den beiden

Ölpreisschocks betriebene Politik des „Weg vom Öl“ begrüßen mag, so sollte man sich doch davor hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Auch im nächsten Jahrhundert wird Öl in der Wirtschaft unseres Landes - namentlich im Bereich des Verkehrs und der nichtenergetischen Anwendung (Chemie) - eine dominierende Rolle spielen. Es wäre daher unklug, die Politik der Verbrennung aus dem Paradies unbefristet fortzuführen.

Ein Paradies ist die Bundesrepublik für die Ölindustrie spätestens seit dem 1. Juli 1983 nicht mehr, dem Tag, an dem die Verordnung über Großfeuerungsanlagen in Kraft trat. Und zur Hölle wird dieses Land für die Ölindustrie, wenn die Forderungen der Landesregierung von Baden-Württemberg in Kraft treten sollten, die eine Verschärfung der Großfeuerungsanlagen vorsehen, die faktisch ein Verbot zur Verbrennung von schwerem Heizöl gleichkommen würden, falls das Rauchs gas nicht entschwefelt wurde.

Aus den Kraftwerken ist das Öl bereits verbannt worden. Jetzt dürfen neue Industrieanlagen bis 100 Megawatt Leistung nur noch schwefelarmes Heizöl mit maximal einem Schwefelgehalt von 100 ppm betrieblen werden. Alle Anlagen bis zu 300 Megawatt haben ein Limit von 1,5 Prozent Schwefel - oder das Rauchs gas muß entschwefelt werden. Der Bedarf an schwefelarmen schweren Heizöl wird also erheblich steigen. Kann die Industrie diesen Bedarf nicht decken, werden weitere drastische Absatzverluste die Folge sein.

Natürlich kann die Industrie das Schwefelöl entschwefeln. Es gibt zwei Verfahren, die je Tonne Schweröl Kosten zwischen 120 bis 250 Mark verursachen - ein Aufwand, der zum gleichen Ergebnis führt: dem Abschied vom Markt. Ob es der Ölindustrie gelingt, die Kosten von 700 bis 800 Millionen Mark pro Jahr für die Entschwefelung von Benzin am Markt wiederzuholen, steht auch noch in den Sternen.

Am Wärmemarkt verlor das leichte Heizöl von 52 auf 33 Millionen Tonnen. Auch hier hatte die Politik mit Kohleheizen und Fernwärmesubventionen die Finger im Spiel. Die Perspektiven des Öls sind finster.

EISENHÜTTENTAG / Nach der Stahlkrise regt sich „verhaltener Optimismus“

Die Stahlindustrie kann noch sehr viel für die Produktinnovation tun

Nach Jahren der Niedergeschlagenheit herrscht in der deutschen Stahlindustrie derzeit dank Aufstiege von Produktion und Preisen wieder „verhaltener Optimismus“. Auf dem von 9000 Teilnehmern aus 22 Ländern besuchten Düsseldorf Eisenhüttentag würzte Theodor Wuppermann als Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (VDEH) diese jüngste Zwischenbilanz der nun zehnjährigen Stahlkrise mit einem Bekenntnis zu den noch längst nicht ausgeschöpften Chancen der Produktinnovation.

Das Gros der heute in Deutschland eingesetzten Stahlqualitäten, so stellte der Vorsitzende dieser schon 124 Jahre alten Techniker-Spitzenorganisation der Branche fest, sei nicht älter als fünf Jahre. Das Entwicklungspotential für neue Stahl-Herstellungsvorgänge und neue Produktqualitäten dieses Traditionswerkstoffes, der „nach wie vor als Basis für jeden Fortschritt in der Welt“ gebraucht werde, sei auch heute noch „nicht annähernd ausgeschöpft“.

Vorbehalte wie zur Nachhaltigkeit des Aufschwungs in der Stahlkonjunktur macht der VDEH-Vorsitzende aber auch hier. Die große japanische Konkurrenz beispielsweise setze alljährlich eine Milliarde DM oder ein Prozent ihres Umsatzes für Stahlforschung und Spitzentechnologie-Entwicklung ein. In der übrigen EG-Stahlindustrie geschehe auch da viel mit Subventionen.

Die in der langen Krise auch mit ihrem Forschungspotential ausgebluteten deutschen Stahlunternehmen müßten auf diesem Feld „nicht mehr, aber auch nicht weniger“ staatliche

Forschungsförderung erhalten als andere Industriezweige, um wenigstens auf einigen entscheidenden Gebieten der Innovation den Anschluß an die Welt-Spitze nicht zu verlieren. Dazu Wuppermanns Appell an die eigenen Reihen: Noch mehr unternehmensübergreifende Konzentration zur Gemeinschaftsforschung, um aus knappen eigenen Mitteln das Optimal herauszuholen.

Den Konzentrations- und Kapazitätsabbau-Prozess in Produktion und Absatz der deutschen Stahlindustrie seit dem letzten Boomjahr 1974 demonstriert der VDEH-Vorsitzende mit einer neuen Zwischenbilanz: Reichlich vier Fünftel des deutschen Rohstahlsatzes, der 1984 um 9 Prozent auf 39 Millionen Tonnen steigen dürfte (ein Viertel weniger als 1974) komme nun - die bevorstehende Krupp/Klöckner-Fusion noch nicht mitgerechnet - nur noch von 7 (20) Unternehmensgruppen.

Reduziert wurden in dieser Zeit bei völligem Ausmerzen der 83 Siemens-Martin-Öfen und 9 Thomaskonverter auch die Zahl der Sauerstoffaufblas-

konverter auf 33 (47), der Hochöfen auf 30 (76), aller Profilstahlwerke auf 69 (133). Die Belegschaft schrumpfte dabei um ein Drittel auf jetzt noch 218 000 Stahl-Beschäftigte, gegenüber dem Anfang der 60er Jahre erreichten Maximum sogar um 40 Prozent.

Erfreulicher Aspekt dieser Zwischenbilanz eines voraussichtlich noch mindestens bis Ende 1985 weiterlaufenden Schrumpfungs- und Konzentrationsprozesses: Wenn's auch zumeist noch nicht zu Gewinnbilanzen für 1984 reichen werde, räumt der VDEH-Vorsitzende ein, so seien die meisten Unternehmen denn doch während der letzten Monate in die Gewinnzone zurückgekehrt. Und dies bei einer erst bescheidenen Erholung des Stahlpreisniveaus, dessen Teuerungsrate (seit 1974) höchstens ein Drittel so groß ist wie bei den Produkten großer Abnehmerbranchen von Autoindustrie bis zu Maschinenbau.

Der bei Eisenhüttentagen traditionelle Stolz auf die eigene, zumindest in Europa führende technische Leistungsfähigkeit wurde auch diesmal demonstriert: Mit mehr als 80 Prozent über Stranggießanlagen vergossenen Rohstahls liege die deutsche Stahlindustrie nach Japan an der Spitze der Welt-Stahlindustrie, die mit dieser modernen Technik derzeit etwa 40 und auch 1990 voraussichtlich erst 65 Prozent ihres Rohstahls zum Walzwerk bringt.

AUF EIN WORT



Um die Rahmenbedingungen für Europas Industrie zu verbessern, müßte bei den politischen Verantwortlichen und in der breiten Bevölkerung eine große Mehrheit der Vernunft für die Einsicht gewonnen werden, daß wirtschaftspolitische Zielsetzungen nicht ungestraft auf Dauer sozialpolitischen Anliegen untergeordnet werden können.

Kasper Cassani, Präsident von IBM Europe FOTO: DIEWELT

EG: Stahlbeihilfe flexibler gestalten

dpa/VWD, Brüssel

Die EG-Kommission will den im Oktober 1980 eingeführten Beihilfekodex für die europäische Stahlindustrie bis zu seinem Auslaufen Ende 1985 flexibler handhaben. Wie ein Kommissionsprecher mitteilte, sollen die bei Tilgung von Schulden gewährten staatlichen Betriebsbeihilfen nicht wie vorgesehen schon Ende 1984 gestoppt, sondern ihre Frist verlängert werden. Der Vorschlag soll auf einer Sondersitzung des EG-Stahlrates am 22. November von den zuständigen Ministern behandelt werden. Zur Diskussion steht außerdem eine Erhöhung der Höchstgrenzen für Subventionen im kommenden Jahr.

EXISTENZGRÜNDUNGEN

Union und FDP einigen sich auf eine Ansparförderung

HEINZ STÜWE, Bonn

Wer sich selbständig machen will und dafür spart, kann dafür künftig vom Staat eine Prämie erhalten. Darauf haben sich jetzt die Koalitionsfraktionen verständigt. Bereits im kommenden Jahr sollen Gründungs-willige bei jedem Kreditinstitut entsprechende Sparverträge mit einer Laufzeit von mindestens drei und höchstens zehn Jahren abschließen können. Der Sparer erwirbt jährlich einen Prämienanspruch von 20 Prozent der Sparsumme. Ausgezahlt wird die Prämie, die auf insgesamt 10 000 DM begrenzt ist, jedoch erst, wenn eine Gründung erfolgt.

Die erste Prämie können danach 1988 gezahlt werden. Der CSU Abgeordnete Kurt Fahlhäuser, der zusammen mit Matthias Wissmann und Gunnar Udald (beide CDU) und Helmut Haussmann (FDP) den Vorschlag erläuterte, schätzte den Finanzbedarf auf zunächst 20 Mill. Mark. Eine Summe, die sich bis 1990 auf 150 Mill. Mark steigern könnte.

Die Koalitionsinitiative soll auf dem Verordnungsweg umgesetzt werden und sich eng an das Eigenkapitalhilfe-Programm anlehnen. Bei der langwierigen Abstimmung zwischen Fraktionen und Ministerien hatte die FDP darauf bestanden, daß dessen Zinskonditionen nicht verschlechtert werden. Zwei Änderungen dieses Programms, das am ein Jahr bis Ende 1987 verlängert wird, hat jetzt auch die FDP zugestimmt. Die Existenzgründer müssen künftig die Bearbeitungsgebühr von zwei Prozent selbst tragen. Dafür wird die bisherige Altersgrenze von 50 Jahren gelockert. In Zukunft müssen die langfristigen Darlehen bis zum 70. Lebensjahr zurückgezahlt werden.

GROSSFLUGZEUGBAU

Airbus Industrie und MBB wollen Marktanteil erhöhen

PETER JENTSCH, Bonn

Airbus Industrie hat nach Darstellung des Leiters des MBB-Unternehmensbereichs Transport- und Verkehrsflugzeuge, Johann Schäffler, bei den Großflugzeugen einen Marktanteil von 30 Prozent erreicht. Das entspricht am gesamten Verkehrsflugzeugmarkt einem Anteil von 15 Prozent.

In einer Darstellung über „Ziele und Chancen des Großflugzeugbaus in Deutschland“ betonte Schäffler, es sei das Ziel von Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Airbus Industrie, sich als potenter Anbieter von Großflugzeugen weiter zu etablieren. Der Marktanteil von Airbus Industrie müsse so weit erhöht werden, daß die europäische Industrie einem Verdrängungswettbewerb der US-Hersteller standhalten kann. Zahlenmäßig entspräche dies einem Anteil von 30 Prozent des Weltmarktes. Um

das in Zahlen auszudrücken: Heute sind weltweit rund 5000 Großflugzeuge im Einsatz; bis zum Jahr soll diese Zahl um 2000 auf etwa 8700 Flugzeuge erhöhen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nach Auffassung Schäfflers die Bemühungen forciert werden, noch nicht am Airbus risikofähig beteiligte europäische Länder, vornehmlich Holland und Italien, in das Programm einzubinden, um damit die Bildung von Brückenköpfen auf dem europäischen Markt zu erschweren.

Schäffler hob auch die Absicht hervor, langfristig den Großflugzeugbau von der Förderung durch die öffentliche Hand unabhängig zu machen. Gleichzeitig sei es das Ziel von MBB, den Bau von Großflugzeugen zu einem wesentlichen Bestandteil der wirtschaftlichen Potenz des Unternehmens zu machen.

PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE

Der Verbrauch im Inland ist nur wenig gewachsen

INGE ADHAM, Frankfurt

Als „Zeichen für das Vertrauen in Arzneimittel made in Germany“ wertet der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) die Exporterfolge der Branche in diesem Jahr. Nachdem in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die Pharmaexporte um 14,5 Prozent auf 4,3 Mrd. DM gestiegen sind, erwartet der Verband trotz einer leichten Abschwächung des Wachstumstemplos für das ganze Jahr eine zweistellige Exportzuwachsrate, wie sie zuletzt 1981 erreicht worden war. Um 12,3 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit wuchsen im ersten Halbjahr die Arzneimittelimporte. In den erreichten 2,6 Mrd. DM stecken nach Ansicht des BPI aber nur zu einem geringen Teil Reimporte, die vor allem Krankenhäusern nutzen, um bei Arzneimittelabgaben zu sparen.

Der Inlandsverbrauch an Medikamenten wuchs mit einer Rate von sechs bis sieben Prozent in den ersten drei Quartalen relativ bescheiden; die Inlandsproduktion stieg um rund fünf Prozent. Insgesamt exportierte die Branche im ersten Halbjahr gut 47 (i. V. 44) Prozent ihrer Produktion. Die damit dokumentierte starke Exportabhängigkeit nahm die außerordentliche Hauptversammlung des BPI in Mainz zum Anlaß, an die Bundesregierung zu appellieren, „für langfristig angelegte, verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen“.

Nur so könne die gegenwärtige internationale Spitzenposition der

deutschen Arzneimittelforschung und -produktion aufrechterhalten werden. Ein Übermaß an Eingriffen in den deutschen Arzneimittelmarkt müsse sich nachteilig auf die Forschungsintensität und damit auf die Konkurrenzfähigkeit auswirken. Gleichzeitig wird erneut der Verzicht auf Negativ- und Positivlisten gefordert.

Dieser Appell ist zu sehen vor dem Hintergrund der am Mittwoch in Bonn stattfindenden nächsten Gesprächsrunde in Sachen Kostenbegrenzung im Gesundheitswesen. Nachdem sich die Pharmaindustrie und die gesetzlichen Krankenkassen in ihren langen Gesprächen mit dem Ziel, die Kostensteigerungen zu begrenzen, nicht einig werden konnten, ist nun der Bundesgesundheitsminister am Zuge. Die pharmazeutische Industrie konnte sich auf ihrer Hauptversammlung nicht zu neuen, konkreten Alternativangeboten durchringen. Kurz vor der Bonner Gesprächsrunde verweist sie aber erneut auf ihre grundsätzliche Bereitschaft, mit den gesetzlichen Krankenkassen im Gespräch zu bleiben.

Der BPI erinnerte in diesem Zusammenhang an die derzeitige relative Ruhe an der Arzneimittelpreisfront (Steigerungsrate im August 2,8 Prozent). Die Kosten für Arzneimittel waren an den rund 100 Mrd. DM Ausgaben der Krankenkassen im vergangenen Jahr mit gut 14 Mrd. DM beteiligt, wovon etwa die Hälfte an die Pharmaindustrie geht.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

US-Großbanken senken erneut die Prime Rate

New York (dpa/VWD) - Mehrere US-Großbanken haben wenige Stunden nach Bekanntwerden der Wiederwahl Präsident Ronald Reagans ihre Prime Rate - den Zinssatz für erste Unternehmenskreditlinien - von zwölf auf elf Prozent gesenkt. Bereits in den letzten Wochen war die Prime Rate in Reaktion auf die sinkenden Geldbeschaffungskosten der Banken mehrfach herabgesetzt worden. Einige Beobachter erwarten, daß die Prime Rate in naher Zukunft auf 11,1 Prozent sinkt.

Obligationen zugeteilt

Frankfurt (cd) - Auf die am Donnerstag ausgeschriebenen 6,5-prozentigen Kassenobligationen des Bundes wurden gestern 1,086 Mrd. Mark zum Kurs von 99,3 Prozent zugeteilt. Für die vierjährigen Titel ergibt das eine Rendite von 6,71 Prozent.

Siemens baut in Berlin

Berlin (dpa/VWD) - Die Siemens AG, München, will insgesamt 230 Mill. DM in ein neues Werk in Berlin investieren. In zwei Ausbaustufen sollen dort bis Mitte der 90er Jahre 800 neue Arbeitsplätze entstehen. Wie die Siemens AG gestern mitteilte, sollen in dem neuen Werk Komponenten für Lichtwellenleitertechnik und von Schichtschaltungen produziert werden, die bei der Nutzung der Glasfasertechnologie zum Einsatz kommen.

Neue Lehrbetriebe erhofft

Bonn (VWD) - Einen zusätzlichen Impuls für das Gewinnen neuer Lehrbetriebe erwartet die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHT) von der Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung durch den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Die Änderung ermöglicht es die Industrie- und Handelskammern, alle Personen, die bis zum 31. Dezember 1989 in fünf Jahren ausgebildet haben, von der Ausbilderprüfung zu befreien, sofern diese Tätigkeit nicht wesentlich unterbrochen wurde und ohne Beanstandung erfolgt ist. Damit kann auch noch in den Genuß einer unbefristeten Befreiung gelang-

gen, wer in diesem Jahr erstmals mit der Ausbildung beginnt.

Devisenoptionen

Frankfurt (cd) - Die Commerzbank bietet jetzt ebenso wie andere Banken Devisenoptionen an. Die Kursicherung von Außenhandels- und Kapitaltransaktionen an, und zwar zunächst nur Dollar gegen DM. Die Mindestbeträge für je Kontrakt betragen 50 000 US-Dollar, die Optionsprämie liegt - wie die Commerzbank mitteilt - derzeit bei etwa einem Prozent pro Monat. Mit Devisenoptionen erwirbt der Käufer einer Option das Recht, innerhalb eines bestimmten Zeitraums Devisen zu einem festesten Kurs zu kaufen oder zu verkaufen; gegenüber dem traditionellen Termingeschäft bieten Devisenoptionen die Möglichkeit spekulativer Gewinne.

Weiterhin Stillschweigen

Duisburg (dpa/VWD) - Die Klöckner-Werke AG, Duisburg, und die Krupp Stahl AG, Bochum, haben gestern - im Vorfeld anstehender Aufsichtsratssitzungen - ihre Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten und die Betriebsräte über weitere Einzelheiten der beabsichtigten Fusion der Stahlbereiche beider Unternehmen unterrichtet. Dabei sollen auch 3000 Arbeitsplätze eingespart werden. Offiziell wird über die Stilllegungsmaßnahmen noch geschwiegen.

Kredit für die „DDR“

Frankfurt (VWD) - Das Mandat für die Syndizierung eines sechsjährigen Euro-Kredits über 150 Mill. Dollar hat die Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg von der „DDR“-Außenhandelsbank erhalten, bestätigte das Institut. Wie aus informellen Kreisen dazu verlautete, soll das Syndikat auf eine sehr breite Basis gestellt werden: man habe bereits begonnen, mit potentiellen Zeichnern zu verhandeln. Der Kredit sei nicht zweckgebunden und habe auch keinerlei politischen Hintergrund. Der Kredit sei mit einem variablen Zinssatz ausgestattet, der über Libor liegen werde und im sechsmonatigen Rhythmus angepaßt werden soll.

KWG-NOVELLE

Kompromiß macht Weg für Abschlußberatungen frei

DW, Bonn

Nach einem Koalitionsgespräch zwischen Regierungspolitikern und dem Bundesfinanzminister, bei dem Stoltenberg weitgehend seine Pläne durchgesetzt hat, ist jetzt der Weg frei für eine abschließende Beratung der Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG) im Finanzausschuß des Bundestages. Bei der KWG-Novelle geht es im wesentlichen um eine Verschärfung der bankaufsichtlichen Vorschriften für das Verhältnis von Eigenkapital zu Ausleihungen. Der Kompromiß, der von allen Gruppen der Kreditwirtschaft Opfer fordert, sieht folgendes vor:

● In das bankaufsichtliche Konsolidierungsverfahren werden alle Beteiligungen an anderen Kreditinstituten ab 40 Prozent einbezogen; darunter fallen auch die Hypothekenbanken,

deren selbstwirtschaftetes Kapital mitkonsolidiert wird.

● Für die Anpassung der Ausleihungen an das Eigenkapital ist eine Frist von sechs Jahren vorgesehen.

● Als „Bonbon“ sieht der Kompromiß die Aufnahme von Genußscheinkapital vor, das von der Bankenaufsicht bis zur Höhe von 25 Prozent des echt eingezahlten Eigenkapitals bei der Bemessung der Kredithöchstgrenzen als Eigenkapital anerkannt wird.

● Abgelehnt wurde ein Haftungszusatz für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sowie die Einführung nachrangigen Haftkapitals.

● Die Genossenschaftsbanken müssen ihren Haftsummenzuschlag innerhalb von zehn Jahren von 50 auf 25 Prozent zurückführen.

● Die Kreditgrenze wird von 75 auf 50 Prozent gesenkt.

KÜSTENLÄNDER / Kammern fordern eine Neuorientierung der Produktionspalette

„Aufgabe der Unternehmen selbst“

HANS-J. MARINKE, Bonn

Die Struktur- und Standortprobleme in Norddeutschland verlangen nach einer Neuorientierung der Produktions- und Dienstleistungspalette sowie nach einer intensiveren Erschließung neuer Absatzmärkte. Dieses ist, so die 13 Industrie- und Handelskammern der vier Küstenländer in einem gemeinsamen Appell für eine „richtige Politik für den Norden von morgen“, im wesentlichen eine Aufgabe der Unternehmen selber.

„Denn eine leistungsfähige, kreative und risikobereite Arbeitnehmer- und Unternehmenserschaft ist die Schlüsselkraft zur Bewältigung gegenwärtiger und zu erwartender Strukturprobleme“, heißt es in der Stellungnahme, in der Pauschalurteile über ein angebliches Süd-Nord-Gefälle zurückgewiesen werden. Planende Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftsförderung und der Selbstverwaltungsorgane gehörten aller-

dings ebenso dazu wie die angemessene Berücksichtigung umwelt- und sozialpolitischer Belange.

„Innovieren - qualifizieren - exportieren“, mit diesen Schlagworten umschreiben die Kammern jene Bereiche, in denen die Unternehmen ihre Anstrengungen steigern sollten. Dabei wird unter „Innovieren“ die stärkere Erschließung der als zukunftsreich und umweltfreundlich angesehenen Wachstumsfelder wie der Informations-, der Umwelt-, der Bio-, der Energie-, der Werkstoff-, der Meß- und Regeltechnik sowie der Optik verstanden.

Unter dem Stichwort „Qualifizieren“ empfehlen die Kammern, die Kenntnisse und Fertigkeiten aller in der Wirtschaft Tätigen an neuere Entwicklungen durch Fort- und Weiterbildung künftig noch mehr anzupassen. Schließlich verlange eine wachstumsorientierte Unternehmensstrategie eine stärkere Konzentration auf

Produkte und Leistungen, die eine hohe regionale Wertschöpfung und Verkaufsfähigkeit im Ausland versprechen.

Gleichzeitig wollen die Kammern ihren Service für die Firmen verbessern. Sie kündigen eine verstärkte Unterstützung innovativer Existenzgründungen ebenso an wie die Begleitung von Pilotprojekten, zum Beispiel für neue Kommunikationstechniken, wie die Mitwirkung an einem norddeutschen Satelliten-Kommunikationszentrum. Eine gemeinsame Konzentration auf eine zukunftsorientierte Verbesserung der Standortbedingungen in den vier Küstenländern ist nach Ansicht der 13 Kammern wichtiger als ein subventionierter Bestandsschutz und die unveränderte Aufrechterhaltung sozialer Besitzstände. „Nur gemeinsame Anstrengungen werden dem gemeinsamen Anliegen, den Norden zu stärken, zum Erfolg verhelfen.“

Anzeige

„Qualität und Geschmack haben Harveys Bristol Cream weltweit zum Sherry Nr. 1 gemacht.“



ASSEKURANZ / Aufsichtssystem hat sich bewährt

Kritik an EG-Kommission

HARALD POSNY, Berlin
Gegen die neue Doppelstrategie der EG-Kommission zur Einführung der Dienstleistungsfreiheit hat sich der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ausgesprochen. Auf der Mitgliederversammlung in Berlin sagte GDV-Präsident Georg Buchner, die Kommission verfolge zwar weiter eine vernünftige Verhandlungslösung, setze zugleich aber alles daran, durch zwei Klagen gegen die Bundesrepublik und andere Mitgliedsstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof die Dienstleistungsfreiheit „Auf Biegen und Brechen“ herbeizuzwingen.

Hintergrund: Eine der Klagen richtet sich gegen die, daß nach deutschem Aufstellungsgesetz Ausländer in der Bundesrepublik nur Versicherungsgeschäfte betreiben dürfen, wenn sie hier auch zugelassen sind. Nach EG-Ansicht werden sie aber bereits in den Sitzländern beaufschlagt.

Die deutschen Versicherer vermögen nicht einzusehen, daß das bewährte System der materiellen (Produkt- und Bedingungs-) Aufsicht zugunsten einer bloßen Solvenzaufsicht als kleinstmögliche gemeinsame Nenner geopfert werden soll, wie er im angelsächsischen Bereich gang und gäbe ist. Damit würde, so Buchner, nicht nur der Wettbewerb erheblich ver-

zerrt, sondern auch der Verbraucherschutz ausgehöhlt.

Buchner wandte sich gegen den Vorwurf, der deutsche Markt solle generell gegen Wettbewerb abgeschotet werden. Schließlich seien 60 der 405 GDV-Mitglieder Niederlassungen ausländischer Versicherer; die Prämiensätze in der Industrie-Feuerversicherung seien in der Bundesrepublik die niedrigsten in Europa, man habe aber auch die höchsten Verluste.

Die Position der deutschen Assekuranz ist: Mindestens an Transparenz auf der Angebotsseite, staatlich verordnete Haftpflichtversicherungen (Auto-, Jagd- und Kernenergie-Haftpflichtversicherung) sollen vorerst ausgenommen bleiben; für industrielles Geschäft kann die Dienstleistungsfreiheit eingeführt werden, für das Breitengeschäft des privaten Kleingewerbes und freiberuflichen Bedarfs jedoch erst nach Harmonisierung der EG-Aufsichtsrechte.

Angesichts der latenten Finanzierungs- und Versorgungsmängel im sozialen Sicherungssystem trotz steigenden Aufwands seitens der privaten Haushalte setzen die Versicherer nach den Worten Buchners auf eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Sozial- und Individualversicherung.

OECD / Dollar-Hausse belebt Europas Reiseverkehr

Tourismus bleibt im Aufwind

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die gegen Ende 1983 nach drei Jahren der Stagnation in Gang gekommene Wiederbelebung des internationalen Reiseverkehrs hat sich in diesem Jahr fortgesetzt, stellt der Tourismusausschuß der OECD fest. Dieser Tendenzumschwung dürfte sich bei weiter anhaltendem Wirtschaftswachstum eher noch verstärken. Er würde aber nicht mehr so stark von den amerikanischen Touristen getragen werden, falls sich der Dollar-Kurs abschwächt.

Von der Dollar-Hausse profitierten touristisch vor allem Frankreich, Spanien, Österreich, die Bundesrepublik, Anzelsa

DekaDespa-Info Nr. 4
Mit DekaRent
sichern Sie sich die hohen US-Renditen.
Und die Chance auf Kursgewinne bei weiter sinkenden US-Zinsen.
Mehr über DekaRent erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.
SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage.
Deka Despa

die skandinavischen Länder sowie die Türkei, weniger dagegen Italien. Stärker bereit sind auch die Briten, während die Deutschen – jedenfalls 1983 – ihre Auslandsaufenthalte wesentlich verkürzten. Die Franzosen sind wegen der (tinzweisen aufgehobenen) Devisenbeschränkungen eher zu Hause geblieben.

Die OECD-Staaten zusammengekommen registrierten an ihren Grenzüberläufen 1983 die gleiche Zahl ausländischer Touristen wie 1982. Die Zahl ihrer Übernachtungen erhöhte sich aber um 1 Prozent und ihre Deviseneinnahmen aus dem internationalen Tourismus nahmen in nationaler Währung gerechnet inflationsbereinigt um 4 Prozent zu. Auf US-Dollar umgerechnet verblieb für die OECD-Zone bei 67,5 Mrd. Einnahmen und 68,4 Mrd. Ausgaben ein Defizit von 900 Mill. 1981 waren es noch minus 2,2 Mrd. Dollar.

Darin kommt eine zunehmende Präferenz für Reisen in andere OECD-Länder und ein verstärkter touristischer Zustrom aus Drittländern zum Ausdruck. Dabei konnte Westeuropa seinen Aktivsaldo von 4,5 Mrd. Dollar 1981 auf 7,2 Mrd. Dollar 1983 verbessern, während sich das Defizit Nordamerikas gleichzeitig von 0,1 auf 4,1 Mrd. Dollar vergrößerte. Es erreichte damit das Pazifik-Zone (Japan, Australien, Neuseeland).

Das größte Defizitland blieb die Bundesrepublik. Obwohl die Devisenausgaben deutscher Touristen um 7,4 Prozent zurückgingen, wiesen die Einnahmen noch eine Lücke von 9,57 (10,84) Mrd. Dollar aus.

ÖSTERREICH / Finanzierung des Kongreßzentrums

Vertrag mit Arabern perfekt

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien
Endgültig fixiert ist nun der Vertrag zwischen der Republik Österreich und einer Gruppe arabischer Kapitalgeber über die Finanzierung des neuen Kongreßzentrums in der Wiener UNO-City. Zuvor war es im Bundesrat zu einem Eklat gekommen: Die konservative Mehrheit verweigerte dem von der sozial-liberalen Koalition beschlossenen Gesetz im Parlament die Zustimmung, weil nach wie vor ungeklärt war, inwieweit die arabischen Partner auch bei der Kongreßgestaltung ein Mitspracherecht hätten.

Der Vertrag darüber hatte der inzwischen abgelöste Finanzminister Herbert Salcher noch im Juni mit den Partnern aus Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten namens der Republik unterzeichnet, ohne indes das Mitspracherecht der Araber bei der Kongreßgestaltung zu klären.
Der neue Finanzminister Franz

Vranitzky versucht nun seit Wochen, mit den Arabern eine Einigung herbeizuführen. Ein einseitiges Aussteigen aus dem Vertrag war ohne einen Imageverlust Österreichs nicht mehr möglich. Initiator war noch Altkanzler Bruno Kreisky, dessen politischen Willen Salcher ausführt, obwohl auch österreichische Banken zu den eingeräumten steuerbegünstigten Konditionen finanziert hätten.

Finanzminister Vranitzky konnte nun die Affäre insofern entschärfen, als dem Vertrag jetzt ein Annex hinzugefügt wird, demzufolge zwar Geschäftsführung und Aufsichtsrat einer neu zu gründenden Gesellschaft paritätisch mit Arabern und Österreichern besetzt sind, dem österreichischen Aufsichtsratsvorsitzenden aber die letzte Entscheidung vorbehalten bleibt. An dem 3,5 Milliarden Schilling teuren Kongreßzentrum werden die Republik Österreich und die arabischen Finanziers mit je 50 Prozent beteiligt sein.

USA - UDSSR / Der sowjetische Markt bietet für Amerikaner wenig Exportchancen

Seit langem wieder Handelsgespräche

H.A. SIEBERT, Washington
Zum ersten Mal seit Dezember 1978 sprechen die USA und die Sowjetunion wieder über den gegenseitigen Gütertausch. Wie das US-Handelsministerium bestätigte, reist eine amerikanische Delegation unter Leitung des Staatssekretärs Lionel Olmer im Januar nach Moskau, wo der wiederbelebte Gemeinsame Wirtschaftsausschuß beider Länder zusammentritt. Olmers Gegenpart ist der stellvertretende Außenhandelsminister Aleksei Manzhulov.

Amerikas Mitarbeit in dem Kooperationsgremium war von der Carter-Administration nach dem russischen Einmarsch in Afghanistan eingestellt worden. Im vergangenen Sommer hat Präsident Reagan den Vertrag als Geste des guten Willens für zehn Jahre erneuert, und zwar mit dem ebenfalls blockierten Kulturabkommen. Erst vor zwei Wochen erklärte US-Außenminister George Shultz in einer Rede in Los Angeles, der Weg für eine Verbesserung der Beziehungen mit der UdSSR sei „weit offen“.

Zur Sprache bringen will Olmer, der für internationale Handelsfragen zuständig ist, in Moskau, verschiedene Aspekte des amerikanisch-sowjetischen Handelsverhältnisses, was hoffentlich zu besseren Kontakten und einem verstärkten Austausch kommerzieller Informationen führt. Was er nicht erwartet, ist eine steile Zunahme des beiderseitigen Warenverkehrs, „obwohl mit positiven Auswirkungen unseres Treffens zu rechnen ist“.

Die knappe offizielle Ankündigung des Staatssekretärs spiegelt nicht nur die jahrelange Eiszeit zwischen beiden Staaten wider, sondern berücksichtigt auch die bisherigen Erfahrungen im Handelsbereich. So hat sich der von Richard Nixon 1972 an der Moskwa unterzeichnete Handelsvertrag als sehr kurzlebig erwiesen. Der Krenl erklärte ihn für nichtig, als der Kongreß im Handelsgesetz von 1974 mit dem Jackson-Vanik-Zusatz die Ausweitung des Güterausstausches an die freie Ausreise für jüdische Sowjetbürger knüpfte.

Der amerikanisch-russische Handel hat sich danach nur gebremst entwickelt. In 1979, dem bisher besten Jahr, erreichte das Volumen 4,48 Mrd. Dollar. Die US-Exporte schlugen mit 3,6 Mrd. Dollar zu Buch, wovon jedoch 2,9 Mrd. Dollar auf Agrarlieferungen entfielen. Aus der UdSSR bezog Amerika auch damals nur Waren für 873 Mill. Dollar. 1980 sackten die US-Ausfuhren nach dem Getreideembargo auf 1,5 Mrd., die sowjetischen auf 431 Mill. Dollar.

Die Aufhebung des Teilboikotts für Getreide durch Präsident Reagan im Frühjahr 1981 hat die Hoffnungen ebenfalls nicht erfüllt: Im selben Jahr erhöhten sich die US-Exporte nur auf 3,3 Mrd. Dollar, wobei der Agraranteil 71 Prozent betrug. Die russischen Lieferungen stagnierten bei 357 Mill. Dollar. 1983 sanken die amerikanischen Ausfuhren sogar auf zwei Mrd. (Agraranteil: 73 Prozent) und die sowjetischen auf 341 Mill. Dollar. Für dieses Jahr sagt das Ministerium US-Exporte von 2,5 Mrd. Dollar mit

gleichbleibendem Agraranteil sowie Moskauer Lieferungen in Höhe von etwa 375 Mill. Dollar voraus.

Olmer, der zu den Architekten des vom Kongreß nicht verabschiedeten modifizierten US-Ausfuhrkontrollgesetzes gehört, schätzt das Potential des sowjetischen Marktes für amerikanische Erzeugnisse, von Getreide abgesehen, nicht hoch ein. Das hängt mit den verschärften Lieferperren für Spitzentechnologien zusammen, die für den Krenl einen strategischen Wert haben. Unwahrscheinlich ist es, daß die strengen Vorschriften in der Reagan-Ära wieder gelockert werden. Im Januar steht die Mikroelektronik auch nicht auf der Agenda.

Das gilt ebenso für hochentwickelte Bohr- und Explorationsausrüstungen, die Moskau zur Hebung der Ölschätze in Ostsibirien erwerben möchte. Sie unterliegen weiterhin den Sanktionen, die Washington im Zusammenhang mit Afghanistan und Polen verfügt hat. Gegen eine Aufweichung wehrt sich vor allem das US-Verteidigungsministerium, und zwar mit dem Hinweis, Ölexporte verschaffen den Russen harte Devisen, die anderswo für den Ankauf militärischen Materials verwendet werden könnten. Seismische Technologien eigneten sich für die U-Boot-Abwehr.

Durch die scharfe Kontrolle des Technologietransfers verzichten die USA mithin auf Exporteinnahmen in Milliardenhöhe. Dennoch besteht laut Olmer Raum für eine Ausweitung der US-Ausfuhren außerhalb des strategischen Bereichs.

YMOS / Arbeitskämpfe beeinflussen den Ertrag

Expansionsfreude bleibt

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Die Arbeitskämpfe der ersten Jahreshälfte haben der Ymos AG, Oberhausen, einen Strich durch die Ertragsplanung für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) gemacht. Ein Umsatzsoll von 40 Mill. DM sorgte dafür, daß der Jahresüberschuß statt der avisierten 8,5 Mill. DM nur noch 4,5 Mill. DM erreichte. Beeinträchtigt wird das Ertragsbild allerdings auch durch den Aufwand von gut 3 Mill. DM für den Gang an die Börse.

Streikspuren zeigt auch das DVFA-Ergebnis je Aktie. Mit 7 DM blieb es um 5,50 DM unter dem Planziel. Im neuen Geschäftsjahr erwartet Vorstandschef Thomas Becker aber eine wesentliche Ertragsverbesserung. Sie soll aus mehreren Einflüssen resultieren. Zum einen werden die Sonderbelastungen des vergangenen Jahres nicht wieder anfallen. Zum zweiten hat die bessere Eigenkapitalausstattung im Gefolge der Aktienausgabe – die Eigenkapitalquote liegt jetzt bei 32 Prozent – sich in einer geringeren Zinsbelastung niedergeschlagen.

Wichtigster Faktor soll aber die Umsatzentwicklung sein. „Mindestens 500 Mill. DM“, die eine Zuwachsrate von mindestens 14 Prozent

bedeuten würden, sind angepeilt. Gute Auftragspolster, die schon die volle Auslastung für den Rest des Jahres gewährleisten, und zusätzlicher Schub durch die Einführung neuer Produkte im zweiten Halbjahr deuten darauf hin, daß es gelingen wird, die Ausfälle des Vorjahres aufzuholen.

Ganz so schlecht, wie es der Vorstand sieht, liegt allerdings auch 1983/84 die Entwicklung nicht aus. Für einen Automobilzulieferer – 88 Prozent des Geschäfts entfallen auf diesen Bereich – war ein Zuwachs um 9,5 Prozent auf 437 (399) Mill. DM doch recht ansehnlich. Der Expansionsfreude des Vorstands genügt es indes nicht. Sie fand aber in den Investitionen von 70 (53) Mill. DM ihren Ausdruck, die bei Abschreibung von 41 (39) Mill. DM fast vollständig aus Eigenmitteln bestritten wurden. Auch im neuen Geschäftsjahr soll das Investitionsvolumen 60 Mill. DM überschreiten.

Trotz der höheren Belastungen aus dem neuen Tarifvertrag hat sich die expansive Stimmung auch in der Personalpolitik niedergeschlagen: Mit 5280 Mitarbeitern beschäftigte Ymos am 31. Oktober 5 Prozent mehr als vor Jahresfrist.

SEL: Brückenschlag nach Frankreich

nl. Stuttgart

Keine der sich abzeichnenden Technologien in der Kommunikation wird die heute üblichen Formen der Büro-Kommunikation schlagartig ersetzen können. Da neue Medien immer nur teilweise die bestehenden Formen ergänzen und ersetzen, wird es zu einer Evolution in der Büroarbeit kommen. Zu diesem Fazit gelangen die Wirtschaftswissenschaftler Arnold Picot und Ralf Reichwald, die für die Realisierung des Forschungsprojekts Büro-Kommunikation mit dem „Forschungspreis Technische Kommunikation 1984“ der SEL-Stiftung der mit 25 000 DM dotiert ist, ausgezeichnet worden sind. Sie räumen mit der Vorstellung auf, daß die Computerisierung jede Menge Heim-arbeitsplätze entstehen lasse. Ihr Anteil an den Büroarbeitsplätzen werde allenfalls 1 bis 2 Prozent betragen.

Gerhard Zeidler, Vorsitzender des Stiftungsrates und SEL-Vorstandsmittglied, teilte mit, daß der Preis ab 1985 auch in Frankreich ausgeschrieben werde. Er begrüßte es, daß auf dem Gebiete der Kommunikationsforschung und Technologie sich in den letzten Jahren „endlich gute Ansätze für eine dringend notwendige europäische Zusammenarbeit abzuzeichnen beginnen“.

SOWJETUNION / Wissenschaftler beschreiben Energiesysteme und Entwicklung

Regierung setzt auf Kernkraftwerke

HEINZ HECK, Darmstadt
Nein, bedauerte der Redner auf eine Frage, die genauen Grenzwerte im Umweltschutz seien ihm nicht bekannt, aber sie entsprächen in etwa denen im Westen. Wenn sowjetische Wissenschaftler und Technokraten westlichen Beobachtern einen Blick hinter den Eisernen Vorhang gestatten, kommt die politische Rücksichtnahme nie zu kurz. So auch beim 10. Workshop „Energie“ der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) in Darmstadt. Zwei sowjetische Wissenschaftler berichteten über Energiesysteme und Entwicklungsplanung. Doch Angaben über die sicheren Ökoreserven des Landes waren ebenso wenig zu erhalten wie die zulässigen Grenzwerte für Schadstoffemissionen in Kohlekraftwerken.

Nach diesen Erfahrungen im Frage- und Antwortspiel bescheiden geworden, gab es ein paar interessante Einblicke in die langfristige Energieplanung und -versorgung der Sowjet-

union. Im europäischen Teil des riesigen Reiches setzt die Regierung ganz auf Kernenergie, da es an Energierohstoffen fehle. Im Osten dagegen werden Kohle-, Gas- und Wasserkraftwerke gebaut, erklärte Prof. Rudenko. In dem 1985 anlaufenden neuen Fünfjahresplan ist vorgesehen, daß bis zum Ende des Jahrzehnts – also 15 Jahre lang – jährlich mindestens zehn bis zwölf Kraftwerke zu je etwa 1000 MW gebaut werden sollen. Davon entfallen 40 bis 50 Prozent auf Kernenergie, etwa 30 Prozent auf Wasserkraftwerke (Kohle und Gas) und zehn bis 20 Prozent auf Wasser.

Auf lange Sicht (etwa 40 Jahre) ist der Übergang allein auf Kernenergie und Kohle geplant. Gas soll in der Zwischenzeit nur als „Puffer“ dienen. Das läßt auf erhebliche Umstellungen schließen. Denn gegenwärtig entfallen knapp drei Viertel der in der Sowjetunion installierten Kapazität von rund 285 000 MW auf Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen (36 Prozent werden mit Kohle, 33 Prozent mit Öl

und 31 Prozent mit Gas befeuert). Kernenergie hat heute einen Anteil von rund sechs Prozent. Das sind 14 700 MW. Die restlichen 20 Prozent sind Wasserkraftwerke.

Eine zentrale Rolle in der Planung spielt der weitere Ausbau des Verbundnetzes, das heute (1984) bereits rund 90 Prozent der erzeugten Elektrizität erfaßt. Die Vorzüge des Verbundnetzes kommen in dem großen Land mit mehreren Zeitzonen – und damit zeitlicher Verteilung der Spitzenlast – erhöht zur Geltung.

Prof. Demitichan räumte ein, daß in der langfristigen Energieplanung der Sowjetunion nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Faktoren eine große Rolle spielen. Die Ölförderung soll etwa auf dem heutigen Stand eingefroren werden. Von besonderer Bedeutung seien die Transportprobleme. „Die wichtigsten Rohstoffvorkommen befinden sich im Osten des Landes, während die Industrieproduktion vorzugsweise im Westen angesiedelt ist“.

WELTBÖRSEN / Wahlsieg Reagans vorweggenommen

New York deutlich schwächer

New York (VWD) – Auf breiter Front schwächer schlossen nach der US-Präsidentenwahl die Aktienkurse in New York. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte verlor am Mittwoch 10,93 Punkte und schloß bei 1233,22 (Vorwoche 1216,43). An den beiden Tagen zuvor war der Dow Jones um 27,50 Punkte auf den höchsten Stand der letzten neun Monate geklettert. Gerüchte, wonach US-Notenbankchef Paul Volcker zurücktreten wolle, hatten zu den deutlichen Kursverlusten ge-

Wohin tendieren die Weltbörsen?
Unter diesem Motto gibt die WFT jede Woche jeweils in der Frühglossie einen Überblick über den Kursstand an den wichtigsten internationalen Börsen.

führt. Die Börse hatte den Wahlsieg von Präsident Reagan bereits vorweggenommen und reagierte mit Enttäuschung darauf, daß die Republikaner im Repräsentantenhaus nicht mehr Sitze erzielen konnten. Mehrere US-Großbanken haben ihre Prime auf 11 1/2 (12,0) Prozent zurückgenommen, ohne daß dieser Schritt der Börse Impulse gegeben hätte.

Tokio (dt) – Die Kurse in Tokio waren am Donnerstag im Wochenverlauf knapp behauptet. Der Dow-Jones-Index sank gegenüber letztem Donnerstag 2,7 Punkte auf 11 166,8. Die Tagesumsätze lagen zwischen 360 und 450 Millionen Aktien. Anzählige Gewinne gingen wegen der hohen ausstehenden Beträge aus Kreditkäufen und Sorgen über einen

möglichen Handelskonflikt mit den USA nach den amerikanischen Wahlen wieder verloren.

London (fu) – „Lustlos wie selten“ – so läßt sich die Stimmung an der Londoner Aktienbörse während der abgelaufenen Woche am besten beschreiben. Nachdem noch in der Woche zuvor beachtliches Kaufinteresse vorherrschte, und der Financial Times-Index für 30 führende Industriewerte am letzten Freitag zum ersten Mal seit dem Frühjahr über die 900-Punkte-Marke auf 907,6 Punkte kletterte, setzte am Montag nach Angaben von Börsenhändlern „völlige Lethargie“ ein. Weder der Dollar-Rutsch noch die Zinsenlockung der Großbanken um ein halbes auf zehn Prozent ließen Kaufstimmung aufkommen.

Paris (J. Sch.) – Die Pariser Börse hat auf den überrasgenden Wahlsieg von Präsident Reagan gelassen reagiert. Zwar erwartet man jetzt eine weitere Entspannung der amerikanischen Zinssätze. Die dadurch herbeigeführte Dollar-Baisse dürfte aber vor allem der D-Mark als zweitwichtigster Reservewährung zugute kommen. Dies könnte zu einer neuen Franc-Schwäche im Europäischen Währungssystem (EWS) führen, der die Banque de France mit zinspolitischen Maßnahmen entgegensteuern müßte. Bereits in den letzten Tagen hat sie ihren Interventionskurs am Geldmarkt zweimal leicht auf zuletzt 11 3/4 Prozent erhöht. Damit sind die von der Wirtschaft gehegten Hoffnungen auf eine weitere Kreditverbilligung zunächst einmal zunichte gemacht.

DHB / Kreditzusagen für Umschuldung nehmen zu

Höhere Wertberichtigungen

dos. Hannover
Bei der Deutschen Hypothekbank (Actien-Gesellschaft), Hannover, hat sich die im späten Frühjahr einsetzende Belebung des Hypothekengeschäfts weiter verstärkt. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, wurde das Neugeschäft der beiden vorangegangenen Quartale im dritten Vierteljahr mit einem Zusagevolumen von 130 Mill. DM deutlich übertroffen.

Dabei standen geringeren Krediten zur Finanzierung von Wohnungsneubauten höhere Zusagen zur Umschuldungsförderung und für die Errichtung gewerblicher Objekte gegenüber. Angepaßt wurden die Bedingungen für Hypothekendarlehen in Höhe von fast 270 Mill. DM. Im Zuge höherer Darlehensstilgungen kam es zu einem leichten Rückgang des Darlehensbestands gegenüber Ende 1983.

In den ersten neun Monaten 1984 verzeichnete die DHB Darlehenszu-

gen von 259 (730) Mill. DM. Davon entfielen 297 (318) Mill. DM auf Hypothekendarlehen und 562 (412) Mill. DM auf Kommunaldarlehen. Die Auszahlungen erhöhten sich im Berichtszeitraum auf 733 (670) Mill. DM. Der gesamte Darlehensbestand nahm bis Ende September um 157 Mill. DM auf 7,91 Mrd. DM zu. Die Bilanzsumme stieg auf 8,224 (8,087) Mill. DM.

Gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit ergab sich ein um 10,1 Mill. DM auf 43,8 Mill. DM gesteigerter Zinsüberschuß. Gleichzeitig verringerte sich jedoch das Ergebnis aus Einmalträgen und -aufwendungen, so daß sich der erweiterte Zinsüberschuß nur um 1,5 Mill. DM auf 41,7 Mill. DM erhöhte. Der DHB-Vorstand rechnet für das gesamte Jahr mit einem zufriedenstellenden Ergebnis, wenngleich die verschlechterte Lage auf dem Grundstücksmarkt einen höheren Wertberichtigungsbedarf erwarten läßt.

ENERGIE / Professor Bischoff: Club of Rome irrt

Kein Mangel an Rohstoffen

HANS BAUMANN, Bremen
Schluß mit der Industriefeindlichkeit, höhere Industrieproduktion und stärkere Anwendung der Technik, das forderte Prof. Gerhard Bischoff, Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, auf der Norddeutschen Fachtagung '84 der Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung (HEA) in Bremen. Nur so könne die Gefahr für den Frieden gebannt werden, die im Wachstum der Menschheit von heute 5 auf gut 10 Milliarden im Jahre 2020 liege.

Für den Geo-Wissenschaftler stelle sich die Frage, ob eigentlich genügend Rohstoffe und hinreichend Energie auf der Erde vorhanden seien, um eine so große Zahl von Menschen zu versorgen und ihnen mehr Wohlstand zukommen zu lassen. Bischoff erinnert daran, daß im ersten Bericht des Club of Rome 1972 davon gesprochen worden sei, daß bereits im Jahr 2000 der Vorrat an wichtigen technischen Metallen erschöpft sein werde. „Heute wissen wir, daß nichts von dem Realität zu werden droht“, sagte Bischoff.

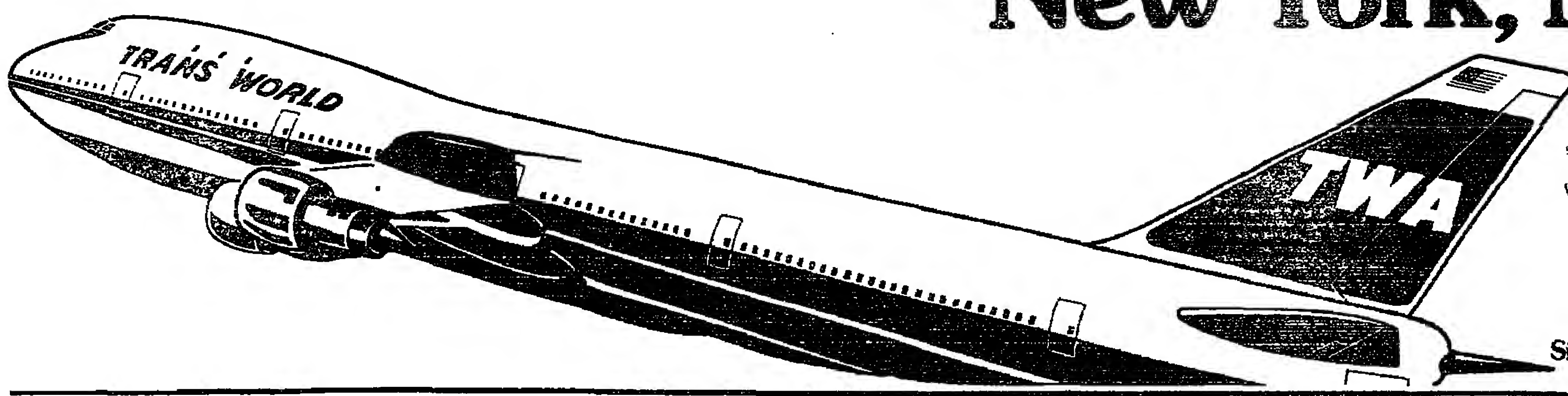
In den vergangenen zehn Jahren wurden nach seiner Auskunft zweibis siebenundzwanzigmal mehr neue Reserven nachgewiesen, als im gleichen Zeitraum verbraucht wurden.

Die Ursache für solche Fehlprognosen liegt nach Bischoff darin, daß sie ausschließlich auf den nachgewiesenen Reserven basieren. „Solche Reserven, die wir aus wissenschaftlichen Gründen annehmen, die aber noch nicht aufgetaucht sind, bleiben außer acht“, sagte er. Gerade diese Reserven seien aber bis zu hundert Mal größer als die nachgewiesenen. Es gäbe demnach keinen Anlaß zu Ressourcenpessimismus.

Eine Prognos-Studie, die das Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegeben habe und die jetzt vorliegt, kommt nach Auskunft von Hans-Wilhelm Schiffer vom Bundesministerium für Wirtschaft zu dem Ergebnis, daß der Energieverbrauch der Bundesrepublik im Jahr 2000 mit rund 370 Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten dem von heute entspreche.

Andere unabhängige Institute und Energieunternehmen kämen zwar zu einem etwas höheren Verbrauch, alle Schätzungen stimmten aber darin überein, daß die Kräfte des Marktes die gewünschte Änderung der Energieversorgungsstruktur herbeiführen werden. Auch unter Umweltaspekten werde die Bundesregierung in Zukunft grundsätzlich an einer marktwirtschaftlichen Steuerung der Energieversorgung festhalten.

New York, New York.



TWA startet täglich um 10.50 Uhr von Frankfurt nach New York. Mit viel Komfort und Bequemlichkeit in der 747 Ambassador Class. Dank der 6er Reihen kann jeder seinen ganz persönlichen Freiraum ausgedehnt genießen. Und in New York sorgen unsere eigenen Terminals für beste Verbindungen nach über 60 Städten in den Staaten. Fragen Sie Ihr Reisebüro.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen.



BMW / Produktion und Absatz über Vorjahreswerten

Erfolgreiche Aufholjagd

DANKWARD SEITZ, München
Schneller als erwartet sind bei der BMW AG. München, offenbar die Kunden des Metallstreiks verheilt, der Mitte Mai zu einer fast zweimonatigen Produktionsstilllegung gezwungen hatte. Während sich die Hoffnungen Anfang August nur darauf richteten, die Einbußen bis zum Jahresende wettmachen zu können, beurteilt BMW nun das Geschäftsjahr wesentlich zuversichtlicher.

Der Verlauf der ersten neun Monate und die für das vierte Quartal überschaubare Entwicklung lassen jetzt erwarten, wie es im Aktionärsbrief heißt, daß Produktion, Absatz und Umsatz die Vorjahreswerte nicht nur einstellen, sondern sogar überschreiten werden. Ebenso zufriedenstellend werde sich das Ergebnis entwickeln. Einschränkung wird jetzt nur noch betont, daß die bis Mai erzielten Steigerungsraten und die damals für das Gesamtjahr gesteckten Ziele jedoch nicht erreicht werden können.

Das Tempo der Aufholjagd verdeutlicht am besten die Umsatzentwicklung in der AG. Während bis Mitte Mai hier noch ein Plus von 26 Prozent erreicht wurde, sank dieser Wert bis Ende Juni auf bescheidene 3,1 Prozent. Doch schon für Ende Sep-

tember kann wieder ein Plus von 13,3 Prozent auf 9,2 Mrd. DM ausgewiesen werden. Dazu steuerten das Inland 3,7 Mrd. DM (plus 13,1 Prozent) und das Ausland 5,5 Mrd. DM (plus 13,4 Prozent) bei. Im Konzern erreichte dagegen das Wachstum 18,0 Prozent auf 11,9 Mrd. DM.

Als besondere Stütze erwies sich für BMW dabei, daß im ursprünglich für Werksferien vorgesehenen Monat August 35 000 Autos zusätzlich gebaut und die Produktion im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr dadurch noch um 5,6 Prozent auf über 312 000 Einheiten gesteigert werden konnten.

Der Absatz verbesserte sich um 5,8 Prozent auf 317 000 Pkw. Ins Ausland gingen davon 195 000 Fahrzeuge (plus 5,9 Prozent). Als herausragend wird dabei das US-Geschäft bewertet. Über 50 000 Autos (plus 16 Prozent) konnten in den USA abgesetzt werden; die Nachfrage sei sogar noch höher gewesen.

Erfreulich verlief für BMW auch das Motorradgeschäft. Bei einem Rückgang des Gesamtmarktes um 20 Prozent stiegen die BMW-Motorradzulassungen im Inland um 20 Prozent bei einem um 19,6 Prozent auf fast 8000 Stück verbesserten Absatz.

PHILIPS / Am Planziel für dieses Jahr wird festgehalten

Ertrag stark verbessert

J. BRECH, Hamburg
Der niederländische Philips-Konzern hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres Umsatz und Ertrag erheblich gesteigert. Nach Angaben des Unternehmens ist der Umsatz nominal um 17 Prozent und real um 10 Prozent ausgeweitet worden. Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 44 Prozent auf 2,6 Mrd. hfl. der Nettogewinn verdoppelte sich auf 811 Mill. hfl. Die Umsatzrendite erreichte 2,2 Prozent.

Angeht die Entwicklung im 3. Quartal hält die Verwaltung an der Prognose fest, daß Philips für das ganze Jahr 1984 einen Umsatz von mehr als 30 Mrd. hfl. erreichen werde. Verfehlt werden dürfte nur das Ziel, die Vorräte um 10 Prozent abzubauen. Sie machen zur Zeit noch immer 30,4 vom Umsatz der letzten zwölf Monate aus.

Die sehr günstige Entwicklung der Märkte für Bauelemente hat zu einem

überdurchschnittlichen Wachstum des Bereichs Industriezulieferungen geführt. Positiv verlief die Umsatzentwicklung außerdem in der Sparte Produkte und Systeme für professionelle Anwendungen. Vor allem bei elektronischen Meß- und Prüfgeräten, bei Bankterminals und medizinischen Systemen wurden hohe Zuwachsraten erzielt. Einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum leisteten ferner die Bereiche Beleuchtung und Batterien.

Unter dem Durchschnitt war dagegen die Umsatzentwicklung bei Hausgeräten und Produkten für die Körperpflege. Diese Märkte, so heißt es, zeigten kaum noch Wachstum. Bei Unterhaltungselektronik habe Philips in erster Linie in den USA Erfolge erzielt. Generell seien infolge des starken Wirtschaftswachstums und des hohen Dollarkurses kräftige Umsatzsteigerungen in Nordamerika erzielt worden.

TOURISTIK UNION / Der Beteiligungsbereich hat das sinkende Betriebsergebnis nahezu ausgeglichen

Führende Marktposition weiter ausgebaut

DOMINIK SCHMIDT, Hannover
Die Touristik Union International (TUI), Hannover, größtes Reiseunternehmen in Europa, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 10.) bei einem leicht gewachsenen Reisemarkt ihre führende Stellung erfolgreich behauptet. Insgesamt 2,239 Millionen Urlauber buchten bei den acht TUI-Veranstaltern Touropa, Scharnow, Transeuropa, Hummel, Dr. Tigges, twentours, hit und airtours im Berichtsjahr eine Reise. TUI-Vorstandssprecher Paul Lepach bezifferte den Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (2,188 Millionen Urlauber) auf 2,3 Prozent. Der Umsatz dagegen erhöhte sich nur geringfügig auf 2,43 (2,40) Mrd. DM und blieb erneut unter dem bisher besten Jahr 1981/82 (2,45 Mrd. DM).

Weiter verstärkt hat sich nach den Worten Lepachs der Trend zum Spätbuchen. Mehr noch als im vergangenen Jahr hätten die Urlauber ihre Reiseentscheidung bis zum letzten Moment aufgeschoben. Ab Juni sei nur noch sehr verhalten gebucht worden. Lepach führt diese Entwicklung nicht zuletzt auf die gestiegene Arbeitslosigkeit und die Tarifauseinan-

dersetzungen in der Druck- und Metallindustrie zurück. Erst im Juli stabilisierten sich die Zahlen wieder und brachten dann in den folgenden Wochen kräftige Steigerungsraten.

Die Veranstalter der TUI, so Lepach, hatten sich auf dieses Buchungverhalten frühzeitig eingestellt. Dieser Mut zum Risiko sei letztlich auch belohnt worden, wenn gleich hohe Anforderungen an die Flexibilität gestellt wurden: 25 Prozent der Kapazität unterlagen flexiblen Maßnahmen.

Trotz aller Schwierigkeiten spricht die TUI von einem „relativ normalen Reisejahr“. Heute gehörten Spätbuchungen und Wechselkursveränderungen zum täglichen Geschäft. Als falsch bezeichnete es Lepach, daß die Pauschalreise an Bedeutung verliere. Vielmehr habe sich ihr Anteil am gesamten Reisemarkt kontinuierlich erhöht und mittlerweile 26,3 Prozent erreicht.

Zur Ertragsentwicklung nennt TUI traditionell keine konkreten Zahlen. Finanzchef Helmut Gohr läßt aber keinen Zweifel daran, daß sich das Betriebsergebnis gegenüber dem au-

ßergewöhnlich guten Vorjahr verschlechtert hat. Neben den geringeren Deckungsbeiträgen aufgrund der angespannten Marktsituation im touristischen Bereich habe sich vor allem die schwache Position der DM gegenüber fast allen ausländischen Währungen negativ ausgewirkt. Nicht so sehr der hohe Dollarkurs sei dabei entscheidend, sondern vielmehr die stabilen Wechselkurse in den für die TUI wichtigen Ländern Spanien, Italien und Griechenland.

Wenn dennoch von einem insgesamt guten Finanzergebnis gesprochen werden kann, so ist dies ganz wesentlich auf die „sehr erfreuliche Entwicklung der TUI-Beteiligungsgesellschaften“ zurückzuführen. Sie steuerten nach den Worten Gohrs 60 (40) Prozent zum Gesamtergebnis bei und konnten das rückläufige Betriebsergebnis nahezu kompensieren. Dem Ausbau des Beteiligungsbereichs komme auch künftig größte Bedeutung zu. TUI verfügt in 70 Objekten über 35 000 eigene Betten.

Zuversichtlich beurteilt der TUI-Vorstand die Aussichten für das Reisejahr 1984/85. Bei dieser Aussage

stützt sich die TUI nicht nur auf die Auswertung der soeben fertiggestellten Reiseabsichtsanalyse '85, sondern mehr noch auf den eigenen Buchungsstand. Anfang November zählten die TUI-Veranstalter gegenüber der gleichen Vorjahreszeit 14,1 Prozent mehr Buchungen für Winterreisen, obwohl die Preise um gut drei Prozent angehoben wurden. Mit ähnlichen Preissteigerungen rechnet Vorstandsmitglied Jürgen Fischer auch für den Sommer 1985. In der Bundesrepublik hält TUI nach eigenen Angaben bei Pauschalreisen einen Anteil von 24 Prozent.

Wichtigster Verkehrsträger der TUI-Veranstalter ist das Flugzeug. Mit 1,476 (1,425) Millionen Fluggästen wuchs dieser Bereich im Berichtsjahr um drei Prozent. Der Programmbe- reich Auto/Ferienwohnungen nahm um 2,4 Prozent auf 511 000 (499 000) Urlauber zu, während der Schienenverkehr um 1,4 Prozent auf 222 000 (226 000) Reisende zurückging. Eine Steigerung um 19,6 Prozent auf 24 400 (20 400) Gäste erzielte das von Transeuropa angebotene Bus-Programm.

LECH-ELEKTRIZITÄTWERKE / Industrie nahm zehn Prozent mehr Strom ab

Die Erwartungen weit übertroffen

DANKWARD SEITZ, Augsburg
Konjunkturelle Zuversicht sollte dokumentiert werden, als man sich bei der zum RWE-Bereich gehörenden Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg, vor Jahresfrist auf eine recht optimistische Wachstumsrate beim Stromabsatz von wieder 4,6 Prozent für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) einstellte. Doch die kühnsten Erwartungen wurden, wie Vorstandsmitglied Franz Karl Drobek jetzt feststellen kann, mit einem Plus von 8,3 Prozent auf fast 7,43 Mrd. kWh übertroffen.

Im Einklang mit der allgemeinen konjunkturellen Belebung erwies sich die Industrie für die Lech-Werke mit plus 9,4 Prozent als „Motor des Stromabsatzes“. Ebenso profitierten davon die Weiterverarbeiter, die 6,3 Prozent mehr Strom abnahmen. Der Verbrauch der Tarifkunden dagegen stieg nur unterdurchschnittlich um 5,9 Prozent. Mit einem Umsatzplus von 13,4 Prozent auf 1,03 Mrd. DM ist es den Lech-Werken auch gelungen,

in die Gruppe der Umsatzmilliarden aufzurücken. In etwa gleichem Verhältnis verbesserte sich der Rohertag auf 330,2 Mill. DM, nachdem er im Vorjahr bei 291 Mill. DM stagnierte.

Damit erreichte auch der Betriebsergebnis wieder das Niveau vergangener Geschäftsjahre, so Vorstandsmitglied Wilfried Wacker, ohne den Gewinn allerdings näher zu beziffern. Im vergangenen Jahr hatte man einen Rückgang um 26 Prozent hinnehmen müssen. Verbessert hat sich ebenfalls der Gewinn je Aktie (nach DVFA) auf 18,57 (16,87 nach 18,95) DM. Investiert wurden von den Lech-Werken 1983/84 rund 145,7 Mill. DM bei Abschreibungen von 107,1 Mill. DM.

Unter dem Strich wird nach einem auf 77,2 (65,6) Mill. DM gestiegenen Steueraufwand ein auf 25,6 (19,6) Mill. DM verbesserter Jahresüberschuss ausgewiesen. Nach Einstellung von 9 (3) Mill. DM in die Rücklagen verbleibt ein unveränderter Bilanzgewinn von 16,7 Mill. DM. Der Haupt-

versammlung am 5. Dezember wird vorgeschlagen, daraus wieder eine Dividende von 7,50 DM je 50-DM-Aktie auf ein Grundkapital von 110,7 Mill. DM auszuschütten.

Mit „Gelassenheit“, so Drobek, sieht man dem Verwaltungsverfahren mit der Bayerischen Kartellbehörde entgegen. Sie hatte im Mai dieses Jahres den Lech-Werken rückwirkend eine Strompreiserhöhung vom 1. Juni 1983 in Höhe von 8,6 Prozent für Sondervertragskunden untersagt. Nach Auffassung der Behörde darf der Strompreis nach dem „Vertikal-Prinzip“ um nicht mehr als 1 Prozent über dem Preis des Vorlieferanten (RWE) liegen.

Für Drobek ist diese Forderung „mehr als verwunderlich“, da die Lechwerke „seit Jahren auch im bundesweiten Vergleich an der untersten Stelle“ der Preisskala rangieren. Man werde alles tun, um „diesen dringlichsten Maßnahmen unter dem Mantel des Kartellrechts entgegenzuwirken“.

MANNESMANN

Not-Heirat bei Edelstahlröhren

J. G. Düsselndorf
Nach jahrelangen Verlusten ihrer einschlägigen Produktparte haben die Mannesmann-Röhrenwerke AG (Mannesmann-Konzern) und die VDM Vereinigte Deutsche Metallwerke AG (Metallgesellschaft-Konzern) beschlossen, die Erzeugung von Röhren aus Edelstahl, Nickel und Sonderwerkstoffen (z. B. Titan) ab Anfang 1985 in der „Mannesmann Edelstahlrohre GmbH“ zu vereinen, an der VDM als Minderheitspartner mit 25 Prozent beteiligt sein wird. Einzige Produktionsstätte der neuen Gesellschaft soll der bisherige Mannesmann-Betrieb in Langenfeld/Rheinland sein.

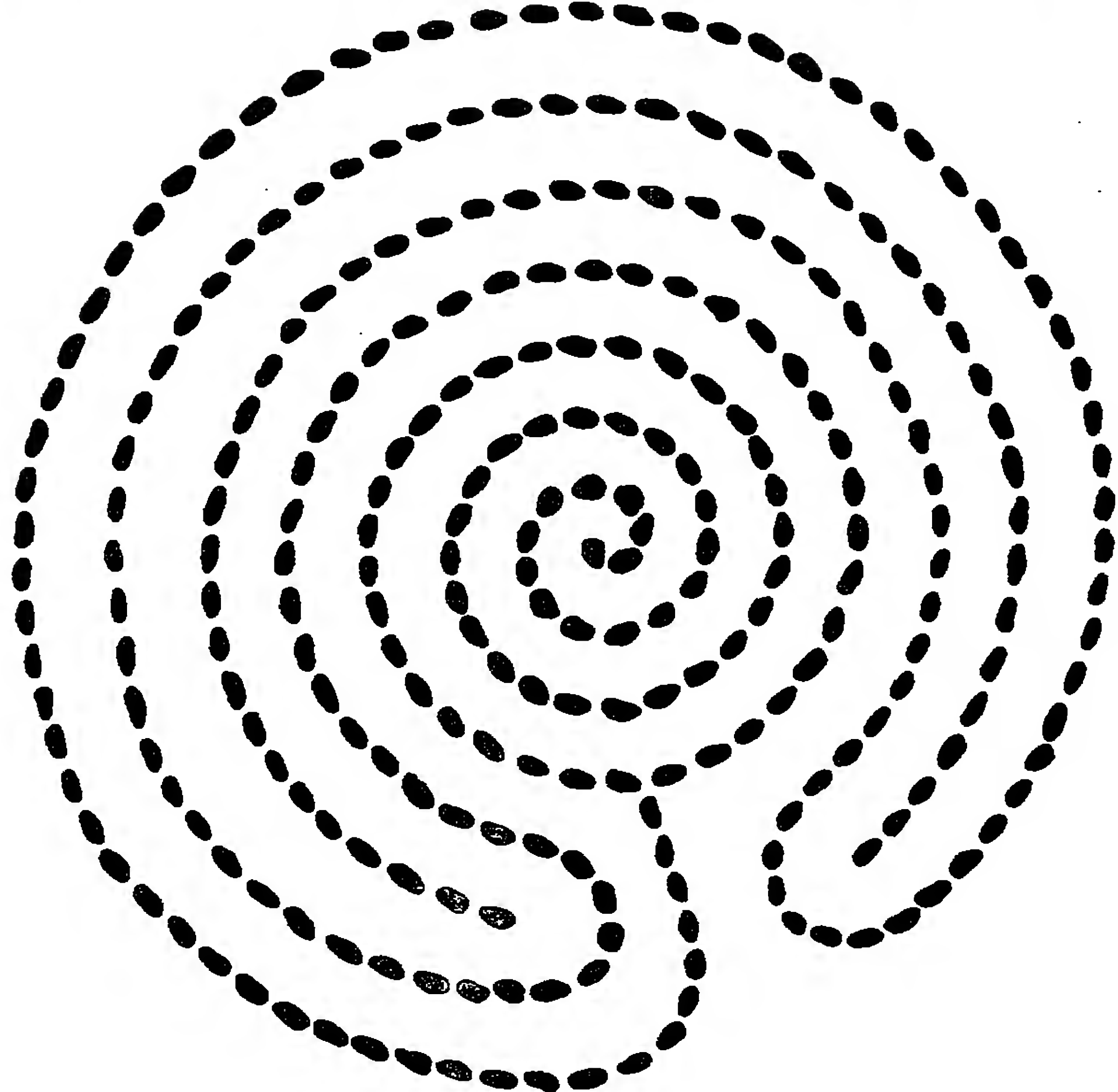
VDM hat bereits im September die Stilllegung ihres Betriebes in Duisburg (600 Beschäftigte) angekündigt. Mannesmann, bisher im Edelstahlrohr-Sektor mit gut 1000 Beschäftigten und zuletzt 300 Mill. DM Umsatz präsent, wird 1985 seinen Betrieb in Hellenthal/Eifel schließen und von den dort wegfallenden 300 Arbeitsplätzen 200 in Langenfeld neu einrichten.

Die Fusion wird damit begründet, daß der Markt für Röhren aus Edelstahl und Sonderwerkstoffen in den letzten Jahren stark geschrumpft sei. Dies habe auch international zur Unterauslastung der Kapazitäten geführt. Ihre bisherigen Vertriebswege wollen die Fusionspartner auch in der neuen Gesellschaft beibehalten. Deren Geschäftsvolumen und Arbeitsplatzzahl werden zwar noch nicht mitgeteilt, dürften aber erheblich kleiner als in der Summe der bisher getrennt operierenden Partner sein. Für Hellenthal kündigt Mannesmann einen Sozialplan an.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Beteiligter: Re-Co Maschinhaus GmbH; Frankfurt/M.; Nachl. d. Harry Reif, Fahrzeughändler; Hannover; Malereibetrieb u. Hausanstrich BEPU GmbH; Herford; Jürgens & Co. Damenoberbekleidung GmbH; Speyer; Holzmöbeler Dieter Gabriele; Schlachtermaler, Stadtköln; Krefeld; Killeit und Partner GmbH; Nettetal; Wuppertal; Olshewski-Handels-GmbH & Co. KG; Velbert IS.
Anschluß-Konkurs eröffnet: Worms; Huth & Co. - Maschinenfabrik, Bechtheim.
Vergleich eröffnet: Bertin Charlottenburg; Procon-Plast Gesellschaft f. Kunststofftechnik mbH.

Schon mal was von Mizmaze gehört?



Mizmaze steht für die britische Fähigkeit, selbst vorübergehende Orientierungsverluste kunstvoll zu einem amüsanten Zeitvertreib zu stilisieren: Irrungen und Wirrungen im Gartenlabyrinth.

Unwägbarkeiten, wie Kursschwankungen, Länderrisiken oder wirtschaftspolitische Entwicklungen, lassen auch im Außenhandelsgeschäft den richtigen Weg ohne Hilfe nicht immer leicht finden. Um hierbei ihren Kunden effektiv zur Seite stehen zu können, hat die Berliner Bank einen Stab weitgereister Experten. In den Niederlassungen im Bundesgebiet und in Berlin sind ferner erfahrene Fachleute tätig, die ständig aus erster Hand über alle wichtigen Entwicklungen im Auslandsgeschäft informiert werden. Dadurch sind sie in der Lage, unseren Kunden im Mizmaze des internationalen Geschäfts die erforderliche Orientierungshilfe zu geben. Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden sollte.

BERLINER BANK
AKTIENGESellschaft



Warenpreise - Termine

Fester schlossen zur Wochenmitte die Gold-, Silber- und Kupfermärkte an der New Yorker Comex. Zulegen konnten auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte			
Weizen Chicago (cbush)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	364,50	365,25	
Mar.	366,50	367,25	
Ma.	361,75	361,00	
Weizen Winnipeg (can. \$1)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	145,30	144,50	
Mar.	152,30	151,00	
Ma.	155,40	154,00	
Hafer Winnipeg (can. \$1)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	122,90	123,20	
Mar.	124,70	125,00	
Ma.	126,70	126,50	
Hafer Chicago (cbush)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	181,00	180,50	
Mar.	182,25	181,75	
Ma.	180,00	179,50	
Gerste Winnipeg (can. \$1)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	133,00	134,00	
Mar.	138,00	139,00	
Ma.	135,40	135,00	
Genußmittel			
Kaffee New York (cib)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	140,75	139,75	
Mar.	137,95	136,95	
Ma.	136,50	135,50	

Öle, Fette, Tierprodukte			
Sojabohnen New York (cib)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	228,25	229,25	
Mar.	229,25	230,25	
Ma.	223,25	224,25	
Sojabohnen New York (cib)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	228,25	229,25	
Mar.	229,25	230,25	
Ma.	223,25	224,25	
Sojabohnen New York (cib)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	228,25	229,25	
Mar.	229,25	230,25	
Ma.	223,25	224,25	

Wolle, Fasern, Kautschuk			
Wolle New York (cib)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	51,00	51,00	
Mar.	51,00	51,00	
Ma.	51,00	51,00	
Wolle New York (cib)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	51,00	51,00	
Mar.	51,00	51,00	
Ma.	51,00	51,00	
Wolle New York (cib)	7. 11.	6. 11.	
Dez.	51,00	51,00	
Mar.	51,00	51,00	
Ma.	51,00	51,00	

Zinn-Preis Penang			
Zinn-Preis Penang	7. 11.	6. 11.	
Dez.	219,00	219,00	
Mar.	219,00	219,00	
Ma.	219,00	219,00	
Deutsche Alu-Gießlegierungen			
Alu-Gießlegierungen	7. 11.	6. 11.	
Dez.	149,00	149,00	
Mar.	149,00	149,00	
Ma.	149,00	149,00	
Erläuterungen - Rohstoffpreise			
Erläuterungen - Rohstoffpreise	7. 11.	6. 11.	
Dez.	149,00	149,00	
Mar.	149,00	149,00	
Ma.	149,00	149,00	
Westdeutsche Metallnotierungen			
Westdeutsche Metallnotierungen	7. 11.	6. 11.	
Dez.	149,00	149,00	
Mar.	149,00	149,00	
Ma.	149,00	149,00	
NE-Metalle			
NE-Metalle	7. 11.	6. 11.	
Dez.	149,00	149,00	
Mar.	149,00	149,00	
Ma.	149,00	149,00	
Messingnotierungen			
Messingnotierungen	7. 11.	6. 11.	
Dez.	149,00	149,00	
Mar.	149,00	149,00	
Ma.	149,00	149,00	

In den frühen Morgenstunden entschlief sanft und ruhig nach einem erfüllten Leben und im Frieden mit Gott unsere geliebte Mutter, Großmutter und Schwester

DR. JUR. HÄNNY MOORMANN

geb. Ehling

* 8. November 1909 † 6. November 1984

Bis zuletzt galten ihre Liebe und selbstlose Hingabe ihrer Familie, deren Mittelpunkt sie war.

In Trauer, Dankbarkeit und Verehrung

Dr. Jochen Moormann und Frau Martina geb. Schmidt-Horix mit Barbara, Christina und Isabelle
Dr. Günter Moormann und Frau Ulrike geb. Tangerding mit Jan, Sven und Maik
Harald Kämpers und Frau Gisela geb. Moormann mit Daniela und Joachim
Margot Moormann geb. Röder mit Rolf und Marion
Elisabeth Sommer geb. Ehling
Ottilie Ehling

4712 Werne, Am Gutshof 12

Das Seelenamt ist am Freitag, dem 9. November 1984, um 10 Uhr in der Pfarrkirche Maria Frieden. Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen. Anstelle zugedachter Blumen- oder Kranzspenden bitten wir um Unterstützung der Jugendbegegnungsgemeinschaft der Arnsberger Patres, Nassauische Sparkasse Nassau 563 120 320 (BLZ 510 500 15).

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

ganz klar!
Notiz-Quader von
KNAUER

KNAUER
NOTIZ QUADER

7616 Biberach/Baden Postfach 12 4
Tel. 0 71 41 782-0 Telex 7 52 95 15

Hinweisbekanntmachung

Wir geben unseren Aktionären zur Kenntnis, daß der Zwischenbericht zum 30. Sept. 1984 bei uns angefordert werden kann.

(6000 Frankfurt am Main 16, Postfach 1 66 69)

Frankfurt am Main - Bremen, im November 1984

DER VORSTAND

Drei gute Gründe für Ihre Gesundheit.

Ambulante Chelat-Therapie

Wird bei gefäßverengenden Ablagerungen bei Arterienverkalkung, Angina Pectoris, Raucherbein, Sehstörungen, Gedächtnisschwäche und Schlaganfall eingesetzt.

Ambulante Ozon-Therapie

Mit der modernen Ozongeneration. Hyperbare Ozon-Therapie, kleine und große Eigenblut-Therapie, intravenöse und intramuskuläre Ozon-Injektion bei Durchblutungsstörungen, Rheuma, chronischer Hepatitis, als Zusatztherapie auch bei Malignomen.

Ambulante Cura Romana (HCG)

Abnehmen ohne Hunger bei allen Formen des Übergewichtes. Abbau von Fettpolys in den Problemzonen Hüfte, Taille, Gesäß und Oberschenkeln.

PRIVATKLINIK SANITAS

Unterlagen und Terminvereinbarungen unter Tel. 089/2609464

Privatklinik SANITAS GmbH, im Herzen Münchens, Neuhauser Str. 9, 4. Stock, Maerli-Passage.

Unsere Ärzte beraten Sie gerne.

(Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Chelat-Therapie.)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer AG

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Jochen Moormann

Redaktion: Dr. Jochen Moormann, Dr. Günter Moormann, Dr. Ulrike Tangerding, Dr. Harald Kämpers, Dr. Gisela Moormann, Dr. Daniela Moormann, Dr. Joachim Moormann, Dr. Margot Moormann, Dr. Rolf Moormann, Dr. Elisabeth Sommer, Dr. Ottilie Ehling

Verlag: Axel Springer Verlag AG

Postfach 1 66 69, Frankfurt am Main 16

Telefon: (0 69) 2 60 94 64

Telex: 2 60 94 64

One year ago, a group of reporters was given exclusive access to the secret memorandums, the backroom bargaining, the hidden actions of the candidates' campaigns. In return, they were sworn to secrecy until the election was over. Well... this week the election's over.

Newsweek

The Inside Story of Campaign '84

Newsweek Extra Issue

At newsstands on Nov. 10

Featuring exclusive advertising from Apple Computer.

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt für den Frieden zwischen den Menschen für den Frieden zwischen den Völkern

VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 500 100 60

Die Kuppel aus Stahlbeton ist schlanker als die Schale vom Ei

Das Überdachen von Räumen mit großer Spannweite war schon eh und je eine reizvolle Aufgabe für Baumeister, Architekten und Ingenieure. Den Betrachter beeindruckt außer der Schönheit die Kühnheit der Konstruktion.

Größe Spannweiten machen eine Dachform notwendig, die eine günstige räumliche Tragwirkung bietet, wie die Kuppel. Die größte Kuppel der Antike, das Pantheon (118 bis 128), mit einem Durchmesser von 43,30 Meter und die größte der Renaissance, die Kuppel des Domes Santa Maria del Fiore in Florenz (1417 bis 1446) mit 43 mal 46 Meter (elliptischer Grundriß) und des Petersdoms (1573 bis 1603) mit 42 Meter, waren noch Konstruktionen mit großer Wandstärke (Pantheon im Scheitelbereich 1,20 Meter), weil in den Mäueren der Steine keine Zugkräfte aufgenommen werden können.

Erst mit dem Stahlbeton haben die Ingenieure einen Baustoff zur Verfügung, der dank der Stahlbewehrung Zugkräfte aufnehmen kann und dadurch der Bau von Kuppeln ermöglicht. Die Tragwirkung einer Schale ist vom Krümmungsradius abhängig, und deshalb definiert man die Schlankheit der Schale als das Verhältnis der Dicke zum Krümmungsradius.

Während dies bei einem Ei um 0,01 liegt, beträgt die Schlankheit der Jahrhunderthalle in Frankfurt-Hochst lediglich 0,0026, also etwa ein Viertel.

Noch schlanker ist die flache Kuppelschale der Stadthalle Albuquerque in New Mexico/USA (1955) mit einer Schalendicke von 12,7 Zentimeter über einer Spannweite (Grundrißdurchmesser) von 65 Meter mit einem Krümmungsradius von 77,95 Meter. Die Schlankheit beträgt hier 0,0018 – das heißt sechsmal schlanker als die Eierschale.

Die Zugfestigkeit des Stahlbetons beziehungsweise das Überdrücken der Zugspannungen im Spannbeton erlaubt auch, von der Kuppel abweichende, gegenseitig gekrümmte Dachformen, Sattelflächen, auszubilden, wie beispielsweise die Schwimmhalle Sechslingspforte in Hamburg oder die Kongresshalle in Berlin (Planungs- und Ausführungsfehler, die durch Korrosion der Spannstähle zum Einsturz führten, stellen weder diesen Baustoff noch derartige Dachformen in Frage).

Älteste Art der räumlichen Dachtragwerke ist das Zelt. Um das Flattern des Gewebes zu verhindern, werden die Flächen gegenseitig gekrümmt ausgebildet und das Gewebe gespannt. Kunststoffgewebe mit großer

Stärke ermöglichen die Überdachung von großen Spannweiten.

Eine besondere Art der Gewebekonstruktion sind die Tragluftballons, wobei das Gewebe durch den im Innenraum erzeugten Luftdruck gestützt und stabilisiert wird. Bei diesen Konstruktionen kann auf die gegenwärtige Krümmung verzichtet werden. Die Zeltkonstruktionen können sehr große Spannweiten überdecken, weil als Primärtragkonstruktion anstelle des Gewebes ein Seilnetz angeordnet wird. Beim deutschen Pavillon der Weltausstellung in Montreal 1967 von Frei Otto wurde die Gewebespannung durch ein Seilnetz ersetzt. Diese Seilnetzkonstruktion war das Vorbild für die Olympiahallen in München, wobei für die Eindeckung statt Gewebe Acrylglasplatten gewählt wurden, die durch Gummistreifen verbunden sind, damit sie die Bewegungen des Seilnetzes ohne Schäden mitmachen.

In den oben geschilderten Flächentragwerken vermeidet man durch die Formgebung die Biegebeanspruchung (wie die Beanspruchung eines Balkens) in den Bauteilen. Die Last wird lediglich oder vorwiegend durch Längskräfte (Druck und Zug) abgetragen. Damit kann das Tragwerk also leicht mit geringem Eigengewicht ausgebildet werden, was bei großen Spannweiten von erheblicher Bedeutung ist.

Ein anderer Weg zur Ausbildung von leichten Konstruktionen ist das Auflösen von Balken und Platten (also biegebeanspruchten Bauteilen) in Stabwerk. Als Beispiele sollen die Überdachung des Berliner Olympiastadions und die Messehallen von Düsseldorf genannt werden. Wir treffen solche Dächer aber auch am Flughafen Frankfurt/Main und in der Ostseehalle Kiel an. Sie finden überall dort Verwendung, wo höchste ästhetische Ansprüche gestellt werden, ja wo Eleganz gefordert wird, wie beispielsweise in der neuen Spielbank Dortmund-Hohensyburg.

Diese Konstruktionen lassen sich mit industriell gefertigten Knoten- und Stabsystemen wirtschaftlich fertigen. Sie bieten dem Architekten beinahe uneingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten. Beide Effekte, das günstige Tragverhalten durch Formgebung und das Auflösen des Tragwerkes in Stabwerk, werden bei den Stabwerkschalen genutzt. Die größte bisher gebaute Stabwerkschale, der New Orleans Superdome (1973), hat einen Grundrißdurchmesser von 213 Meter.

Damit ist die größtmögliche Spannweite für eine Kuppel in Stahl aber noch nicht erreicht. Sie dürfte, eine Halbkugelform vorausgesetzt, zwischen 500 und 600 Meter liegen. Noch größere Spannweiten wären als Seilkonstruktion mit hohen Pylonen möglich. Es ist gut, daß das Bedürfnis nach größeren stützfreien Spannweiten bis 800 Meter nicht zu erkennen ist. STEFAN POLONYI

Eine neue Idee: die Halle zur Miete

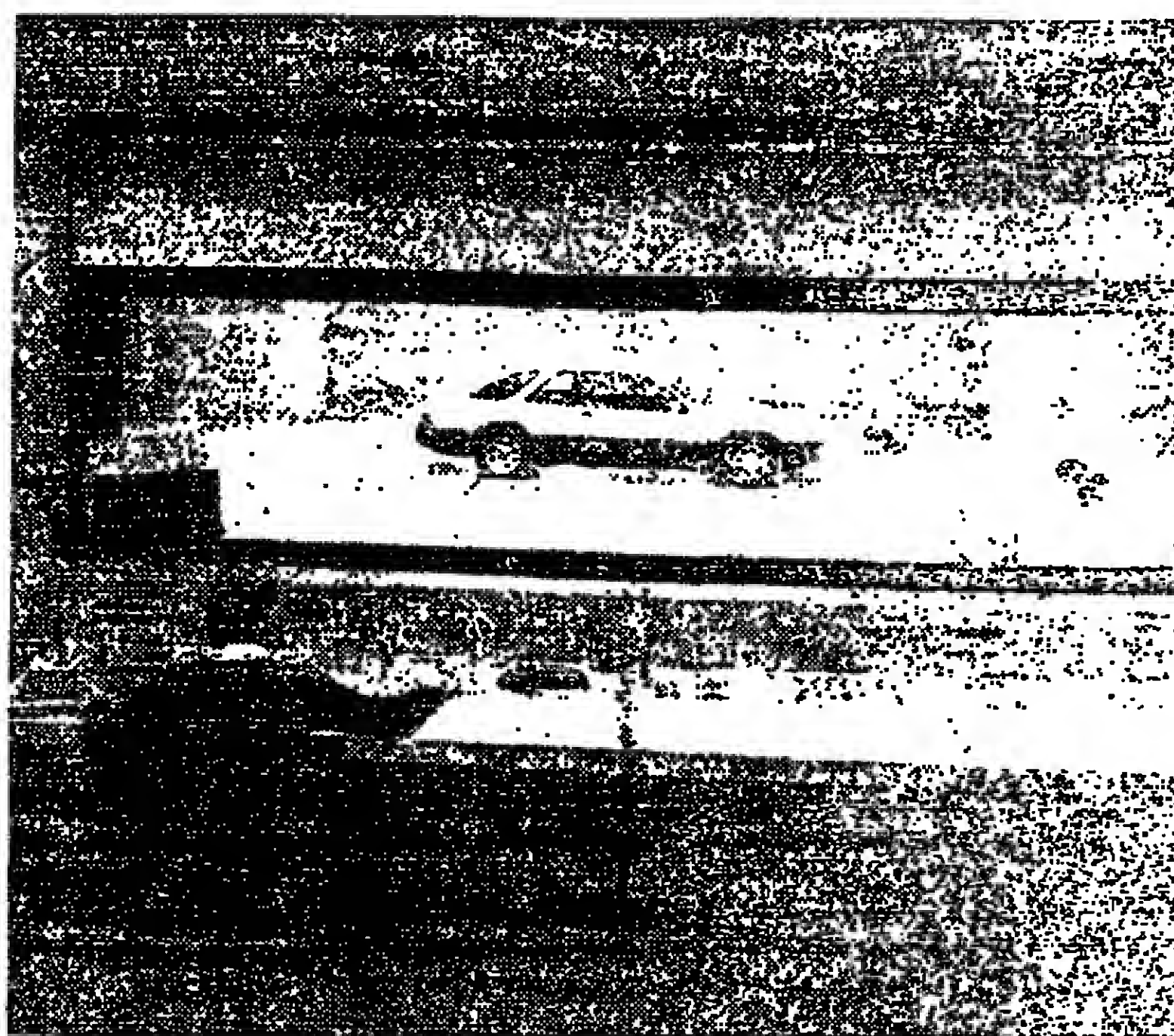
Hallen, die zu Produktionszwecken und als Lagerraum benutzt werden, haben sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Heute werden Hallen nicht mehr wie früher als „Baukastenbau“ gebaut, sondern sind aus wirtschaftlichen Überlegungen als Hallen auf Zeit zu sehen.

Da von Wirtschaft und Industrie Flexibilität in jeder Form verlangt wird, muß auch der Hallenbau mitziehen. Die Firma Nachbarschulte in Dorsten in Westfalen beispielsweise hat in den letzten Jahren erfolgreich einen neuen Hallentyp auf den Markt gebracht, der als Leichtbauhalle vor allen Dingen im Lagerbereich Einzug gehalten hat. Die Vorteile dieser Konstruktion: nach einer Mietzeit von fünf oder sieben Jahren können die Hallen an anderen Plätzen aufgebaut werden.

Da vor allem in Mitteleuropa nur eine begrenzte Anzahl von Grundstücken für Industriegebiete zur Verfügung steht, muß die Planung darauf gerichtet sein, Hallen auf Zeit zu planen. Es muß möglich sein, nach Ablauf einer bestimmten Zeit Hallen ohne Substanzverlust abzubauen und an anderen Stellen wieder zu montieren. Die „wandernde“ Halle hat außerdem den Vorteil, daß Firmenstandorte, die durch veränderte Planungen einer anderen Nutzungsart zugeführt werden, an einen anderen Ort umgesetzt werden können.

Die Konstruktionen von Nachbarschulte werden bis zu Spannweiten von 20 Meter und bis zu Traufhöhen von sechs Meter frei gespannt erstellt. Die Konstruktion besteht aus einer kombinierten Stahlstütze und Holzleimbinder-Konstruktion. Die Außenverkleidung in Form von Trapezblechen einschließlich der notwendigen Isolierung sind normaler Bestandteil der Hallen.

Bei der Halle auf Zeit ist man davon ausgegangen, daß als Untergrund keine Streifen- oder Punktfundamente erforderlich werden, um hier nicht unnötig Beton in den Boden zu bauen. Es genügt als Aufstellfläche normaler Straßenbelag oder Betonsteine. In Bezug auf die Architektur ist ein Kompromiß zu schließen, da natürlich vorgegebene Serienmaße zugrunde gelegt werden müssen, um die Hallen bei Umstellungen miteinander austauschen zu können. (WR)



Der neue aerodynamische Windkanal von Ford

In Köln kommt jetzt auf Knopfdruck Sturm auf

Einer der modernsten Windkanäle wurde jetzt – nach einer Rekordbauzeit von nur 14 Monaten – bei Ford in Köln in Betrieb genommen. Die Maßanlage zur aerodynamischen Entwicklung von Automobilen glänzt mit zahlreichen Superlativen. So erreicht der Windkanal am Rhein Luftgeschwindigkeiten bis zu 300 Kilometer pro Stunde, wofür ein gigantisches Gebläse mit einer Leistung von 2000 Kilowatt (2720 PS) sorgt. Die Gesamtkosten für den „Super-Fon“ im Ford Entwicklungszentrum Köln-Merkenich betrugen rund 17 Millionen Mark.

Herzstück des Windkanals ist eine zwölfblättrige Turbine mit einem Durchmesser von 6,30 Meter. Ihre Höchstleistung von 2000 Kilowatt erreicht sie bei 372 Umdrehungen pro Minute. Die Luftgeschwindigkeit läßt sich durch die hydraulisch verstellbaren Flügelabschläufe variieren: für ausgewachsene Autos in der offenen Meßstrecke bis zu einer Luftgeschwindigkeit von 180 km/h, für Versuche an Dreirad-Modellen bis zu einer Geschwindigkeit von 300 km/h.

Eines der wichtigsten Meßgeräte im Windkanal ist nahezu unsichtbar. Im Keller des Gebäudes ist eine Sieben-Komponenten-Waage installiert, auf deren Plattform die Testkandidaten mit einer Genauigkeit von

weniger als 0,1 Grad Abweichung positioniert werden können. Trotz ihres Eigengewichts von elf Tonnen müht diese Waage im Gramm-Bereich. Die Aerodynamiker erhalten hier die für die Effizienz und Stabilität eines Autos ausschlaggebenden Meßdaten.

Ganz neu in einem Automobil-Windkanal ist die Traversier-Einrichtung, die aerodynamische Messungen nicht nur direkt am Auto, sondern auch dreidimensional an jedem beliebigen Punkt rund um das Auto ermöglicht; bisher gab es so etwas nur im Luftfahrt-Windkanal. Mit der Anlage können verschiedene fahrdienbare Maß-, Strömungs- und Eich-Sonden in jede vorgegebene Position gebracht werden, darunter auch die Kamera einer Video-Anlage, mit der die Merkmalsbilder per Telefon ihren Kollegen in der Ford Zentrale Dearborn/USA überspielt werden.

Ohnehin wäre moderne Aerodynamik-Arbeit ohne umfassende elektronische Ausstattung nicht mehr möglich. Ein eigener Rechner am Ford-Windkanal sammelt nicht nur Daten und wertet sie aus, sondern steuert permanent am Bildschirm die gemessenen Werte an. So kann die Luftwiderstandsbeiwert eines Autos ständig abgelesen werden.

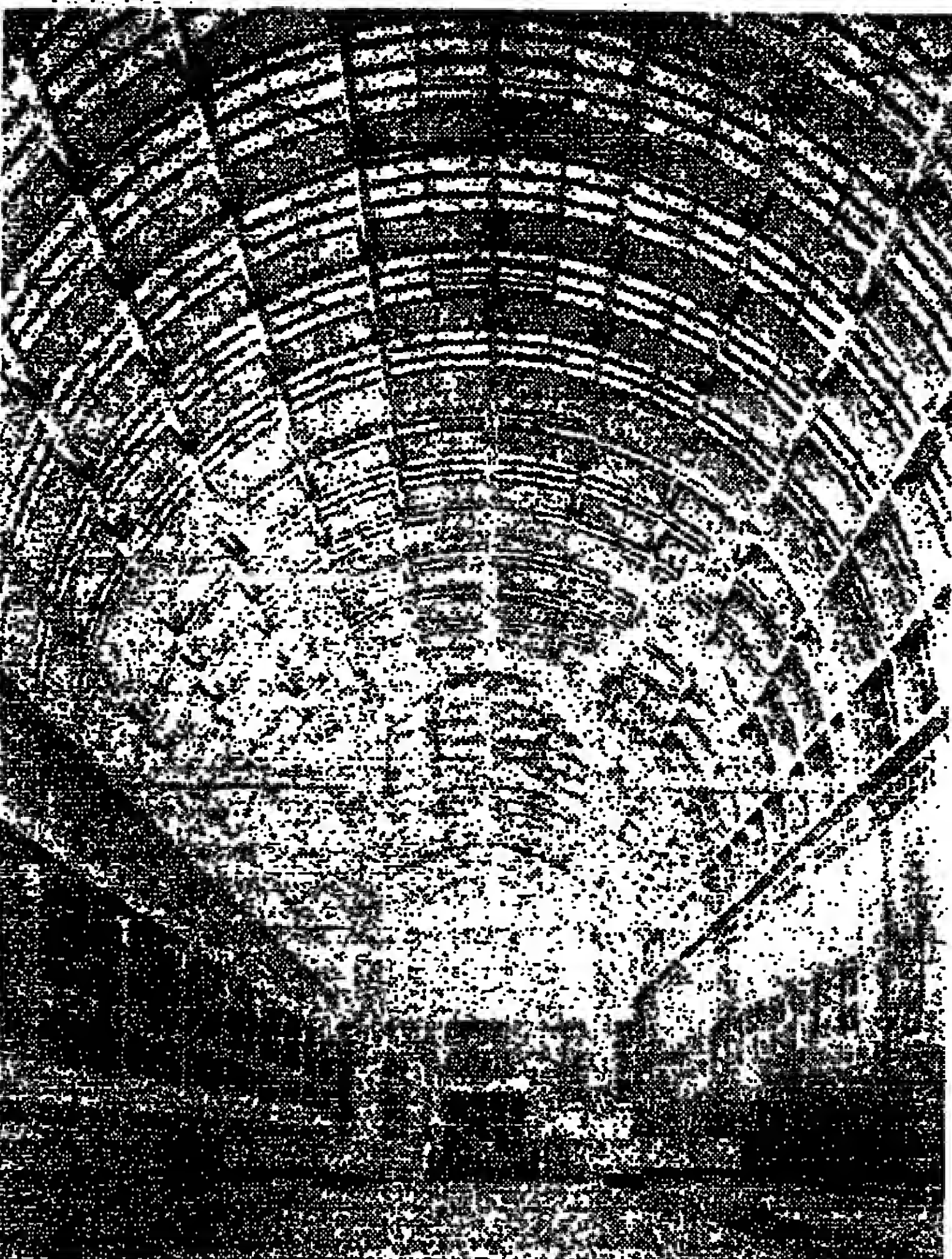
Ein moderner Baustoff wird 90 Jahre alt

Gipskartplatten sind aufgrund ihrer universellen Anwendbarkeit sowie ihrer leichtverarbeitbaren Eigenschaften aus dem modernen Innenausbau nicht mehr wegzudenken. Dieser „moderne Baustoff“ kann jetzt auf eine bereits 90-jährige Geschichte zurückblicken. 1894 legte der Amerikaner Augustus Sackett eine Patentschrift für eine Innenwandverkleidung aus Gips und verarbeiteten Papierlagen vor. Damit sollten Platten gefertigt werden, die genügend stark und hart sind, um eine feste Wandfläche zu bilden, die genügend stark ist, um der Einwirkung gewöhnlicher Stöße und Beschädigungen zu widerstehen, die genügend weich sind, um das Einfräsen von Nägeln zu gestatten und genügend zäh und unzerbrechlich, um die Bildung von Rissen zu verhindern. Weiter heißt es in dieser Patentschrift: „Die so hergestellte Platte ist leicht und bildet eine weiche, feuerfeste Wandfläche.“

Die aus dieser Erfindung weiterentwickelte Gipskartplatte wurde etwa ab 1910 als Innenverkleidung der amerikanischen Country-Häuser verwendet. In Europa wurde in den 20er Jahren in England die erste Fabrik für Gipskartplatten errichtet. Auf dem europäischen Festland begann die Produktion 1933 in Riga-Latvian. Die von den Rigai Gips- und Gipskartfabriken wurde später der Markenname „Rigips“ abgeleitet, der heute in fast allen Ländern der Welt für Gipskartplatten steht.

Die ersten Gipskartplatten kamen aus England und wurden in der Westfalen-Gruppe in Deutschland hergestellt. 1934 wurde in der Rhein-Gruppe die erste deutsche Gipskartplatte produziert. Von 1934 bis 1937 wurde in Köln ein Gipskartplatten-Werk gebaut, das heute als Gipskartplatten-Werk Köln-Merkenich bekannt ist.

Die Entwicklung der Weiterentwicklung der Gipskartplatte ist ein Prozess, der nie endet. Die Gipskartplatte ist ein Baustoff, der sich ständig weiterentwickelt. Die Gipskartplatte ist ein Baustoff, der sich ständig weiterentwickelt. Die Gipskartplatte ist ein Baustoff, der sich ständig weiterentwickelt.



Glasdach der Galerie der Frankfurter Messe: 26 Meter breit und 125 Meter lang. FOTO: JÖRG WINDE

Im Stahlbau wurde der Aufschwung bis jetzt verpaßt – Hoffnung auf 1985

Während viele Branchen über Wertschöpfungssteigerungen berichten können, hat der Stahlbau als Teil der Bauwirtschaft bisher an der konjunkturellen Erholung der letzten Monate nicht teilgenommen. Im Gegenteil: Das erste Halbjahr 1984 brachte einen größeren Rückschlag, als es Pessimisten im Frühjahr erwarten konnten.

Die Einbußen in der Umsatzentwicklung lagen in den ersten sechs Monaten 1984 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1983 bei minus 8,7 Prozent. Der Auslandsumsatz ist im gleichen Zeitraum sogar um 25 Prozent gesunken. Der regelrechte Einbruch der Auslandsaufträge im Jahre 1983 (minus 40, Prozent gegenüber 1982) wirkt nach.

Die statistisch ausgewiesene Produktivität je Beschäftigten ist seit drei Jahren rückläufig. Das heißt, die Anzahl der Mitarbeiter ging weniger stark zurück als die Produktionstonnage. Im ersten Halbjahr 1984 sank diese gegenüber dem Vergleichszeitraum um 14,2 Prozent der Beschäftigten nur um 4,5 Prozent. Der entsprechende Produktionswert verminderte sich im gleichen Zeitraum nur um sieben Prozent.

An dieser Entwicklung wird das Bemühen vieler Stahlbauunternehmen deutlich, bewährte Arbeitskräfte auch in schwierigeren Zeiten durchzuhalten, damit bei einer konjunkturellen Besserung die benötigten Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Zum anderen zeigt sich hierin eine sehr unetere Auftragsvergabe von Seiten der vorwiegend privaten Auftraggeber. Aufträge, die unter hohem Termindruck abgewickelt werden müssen, haben oft keine Anschlussaufträge. Phasen der „Überbeschäftigung“ werden also von Zeiten der „Unterbeschäftigung“ abgelöst. Gerade wegen der knappen Terminvorgaben vieler Auftraggeber kann es dazu kommen, daß in ein und derselben Region Firmen kurzfristigen

während benachbarte Stahlbauunternehmen Überstunden fahren müssen. Für das Ausbleiben des Aufschwungs in der Stahlbaulndustrie gibt es drei Ursachen:

1. Als Teil der Bauwirtschaft, insbesondere als Anbieter von Wirtschaftsbauten, ist der Stahlbau von der in den letzten Jahren nur verhaltenen Entwicklung im Nichtwohnungsbau besonders stark betroffen. Da Neubauminvestitionen vorwiegend der Erweiterung dienen, müssen potentielle Auftraggeber schon Vertrauen in einen langfristigen Aufschwung haben, ehe sie dafür große Summen bereitstellen. Diese Zuversicht, die kapazitätserweiternde Investitionen rechtfertigen würde, ist jedoch trotz einer gewissen Belebung in verschiedenen Branchen nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

2. Den Bauinvestitionen abträglich sind insgesamt die hohen realen Zinsen in der Bundesrepublik. Diese spielen bei langfristigen Wirtschaftsgütern, vorwiegend also bei Bauten, eine besonders sensible Rolle und wirken sich hemmend aus.

3. Für das Zurückbleiben des Stahlbaus hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung ist tendenziell auch der sinkende Raumbedarf für die industrielle Produktion sowie für Dienstleistungen verantwortlich. Eine Wertschöpfungseinheit in der Computerindustrie im computergesteuerten Maschinenbau oder in den Dienstleistungsgewerben braucht viel weniger Raum (und folglich weniger Baumaßnahmen) als in der Stahlindustrie, der Chemie oder in der Mineralölverarbeitung.

Der Rückgang der Auslandsaufträge für die Beschäftigungssituation der deutschen Stahlbauunternehmen ist noch schwerwiegender als der ebenfalls gravierende Rückgang der ausländischen Aufträge für die Bauindustrie. Über 70 Prozent der Beschäftigung im Stahlbereich geschieht in den heimischen Werkstätten, nur ein geringer Teil auf den ausländischen Baustellen. Der Rückgang der Auslandsnachfrage trifft somit direkt die inländische Beschäftigung.

Die Zunahme der inländischen Auftragseingänge, die schon im Frühjahr 1984 begonnen hatte und nur in den Monaten Mai und Juni unterbrochen worden ist, setzte sich besonders kräftig in den Monaten Juli und August fort. Insgesamt gab es in den ersten acht Monaten zwar nur einen realen Zuwachs von 2,6 Prozent, die Auftragseingänge nach Beendigung des Metallstreiks deuten jedoch auf eine grundlegende Belebung hin.

Noch nicht erfüllt sind hierbei einige größere Aufträge der Energieversorgungsunternehmen, die erst kürzlich erfolgt sind. Es ist somit weiterhin mit steigenden inländischen Auftragseingängen zu rechnen.

Wegen des großen Produktionseinbruchs im ersten Halbjahr 1984 und wegen der genannten langfristigen Abwicklung einiger Großaufträge, die zwar jetzt schon erteilt sind, aber erst für 1985 produktionswirksam werden, dürfte 1984 das reale Produktionsergebnis, also die Produktionstonnage, insgesamt um bis zu zehn Prozent unter dem Vorjahresergebnis liegen. 1985 könnte es jedoch

wegen der oben erwähnten Großaufträge und wegen eines gewissen Nachholbedarfs der gewerblichen Wirtschaft zu einem Produktionswachstum kommen, das zumindest teilweise den Rückgang des Jahres 1984 ausgleichen würde. G. W. BETZNER

Wir haben das Bauen im Griff.

Das beweisen Tausende Zweckbauten, von uns gebaut in enger Zusammenarbeit mit Architekten. Wir liefern von rohbaufertig bis schlüsselfertig. Für Industrie, Gewerbe und Handel, Produktions-, Lager-, Verkehrs-, Sporthallen, Verwaltungs- und Ausstellungsgebäude. Alle erstellt nach dem bewährten KUTSCH-Bausystem – mit industriell vorgefertigten Stahlskeletten und den dazugehörigen Fassaden- und Dachelementen.

Deswegen so kostengünstig, so zuverlässig und so schnell. Lassen Sie sich beraten! Fordern Sie unsere Referenzlisten und den Prospekt an.

Paul Kutsch GmbH & Co. KG, Schlusselfertiger Industriebau, Postfach 1346 - 4250 Borken, Telefon 0 28 61/70 21



Schnellbauhallen

Typ: Rundhalle

Typ: Satteldachhalle

Typ: Varianthalle

HPS Fertighallen GmbH, Auguststraße 53, Postfach 5149, D-6800 Mannheim 1, Tel. (06 21) 40 96 17 und 40 34 09, Telex 463 611 hps dt

Wir bauen mit Stahl

8400 Weiden, Telefon (0951) 33003, Am Forst 6 d, Telex 083323, Telefax

SYBAC, HALLEN-INDUSTRIEN

Plana-Management-Lösung

Hallenraum in Zukunft nur noch leasen. Das ist die beste Zukunftsversicherung. Darum sprechen Sie auf jeden Fall mit uns, bevor Probleme entstehen.

PLANA, 2000 Hamburg 70, Tel. (040) 250 09 7, 4300 Essen II, Tel. (020 250 09 7), 6300 Frankfurt-Griesheim, Tel. (069) 250 09 7, 4000 Düsseldorf, Tel. (021 250 09 7)

NEVO Nachbarschulte-Hallenvermietung

MORGEN Planen Sie heute – und ein unverwundliches Druckstück.

Im Grunde ist der Hallenbau ein Bausegment, das sich seit Jahrzehnten in der Bauwirtschaft etabliert hat. Die Hallenbauwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Die Hallenbauwirtschaft ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft.

Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft.

Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft.

Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft.

Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Der Hallenbau ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft.

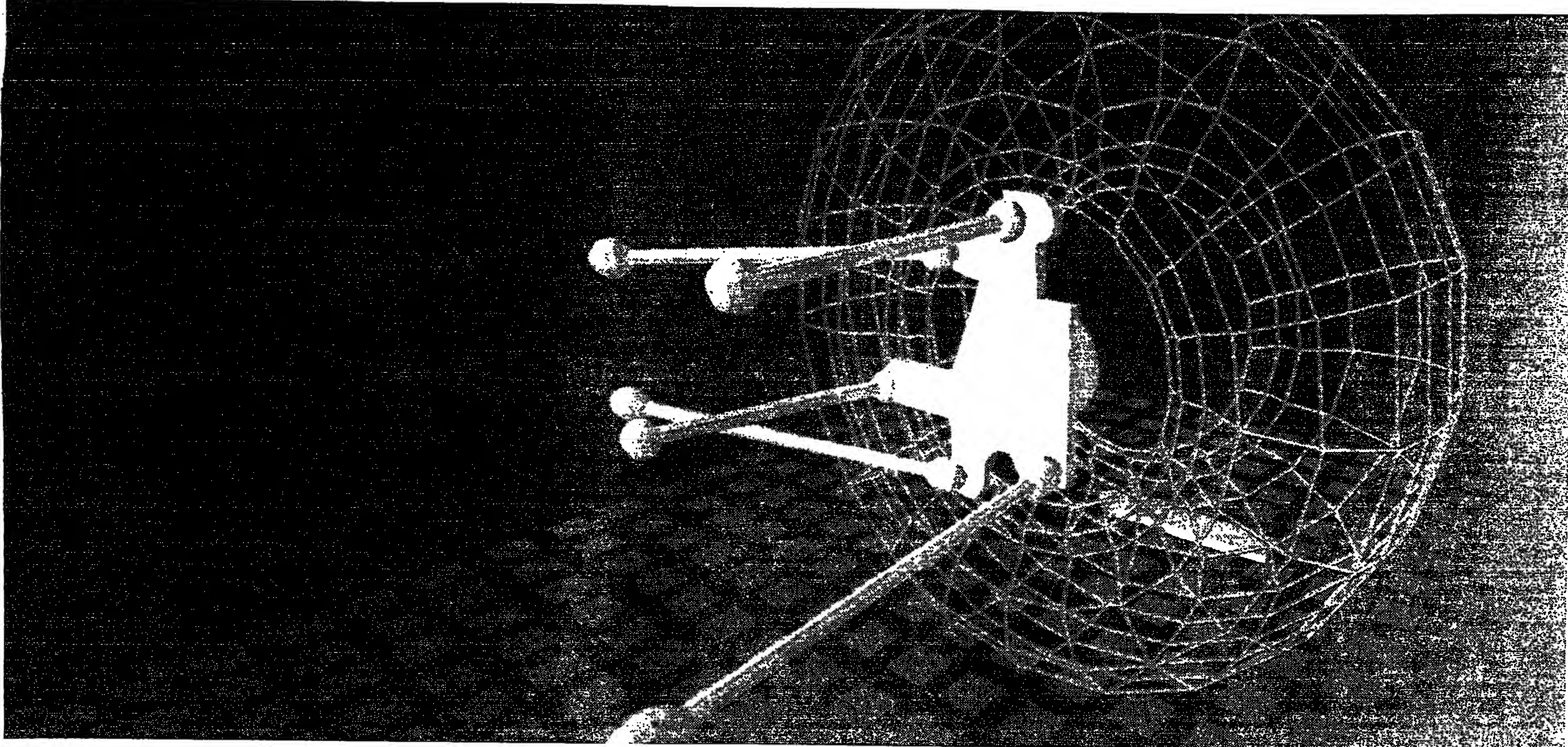
Nachbarschulte Hallenvermietung GmbH, Bahnhofsstraße 282, 4270 Dorsen 1, Tel. (020 250 09 7), Telex 083323 Neco

Informationen über Anzeigen in Sonderveröffentlichungen und Dokumentationen erhalten Sie bei: DIE WELT, Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 3 47 41 28 / 44 40

[illegible]

A. A. H	
---	--

[illegible][illegible][illegible]



Die Achse, die aus dem Computer kommt.

Schätzungsweise 30 Jahre hätte ein Mensch gebraucht, um in herkömmlicher Weise die erforderlichen Entwürfe und Berechnungen für diese neue Achse durchführen zu können.

Vorausgesetzt, er macht keinen Fehler.

Warum dieser ungeheure Aufwand, könnte man fragen. Ist das nicht etwas übertrieben?

Nein.

Die Raumlankenkerachse ist sicher eine der revolutionärsten Entwicklungen, die es in den letzten Jahren im Automobilbau gegeben hat.

77 verschiedene Achsvarianten wurden zunächst bis ins Detail konstruiert. Mehr als die Hälfte davon wurden gebaut und in Versuchswagen erprobt.

Die Raumlankenkerachse, die das Rennen schließlich machte, hat zur Führung an den Hinterrädern jeweils fünf räumlich angeordnete Lenker.

Die Berechnung des Zusammenspiels von Raumgeometrie und elastischer Lagerung dieser fünf Lenker wäre ohne Computer niemals möglich gewesen.

Das Ergebnis: Ein Optimum an Fahrkomfort und präziser Radführung.

Die Raumlankenkerachse trägt in einer Weise zum sicheren Fahrverhalten bei, wie man es sich für ein Automobil bisher nur wünschen konnte. Ob beim Geradeauslauf, in zügig gefahrenen Kurven, beim Beschleunigen oder beim Bremsen.

Die Fachleute sind sich hier einig: Die Eigen-

schaften der Raumlankenkerachse übertreffen mit Sicherheit die der bisher bekannten Hinterachs-systeme.

Fahrkomfort und Fahrsicherheit haben wir damit auf eine neue Basis gestellt, die noch vor kurzem kein Mensch für möglich gehalten hätte.

Ein Erfolg vor allem unserer Mitarbeiter, die es fertiggebracht haben, ihre innovative Idee mit Hilfe des Computers zu entwickeln und in der entsprechenden Qualität zu produzieren.

So ist diese Achse ein gutes Beispiel für den sinnvollen Einsatz der Computertechnik im Automobilbau.

Und ein Beweis dafür, wie wichtig gute Mitarbeiter sind.



Daimler-Benz Aktiengesellschaft.

EDEN
den
sch
fast
Hor
ven
I
Reg
in
ne
gü
ben
non
W
ren
Ana
der
All
-Ä
ner
le
ern
lun
stig
es
Wal
D
Teil
zur
Eng
sch
auf
erhi
N
da
ent
hän
chen
den
den
son
Wei
une
die
bee
laur
D
die
unt
hab
krat
ser
l
de
wer
mac
den
Bür
uns

Unsicherheiten am Rentenmarkt

Die wieder einmal recht unterschätzt gewordene Zinsentwicklung in den USA und die dort nachgehenden Kurse schienen sich am deutschen Rentenmarkt in einer Zurückhaltung der Käuferseite nieder. Das Angebot ist im öffentlichen Bereich Abschieße bis zu 0,20 Prozentpunkten aus. Da die Signale jedoch weiterhin in Richtung Zinsenkung stehen, wird davon ausgegangen, daß es sich bei den Abschießen lediglich um eine Konsolidierung handelt. Die Auslandsanleiher werden teilweise von Ausländern erworben. Am Pfandbriefmarkt kleinere Korrekturen.

Bundesanleihen

	8.11.	7.11.
F 6 1/2 % Bund 78 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 82 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 83 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 84 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 85 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 86 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 87 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 88 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 89 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 90 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 91 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 92 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 93 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 94 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 95 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 96 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 97 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 98 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 99 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 100 XII	1234	1234

Bundesanleihen

	8.11.	7.11.
F 6 1/2 % Bund 78 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 78 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 79 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 II	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 III	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 IV	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 V	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 VI	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 VII	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 VIII	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 IX	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 X	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 XI	1234	1234
6 1/2 % Bund 80 XII	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 I	1234	1234
6 1/2 % Bund 81 II	1234	1234

Unsinn-Tau über den Tee

Kein Wort dagegen, daß Bücher besonders schöne Einrichtungsgegenstände sind. Bewahren sie über der Himmel vor Büchern, die ausschließlich hergestellt werden als Zimmerschmuck und Ausweis für den Feinsinn des Bewohners: mit jener stinkpfeifigen Typographie, wie man sie dem Mann schenkt, der schon alles hat. Solche Bücher liegen nur noch auf Tischchen herum, wenn sie erst einmal mitgebracht worden sind, an der Stelle von Blumen oder Schokolade.

Das jetzt eben bei Neffers erschienenen "Lob des Himmels" ist so ein solches Zimmermück. Das Sammelalbum stammt eigentlich vom Verlag Robert Laffont in Paris. Es ist wahrscheinlich nicht einmal schlecht übersetzt, sondern von den drei Autoren des Originals schön schlecht geschrieben worden. Bei besagtem Himmelstau handelt es sich übrigens um Tee. Das Buch für den Teeliebhaber: hieß das Werk im Original, während es in Deutschland natürlich vornehm sein muß, und das Getränk im Nebentitel landet: "Brevier vom Tee".

Aber ein Brevier ist kein Gesang, ein Brevier kann nicht "vom" sein; ein Brevier zudem ist entweder das Buch für katholische Geistliche mit den Stundengebeten oder aber die Zusammenstellung von Auszügen aus dem Werk eines Autors. Andere Bedeutungen hat das Wort nicht.

Nun gut, das Buch handelt vom Tee, schlechthin. Die Mitteilungen in den drei ersten Kapiteln stützen sich auf die Lektüre von fünfundsiebzig anderen Büchern. Sie treffen zumeist zu, machen aber den Eindruck, als hätten die Autoren selbst noch nie eine Tasse Tee getrunken, so wenig inspiriert wirkt das Ganze.

Zudem, es purzelt alles so unordentlich durcheinander, was da zu sagen ist über Tee am Strauch und Tee im Topf. Wer beispielsweise wissen möchte, wie die heimische und private Teekultur zu verbessern sei, der muß sich allerlei mühsam zusammensuchen.

Ein heillos unordentliches Buch, soviel Arbeit die Autoren sich auch gemacht haben: Der Text reicht von Dreiviertel-Bildungs-Ode bis zur Primitivanleitung für die wackere Hausfrau. Was für ein schöner Gegenstand! In dabei beifallen verfallen worden! Man sollte das Ganze nehmen und einen britischen Autor übergeben, als Rohmaterial für ein anständiges Buch über Tee.

In New York erschienen die Memoiren der Sängerin Galina Wischnewskaja Die Stumme von der Moskwa

Was Schaljapin als Baß, war sie im Fach der russischen Sopranen. Primadonna assoluta des Moskauer Bolschoi-Theaters, regierende Stimme des Sowjetreichs. Aber wie schon Schaljapin hat dieses Reich auch Galina Wischnewskaja ihrer Staatsbürgerschaft mit einem Federstich der Bürokratie enteignet. Schaljapin gab man später die seine mit allen Ehren zurück. Wischnewskajas Name dagegen steht sich noch ausstrahlt aus der sowjetischen Musikgeschichte.

Sie wurde zur Unperson gestempelt, zum verschwundenen Niemand, zur "Stummen von der Moskwa". Ihre Stimme aber, jenseits der russischen Grenzen, singt weiter - und nun spricht sie auch. Galina Wischnewskaja, die Frau, der Schostakowitsch wie Benjamin Britten menschlich und künstlerisch aufs höchste vertrauten (beide haben bedeutende Stücke speziell für sie und ihr Künstlertum komponiert und sie ihr auch gewidmet), hat ihre Memoiren geschrieben: Galina - A Russian Story. By Galina Vishnevskaya. Harcourt Brace Jovanovich, Publishers. San Diego/London/New York 519 S.: 19,95 Dollar.

Das Buch ist weit mehr als ein Lebensbericht der Erfolge, wie ihn gefeierte Sängerinnen von einem gewissen Alter an gern zu Papier zu bringen lieben. Es ist tatsächlich eine russische Geschichte. Es ist die Autobiographie einer Stimme, die sich klagend und anklagend, doch ohne jeden Anflug von Selbstbeweihräucherung oder gar Selbstmitleid überhörbar erhebt.

Das Buch ist erhellend, spannend,



Stürmische Wahrheitsliebe: Die russische Sopranistin Galina Wischnewskaja. FOTO: DIE WELT

ergreifend. Es liest sich wie im Sturmwind. Es hat - wie seine Verfasserin - Temperament. Wie seine Verfasserin liebt es die Hochdramatik der Vorgänge und weiß sie furchtlos anzugehen. Nicht umsonst war ausgerechnet Puccinis "Tosca" eine Paradedarstellung der Wischnewskaja.

Galina stammt aus ganz einfachen Verhältnissen. Und in den musikalischen Lebenslauf des Jungsterns, der in Beethovens "Fidelio" als Leonore im Bolschoi debütierte, schließt sich von Anfang die Politik, und zwar immer mit ihren schmutzigsten Fingern.

Das KGB versucht die junge Sängerin als Spitzel zu keilen. Sie soll ihre Kollegen ausforschen und, wenn möglich, ans Messer liefern. Man sucht sich für diese Arbeit mit Vorliebe immer den noch wehlosen Nachwuchs aus, der noch über keine hohen Beziehungen verfügt, wie sie sich im Verfolg einer außergewöhnlichen Karriere mit der Zeit beinahe zwangsläufig einstellen.

Auch in dieser Beziehung schließt Wischnewskaja den Vogel ab: Ministerpräsident Bulganin verliebt sich in sie, die frischgebackene Primadonna, die gleichzeitig die frischgebackene Ehefrau des großen Cellisten Rostropowitsch ist. Ein "Trio infernal à la russe" ist vollkommen.

Es hat einzig den Vorzug, Wischnewskaja dem KGB zu entreißen. Bulganin hängt sich noch nachs, als Wischnewskaja ihm von ihrer Verpflichtung zum Spitzeldienst erzählt, ans Telefon, verwahrt den Geheimdienst und hält hinfort Wischnewskaja die Erpresser vom kostbaren Hals - wie später auch die unwürdigen Auftritte im Kreml bei den rauschenden Festen der Apparatschiks.

1953 tritt Wischnewskaja in das Ensemble des Bolschoi-Theaters ein. Sie bleibt ihm 21 Jahre auf dem höchsten Range verpflichtet. Es wird ihr zur Heimat in der Heimat. Sie nimmt an den repräsentativen Tournees des Hauses teil. Bald geht sie allein oder mit Rostropowitsch auf Gastspielreisen: Mailand, London, Paris, New York. Allein fünfmal durchsingt sie die Vereinigten Staaten.

Aber offenbar ebenso lange, wie sie auf der Bolschoi-Bühne steht, hat Wischnewskaja in Moskau beim Zentralkomitee oder im Kulturministerium zu antichambrieren. Sie entwirft ein scharfes Bild der Kultusministerin Jekaterina Furtsewa und ihrer all-nachmittäglichen Flucht in den Trübsal. Sie zeigt das Leben der weltberühmten Musikrussen, wie es wirklich ist: auf Wiederruf privilegiert, ständig bedroht, gegängelt von der Niedertracht.

Wenn auch nicht die Kunst, die Menschen, so meinen die Funktionä-

re, hat man im Griff. Und so läßt man sie zappeln und die Macht fühlen. Drohungen, Erpressungen, heuchlerische Versprechungen, Böswilligkeit, Unverständnis, Demütigungen - nichts bleibt aus, wenn es sich darum dreht, an der Kunst des Rückgratsverkrümmens zu feilen.

Rostropowitsch und Wischnewskaja nehmen Alexander Solschenizyn auf in das Gästehaus ihrer Datscha, wo er in Ruhe an seinem Buch "August 1914" arbeiten kann. Kaum ist das Manuskript abgeschlossen, trägt es Rostropowitsch buchstäblich von Haus zu Haus. Kein Funktionär wagt es auch nur anzufassen, geschweige denn einen Blick in den Text zu werfen. Das Buch ist in Rußland zur Stummheit verurteilt, und in diese Stummheit sucht man nun auch Rostropowitsch und Wischnewskaja niederzudrücken.

Der große Cellist bekommt keinen Konzertsaal mehr in den wichtigen Städten des Landes. Man treibt seine Kunst in die Provinz. Man umgibt sie mit Mediokrität. Hohnlachend überklebt man selbst noch im künstlerischen Abseits auf den Plakaten seinen weltweit gefeierten Namen. Man verstößt ihn vom Dirigentenpult des Bolschoi. Man läßt ihn am Moskauer Operettenhaus als Dirigent die "Fledermaus" probieren, doch entzieht man ihm im letzten Moment das Auftrittsrecht.

Man setzt unter seiner Leitung, mit Wischnewskaja in der Hauptrolle, eine Schallplatteneinspielung an. Doch die Studios bleiben vom zweiten Tag an den Künstlern versperrt. Eine Delegation der Bolschoi-Stars Atlantow, Obratowa, Nesterenko setzt sich zum Zentralkomitee in Bewegung, die Weiterarbeit der politisch unzuverlässigen Kollegen Rostropowitsch und Wischnewskaja zu unterbinden. Beiden bleibt nichts, als um Auslandsaufenthalt einzukommen.

In Paris erfahren sie später aus dem Fernsehen, daß sie keine Bürger Rußlands mehr sind. Keine Bürger Rußlands! Das Buch der Wischnewskaja zeigt unübertrefflich, wo heute das wahre künstlerische Rußland zuhause ist.

Bedeutende Kapitel sind den Freunden Prokofjew und Schostakowitsch gewidmet, denen - wie den Rostropowitschs - der Würgegriff des Regimes bis zur Lebensvernichtung wiederholt an der Kehle saß. Sie werden der Sängerin noch aus dem Grab applaudieren. Stets eine Künstlerin von höchster Gestaltungskraft, hat sie diese Kraft nun auch bei der Abfassung ihres Lebensberichts mit stürmischem Wahrheitsglaube einsetzen können.

KLAUS GEITEL



Mit kräftigen Kreidestrichen in Form gebracht: Gustav Klimts "Stehender" (1896), aus der Homovischen Ausstellung. FOTO: KATALOG

G. Klimt in der Kestner-Gesellschaft Hannover

Triumphierende Linien

Der Air-brush-Realismus liebt die erotischen Sujets. Aber wie kümmerlich wirkt diese Spitzpistolenengauigkeit gegenüber der sparsamen Linienkunst eines großen Zeichners. Das lassen die erotischen Zeichnungen von Gustav Klimt erkennen, die einen wesentlichen Teil der Ausstellung in der Kestner-Gesellschaft in Hannover ausmachen.

Klimt, Schiele und Kokoschka haben derzeit Konjunktur. Das verdanken sie dem Wählerkanaker Serge Sabarsky, der über eine beachtliche Sammlung von Werken dieser Künstler verfügt und sie um die Welt schickt. Zuerst waren es Einzel-ausstellungen von Schiele und Kokoschka. Ihnen folgte eine Gemeinschaftsausstellung aller drei, und nun wird auch Klimt ein Solo zuteil. Der Lehrer folgt seinen Schülern.

Aber das ist kein Nachteil. Denn anders als bei Kokoschka und Schiele

sind bei Klimt die Zeichnungen fast immer Vorarbeiten oder Skizzen. Das gibt ihnen eine ungewöhnliche Spontaneität, die den Vorlieben der Zeit viel weniger Tribut zollt als die Gemälde. Manche dieser Skizzen wären deshalb ohne den Zusammenhang der Ausstellung zeitlich kaum einzuordnen. Dazu gehören "Der Stehende" oder die Männerköpfe (um 1915).

Die hundert Zeichnungen in Hannover zeigen den Weg Klimts vom akademischen Zeichner mit weichen, fast teigigen Formen zu einer souveränen Beherrschung der Linie. Dabei erweist sich selbst das Belläufige, Skizzenhafte nur zu oft als ausdrucksstärker als vieles, was in Ausstellungen gegenwärtiger Künstler zu sehen ist. (Bis 25. Nov.; München: 29. Nov. bis 27. Jan., dann Linz; Katalog 29 Mark, im Buchhandel 38 Mark)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Günter Rühle wird neuer Intendant in Frankfurt

DW, Frankfurt
Günter Rühle, der Leiter der Feuilleton-Redaktion der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", soll neuer Intendant des Frankfurter Schauspielhauses werden. Wie der städtische Kulturdezernent Hilmar Hoffmann mitteilte, tritt Rühle zu Beginn der nächsten Spielzeit die Nachfolge des bisherigen Schauspielers Adolph Dresen an. Der endgültige Beschluss zur Berufung Rühles soll bereits heute auf einer Magistratsitzung fallen. Rühle ist lange Jahre als Theaterrezensent und Theaterschriftsteller tätig gewesen.

Das Kölner Tanzarchiv soll verkauft werden

Bei Köln
Das Kölner "Tanzarchiv", die wahrscheinlich größte private, öffentlich zugängliche Bibliothek Deutschlands, wird voraussichtlich nach Holland verkauft. Das im Aufbau befindliche und von der Prinz-Bernhard-Stiftung finanzierte Central Dansteraad in Amsterdam hat Interesse an dem Archiv angemeldet. Kurt Peters, 69, bekannter Tanzpädagoge und Kritiker, hat in jahrzehntelanger Arbeit Tanzbücher, historische Dokumente, Programmhefte, Zeitschriften und Zeilungsausschnitte zusammengetragen. Jetzt sei ihm, sagte er, diese Woche gegenüber der WELT, die Arbeit der Systematisierung und ständigen Aktualisierung "über den Kopf gewachsen".

Die Stadt Köln, die nach Aussage des Kulturausschussvorsitzenden Dr. Klaus Heugel (SPD) das "Tanzarchiv" auch gem hätte, sieht kaum Chancen, dem niederländischen Angebot Paroli zu bieten. Sie hat nicht nur Mühe, den wahrscheinlich siebenstelligen Kaufpreis zu finanzieren, sondern auch geeignete Fachkräfte zu finden. In Amsterdam arbeiten bereits acht Bibliotheken mit Theaterkenntnissen.

„Jahresring 84-85“ mit Schwerpunkt „Türkei“

DW, Stuttgart
Zum 31. Mal legt der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie sein Jahrbuch für Kunst und Literatur vor. Der „Jahresring 84-85“ widmet sich dem Schwerpunktthema „Türkei“, wobei neben türkischen Autoren auch deutsche zu Wort kommen, die den Wechselwirkungen der beiden Kulturen nachspüren. Außerdem werden Vertreter der deutschen Gegenwartsliteratur mit neuen Texten vorgestellt, so Gabriele Wohmann, Walter Helmut Fritz und Ulrich Schacht, aber auch Ernst Meister mit seinen „Gedanken eines Jahres“ aus dem Nachlaß. Den Bereich Bildende Kunst decken Aufsätze über die Textilkunst, das Busch-Reisinger-Museum und das Museum of Modern Art in New York ab. Der Band ist bei der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, erschienen und kostet 32 Mark (278 S.).

„Bestanzaufnahme“ im TAT Frankfurt

Reg. Frankfurt
Das Frankfurter Theater am Turm veranstaltet den November über zum dritten Mal seine sogenannte „Bestanzaufnahme“. Eingeladen sind vor allem holländische Tanztheater-Gruppen wie die Bewegungsgroep Bart Stuyf, das Griftheater, die Stichting Dansproductie (mit Pauline Daniels), das Haarlem Mime Studio, das Pentah Theater sowie Kristina de Châtel. Außerdem gastieren Gerhard Bohner, Susanne Linke, Graziella Martinez und Jorma Uotinen auf ihren Solobühnen. Den Anfang der „Bestanzaufnahme“ machte die Company Vivienne Neufahrt am 2. November mit der Uraufführung von „Verschwinden mit dem Licht“. Noch einmal zeigt die Lackoon Dance Group ihre letzten Produktionen „Lokus“ und „Blaubart“ von Franz Hummel (Musik) und Rosamund Gilmore (Inszenierung).

Geiseltalmuseum Halle feiert Jubiläum

D. B. Halle
Das Geiseltalmuseum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle/Saale kann am 23. November sein 50jähriges Bestehen feiern. Es ist einer der bedeutendsten geowissenschaftlichen Sammlungs- und Ausstellungskomplexe in Mitteleuropa. Das Museum wurde am 23. November 1934 gegründet, um die in den Braunkohle-Tagebauen des Geiseltals bei Merseburg ausgegrabenen Wirbeltierfunde aus dem Tertiär (65 bis zwei Millionen Jahre) aufzunehmen. Die knapp 50 Millionen Jahre alte Fossilienfundstelle Geiseltal hat eine ästhetische Tierwelt wie die Grube Messel bei Darmstadt überliefert. Nach der Zahl der bisher bekannten Tierarten stellt das Geiseltal die Grube Messel sogar weit in den Schatten. Im Geiseltal wurden beispielsweise 130 Krokodilfossilien, etwa 450 Fossilien von Urpferden und 300 Tapirfossilien entdeckt.

Wien: „Cyrano de Bergerac“ à la Pavel Kohout

Kadetten mit Besenstiel

Der Kavaler schlägt sich am überzeugendsten für andere, nicht für sich. Das ist ja wohl der Grundgedanke in Edmond Rostands „Cyrano de Bergerac“. In der Übersetzung Ludwig Fildes etwas variiert: „Ich war immer der, welcher einbläst und im Schatten steht.“

Rostands Cyrano ist eine mythische Figur allein schon durch die Charaktereigenschaften, die ihm unterlegt sind: Raufbold, hundertfacher Sieger in Duellen, greift er den glücklichen Verehrer seiner Angebeteten nicht nur nicht an, obwohl ihn dieser seiner extremen Nasenlänge wegen verspottet, sondern steht ihm auch noch bei der Werbung um die Geliebte bei, weil sie ihn unerschuldlos geliebt hat, ihn zu schützen: Roxanes Glück ist ihm wichtiger als sein eigenes Schicksal.

Er leidet dem anderen durch geistvolle Belästigung seine dichterischen Fähigkeiten, um die Schöne zu gewinnen. Und selbst als der „Nebenbuhler“ stirbt, gesteht er ihr seine Mitwirkung nicht ein. Er bleibt verkannt, missliebig, eine tragische Figur wie so mancher Pollicinello. Deshalb läßt ihn auch der Regisseur der jetzt im Wiener Akademietheater aufgeführten Bearbeitung des Rostandschen Dramas durch Pavel Kohout eine kindliche Nase tragen.

Was die von Kohout selbst so benannte „kleine Fassung einer großen Komödie“ angeht, - sie währt über drei Stunden -, so greift sie wenig in das ursprüngliche Gefüge ein, bessert auch leider die mitunter recht banalen Reime nicht, wie man es vom Dichter Kohout erwartet hätte, zeichnet sich aber dadurch aus, daß sie eine ganze Reihe von Nebenfiguren und den gleichen Darstellern besetzt und damit die Personen auf sieben reduziert. Diese Mehrfachdarsteller haben jeder in seiner Weise prominent: Andrea Eckart und die Herren Florian Tziewehr, Thomas Stroux und Karl Yngvadottir.

Interessant an der Kohout-Fassung vor allem, was der Regisseur, der Flaming Walter Tillemans, der den „Cyrano“ schon einmal in Antwerpen gegeben hat, mit dem Stück anfangt. Er geht bewußt von der Unwahrscheinlichkeit der Handlung aus, die frühere Theaterbesucher immer wieder als unglaubwürdig empfanden, und macht sie heutigen Zuschauern dadurch „gläubig“, daß er sie

ganz modern - ins Absurde abwandelt.

Rostand, der immerhin 1868 geboren ist und seinen „Cyrano“ 29jährig geschrieben hat, wird also hier unversehens zum ersten Vertreter des absurden Theaters, womit alle Unzulänglichkeiten hinfällig werden. Bewußt kleidet Tillemans sämtliche Figuren um Cyrano herum in Weiß (mit weißen Incredibles-Hüten) - sie sind „Zeichen des Irrealen“ - während „der Aussteiger“ Cyrano farbig gekleidet bleibt, mit phantastischen Anklängen an die heutige Punkermode. Er ist sozusagen ein bunter Hund, der in kein Schema paßt.

Joachim Büßmeier spielte ihn besonders in der Festszene mit unübertrefflicher Sicherheit (Florian Tziewehr in einer seiner fünf Rollen zeigte sich als sein Partner nicht minder gewandt). Elisabeth Augustin gab ausdrucksvoll die unworbene Roxane, die allein durch die Macht der Dichtung verführt wird, am Ende aber bei sich selbst etwas ab. Da trug sie, tiefverleiert, ein schulterfreies Trauerkleid, was man dem sonst recht verstellten Kostümbildner Bob Verheist nicht gern abnahm.

Im übrigen blieb die Bühne ziemlich leer, entsprechende Regieanweisungen gab ein zyklischer Sprecher, der Bäume und Büsche lediglich verbal auf die Bühne zauberte. Nur der in der Hauptszene mitwirkende Balkon mußte wohl oder übel konkretisiert werden.

Der Phantasie waren im übrigen keine Grenzen gesetzt. Die tapferen Gascogner Kadetten, die Blondinen und die Brunetten, schossen mit Besenstielen - ganz im Sinne des historischen Cyrano, der ja ein Dichter von großer Phantasie gewesen ist, wie nicht zuletzt seine allerbeste „Mondreise“ beweist, wo Tier und Pflanze besetzt sind und der auf dem Mond lebende Kahlkopf frei von der Erbse ist.

Das Bühnenbild hatte der Regisseur selbst übernommen, eine erfreuliche Personalunion, solange es kein (zu malendes) Bühnenbild gibt. Eine großartige Leistung war der seitlich gehaltene, von der oberen Begrenzung der Bühnenrückwand zur Rampe hinunterreichende Leinwandvorhang, der die jeweils kommende Szene enthielt und am Ende, wie die Wellen des Schicksals über das Geschehen hinweg, waldend wieder hochgezogen wurde.

ERIK G. WICKENBURG

„Rembetiko“, ein Film des Griechen Costa Ferris

Wenn das Banjo weint

Seinen rätselhaften Titel „Rembetiko“ trägt der Film des griechischen Regisseurs Costas Ferris aus gutem Grund. Er ist ein hohes Lied auf die traditionelle musikalische Form, die diesen Namen führt und mit der man auf diese Weise eine gründliche Bekanntschaft schließen kann. Von ungefähr waren einem ihre Töne schon von anderen Filmwerken mit einem folkloristischen Hintergrund vertraut, doch hier kann man am Schicksal der Sängerin Marika (von Sotiria Leonariou höchst überzeugend verkörpert) die Entwicklung über mehrere Jahrzehnte verfolgen, zugleich mit der leidvollen Geschichte der Griechen.

Heimweh und Galgenhumor wechseln in den Liedern, die an den Blues, den Fado oder die Zigeunermusik erinnern, einander ab. Das Ensemble, mit Banjo- und mandolinartigen Instrumenten, sitzt in zwei langen Reihen, in der Mitte zwei oder drei Vorsängerinnen; eine von ihnen ist der Star, dessen Name plakatiert wird.

Marika ist ein solcher Star. Wir erleben, wie sie statt des erwarteten und schon gefeierten Sohnes auf die Welt kommt, wir erleben auch, wie sie als Vierjährige ihren Schmerz über eine gräßliche Familienszene in einem verhaltenen Tanz zu Rembetiko-Klängen auszudrücken sucht. Bald darauf wird sie mit den Eltern aus Smyrna vertrieben und macht ihre ersten Schritte im Schausteller- und der Seite eines Zauberkünstlers. Ihren beruflichen Aufstieg und ihre lei-

denschaftlichen Beziehungen zu drei oder vier Männern zeigt der Hauptteil des Films, immer unterbrochen durch Wochenschaustreifen, aus denen der Fortgang der Weltgeschichte und seine bedrohliche Auswirkung auf die griechischen Vertriebenen zu sehen ist, die in Athen, in Saloniki und schließlich in Chicago eine neue Heimat suchen.

Das alles ist mit sparsamen Dialogen in eine Kette von Rembetiko-Darbietungen eingegliedert, so daß Text und Musik nicht voneinander zu trennen sind. Aus diesem Grunde hat man in der Bundesrepublik das Wagnis einer Synchronisation gar nicht erst unternommen, sondern sich mit deutschen Untertiteln begnügt, was der künstlerischen Qualität zugute gekommen ist, aber sicherlich dem kommerziellen Erfolg des in Berlin mit dem Silbernen Bären ausgezeichneten Films im Wege stehen wird.

Zum Schluß kehrt Marika nach Griechenland zurück, jedoch nur, um zu sterben. Ihr Begräbnis wird noch einmal zu einer großen Szene. Man sieht alte Männer zum Rembetiko tanzen, ihre billigen Konfektionsjackets zu häßlichen Buckeln hinaufschleudern, die unansehnlichen Filzhüte auf dem Kopf, und dabei von einer unendlichen Würde und Trauer und von einer musikalischen Intensität, schier zum Zerreißten gespannt, wie die Geigensaiten, auf denen die wehklagende Begleitung erklingt.

HELLMUT JÄESRICH



Ein Leben für die Musik: Nikos Kologeropoulos und Sotiria Leonariou in dem griechischen Film „Rembetiko“ FOTO: DIE WELT

Béart in Stuttgart: „Die Stühle“ nach E. Ionesco

Vorgetanzte Lebenslüge

Das reine Abakadabra. Die schiere Hexerei. Zwei Tänzer. Eine leere Bühne. Drei Dutzend Stühle - und ein paar weitere Dutzend hängen, dekorativ gebündelt, vom Schnürboden. Wagner-Musik rauscht auf: Vorspiel und Liebestod aus „Tristan und Isolde“. Man merkt: Maurice Béart ist am Werk. Für Marcia Haydée und John Neumeier imaginäre Ionescos „Die Stühle“ in Stuttgart. Hamburg wird sie später sehen.

Die Kollaboration von Béart in Brüssel mit Neumeier in Hamburg und Marcia Haydée in Stuttgart hat so etwas wie ein „goldenes Dreieck des Tanzes“ entstehen lassen. Freilich: Das Orchester schlankweg nach Hause gehen zu lassen und die „Tristan“-Musik nur vom Tonband zu zapfen, ist für ein Opernhaus, wie renoviert und renommierter es auch sei, ein starkes Stück.

Natürlich lehnt sich Béarts Entwurf zu den „Stühlen“ bei Ionesco nur vorsichtig an. Er greift hier und da einige Textzeilen heraus. Die Neumeier oder Haydée aufpassen dürfen: Altengraunze ohne tieferen Sinn und Verstand. Denn das Paar blickt zurück auf die verpassten Chancen der Jugend, die unerfüllten Hoffnungen und läßt sie als Illusion Wirklichkeit werden. Die leeren Stühle füllen sich unsichtbar mit Traumfiguren. Die Alten heißen sie dankbar willkommen, hofieren sie, die Devotion in Person. Das Zeremoniell der kunstreichen Lebenslüge entfaltet sich reich - im Wort.

Der Tanz kann nicht ausdrücken, was Ionesco sagen will. Aber das will auch Béart nicht. Ionesco ist ihm nur Ausgangspunkt zur Aufschörung der Einsamkeit des Alters. Keiner, schließlich, altert so früh und so trist wie gerade der Tänzer. Darum könnte man sich durchaus ein Ionesco-Ballett denken, in das sie alle hinein-tappern: Die traurigen Altstars, Nure-

jew an der Spitze, allen voran. Hinter ihm aber die Abgehalfterten, Umgeschulten, vorsorglich Gekündigten, Erniedrigten und Beleidigten der Tanzkunst, als Maskenbildner, Souffleusen, Inszenisten weiterbeschäftigt. Ein Alptraum-Stück zeitgenössischen Tanztheaters. Aber an ihm blickt Béart willentlich vorbei. Er offeriert Stars Möglichkeiten zur künstlerischen Exhibition, und Marcia Haydée wie Neumeier nutzen sie auf atemberaubende Weise.

Beide, freilich, sind viel zu jung, zu leuchtend. Im Grunde wären „Die Stühle“ ein Stück für Merce Cunningham und Palucca, für Lufar mit der Culberg. Auch die Wagner-Musik in ihrem sich bäumenden Sensualismus klingt für dies Ballett viel zu jung.

Die Haydée ist von gespenstischer Anmut. Ein bißchen vom holden Irrsinn ihrer Blanche aus „Endstation Sehnsucht“ ist auch in diese Semirame Ionescos eingegangen. Sie ist ein Hexenmeister der tänzerischen Anspielung. Sie sitzt da wie Cleopatra, die hingelagerte Verführung von Kopf bis Fuß, und klappelt gleich darauf zusammen zur Lächerlichkeit einer komischen Alten, die gleichzeitig tiefgründig ist.

Neumeier steht ihr nicht nach. Er zeigt deutlich, wie erfreulich fern ihm das Greisentum ist. Aber Erkenntnistrauer liegt ihm dennoch schon drückend im Nacken. Seine Interpretation hat nicht Alter, wohl aber Gewicht. Und so ist es auch bei der Haydée. Gemeinsam erzeugen beide für kurze Zeit die Illusion einer Verpuppung im Alter, aus der schmetterlingsgleich freilich im nächsten Augenblick wieder Romeo und Julia schlüpfen werden. Über den Tod reize beide auf Béarts „Stühlen“ ohne innere Anfechtung triumphierend hinweg. Dafür gab es rauschenden Beifall. SAUL K. TIGEL

KULTURNOTIZEN

Höhlenmalereien, die schon 12 000 Jahre alt sind, haben Archäologen in der südargentinischen Provinz Santa Cruz gefunden.

Alain Corbins „Pesthauch und Blüthenputz“ ist von der Darmstädter Jury zum Buch des Monats November gewählt worden.

Das Deutsche Krebsforschungs-

zentrum in Heidelberg feiert dieser Tage seinen zwanzigsten Geburtstag. Sonia Delaunays Lithografien und Radierungen zeigt das Rheinische Landesmuseum in Bonn bis zum 9. Dezember.

Judith Herzberg (50), Schriftstellerin aus Amsterdam, ist mit dem Joost-van-den-Vondel-Preis ausgezeichnet worden.



Alan Walker, Anatomieprofessor an der Johns Hopkins Medical School in Baltimore, bestimmt im Nationalmuseum von Nairobi die Fossilien des neu entdeckten Homo-erectus-Fundes Nummer: WT 15 030 vom Lake Turkana in Kenia (oben); rechts der rekonstruierte Schädel des 1,6 Millionen Jahre alten Menschen. FOTO: DPA

In Kenia wurde das fast vollständige Skelett eines Homo erectus gefunden

Wir stammen doch aus Afrika

Von RUDOLF ZEWEILL

Richard Leakey, Direktor des Nationalmuseums von Kenia, und der amerikanische Anatomieprofessor Alan Walker bestimmen, messen und ordnen zur Zeit einige Dutzend Knochen und Knöchelchen, deren Auswertung die Anthropologen in der ganzen Welt mit Spannung erwarten. Sie dürften nämlich die Wissenschaft einen Schritt weiterbringen in der Frage: Wie haben unsere Vorfahren wirklich ausgesehen, und wo stand die Wiege der Menschheit?

Leakey und sein Team haben am Lake Turkana, dem früheren Rudolfsee, das fast vollständige, vermutlich 1,6 Millionen Jahre alte Skelett eines etwa 1,6 Millionen Jahre alten Homo erectus ausgegraben – eine Sensation. Denn bisher waren nur Fragmente dieses frühen Menschentyps gefunden worden, aus denen dann auf die Gestalt geschlossen wurde.

Begonnen hat die „Geschichte“ des Homo erectus (das bedeutet aufgerichtet Mensch) bereits vor 90 Jahren. 1894 erschien in Batavia, dem heutigen Jakarta, eine Schrift mit dem spärlichen Titel „Pithecanthropus erectus, eine menschenähnliche Übergangsform aus Java“. Der Autor, Eugene Dubois, ein holländischer Militärarzt, beschrieb darin mehrere Fossilfunde, die er an einem Flußufer in Kedondong gemacht hatte, darunter ein Schädelknochen und einen Oberschenkelknochen. Dubois war überzeugt, das „missing link“, das

Zwischenglied, die Übergangsform vom Affen zum Menschen gefunden zu haben. Das Buch wurde zum Zankapfel für die Anthropologen.

Das „missing link“ war es nicht, das Dubois fand. Es war aber doch der erste Fund von Überresten eines menschlichen Wesens, das ungleich älter sein mußte als der 1859 bei Düsseldorf gefundene Schädel eines Neandertalers, der bekanntlich vor etwa 50 000 Jahren lebte und schon ein Homo sapiens war – wie wir.

Erst die folgenden Jahrzehnte sollten weitere Aufschlüsse über den Homo erectus geben, der über ein Gehirnvolumen von 900 bis 1225 Kubikzentimeter verfügte (beim heutigen Menschen beträgt es 1350 bis 1450 Kubikzentimeter), dessen Differenzierung jedoch weitaus geringer war. Im Körperbau aber ist der Homo erectus unser direkter Vorfahr – er hatte ein mit dem heutigen Menschen nahezu identisches Extremitätenskelett. Auch Zähne und Nasenöffnung sind ähnlich. Allerdings unterscheiden sich von jenem unter anderem noch durch die starken Wülste über den Augen, die flachere Stirn und extrem dicke Schädelknochen.

Die Funde von Fossilien des Homo erectus durchziehen wie ein roter Faden die Geschichte der Anthropologie: Homo erectus pekinensis – China 1927, Homo erectus modjokertensis – Java 1936 (1,9 Millionen Jahre), Omo – Kenia 1973 (1,8 Millionen Jahre).

Die zeitliche Einordnung des Ho-

mo erectus, der sozial und technologisch auf sehr unterschiedlichen Stufen der Evolution steht, aber schon Steinwerkzeuge herstellte, ist schwierig. Während der Fund von Mauer (Homo heidelbergensis, 320 000 bis 450 000 v. Chr.) von einigen Forschern noch als erectus bezeichnet wird, meinen andere, er sei schon ein Homo sapiens. Dasselbe gilt für die Funde von Vertessölös (Ungarn) und Petralona (Griechenland).

Doch vor allem um die Frage, wo der älteste Mensch lebte, wird erbittert gekämpft. Während der deutsche Paläontologe Ralph von Koenigswald für Java als Ursprungsland plädiert, hat Leakey durch diesen neuen Fund in Kenia ein weiteres stichhaltiges Argument für Afrika geliefert.

Die Forschungsarbeit in Afrika – vor allem seit dem Fund der „Lucy“ (Homo afarensis) in Äthiopien durch Donald Johanson vor genau zehn Jahren, im November 1974 – hat ergeben, daß nur in diesem Kontinent eine lückenlose Dokumentation aller heute bekannten Hominiden vorliegt.

So ist denn auch Christian Vogel, Professor für Anthropologie an der Universität Göttingen, überzeugt: „In Afrika liegt der Ursprung des Menschen – man wird darum nicht mehr herumkommen.“ Damit ist aber immer noch nicht die Frage beantwortet, wie der Mensch nach Europa gekommen ist. Nur das scheint ziemlich sicher: Es dürfte nicht viel länger her sein als 500 000 Jahre.



Das Modell des Pithecanthropus erectus, das der Militärarzt und Paläontologe Eugene Dubois 1897 aus mehreren Fossilien, die er an einem Flußufer auf Java gefunden hatte, rekonstruierte. Heute ist es im Naturhistorischen Museum der niederländischen Stadt Leiden. FOTO: DIE WELT

Verpflanzung tierischer Organe bald Routine?

poli. Wien
In spätestens zehn Jahren wird die Transplantation tierischer Organe in den menschlichen Organismus zur medizinischen Routine gehören. Diese Ansicht vertritt Österreichs führender Transplantationschirurg, der Innsbrucker Professor Raimund Margreiter. Während eines Vortrages in Linz (Oberösterreich) erklärte der Chirurg, daß die Verpflanzung künstlicher Organe keine Zukunft habe. Er selbst plane zwar vorläufig noch nicht die Verpflanzung tierischer Organe, verfüge jedoch diese Entwicklung, die am 26. Oktober dieses Jahres mit der Verpflanzung eines amerikanischen Babys eine neue Ära eingeleitet habe, mit großem Interesse.

Wintersaat verzögert

dpa, Hamburg
Die Ernteaussäße und -schäden beim Getreide durch den zu feuchten und kalten diesjährigen Sommer haben sich nur regional ausgewirkt und das Gesamtergebnis nicht berührt. Das nasse Herbstwetter der vergangenen Wochen beeinträchtigt in vielen Gebieten der Bundesrepublik die Kartoffelernte und verzögerte auch die Winterrisssaat. Dies wurde vom Bundeslandwirtschaftsministerium bestätigt. Danach wird die Getreidernte etwa 28 Millionen Tonnen einbringen (im Vorjahr 23 Millionen) und damit einen Spitzenplatz einnehmen.

Tornado abgestürzt

AP, Schweinfurt
Ein Kampfflugzeug der britischen Luftwaffe vom Typ „Tornado“ ist gestern in der Nähe von Wipfeld im Landkreis Schweinfurt abgestürzt. Beide Piloten konnten sich mit Schleudersitzen retten. Die Absturzursache ist ungeklärt.

MBB baut für Disneyland

dpa, München
Der bayerische Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) in München baut Schwebebahnen für Disneyland. Der Auftrag hat ein Volumen von 9,5 Millionen Dollar (28,5 Mill. Mark).

Volle Witwenrente

AP, Kassel
Das Bundessozialgericht in Kassel hat jetzt entschieden, daß eine Witwe die volle Witwenrente aus der Sozialversicherung ihres verstorbenen Ehemannes beanspruchen kann, obwohl der Mann vorher schon einmal verheiratet war. Der Mann zählte zu Lebzeiten seiner ersten Frau aber nur monatlich 60 Mark Unterhalt. Dieser Betrag liegt nach Feststellung des Gerichts unter der Geringfügigkeitsgrenze (AZ: 11 RA 60/83).

Ärzte legen Honorare offen

dpa, Frankfurt
Kassenpatienten einiger hessischer Kreise können vom Beginn der nächsten Jahre an Einblick in die Abrechnung der Ärzte an ihre Krankenkassen erhalten. Dieser Modellversuch der kassenärztlichen Vereinigung soll den Patienten einen Überblick über Leistungen ihrer Ärzte und das Honorar dafür geben.

Reizgaswolke über Genf

dpa, Genf
Eine Wolke von Bromgas, die aus einer Dufstoff-Fabrik entwichen war, brachte am Donnerstag die Aktivität eines ganzen Stadtviertels von Genf fast zum Erliegen. Das Gebiet mit sonst starker Geschäftstätigkeit wurde von der Polizei vorübergehend abgeriegelt. Bromgas ist nicht giftig, kann aber zu starken Hals- und Augenreizungen führen.

„Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Ulrich Himmels, Hainburg, bei.“

ZU GUTER LETZT

„Ein Puma zwingt sich im Sinne des § 34 Abs. 1 BtMG in die Eigenart einer fast ausschließlich durch Wohnbebauung geprägten Umgebung nicht ein. Ein Puma ist kein Kleintier im Sinne des § 14 Abs. 1 S. 2 BauNVO“. Aus einem Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts.

Deutschlands teuerste Blaupause

Münchens Flughafen II beschäftigt jetzt auch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

PETER SCHMALZ, München
Bayerns höchste Verwaltungsrichter verhandeln seit gestern in Saal V des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes über ein Milliardenprojekt, das eigentlich schon zu Münchens Olympischen Spielen 1972 betriebsfähig sein sollte, an dem aber noch heute nicht gebaut wird und das sich mit dem zweifelhaften Ruhm schmücken darf, das bisher größte Verwaltungsgerichtsverfahren der deutschen Rechtsgeschichte heraufbeschworen zu haben: der geplante Flughafen München II im Erdinger Moos nördlich von München.

Es soll der letzte Neubau eines deutschen Großflughafens werden, sozusagen das Luftkreuz im deutschen Süden. Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann (CSU) wünscht ihn sich sehnlichst herbei als weitere Attraktion des wirtschaftlich prosperierenden Münchener Großraums. Und für Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) ist der neue Airport längst überfällig, um einige hunderttausend Münchner im Osten der Stadt vom Fluglärm des veralteten und mit einer

Startbahn längst zu kleinen Münchener Flugplätzen Riem zu befreien.

Die Kläger halten das Vier-Milliarden-Projekt in den nebeligen Milliarden zwischen den Kreisstädten Erding und Freising für überflüssig: Riem könnte ausgebaut und der Fluglärm dennoch reduziert werden, wenn die lästige drohenden Privatflieger auf einen anderen Flugplatz bei München ausgelagert würden.

In der ersten Instanz wurden ihre Klagen 1981 jedoch weitgehend abgelehnt, und die Flughafengesellschaft begann nach diesem Urteil mit den ersten Geländearrondierungen und Grundwasserentkungen. Am Gründonnerstag jenes Jahres verfügte aber der 20. Senat des Verwaltungsgerichtshofes überraschend einen Baustopp: Der Airport sei mit drei Lande- und Startbahnen überdimensioniert, außerdem hätten Wirtschaftsmärkte Jaumann und ein Beamter seines Hauses unrechtmäßig am Planfeststellungsbeschluss mitgearbeitet.

„Wir haben uns damals ziemlich weit aus dem Fenster rausgehängt“, kommentierte Senatsvorsitzender

Friedrich Lietzow gestern den drei Jahre alten Baustopp. Derselbe Senat, der jetzt über die 24 Musterklagen verhandeln muß, hat sich deshalb vorerst Zurückhaltung auferlegt und läßt keine Sympathie für die eine oder andere Seite erkennen.

Immerhin hatte die Flughafengesellschaft als Bauherrin auf das Stopplicht der Verwaltungsrichter unverzüglich reagiert, einen neuen Bauplan vorgelegt und von der Regierung von Oberbayern dafür einen neuen Planfeststellungsbeschluss erhalten. Der künftige Flughafen ist demnach von 2054 auf 1387 Hektar Gelände und von drei auf zwei Bahnen reduziert.

Von dem gestern begonnenen und vorerst 20 Tage terminierten Prozeß erhofft sich die Flughafengesellschaft zwei positive Aussagen: Der reduzierte Plan soll als verwaltungsrechtlich einwandfrei erklärt und der Baustopp soll aufgehoben werden. Geschiedt dies, können die Baumaßnahmen nach Frostdenken im nächsten Frühjahr erneut anriicken. Dann könnte 1990 die erste Maschine im Erdinger Moos landen.

Schon beim ersten Schuß voll ins Ziel getroffen

Die europäische Rakete Ariane startet heute nacht ins All

W. WESSENDORF, Kourou
Erzählen Sie mal einem Urwaldindianer, was eine Rakete ist“, sagt Jean-Claude Legal, Direktor des Raumfahrtzentrums in Kourou (Französisch-Guayana). Der Startdirektor für die Ariane-Raketen unternimmt tagelange Expeditionen in den Urwald. „Am Lagerfeuer versuche ich es den Ureinwohnern klarzumachen“, erzählt Legal: „Eine Rakete ist so hoch wie vier Pyrenen, und man macht Feuer unter ihnen, damit sie in den Himmel fliegen.“ Allerdings verstünden die Indianer nicht den wirtschaftlichen Zweck der Raketen.

Um so besser wissen es die Raumfahrtexperten von Arianespace. In der Nacht von heute auf morgen starten sie deshalb wieder eine Ariane vom Typ III. Es ist die zweite der zur Zeit leistungsfähigsten Version in dieser Raketenfamilie. Die europäische Träger Rakete soll um 21.49 Uhr Ortszeit (1.49 MEZ) von der Startrampe abheben. Wie Klaus Isenhardt, stellvertretender Generaldirektor der Arianespace, am südamerikanischen Startplatz mitteilt, läuft der Countdown wie vorgesehen.

Mit der Entwicklung der HM-7-Schubkammer für das Triebwerk der dritten Stufe haben die Techniker von Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Ottobrunn und Erno in Bremen den höchsten Innovationsanteil in das Ariane-Programm eingebracht. Die zweite Stufe der Rakete wird ebenfalls bei MBB-Erno gebaut.

Billigere Ferngespräche

Ariane III soll mit zwei Satelliten abheben: dem Seefunk-Satelliten Marecs-B 2 für die weltweit operierende Inmarsat-Organisation und zum zweiten Mal einen Satelliten des Kommunikationskonzerns GTE Spacenet.

Marecs-B 2, vom europäischen Satelliten-Konsortium MESSE (Matra, Erno, Saab, British Aerospace) im Auftrag der ESA (European Space Agency) gebaut, wird von der Inmarsat betrieben und für Nachrichtenübermittlung und Navigation in der Handelschiffahrt eingesetzt.

Spacenet 2 soll dem Kommunikationskonzern GTE in erster Linie für Ferngespräche auf dem nordamerikanischen Kontinent dienen. Ein Sprecher des Unternehmens mit Hauptsitz in Connecticut: „Die Gespräche werden künftig billiger und ihre Qualität besser.“

LEUTE HEUTE

Natürliches Forum

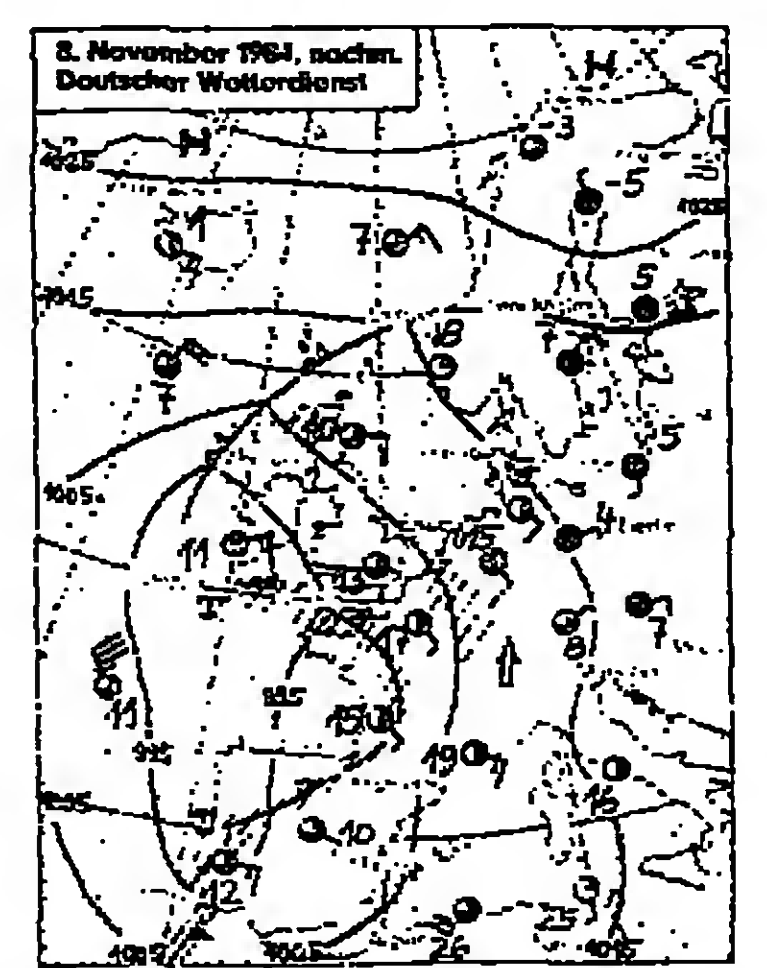
Die Lady zog den kürzeren: Geschieden wird Denise Baronin v. Thyssen-Bornemisza (43), Wahl-Zürcherin, von ihrem Mann in England. Dort harret Hans Heinrich Baron v. Thyssen-Bornemisza (63), Schweizer Staatsbürger, seiner Frau. Es geht um 300 Millionen Mark. Die Schweiz ließ sich Baronin Thyssen vernehmen, sei das „natürliche Forum“ für die Scheidung. Zusatzmotivation: Rechtlich lassen Eidgenossen geschiedene Frauen höhere Vermögensanteile als Gentlemen. Die Londoner Berufungsinstanz entschied gestern: Denise ist unser Fall.

De Lorean bettelt

Der Exproduzent schicker Automobile und von der Anklage des Rauschgiftsmuggels freigesprochenene Bankrottteur John J. De Lorean geht jetzt per Zeitungsinserat betteln. In einer ganzseitigen Anzeige im „Herald Examiner“ in Los Angeles bittet er um Spenden von „fünf bis zehn Dollar“ – für seine Anwaltschulden.

WETTER: Nur im Westen mild

Wetterlage: Während die Westhälfte Deutschlands von schwachen Tiefausläufern, die milde Mittelmeerrluft heranzuführen, gestreift wird, verbleibt der Osten und Süden unter Hochdruckeinfluß.



Vorhersage für Freitag:

Im Westen und Nordwesten veränderliche, zeitweise starke Bewölkung. Im wesentlichen niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 12 bis 15 Grad, nachts 9 bis 5 Grad. Mäßiger Südwind. Im übrigen Bundesgebiet teils neblig-trüb, teils aufgeheitert. Tageshöchsttemperaturen 6 bis 10 Grad. Nachts 3 bis null Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

In der Westhälfte leichte Regenfälle, im Osten weiterhin neblig-trüb, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:			
Berlin	4°	Kairo	23°
Bonn	13°	Köpenh.	9°
Dresden	11°	Las Palmas	22°
Essen	15°	London	13°
Frankfurt	8°	Madrid	18°
Hamburg	7°	Mailand	12°
List/Sylt	9°	Mailorca	23°
München	8°	Moskau	0°
Stuttgart	11°	Nizza	19°
Algier	26°	Oslo	6°
Amsterdam	11°	Paris	17°
Athen	22°	Prag	6°
Barcelona	19°	Rom	16°
Brüssel	14°	Stockholm	7°
Budapest	11°	Tel Aviv	25°
Bukarest	10°	Tunis	25°
Helsinki	5°	Wien	7°
Istanbul	17°	Zürich	11°

Sonnenaufgang* am Samstag: 7.31 Uhr. Untergang: 16.40 Uhr. Mondaufgang: 17.28 Uhr. Untergang: 9.21 Uhr *in MEZ, zentraler Ort Kassel

DIT-Spezialität:

INTERNATIONALER RENTENFONDS

Wenn die Zinsen sinken, steigen die Kurse!

Gemessen am Grad der wirtschaftlichen Entwicklung sind die Zinsen weltweit hoch. Vor allem in den USA mit Renditen von 12% und mehr. Mäßigung im Wachstum, Bemühungen um mehr fiskalische Disziplin sowie fortschreitende Preisberuhigung sprechen gerade dort für eine weitere Entspannung am Kapitalmarkt.

Kaufen Sie jetzt Anteile des INTERNATIONALER RENTENFONDS. Er besteht zu mehr als 80% aus Fremdwährungsanlagen, überwiegend amerikanische Bonds. Sie sichern sich damit hohe Erträge auch für morgen. Hinzu kommt die Chance, bei sinkenden Zinsen Kursgewinne zu erzielen. Sprechen Sie mit Ihrem Wertpapierberater bei der

Dresdner Bank, der HYPO-BANK, der BHI oder der Westfalenbank.

DIT DEUTSCHER INVESTMENT-TRUST, Postfach 100736, 6000 Frankfurt 1



DIT-GESELLSCHAFT: DRESDNER BANK UND HYPO-BANK

Australien: Goldgräber in der Geisterstadt Kalgoorlie

Seite III

Angebote für die Festtage (I): Von Nizza bis New York

Seite III

Andorra: Zwergstaat hinter den sieben Bergen

Seite V

Zwischen Sigmaringen und Beuron Burgen längs der Donau

Seite V

Ausflugstip: Dettelbach in Franken – ein Weinort voll Wunder

Seite VIII



Annecy / Frankreichs Venedig am glasklaren See

Annecy
in Savoyen

Die Skistationen Savoyens sind mittlerweile auch hierzulande bekannt. Das Land westlich davor jedoch, das französische Voralpengebiet mit den beiden großen Seen, dem Lac d'Annecy und dem Lac du Bourget, wartet noch auf seine Entdeckung. Die D-Schilder sind schnell gezählt, wenn man in Annecy einen Einkaufsbummel macht oder im Kurviertel von Aix-les-Bains nach einem Parkplatz sucht. Vielleicht liegt das daran, daß Savoyen etwas abseits der großen Touristenpfade liegt, die zu den Stränden des Südens führen, und auch keine dreisternen Kathedralen und Schlösser aufzuweisen hat, die man als Kunstbesessener „ganz einfach gesehen haben muß“.

Annecy, die Hauptstadt des bergigen Départements, liegt am Nordufer des nach ihm benannten Sees, etwa 50 Kilometer südlich von Genf, und ist über die Nationalstraße oder die Autobahn schnell zu erreichen. Die Stadt mit ihren Häusern aus vielen Jahrhunderten, mit ihren Inseln, Brücken und Plätzen, gehört zu den schönsten Frankreichs und ist als Alters- oder Zweitwohnsitz sehr begehrt. Die Seepromenade erstreckt sich endlos, Kolonnen von Gärtnern kümmern sich um die Anlagen, in denen es bis spät in den November blüht.

Das Palais de l'Isle, ein trutziger zum Teil aus dem 12. Jahrhundert stammender Bau, der in der Altstadt zu schwimmen scheint, beherbergt heute ein Museum. Auch die Kirchen sind sehenswert – nicht nur die Kathedrale Saint Pierre, in der Jean Jacques Rousseau als Chorknabe sang. Vergnügen macht der Bummel durch die Fußgängerzonen der Altstadt. Wenn in der Hochsaison die Häuser über den Arkaden der Rue du Paquier oder der Rue Sainte-Claire die Tageshitze ausatmen, ist im Geschiebe der Touristen und der Einheimischen an den Tischen der Straßenrestaurants, der Cafés und der Crêperies schwer vorbeizukommen. Jetzt, im späten Herbst, ist es in den Bistros entlang der Kanäle ruhiger geworden. Ein Tip für kühlere Abende ist das „Fret“ in der Rue de l'Île, wo man zu vernünftigen Preisen savoyardische Käsesorten, zubereitet als Ra-

clette und Fondue, probieren kann. Der „Aprémont“, ein trockener Weißwein der Region, mündet besonders gut dazu.

Sanatoriumsstile kann man im heiteren, lebendigen Annecy mit seinen 52 000 Einwohnern nicht unbedingt erwarten. Ein ruhiges Ferienquartier findet man eher in einem der Dörfer der Umgebung, vor allem am Ostufer des Sees. Als schönster Ort am Lac d'Annecy empfiehlt sich Talloires. Es liegt an einer Bucht, die der

mächtige Roc de Chère bildet, ein ins Wasser gefallener Fels. Talloires verbindet Tradition mit dem diskreten Charme von Grundbesitz und stilvoller Gastronomie. Eine Gedenktafel im Hotel „Le Cottage“ erinnert daran, daß Napoleon III. 1860 mit Kaiserin Eugénie sich die Ehre gab. Seit der Zeit scheint sich hier nicht allzuviel verändert haben.

Die Konstrukteure von Betonburgen hatten in Talloires, aber auch in den übrigen Orten am See, bislang keine Chancen. Da auch nur wenige

Privatzimmer angeboten werden, hält sich die Zahl der Fremden in Grenzen und die Touristen fallen im Ortsbild kaum auf. Wenn man nach dem Abendessen an efeuberankten Mauern entlangläuft oder den Anglern an der Dampferanlegestelle zusieht, hat man als Gast schnell das Gefühl, schon fast dazu zu gehören.

Talloires ist auf eine ganz altmodische Art chic. In der Hotellerie sind alle Kategorien und Preisgruppen vertreten. Empfehlenswerte Fami-

lienpensionen sind beispielsweise „Villa des Fleurs“ und „Les Grillons“. Häuser der Luxusategorie, die sich durch eine angenehme Atmosphäre und schöne Ausstattung auszeichnen und in denen man für Vollpension rund 150 Mark veranschlagen muß, gibt es ebenfalls in Talloires.

Da gibt es die „L'Auberge du Pere Bise“, den renommierten Gourmettempel, der laut Beurteilung des Guide Michelin „einen Umweg verdient“. Wer aber einem Menü in der Preisklasse zwischen 90 und 150 Mark

nicht genug Geschmack abgewinnen kann, der sollte einfach bei einer Tasse Tee am Nachmittag die wunderbare Seeterrasse und den gepflegten Garten genießen.

Für die, die schon immer einmal in einem stimmungsvollen Klostergarten speisen wollten, ist das Hotel „L'Abbaye“, eine ehemalige Benediktinerabtei, das richtige. Gobelins, Deckenbalken aus Eichenholz, alte Bilder und funkelndes Silber sorgen im Restaurant für Atmosphäre. Gleich nebenan liegt „Le Cottage“, ein Komplex von mehreren alten Villen, die über ein großes Terrain verstreut sind. In diesem hervorragend geführten Haus wird der Gast verwöhnt. Auch hier sitzt man bei gutem Wetter zu den Mahlzeiten auf einer Terrasse mit Blick über den See, nicht etwa unter Sonnenschirmen, sondern unter gestutzten Platanen.

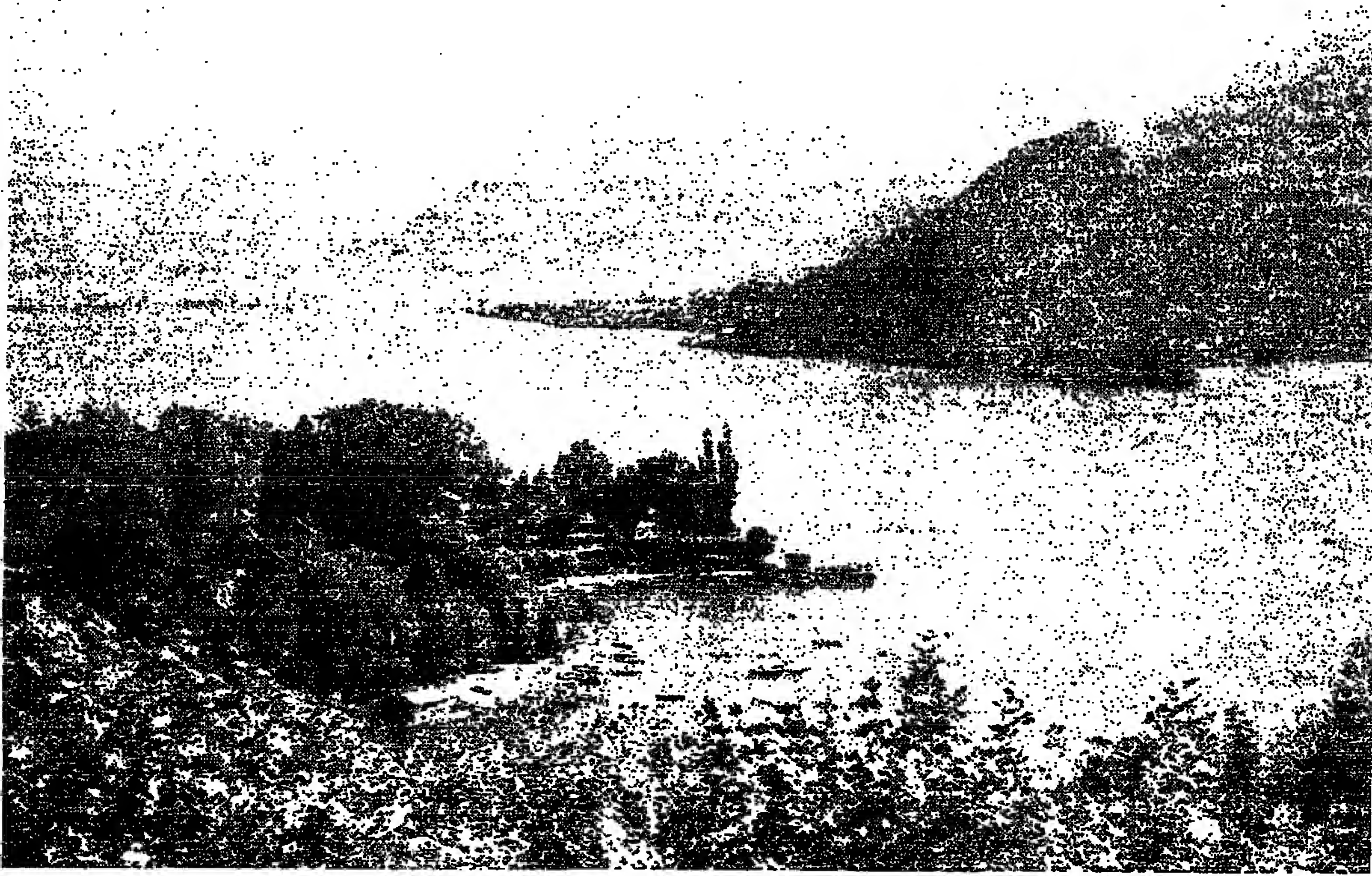
Da die D 908a einen Bogen um Talloires schlägt, hat man es zumindest nachts sehr ruhig. Auf das Auto können Urlauber hier kaum verzichten. Busse und Schiff fahren nicht immer, wohin und wann man will – und die Umgebung will entdeckt sein.

Ein „Muß“ ist die Fahrt um den See, mit einer Pause an der Uferpromenade von Menthon und vielleicht beim Schloss Duingt. In einer Stunde Entfernung liegen Chamonix oder der Genfer See, und in 40 Minuten Aix-les-Bains am Lac du Bourget. Reizvoll ist auch die Fahrt über den 1150 Meter hoch gelegenen Col de la Forclaz, der Blick von der Paßhöhe auf den See hinunter ist atemberaubend. Gegenüber von Talloires liegt der 1650 Meter hohe Semnoz. Die Straße führt hinauf zum Gipfel und endet vor einem bewirtschafteten Bergchalet. Wenn auf diesem Ausflug der Hunger überfällt, der ist hervorragend und preiswert im kurz vor Annecy liegenden „Belvédère“ (rund hundert Mark für zwei Personen, eine Flasche Wein eingeschlossen). Wie der Name schon sagt – einen herrlichen Blick auf Annecy und den See gibt es gratis dazu.

BERND LATOUR

*

Ankunft: Französisches Verkehrsbüro, Kaiserstraße 12, 6000 Frankfurt 1.



Der Lac d'Annecy ist nicht nur schön. Er ist der sauberste See Europas

FOTO: DIE WELT

Im Schloß von Briottières kümmert sich der Graf um seine Gäste

Angers
Ihren sanften Klima, der sprichwörtlichen „douceur angevine“, hatten die ehemaligen Grafschaften Anjou und Maine zu danken, daß sie zu einem der beliebtesten Aufenthaltsorte französischer Fürsten- und Adelsfamilien wurden. Noch heute gibt es im westlichen Loire-Gebiet, namentlich die Départements Sarthe, Maine-et-Loire und Mayenne, die meisten bewohnten Schlösser des Landes.

Weinberge, von Trauerweiden gesäumte Flüsse, Obstplantagen, Blumenfelder, fette Weiden und weite Wälder prägen das Bild, aus dem sich mittelalterliche Festungen, elegante Renaissance Schlösser und reiche Wohnsitze des 19. Jahrhunderts hervorheben.

Auf unserer Reise ist Le Mans, berühmt für sein 24-Stunden-Autorennen. Über diesem Ereignis wird meist vergessen, daß hier die Wiege von Henri II. Plantagenet stand. Je-

ner Urenkel Wilhelm des Eroberers, der 1153 durch seine Hochzeit mit der okzitanischen Aliénor von Aquitanien zum mächtigsten Fürsten in Frankreich avancierte, fing später als König von England den insgesamt 100 Jahre dauernden Streit mit der französischen Krone an. Die mächtige gallo-romanische Befestigungsanlage, die mittelalterlichen Gassen, die Renaissancehäuser, die nahegelegene Abtei von Epau und die Kathedrale mit den für die angevinische Gotik typischen übereinander liegenden Spitzbögen laden zu einem ausgedehnten Rundgang ein. Danach kehren wir in einem gemütlichen Bistrot ein, wo wir schmackhaftes Schmalzfleisch kosten, die „illettes du Mans“.

Auf unserm Weg nach Angers liegt rechter Hand die Benediktinerabtei Solesmes am Ufer der Sarthe, und Klänge gregorianischer Lieder wehen über den Fluß. Linker Hand liegt Le Lude, dessen Schloß alljährlich Ku-

lisie für ein historisches Theaterspiel ist. Unheimlich umtost das mächtige Schloß von Angers über der Maine. 17 grau-weiß gestreifte Türme geben der Festung ein trutziges Aussehen. Ganz anders dagegen der im Schloßmuseum ausgestellte berühmte Teppichzyklus der Apokalypse, dessen leuchtende Farben das dunkle Thema dieser 168 Meter langen Webarbeit vergessen machen.

Nach der Besichtigung legen wir eine Pause im Maison du Vin ein, ehe wir zur Kathedrale St. Maurice und zum Hospiz St. Jean weiterschleichen, wo unter eleganten Spitzbögen leuchtende moderne Teppiche von Jean Lurçat auf uns warten. Coteaux de la Loire, Coteaux de Layon, Coteaux de l'Aubance, Sekt aus Saumur – die Anjou-Winzer werden jedem Geschmack gerecht: fruchtiger Weißwein, trockener Rosé, süßlicher Roter und prickelnder Schaumwein, der dem Vergleich mit dem Champagner gewachsen standhält.

Saumur ist aber nicht nur stolz auf seinen Sekt, sondern mindestens ebenso auf den „Cadre Noir“, die französische Version der Wiener Hofreitschule. Die nagelneue Reitanlage etwas außerhalb der Stadt, die Ecole Nationale d'Equitation (Besichtigung über das Verkehrsamt) begeistert jeden Pferdefreund.

Vor den Toren der Stadt liegen weitere Attraktionen: bizarre Höhlenwohnungen in Richtung Montsoreau und bei Doué-la-Fontaine gar eine ganze troglodytische Anlage mit Wohn- und Schlafzimmern, Hühnerstall und Hundezwinger. Bei Cheneville-les-Tuffeaux steigen wir hinab in die endlosen Gänge, die hier den Tuffstein durchziehen, um Einblick in die Plünderung zu gewinnen, aus der 70 Prozent der französischen Champagnerproduktion stammen.

Wie anders wirkt da die weite Anlage der Abtei von Fontevault, wo einst Mönche und Nonnen gemeinsam mit Kranken und Aussätzigen

lebten, und wo noch heute die Gebeine des ersten Plantagenet ruhen. Das erstaunlichste Gebäude ist das Küchenhaus, dessen achteckiger Bau von einem schuppenartigen Steindach bedeckt und von unzähligen Kamintürchen überragt ist.

Wir wenden uns nördlich, kehren der Loire den Rücken und kommen durch die Blumenfelder des Authion zum Schloß von Montgoffroy. Dieser elegante Familienbesitz aus dem 17. Jahrhundert ist ein Beispiel für die bewohnten Schlösser des Anjou, wo jedes Canapé, jede Sitzgruppe noch den ursprünglichen Platz einnimmt und wo herrliche Gemälde ganz selbstverständlich den Rahmen zum täglichen Leben bilden.

Les Briottières, unweit von Champigny, lädt gar zum Übernachten ein. In nonchalanter Atmosphäre diskutieren wir mit dem jungen Besitzer François de Valbray. Zur Zeit macht er noch fast alles selbst – Zimmer herrichten, Badezimmer ka-

cheln, kochen und Honneurs – aber wenn er erst mal genug Gäste und entsprechendes Personal hat, wird er sich wohl vermehrt seiner Blumenzucht widmen können. François besitzt neben seinem Schloß auch noch 85 Hektar Land, 180 Mutterschafe und drei Hektar Trockenblumen.

Laval mit dem düsteren Schloß am Fluß liegt im Département Mayenne, wo auf einen Bewohner dreieinhalb Kühe kommen. Ein grüner Flecken also, der im Norden an die Normandie grenzt, im Westen an die Bretagne und im Osten ans Pariser Becken. Liebhaber naiver Kunst sollten es auf keinen Fall versäumen, im Schloß von Laval die ständige Ausstellung naiver Malerei zu besuchen. Dabei zeigt sich das am Fluß so abweisend wirkende Schloß dann von seiner freundlichen Renaissance-Seite.

KATJA HASSENKAMP

*

Ankunft: Comité Régional de Tourisme, 3, Place Saint-Pierre, F-41000 Nantes.

NACHRICHTEN

Pannendienst

Auf den Autobahnen Italiens müssen alle defekten Autos durch den Abschleppdienst des italienischen Automobilclubs an den Haken genommen werden. Andernfalls drohen Geldstrafen von bis zu 170 Mark. Auf allen anderen Straßen ist der Abtransport liegengelassener Fahrzeuge zur Werkstatt durch Privatwagen erlaubt, solange der Verkehr nicht behindert wird.

Steigflug für IATA

Nach drei verlustreichen Jahren haben die 125 in der IATA zusammengeschlossenen Fluggesellschaften 1983 wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet. 1984 soll, wie auf der 34. Jahrestagung des Deutschen Reisebüroverbandes bekannt wurde, der Steigflug anhalten. 400 Millionen Passagiere haben sich im vergangenen Jahr weltweit der Dienste dieser Unternehmen bedient. Das waren 3,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Urlauberlebnisse

Von den etwa sechs Millionen Deutschen zwischen 14 und 25 Jahren, die im vergangenen Jahr verreisten, zog es 4,4 Millionen ins Ausland. Das Familienministerium rief die jungen Urlauber auf, sich an einem Wettbewerb zu beteiligen, und ihre Ferienlebnisse im europäischen Ausland aufzuschreiben. Die Arbeiten sollen bis zum 15. Oktober 1985 an den Studienkreis für Tourismus (Postfach 16 29, 8130 Starnberg) geschickt werden. Die „Willy-Schadow-Stiftung für internationale Länderkenntnis der Jugend“ hat Geld- und Sachpreise im Wert von 30 000 Mark ausgesetzt.

Angenehme Wartezeit

Wer auf Roms Flughafen Fiumicino zwischen zwei Flügen mehrere Stunden Aufenthalt machen muß, kann sich jetzt die Zeit auf recht angenehme Weise verkürzen. Die Flughafengesellschaft in Rom bietet zusammen mit Alitalia und dem regionalen Touristikverband sechs mal wöchentlich eine Gratis-Fahrt und -Führung zu den nahegelegenen archaischen Sehenswürdigkeiten des antiken Ostia, der ehemaligen Hafenstadt der alten Römer, an.

WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,65
Belgien	100 Franc	4,99
Dänemark	100 Kronen	28,25
Finnland	100 Fmk	48,25
Frankreich	100 Franc	35,50
Griechenland	100 Drachmen	2,70
Großbritannien	1 Pfund	3,40
Irland	1 Pfund	3,15
Israel	1 Shekel	0,011
Italien	1000 Lire	1,85
Jugoslawien	100 Dinare	1,70
Luxemburg	100 Franc	4,99
Malta	1 Pfund	6,50
Moskito	100 Dirham	35,50
Niederlande	100 Gulden	89,50
Norwegen	100 Kronen	35,00
Österreich	100 Schilling	14,24
Portugal	100 Escudos	2,20
Rumänien	100 Lei	6,00
Schweden	100 Kronen	35,50
Schweiz	100 Franken	123,50
Spanien	100 Peseten	1,81
Türkei	100 Pfund	1,10
Tunesien	1 Dinar	3,90
USA	1 Dollar	2,96
Kanada	1 Dollar	2,28

Stand vom 7. November. – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Ihr Flug in die Sonne für nur 998,- DM. Zum flieg & spar-Tarif mit Iberia auf die Kanarischen Inseln.



Fliegen Sie den grauen Tagen einfach davon. Ab November gibt es bei Iberia den besonders günstigen flieg & spar-Tarif für nur 998,- DM auf die Kanarischen Inseln. Im Winterhalbjahr mit verlängerter Gültigkeit für Langzeiturlauber: ohne Aufpreis! Natürlich fliegen Sie per Linie und genießen den vollen Service einer internationalen Airline. Sie sind unabhängig von Gruppen und bestimmen Ihren Reisetag selbst. Packen Sie schon mal die Koffer, es geht täglich los: Buchen Sie bei Ihrem nächsten IATA-Reisebüro oder direkt bei Iberia. Dort erfahren Sie auch alles über die weiteren flieg & spar-Ziele in Spanien.

Winterflugplan Kanarische Inseln		
Fr., Sa., So.	Frankfurt	Teneriffa
Di., Fr.	Frankfurt	Las Palmas
Mo., Mi., Fr., Sa.	Düsseldorf	Teneriffa
Di., Do., So.	Düsseldorf	Las Palmas

IBERIA
TRANSPORTE AEREO DE PASAJEROS
Die Sonnenländer-Experten

SPORT/HOBBY

Surfen

Das Reiseunternehmen Surf-Tours International veranstaltet im Herbst und Winter Reisen zu sieben Orten in Spanien, auf den Kanarischen Inseln, auf Malta und auf Mauritius. Zwei Wochen mit Flug und Unterbringung kosten in La Manga bei Alicante ab 499 Mark. Auf Mauritius ist Surfurlaub ab 2879 Mark zu bekommen. Einige Angebote schließen Leihbretter im Preis ein. (Auskunft: Surf-Tours International, Wandsbeker Zollstraße 79, 2000 Hamburg 70).

Golfen

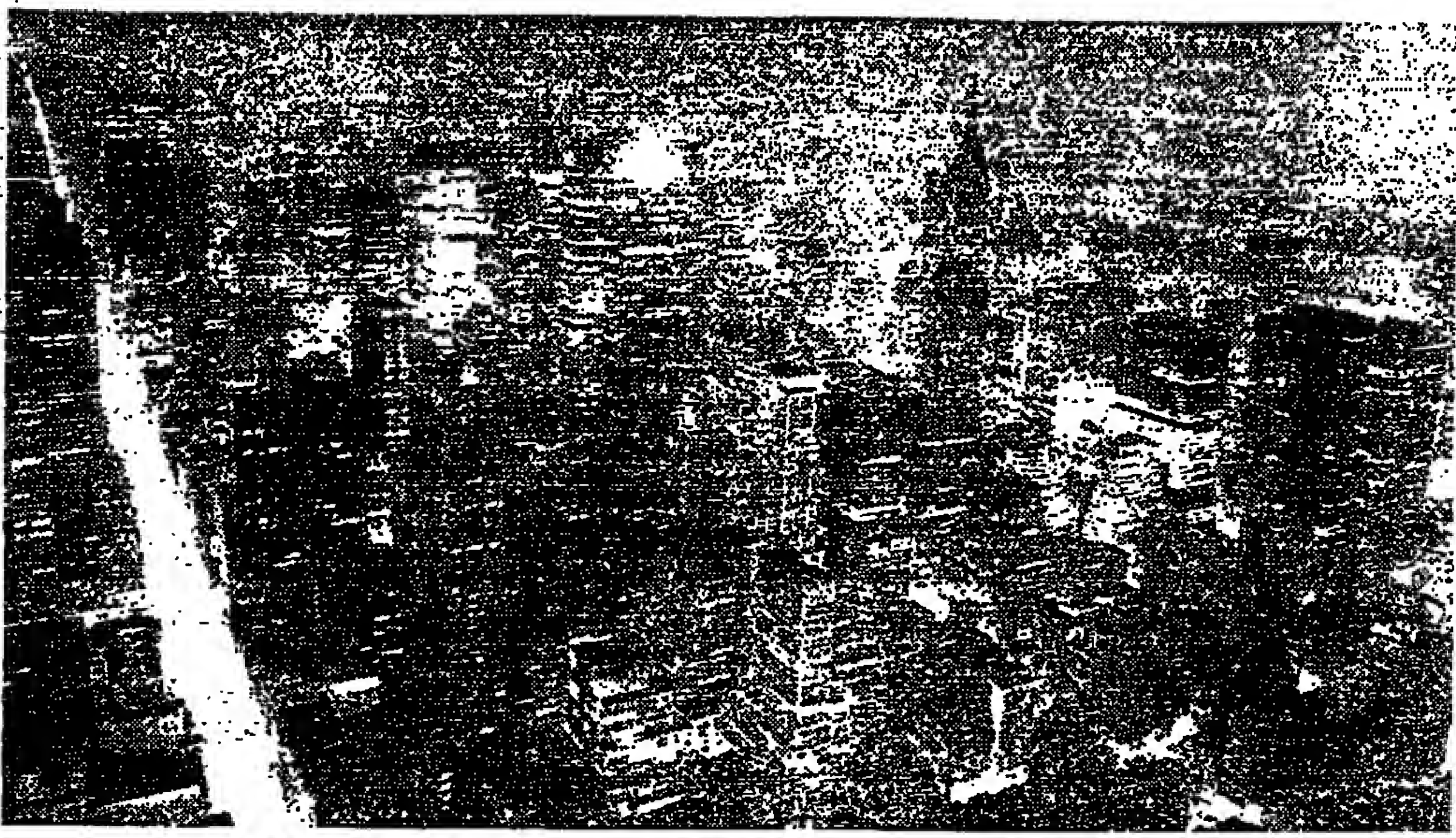
Golf-Trainingswochen leitet der dreifache süddeutsche Meister Carlo Knauss. Trainiert wird auf Plätzen an der Costa del Sol, in Son Vida bei Palma de Mallorca und in Port Kantaouri in Tunesien. Das günstigste Angebot liegt bei 1498 Mark. Der Preis schließt Halbpension, Green-Fee, Bälle, Unterricht und Flug ab München ein. (Auskunft: Sport-Scheck KG, Sendlinger Straße 85, 8000 München).

Jagen

Ungarn ist ein Jagdrevier mit langer Tradition. Die Palette der Wildarten umfasst Rothirsch, Damhirsch, Rehbock, Mufflon, Schwarzwild, Fasan, Wildente, Wildgans und Türkentaube. Das Programm schließt eine Übernachtung im Budapest Hilton, Stadtrundfahrt in Budapest und drei Nächte im Jagdgebiet ein. Der Gesamtpreis beträgt 998 Mark pro Person im Doppelzimmer. Jagd- und Waffenführerlizenzen werden im Voraus vom Veranstalter besorgt. (Auskunft: Hilton International Reservation Service, Kaiserstraße 47, 6000 Frankfurt).

Spinnen

Im Zeller Land, zwischen Trier und Koblenz gelegen, kann man seinen Urlaub kreativ verbringen. Eines dieser Angebote betrifft die Naturwolle und deren Verarbeitung. Man lernt das Sortieren, Waschen, Färben und Kämmen der Rohwolle, die Einarbeitung am Spinnrad, das Spinnen und einen Wollstrang anfertigen. Der Kurs, in familiärer Atmosphäre durchgeführt, umfasst 16 Stunden und kostet 160 Mark. (Auskunft: Tourist-Information Zeller Land, Postfach 1220, 5583 Zell/Mosel).



Nächtlicher Lichterglanz in der amerikanischen Metropole New York

FOTO: DIE WELT

FESTTAGSANGEBOTE (I) / Feiern zwischen Nizza und New York

Mit der Concorde zum Silvesterball

Keine tristkalte Silvesternacht, sondern heiße Samba-Rhythmen und brasilianische ausgelassene Versprache eine 14tägige Reise nach Rio de Janeiro, die Intercontact (Mirbachstraße 2, 5300 Bonn 2) anbietet. Wer beim schwungvollen Jahreswechsel dabei sein will, kann das Brasilienerelebnis für 3450 Mark buchen.

Wenn die Sektorkorken aber auf einer der Pazifik-Inseln knallen sollen, dann wäre eine 24tägige Individualreise mit Stationen in Vancouver und Sydney, auf Hawaii und den Fiji-Inseln genau die richtige Reise-Alternative. Dr. Döder Reisen (Korneliusmarkt 10, 5100 Aachen) offeriert die Neujahrsreise für 4999 Mark. Ebenfalls als Fernreiseziel für den sonnigen Jahresabschluss präsentiert sich das Steigenberger Caribbea Hotel auf der Karibik-Insel St. Lucia. Tauchkurse für 415 Mark, Tennis- und Golfplatz und tropische Atmosphäre sind die Attribute, die die Feiertage mit dem gewissen Etwas garantieren sollen (Steigenberger Touristik Service, Postfach 10440, 6000 Frankfurt 10).

Für Senioren, die die Weihnachts- und Neujahrstage im spanischen Playa de Aro verbringen wollen, hält die ARWO-Kuren und Reisen GmbH (Oppelner Straße 130, 5300 Bonn 1) eine 13tägige Reise für 1098 Mark be-

reit. Bahnreise und Unterbringung im Komfort-Hotel sind inklusive.

Palmen und Sonne, aber auch Schnee gehören zum Silvesterurlaub in Meran. Daß sich dazu noch Kreativität gesellt, dafür sorgt die Südtiroler Ferienakademie (Antoniusweg 16, I-39057 Eppan). Während der Feiertage können Hobby-Künstler im Meraner Kurhaus ihre Fertigkeiten im Zeichnen, Malen, Aquarellieren und Modellieren verbessern. Die Kurse kosten 375 Mark. Für die Unterbringung stehen Einzelzimmer ab 28 Mark zur Verfügung.

Gala-Shows und glamouröse Revuen bieten Nizza und das Fürstentum Monaco zum Jahresausklang. Die viertägige Flugreise an die Côte d'Azur kostet ab 975 Mark (Gesellschaft für internationale Musik- und Kunstbegegnung e.V., Melcherstraße 72, 4400 Münster).

Klirrende Kälte, meterhoher Schnee und urige Weihnachtsstimmung sind für den Feiertagsurlaub in Nordeuropa Selbstverständlichkeiten. Fünf Ferientage im schwedischen Västet kosten mit Vollpension und Fährpassage ab 412 Mark. Zum Programm gehören Schwedenbuffet, Stadtrundfahrten und gesellige Weihnachtsfeier.

Noch weiter nach Norden, jenseits des Polarkreises, führt eine zwei-

tägige Flugreise ab Hamburg. Ihr Ziel ist die Silvester-Polarnacht in Tromsø. Einschließlich einer Polarkreis-Taufe, Silvesterball und Neujahrs-Schlittensfahrt beträgt der Preis für den Kurztrip 955 Mark (Hapag-Lloyd Reisebüro, Verkehrspavillon am Jungfernstieg, 2000 Hamburg 36).

Zur Weihnachts- oder Neujahrskreuzfahrt auf der Donau lädt die Peter Deilmann-Reederei (Am Hafensteig 15, 2430 Neustadt i. H.) ein. „Leinen los“ heißt es für die „Donauprinzessin“ am 23. oder 30. Dezember in Wien. Festgemacht wird während der einwöchigen Schiffsreise in Budapest, Belgrad und Bratislava. Schon ab 1640 Mark ist diese Reise zu buchen.

Ein exklusives Angebot für pflanzende Silvestertage hat Airtours International (Adalbertstraße 44/48, 6000 Frankfurt 90) zusammengestellt: Zum Beispiel kostet eine neuntägige Silvesterreise nach Las Vegas voll Glanz und Glamour mit Flug ab 4990 Mark. Und ein Silvester der Superlative offeriert Hertz Reisen (Kranstraße 8, 7000 Stuttgart 31): Vom 28. Dezember bis 3. Januar mit der Concorde nach New York zum Silvesterball im „Waldorf-Astoria“ und dazu noch einige New Yorker Highlights zum Preis ab 7973 Mark – ein atemberaubender Start ins Jahr 1985.

Das Interesse am Reiseland Indien ist ungebrochen

R. S. Stuttgart

Bei dem Spezialveranstalter „Indoculture Tours – Studien- und Erlebnisreisen durch den indischen Subkontinent“ stand in der vergangenen Woche das Telefon nicht still. Zur Zeit des Attentats auf die indische Regierungschefin hatte das Unternehmen, das eigene Büros in Delhi, Bombay, Madras und Kalkutta unterhält, drei Touristengruppen auf dem Subkontinent. Für diese Reisenden entstanden während der Unruhen keine Probleme, selbst die geplanten Besichtigungen in Delhi konnten am Freitag durchgeführt werden. Aufgrund der Tatsache, daß sich die Situation inzwischen wieder beruhigte, sieht Indoculture-Geschäftsführer Werner Scharf keine Veranlassung, die nächsten Reisetourtermine abzusagen. Am Wochenende werden wie geplant zwei Gruppen zu Studienreisen nach Indien aufbrechen.

Das Interesse am geistigen Abenteuer Indien ist unverändert groß. Das jüngst vorgestellte Programm von Indoculture Tours für 1984/85 bietet neue Ziele und Reisevarianten. Vermehrt werden 10tägige Reisen offeriert, die nicht nur für Leute mit wenig Zeit gedacht sind (z.B. „Ladakh-Klein-Tibet“ 4980 Mark), sondern auch „einen Personenkreis ansprechen sollen, der nicht bereit ist,

über 5000 Mark für eine Studienreise auszugeben“ (Scharf). Diese Schallmauer im Studien- und Bildungsreisegeschäft durchbricht auch die zweite Preis- und Reisevariante nicht, die sogenannten „Economy Tours“. Sie sind im Durchschnitt 400 bis 800 Mark billiger als die Indoculture-Normalreisen, weil Economy-Kunden in einfachen Hotels oder indischen Gast- und Rasthäusern eingebucht werden, die im Standard zwei oder drei Sterne unter jenen Unterkünften liegen, die Indoculture ansonsten reserviert. So kostet zum Beispiel die 22tägige Reise „Auf den Spuren der Maharajas“ (5290 Mark) auf Economy-Basis nur noch 4450 Mark.

Neu ins Indoculture-Programm wurden die Reisen „Begegnung mit Südinien“ (16 Tage, 4990 Mark) und zum „Hochzeitsmarkt in Tarnetar“ (17 Tage 5130 Mark) aufgenommen. Neue Wege führen auch „Ins Herzland Indiens – Madhya Pradesh“ (17 Tage, 5280 Mark), das „noch nicht vom Tourismus entdeckt worden ist“ (Scharf), sowie ins „Land der Maharajas“ (16 Tage, 4990 Mark), wo auch in einem „Palast auf Rädern“, einem renovierten Luxuszug der Maharajas, gefahren werden kann (zwei Tage, davon sieben Tage Eisenbahnfahrt, 5590 Mark).

Vorzugsservice für Vielflieger

RW. Frankfurt

Für Vielflieger der Ersten Klasse und der Business-Class hat die Fluggesellschaft Singapore Airlines einen Vorzugsservice eingeführt. Die besonderen Vorlieben der Fluggäste, wie die bevorzugten Sitzplätze, Speisen und Getränke, werden im Computer gespeichert. Der Service schließt auch die bevorzugte Bedienung am Abflugschalter sowie die Benutzung der VIP-Silber-Kris-Lounges, der komfortablen Warteräume für besondere Gäste, ein. Außerdem werden alle Vielflieger automatisch Mitglied in einem exklusiven Hotelklub. Alle Passagiere der Ersten Klasse, die innerhalb eines Jahres mehr als 40 000 Kilometer zurückgelegt haben oder mindestens 10 Einzelstrecken geflogen sind, kommen in den Genuß dieser Vergünstigungen, ebenso Passagiere der Business-Class mit mehr als 60 000 Flugkilometern oder 15 Einzelstrecken.

Spanienreisen werden teurer

tdt. Palma de Mallorca

Höhere Preise und verbraucherfeindliche Charterbestimmungen prägen den nächsten Spanien-Sommer. Der Endpreis wird pro Urlaubspaket und Person gegenüber diesem Jahr um rund 100 Mark ansteigen. Preissteigerungen von rund 15 Prozent sowie eine veränderte Währungssituation sind die Gründe für die Kletterpartie der Spanien-Offerten. Die deutschen Charterfluggesellschaften müssen eigenen Angaben zufolge im kommenden Sommer ihre Touristen oft zu ungünstigen Verkehrszeiten transportieren. Zweitpunktladungen sollen nicht mehr genehmigt werden. Kleinere Inseln können nicht mehr gemeinsam angefliegen werden, obwohl das Aufkommen für ein Eiland allein nicht groß genug ist. Für die Urlauber heißt dies: längerer Reiseweg und Preise, bei denen im Vorhinein der Umweg einkalkuliert ist.

KURORTE

Bad Bodendorf

Im Sanatorium „Sonnenberg“ laufen zwei Seminare, die zum Ziel haben, praktikable gesundheitliche Anregungen und positive Erfahrungen zu vermitteln. Das „Friebe-Alpha-Training“ soll geistige Kapazitäten aktivieren und die Konzentrationsfähigkeit verbessern. In klimatisch günstiger Lage können sich Streifgeplante auch bei sportlichen Betätigungen erholen. (Auskunft: Private Landhausklinik-Sanatorium GmbH, Hauptstraße 166, 5485 Sinzig-Bad Bodendorf)

Bad Bevensen

Aufenthalte mit besonders günstigen Winterangeboten bieten 30 Kurhäuser in dem Ostteil der Lüneburger Heide an. Bis zum 30. April kann man seinen Urlaub unter dem Motto „3 Wochen Urlaub, aber nur 2 Wochen bezahlen“ buchen. Der Preis schließt die Benutzung aller hauseigenen Fitnessanlagen ein. Von der Kurverwaltung werden täglich Kurkonzerte und Tanztrees organisiert. (Auskunft: Kurverwaltung, 3118 Bad Bevensen)

Bad Herrenalb

Die bedeutendste Spielzeugsammlung Süddeutschlands ist in einem Herrenalber Museum zu bewundern. Zum Inventar gehören Raritäten aus der Biedermeier- und Gründerzeit. Für die Kur- und Urlaubsgäste des bekannten Heilbades im Schwarzwald wird das wunderschöne alte Fachwerkhaus ein besonderer Anziehungspunkt sein. In die Ausstellung wurden Teile einer Puppen- und Spielzeugsammlung, die Stücke aus ganz Europa enthält, aufgenommen. (Auskunft: Kurverwaltung, 7506 Bad Herrenalb)

Badgastein

Ein neues Spezial-Hotel für Rheumakranke ist im österreichischen Badgastein entstanden. In dem Vier-Sterne-Hotel „Sanotel“ wird besonderer Wert auf eine ganzheitliche Therapie gelegt. Von Moorpackungen über Kneippgüsse, Massagen und Thermal-Kuren bis zu Sport- und Entspannungsprogrammen bietet das Hotel vielerlei Behandlungsmöglichkeiten der Schulmedizin und der Naturheilverfahren. (Auskunft: Sanotel Kurbetriebsgesellschaft, A-5640 Badgastein Nr. 18)

FUNK UHR.

Die vorbildliche Programmzeitschrift, die alles bringt.

Das Fernsehmagazin Programm vom 17. bis 23. November 46
Exklusiv in Farbe: Mein Freund, der Frauen-Liebling Nino de Angelo

NUR 1,- DM und alles drin

Jetzt jede Woche DM 56.000,- und ein Auto zu gewinnen!

Ihre Bluse kann Sie zum Gewinner

Fernseh-Programme: Wer klar sehen will, braucht FUNK UHR

Kann Ihr Luxushotel heute in Alexandrien und morgen in der Ägais sein? Und übermorgen vielleicht gar vor Capri?

Wenn Sie da Ihre Zweifel haben, sollten Sie im April an Bord eines der besten Luxushotels der Welt kommen.

Mit der VISTAFJORD kreuzen Sie dann im östlichen Mittelmeer.

Sie werden die Pyramiden, die Sphinx, den Felsendom, die Klagemauer, einen berühmten Koloss, natürlich die Akropolis und vielleicht auch die rote Sonne sehen, wie sie im Meer versinkt.

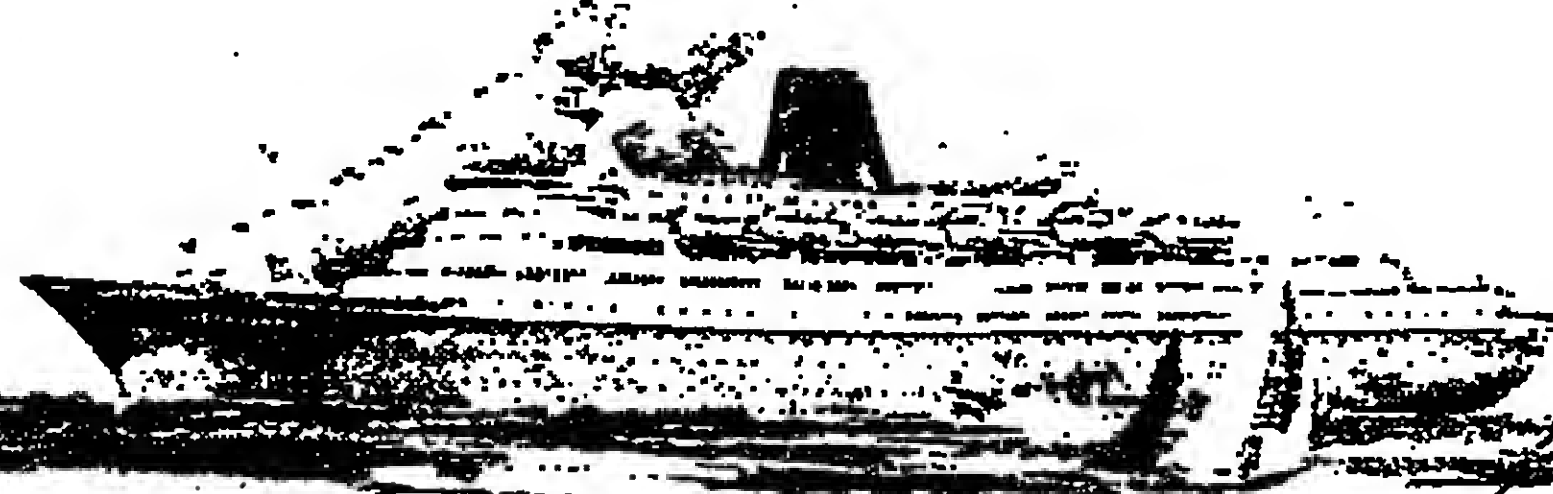
Und weil Ihr Luxushotel eben immer dabei ist, können Sie das lästige Koffer-Aus-Koffer-Einpacken getrost vergessen, das sonst auf Reisen, bei denen Sie so weit herkommen, ja gang und gäbe ist.

Und überall wird Ihnen in internationaler Atmosphäre ein Service und Komfort geboten, wie er heute nur noch selten zu finden ist. Dafür bekam die VISTAFJORD höchste Auszeichnungen.

Wenn Sie 14 Tage mit all diesen herrlichen Aussichten reizen und Sie mindestens DM 5.670,- pro Person für durchaus angemessen halten, sollten Sie uns den Coupon schicken. Sie erhalten dann alle Einzelheiten. Oder gehen Sie zum Kreuzfahrtexperten in Ihrem Reisebüro.

Steckbrief: Die VISTAFJORD hat eine Küche, von der selbst Gourmets mit Hochachtung sprechen und ein Restaurant, in dem alle gemeinsam à la carte speisen können. Die VISTAFJORD ist 190 m lang, 25 m breit, hat 25.000 BRT, 2 Swimmingpools, Fitnesscenter mit dem einzigartigen kalifornischen „Golden-Door“-Programm, Kino, Spielcasino, ein ganzes Deck mit Gesellschaftsräumen. Und auf nur 2 Passagiere kommt ein Besatzungsmitglied.

VISTAFJORD & SAGAFJORD
QUEEN ELIZABETH 2 · PRINCESS · COUNTESS



Ja, über diese herrlichen 14 Tage möchte ich gern mehr wissen:

Name

Strasse

PLZ/Wohnort

An CUNARD/INAC, WW Abt. V8
Neuer Wall 54, 2000 Hamburg 36.
Tel. 0 40 361 20 55

*
Veranstalter: Der Deutsche Alpenverein (Praterinsel 5, 8000 München 23) veranstaltet im nächsten Sommer 14tägige Wandertouren zum Preis von 1980 Mark ab München.
Auskunft: Secretaria General pel turisme i l'esport, Casa de la Vall, Andorra la Vella, Andorra.

TOURISTIK

Winterurlaub in Skandinavien

**z.B. mit dem Ski-
bus nach Norwegen**

10 bzw. 15 Tg Bus-u. Schiffsreise,
Hochgebirgshotel, Ose!, Halbp.,
Zimmer m. DU/WC, Wollers-
Reiseleitung auf Hin- u. Rückfahrt
u. 4 Tage in Ose!

je Person
ab DM

1558,-

Welle weitere Angebote in unserem Katalog
Nordland 84/85

Buchung und Beratung in allen
Reisebüros.

Prospekte auch von

WOLTERS REISEN

Postfach 100147, 2800 Bremen

FERIA MAURITIUS

Winter DZ 253ab 11 84)
ab DM 245,-
1. (inkl. Unterwegszug/Frankf. - 1 Wo. 4pp
Übern., Frankfurt 115 Min. u. 4pp. Angebote
Lufthansa wochentl. und Freu u. So
Zahlreiche Sonderangebote u. a.
3 Wo. reison - 2 Wo. zahlen 1
NEUL. Kombination mit Kenya-Saloms
30-tägiger Sonderurlaub vom
Mauritius-Spezialisten

FERIA Internationale Reisen
8000 München 40 • Markstraße 17
Telefon 089 381702 01 bzw. 521556 • Fax
4000 Düsseldorf 30 • Gensershausenstraße 65
Telefon 0211 462105 • Telex 0288000 LUTEN
4000 Frankfurt/M. 1 • Lugsstraße 1
Telefon 05922 15 64, Telex 470 170 LUTD

Weitweite Flüge Reisebüro Sky-Tours

Tel. 06976 26 67 oder 75 10 83

Preiswerte Flüge in alle Welt

z.B. ab Benluzhin n. Zürich

New York	795,-	Bogotá	1695,-
Bangkok	1295,-	Caracas	1375,-
Singapur	1425,-	Zürich	1895,-
Johrburg	795,-	Rio	1975,-
Mexico	1695,-	ABC ab Frankfurt	
Salvador	D. 1995,-	Miami ab 1195,-	

TOUR-PLAN-REISEN • 5300 Bonn 3
K.-Adenauer-Pl. 15-0228/461 663

5 Wochen Karibik-Kreuzfahrt
vom 6. 1. bis 9. 2. 1985
mit M/S Scheute-Rustwell
Die Route: Genue - Santa Cruz/Tenerife -
Bridgetown/Barbados - Castries/St. Lucia -
La Guayra/Venezuela - Oranjestad/Aruba -
Curaçao/Jamaica - Santiago/Venez. - Cap
Haitien/Haiti - Puerto Plata/Dominik. Rep. -
The Bottom/Saint St. John's/Arizona - Fun-
ction Pointers - St. John's/Ariz. -
Alle Kabuben sind Außenkabinen mit Dusche
und WC, vollklimatisiert.
Weitere Informationen u. Anmeldung bei:
Europa-Reise Reisebüro K. Tiller
c/o Michael 13, 5000 Köln 1
Telefon 0221 91 37 90 oder 21 97 95

AOSTA-TAL

Zwischen Mont Blanc und Matterhorn die längste Ski-Saison der Alpen.

Aosta-Tal.

(von Mitte November bis Anfang Mai
danach Sommerski)

Dieser Coupon wird verlost.

Erlöste Ihre kostenlosen Prospekte/Pretschoten

Name: _____

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

11: Großbuchstaben: _____

Mit _____

PROSPEKT
AOSTA-TAL
11100 AOSTA
ITALIEN

Das große Kreuzworträtsel

Wochenende zum Proberpreis: **198,-**
2 Übernacht. mit HP nur

Tenniskurse inkl. Hotel: z.B. Bad Mesen
1 Woche 26 Std. in 14 Uf 623 - Wochen-
ende 17 Std. 2 Übernacht. **363,-**
mit HP ab.

Preise in DM pro Person im Doppelzimmer

Prospekt und
Buchungen an: **026 21/3066**

**Reservierungs-
büro**
Rhein-Lahn
Postfach 2125, 5400 Lahnstein

AUSFLUGS-TIP



Anreise: Dettelbach liegt nahe dem „Bleibrieder Kreuz“ an dem Schnittpunkt der Autobahnen Frankfurt-Nürnberg und Kassel-Ulm. Ausfahrten Kitzingen oder Würzburg Ost (dann auf die B 72). Für Bahnreisende: Der Bahnhof „Dettelbach“ liegt an der Strecke Nürnberg-Würzburg. **Auskunft:** Rathaus, 8716 Dettelbach am Main.

Dettelbach

Die Kirche steht selten weit vom Gasthaus, daß aber eine Kirche ihr Entstehen einem Wirtshaus verdankt, zählt wohl eher zu den Ausnahmen. Den Franziskanern der Wallfahrtskirche „Maria im Sande“ im romantischen Main- und Wein-Städtchen Dettelbach ist dieser profane Casus offenbar peinlich, im offiziellen Führer jedenfalls schreiben sie nur, die fränkische Wallfahrt über den Rebhängen des Maintals habe begonnen, „als nach der Überlieferung Nikolaus Lemmerer 1505 plötzlich gesandete“.

In den Wirtstuben des Ortes, bei einem Schoppen „Dettelbacher Berg Rondell“, erfährt man mehr über den wundersamen Gesenen: Lemmerer war nach einer deftigen Wirtshaus-Prüfung schwerverletzt zu einem Marien-Bildstock mitten in den Weinbergen gebracht worden, hatte zur Mutter Gottes gebetet – und das Wunder geschah, was die Dettelbacher mit sicherem Gespür zu nutzen wußten.

Ein Betraum aus Holz wurde errichtet, dem einen folgten flugs ein paar andere Wunder, ein leibhaftig bayerischer Herzog ließ sich sehen, und in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts wurde die heutige

Wallfahrtskirche errichtet, die fast einem Dom gleicht. Der Fürstbischof Julius Echter ließ der Kirche hochstrebende gotische Elemente geben. Reizvoller Kontrast: Das mächtige Hauptportal aus dem typischen mainfränkischen Rotenstein trägt die deutlichen Renaissance-Züge der Echter-Bauten im Maindreieck.

Zur Einweihung ließ der Bischof sieben Zeite aufbauen und bewirtete 4000 Gäste der katholischen wie der protestantischen Konfession. Wenn in Dettelbach heute zu den Weinfeiern eingeladen wird, Tische und Bänke vor dem Rathaus – mit der Freitreppe und dem spätgotischen Erker eines der schönsten in Frankenland – aufgebaut werden, dann fragt keiner mehr nach der Religion. Die meisten Besucher des gut 3000 Einwohner zählenden Städtchens schauen gar nicht mehr hinaus zur Wallfahrtskirche, sondern lieber ein wenig tiefer in die Weinlagen.

Kenner steigen die vier Sandsteinstufen zum „Grünen Baum“ hoch, dessen Wildgerichte als Köstlichkeiten gelten. Eine andere Spezialität steht bei den Bäckern im Regal: Muskatine, die der Konditormeister Degen im letzten Jahrhundert aus acht Speisereisen gebakken und wie seine Halschleife geformt hatte.

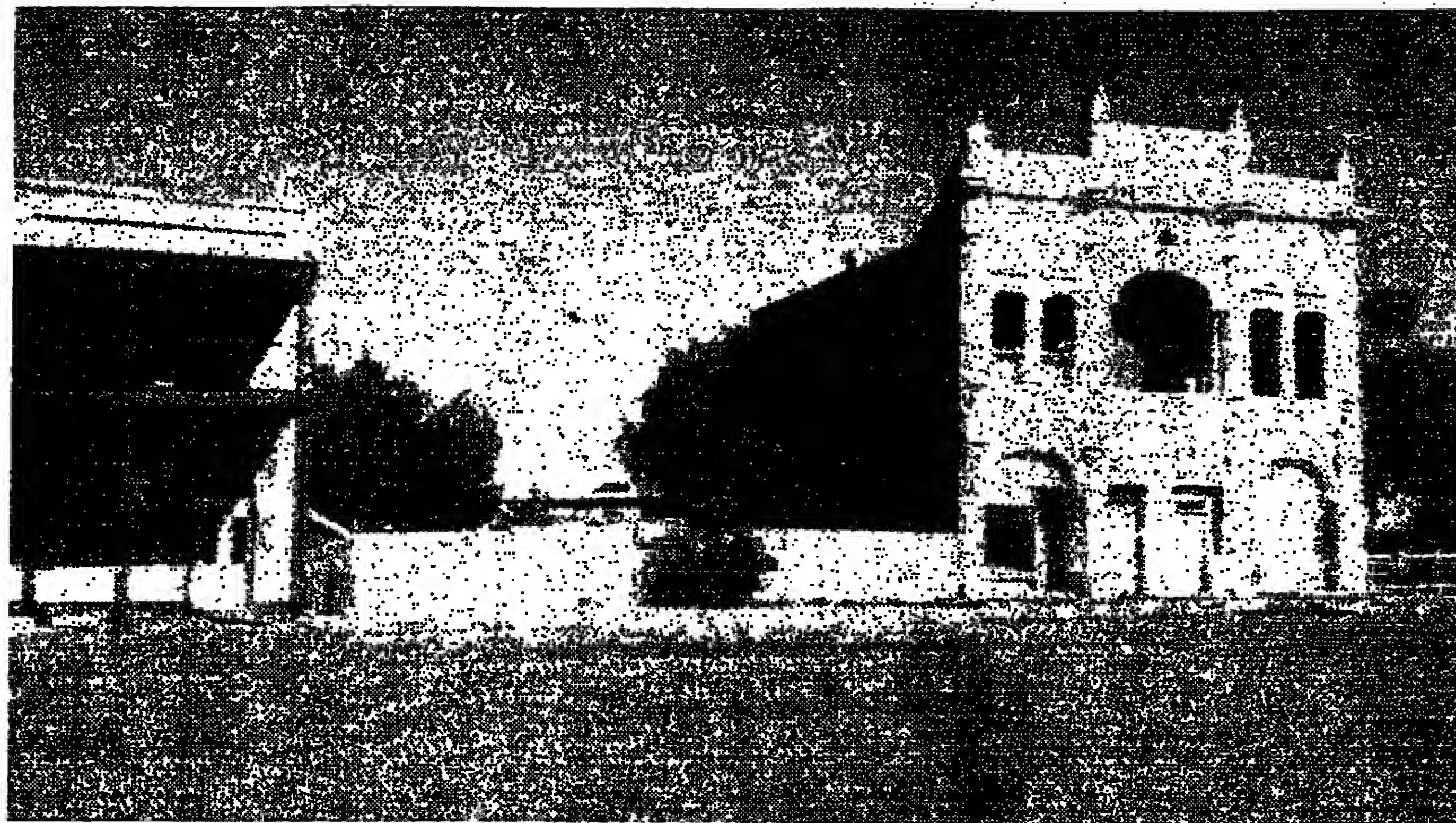
Dettelbach gehört zu den stillen unter den fränkischen Urlaubsorten, die mittelalterliche Stadtmauer ist nahezu vollständig, 34 Wehrtürme sind zum größten Teil bewohnt. Die Hauptsaison ist hier, wenn woanders schon die Häuser für den Herbstschlaf geschlossen werden: zur Weinlese-Zeit.



Romantische Gasse in Dettelbach

FOTO: MICHAELA TRUMM

P. SCHEMALZ



Um die Minenstadt Kalgoorlie liegen einige der reichsten Quadratkilometer der Welt, aber auch einige der ödesten.

FOTOS: HANS-GEORG UNGER

Abenteuer in Westaustralien: Goldgräber in der Geisterstadt

„Das hier ist die reichste Quadratkilometer der Welt.“ Voller Stolz zeigt Ian Moffat auf die Fördertürme, die dicht an dicht rings um den „Lions Look-out“ in Kalgoorlie aus der Erde ragen. Einer der Türme gehört ihm selbst. Allerdings baggert er dort nicht mehr goldhaltiges Erz an die Erdoberfläche, sondern läßt Touristen in die Tiefe fahren. 50 000 waren es im vergangenen Jahr, die sehen wollten, wie man nach Gold gräbt. Ian Moffats „Hainault Gold Mine“ ist die einzige Museums-Goldmine der Welt. Und auch ohne Abbau des edlen Metalls ihr Geld wert.

Seit der Goldpreis vor einigen Jahren freigegeben wurde und rasant anstieg, lohnt sich die Goldförderung im westaustralischen Kalgoorlie wieder. Schon einmal, um die Jahrhundertwende, war diese Gegend Ziel Tausender vom Goldrausch gepackter Abenteuer. Ein Dutzend Jahre später, nachdem die Minen wieder unergiebig wurden, verödeten die Städte um Kalgoorlie herum zu „ghost towns“. Das 40 Kilometer entfernte Coolgardie, um das Jahr 1900 herum noch von 15 000 Menschen bewohnt, verödete zu heute bekannten Geisterstädten Westaustraliens mit nur noch 700 Einwohnern.

Kalgoorlie und seiner angrenzenden Schwesterstadt Boulder blieb dieses Schicksal erspart. Hier hielt sich auch in den Jahren, als der gesunkene Goldpreis keinen lohnenden Abbau mehr zuließ, ein harter Kern von Pionieren.

Inzwischen hat der zweite Goldrausch im Westen des fünften Kontinents eingesetzt, und internationale Minengesellschaften waschen pro Jahr rund 1200 Kilogramm des Edelmetalls aus Kalgoorlies Erde. Mit ei-

nem Marktwert von rund 50 Millionen Mark reicht die Menge aus, um der Region eine neue Welle an Zuwanderern zu bescheren.

Rund fünf Prozent der australischen Goldproduktion wird hier gefördert. Andere Bodenschätze kommen hinzu: 50 Kilometer von Kalgoorlie entfernt steht das größte Nickelbergwerk der Welt. 1968 hat man es, zusammen mit der künstlichen Bergarbeiterstadt Kambalda (5000 Einwohner) mitten im Busch aus der knochentrockenen Erde gestampft.

„Natürlich hat das neue Goldfieber bei uns auch negative Auswirkungen“, meint Ian auf die Frage, wie teuer das Leben hier sei. „Bei uns verdient man zwar bis zu 2000 Dollar pro Woche und damit rund achtmal mehr als sonstwo in Australien, aber man muß auch manches erdulden.“

Die meisten Zuwanderer finden keine Wohnung und müssen teilweise in Wohnwagen oder teuren Motels absteigen. Die Preise sind hier die höchsten in ganz Australien. Auf einen anderen Bestandteil des täglichen Lebens, die Unterhaltung, braucht man indes in Kalgoorlie nicht zu verzichten. Irgendwie müssen die Miner ja ihr Geld wieder unter die Leute bringen.

Obwohl die Stadt im wasserlosen „Outback“, dem unwirtlichen Inneren des Kontinents, liegt und durch eine Wasserpipeline vom 600 Kilometer entfernten Perth mit dem kostbaren Naß versorgt werden muß,

herrscht an „flüssigem“ kein Mangel. Kneipe reißt sich an Kneipe, eine allerdings ungemütlicher als die andere. Im Pionierland fragt man nicht nach Gemütlichkeit, sondern nach Bier, Eiskalt, dünn und preiswert. Dafür gibt es allerdings inzwischen einige recht gute Restaurants in Kalgoorlie, in manchen wird sogar importiertes Löwenbräu aus Bayern ausgeschenkt.

Sonntags sind Kneipen in Australien geschlossen, dennoch fehlt es den Durstigen an Gelegenheiten nicht. Wenn die Gesetze die Öffnung eines Lokals mit Alkoholausschank nicht zulassen, funktioniert man den Laden am siebenten Tag der Woche einfach zum „Club“ um. Der darf für seine Mitglieder auch an Sonntagen und Feiertagen die Zapfhähne in Betrieb setzen.

Das „Star and Garter Hotel“ in Kalgoorlie ist so ein Sonntags-Club. Fünf Dollar kostet die Eintages-Clubkarte, im Preis eingeschlossen ein deftiges kaltes Büffet. Eine Band spielt Oldies aus den sechziger Jahren, Omas nehmen ihre fünfjährigen Enkel auf den Arm und legen eine heiße Sohle auf Parkett. An der langen Theke lächeln sich abenteuerliche Gestalten wie aus Cowboyfilmen. Zum Schluß gibt's noch eine Show, bei der hübsche Mädchen aus der Provinz viel Haut präsentieren. Wilder Westen in Australien, nur das Knallen von Pistolen fehlt noch.

Wer unverfälschten australischen

Alltag ohne Touristenrummel erleben will, muß Plätze wie Kalgoorlie und das „Star and Garter Hotel“ ausfindig machen. Hier trifft man noch die rauhbeinigen Pioniere mit dem goldenen Herzen, die in Australiens Großstädten nur schwer zu finden sind. Die in ihrer Heimsärmlichkeit gastfreundlich und hilfsbereit sind, denen man Reichtum oder Armut an der Kleidung bestimmt nicht ansieht, die großzügig mit dem Geld umgehen und einen Fremden schon nach ein paar Sätzen zum Drink einladen.

Auf die Frage, was die Goldgräber hier sonst noch mit ihrem vielen Geld anfangen, grinst Ian Moffat vielsagend: „Fahr mal aus der Stadt raus in Richtung Menzies und bieg bei der alten Tonne nach rechts zum „two up-Platz“ ab. Dann siehst du es selbst.“

Inmitten einer runden Wellblechhütte saßen rund fünfzig Leute und wetteten mit zwei Münzen auf „Kopf oder Adler“. Jeweils einer von ihnen nahm die Wette mit Einstecken von oft mehr als hundert Dollar an und warf die beiden Geldstücke in die Luft. In Minuten verlor mancher einen Wochenlohn, ungerührt gar er für die nächste Runde weitere Scheine aus der speckigen Hosentasche. Eine alte Chinesin zeichnete sich durch besonders hohe Einsätze aus. Sie ist die „two up“-Königin von Kalgoorlie. Zwischendurch machten Bierdosen die Runde, und Kibitze hinter den Spielern heizten die Stim-

mung an. Das aus England einst importierte Wettfieber steht dem Goldrausch dieser Gegend in nichts nach.

Reisende, die einen Abstecher nach Kalgoorlie machen wollen, müssen ab Perth am besten das Flugzeug. Die Autofahrt durch die roten, dürre Wüste ist eckig, aber gedruckvoll. Die Eisenbahn mach auf ihrer 4000 Kilometer langen Strecke von Sydney im Osten nach Perth im Westen auch in Kalgoorlie halt. Der berühmte Schlafwagenzug „Indian Pacific“ befährt diese Route, in Kalgoorlie macht er knapp zwei Stunden Pause. Findige Rundfahrtunternehmer in der Goldstadt karren in dieser Zeit interessierte Zugspassagiere einmal rund durch die Goldfelder und zu Ian Moffats Bergwerk.

Eine Zugspause ist allerdings viel zu kurz, um sich ein Bild vom Alltag dieser 20 000-Einwohner-Stadt machen zu können. Aufregender ist es, zwei bis drei Tage in Kalgoorlie zu bleiben, sich einen Leihwagen zu nehmen und in die Umgebung zu fahren oder selbst auf Goldsuche zu gehen. Jeder darf das hier, und so mancher füllt damit seine Freizeit.

Die Ausrüstung, die er dazu benötigt, ist für rund hundert Dollar in jedem Supermarkt der Stadt zu haben: ein Metalldetektor, ein Spaten, eine Schubbare – mehr braucht man nicht. Oft liegt das edle Metall dicht unter der Oberfläche.

Und vielleicht kehrt der eine oder andere als Millionär von der reichsten Quadratkilometer der Welt zurück.

HANS-GEORG UNGER

Ankündigung: Australische, Fremdenverkehrszentrale, Neue Mainzer Straße 22, 6000 Frankfurt 1.

Auf dem falschen Gleis

Die Deutsche Bundesbahn krönt die Jubelfeier zum 150jährigen Bestehen der Eisenbahn mit einer Tarifsenkung. Durchschnittlich um 2,5 Prozent werden die Fahrpreise vom 1. Januar an teurer. Damit, so hoffen die Bundesbahner, werden im nächsten Jahr rund 100 Millionen Mark weniger Defizit eingefahren.

Bei knapp 40 Milliarden Mark Schulden ist das jedoch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der negative Nebeneffekt: Bahnkunden, die angelockert durch eines der vielen Sonderangebote, vielleicht gerade erst vom Auto auf den Zug umgestiegen sind, werden durch erhöhte Preise schnell wieder vergaullt.

Dabei hatte die Bahn eine ganze Zeit die Weichen richtig gestellt. Sie führte Preisnachlässe für Senioren, Junioren, Familien und Gruppen ein. Ermäßigungen, die die Bahn wieder zu einem attraktiven Verkehrsmittel machen. Intern freilich entstanden

dadurch Probleme; ein schier undurchdringlicher Tarifschunel, den noch nicht einmal die bahneigenen Fahrkartensysteme in den Griff bekamen. Dennoch: Die „rosaroten“ Probewochen des letzten Jahres waren für das Schienenunternehmen ein solcher Erfolg, daß sich die Bahn entschloß, 1984 das „rosarote“ Jahr auszurufen. Und die Kunden kamen.

Jetzt werden wieder einmal die Preise steigen, obwohl jahrzehntelange Tarifsenkungen nur Verluste eingebracht haben. Wenn die Schiene ernsthaft mit der Straße, aber auch mit dem Luftverkehr konkurrieren will, muß sie mit einem verbesserten Konzept – einem klar überschaubaren Tarifsystem und günstigen Preisen – aufwarten. Nur so kann die Bahn langfristig Kunden gewinnen. Zur Zeit vereint sie die beiden Nachteile, langsamer als das Flugzeug und teurer als das Auto zu sein. DES

Geburtstagsfest unterm Affenbrotbaum

Mombasa

Szenen aus einer Rockoper unter dem Affenbrotbaum. Der „Baobab“, Namensgeber der Ferienanlage des Robinson Clubs nördlich von Mombasa, feiert sein zehnjähriges Jubiläum. An diesem Wochenende läuft ein nächtliches Spektakel ab, das selbst die verwöhnten Gäste mitreißt. Vor der silbrig schimmernden Kulisse des Indischen Ozeans wird „Jesus Christ Superstar“ (mit Playback-Technik) von schwarzen und weißen Animatoren, unterstützt von Clubgästen, aufgeführt. Animation, wie sie auch im „Baobab“ nicht alle Tage zu haben ist.

Überhaupt ist alles noch eine Spur üppiger als sonst an diesem Geburtstagswochenende. Das mittägliche Büffet mit Bergen von Hummern und Shrimps, zum Candle-Light-

Dinner Languste auf afrikanischem Gemüsesalat, nach der Consommé-Filet vom Kingfish, Steak mit Geflügelermousse und exotische Früchte; dazu farbenprächige Folklore, Akrobaten und Feuerschlucker.

Grund zum Feiern haben vor allem die Manager der Robinson-Club-Kette in Frankfurt. Denn während der Kenia-Tourismus in der Flaute steckt, kann das „Baobab“ einen stetigen und stolzen Zuwachs vorzeigen. Die Belegung der 300-Betten-Anlage direkt am Meer hat sich von 56 000 im ersten Jahr auf mittlerweile rund 70 000 gesteigert. Beachtliche 70 Prozent der Gäste zog es sogar schon zum zweiten und dritten Mal an den weißen, feinsandigen Strand.

Das Dorf fügt sich harmonisch in die Landschaft ein. Die

Haupthäuser und Bungalows – Rundhütten mit geflochtenen Wakutidächern und luftigen Holzgalerien – wurden mitten in den Urwald gesetzt. Nicht ein Baum wurde gefällt, und selbst die Affen, die sich frech schon mal ein Brot vom Frühstückstisch stibitzen, sind geblieben.

Wen es nach Ostafrika zieht, dem bleibt als Pauschalurlaub zur Zeit nur Kenia. Bis 1988, so Staatssekretär Kiti vom Tourismus-Ministerium, hofft man die Zahl der Urlauber von derzeit etwa 360 000 auf eine Million fast verdreifachen zu können – ein Ziel, das angesichts der sinkenden Touristenzahlen der vergangenen Jahre sehr ehrgeizig ist.

Um die am häufigsten beklagten Missetände abzustellen, will Kenia das Transportwesen und die Sicherheit weiter ausbauen.

Einen weiteren Anreiz für Touristen verspricht man sich von der Wiedereröffnung der Grenze zu Tansania am 1. Dezember, so daß Kenia-Besucher ohne Schwierigkeiten zu Safaris in die Serengeti, den Arusha-Nationalpark und den Ngorongoro-Krater einreisen können.

In einem Punkt bleibt Staatssekretär Kiti allerdings hart: Das Jagdverbot wird nicht gelockert. Zwar könnte eines Tages der kontrollierte Abschluß auf Wildtierfarmen zugelassen werden, aber Raubkatzen etwa „werden niemals freigegeben, und wenn es eine Million davon gibt.“

KLAUS JONAS

Veranstalter: Robinson Clubhotele, Berliner Straße 72, 6000 Frankfurt/Main 1.
Auskunft: Staatliches Verkehrs- und Fremdenverkehrsbüro, Hochstraße 53, 6000 Frankfurt.



Ausflüge in die Safari-Parks bieten sich als Alternative zum Strandurlaub an

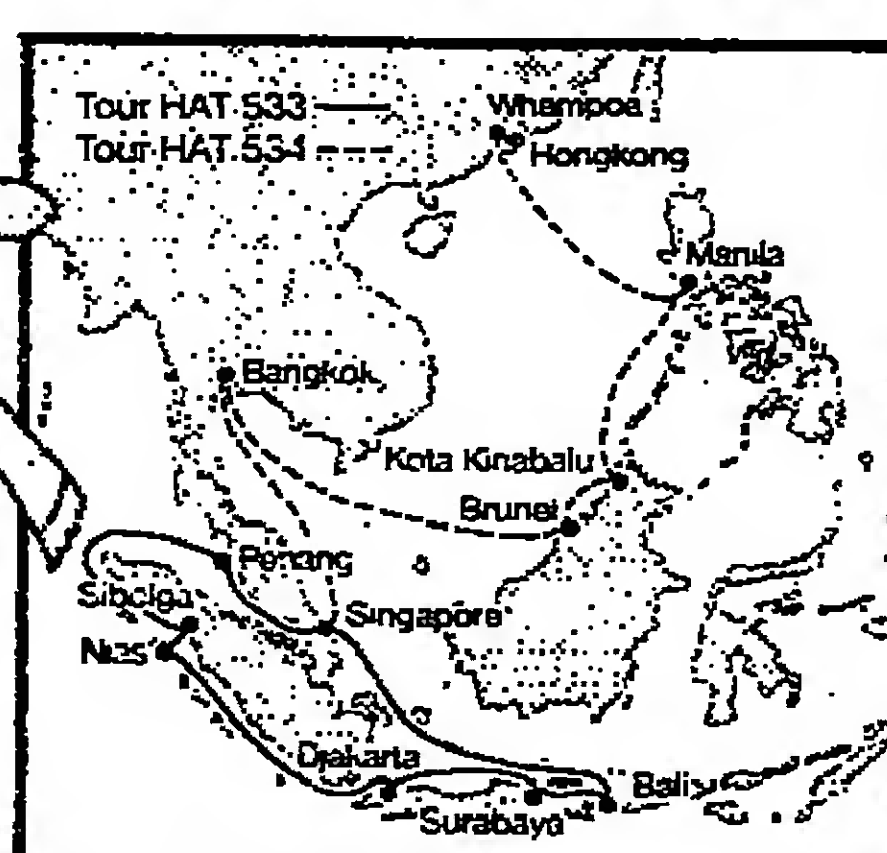
FOTO: MARIANNE JANSSEN

HANSEATIC TOURS

Veranstalter exklusiver Kreuzfahrten und Flugreisen

Mit der „Pearl“ Indonesien oder die großen Städte Asiens entdecken.

„Sonne tanken“ in der Javasee oder im Südchinesischen Meer, an Bord von MS Pearl of Scandinavia... wenn bei uns Schnee und Eis angesagt sind! Auf einer Entdeckungsfahrt zu bezaubernden Inseln oder exotischen Metropolen. Die „Pearl“, das „schwimmende First Class“-Hotel unter norwegischer Leitung. 12.456 BRT; 450 Passagiere; komfortable Kabinen; exzellenter Service.



Indonesische Inselwelt

Unvergleichliches Indonesien... auf dieser Kreuzfahrt bringt die „Pearl“ Sie zu paradiesischen Inseln, deren Liebreiz Sie verzaubern wird: in den malerischen Häfen von Sibolga; zu den Kopffüßern von Nias; ins geschäftige Jakarta; zu der traumhaften Bali. Anspruchsvoller Komfort an Bord, unvergessliche Sehenswürdigkeiten an Land.

Tour HAT 533A 17.1.85 – 3.2.85
Tour HAT 533B 28.2.85 – 17.3.85

Linienflug Frankfurt – Singapur. Hotelübernachtung. Transfer zum MS Pearl of Scandinavia. Penang/Malaysia – Sibolga/Sumatra – Nias/Indonesien – Jakarta/Java – Surabaya/Java – Padang Bay/Bali – Singapur. Stadtrundfahrt. Rückflug nach Frankfurt.

17 Tage Ab DM 8.420

Die großen Städte Asiens

7 Städte, 7 Länder in 17 Tagen... auf der Süd- oder Nordroute ums Südchinesische Meer! Mit der renommierten „Pearl“ in gepflegter Atmosphäre zu hochmodernen Stadtstaaten und jahrtausendealten Kulturstätten. Sie besuchen ein echtes Sultanat und die Volksrepublik China. Westlicher Komfort an Bord; ferntische Faszination auf den Landaufstiegen!

Tour HAT 534A 3.1.85 – 20.1.85
Tour HAT 532A 31.1.85 – 17.2.85
Tour HAT 534B 14.2.85 – 3.3.85

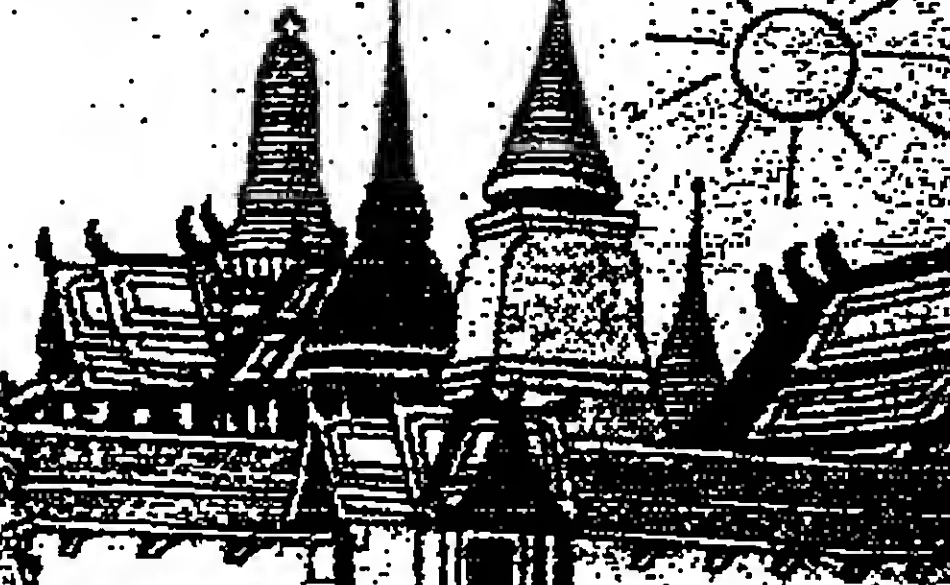
„umgekehrter Reiseverlauf“

Linienflug Frankfurt – Hongkong. Hotelübernachtung. Transfer zum MS Pearl of Scandinavia. Whampoa (Kanton)/VR China – Manila/Philippinen – Kota Kinabalu/Sabah – Brunei/Borneo – Bangkok/Thailand – Singapur. Stadtrundfahrt. Rückflug nach Frankfurt.

17 Tage Ab DM 9.000

Willkommen an Bord, wenn Sie den Zauber des Fernen Ostens erleben und sich prächtigherholen wollen. Preise pro Person inkl. Linienflug und Reisebegleitung, Beratung und Buchung im Reisebüro. Oder detaillierte Informationen anfordern von:

HANSEATIC TOURS
Generalagent für Pearl Cruises of Scandinavia
Große Bleichen 21c · 2000 Hamburg 36
Telefon 040/3560000



Gute Kondition

J.G. - Den Ausgang des zehnten Jahres ihrer europäischen Branchenstrukturkrisis erleben die deutschen Stahlunternehmen in besserer Verfassung als seit langem. Preiserholung und ein Anstieg der Produktion um gut ein Zehntel über das Vorjahresniveau führten im Jahresverlauf 1984 allmählich das Gros der Branche aus den im Vorjahr noch hohen Verlusten heraus. Die Kurzarbeit ist verschwunden. Die Strukturanpassung an ein insgesamt kleineres Produktionspotential schreitet zügig voran.

In summa: Nach Verluststrudeln und Existenznöten auch mancher Großunternehmen hat die Branche das rettende Ufer erreicht. Ein neuer Sturz ins Wasser ist jedoch nicht ausgeschlossen. Denn zahlreiche sind die noch unbewältigten Gefahren geblieben. Sie wurzeln für die mit ihrer Produktivität zumindest in Europa führende deutsche Stahlindustrie nach wie vor in den Ungewissheiten künftiger Stahlpolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Der Katalog der Sorgen reicht von den schon heute empfindlich steigenden Dumpingzufuhren aus Drittländern auf den deutschen Stahlmarkt bis zu der großen Kartellfrage, ob denn tatsächlich ab Ein-

de nächsten Jahres die leistungsfeindliche Subventionsflut in der EG-Stahlindustrie vorüber ist. Die Rückkehr zu einem von behördlichen Mengenbeschränkungen in Produktion und Lieferung freien europäischen Stahlmarkt wird gerade von den deutschen Stahlunternehmen, anders als von vielen ihrer Vettern in der EG, nachdrücklich gefordert. Sie hätten vom fairen Wettbewerb nichts zu fürchten.

Dieses Selbstvertrauen ist bemerkenswert. Denn es gedeiht in einer Branche, die ihre Hauptkonkurrenten auf dem Europamarkt fast alleamt in Staatseigentum und damit auch immer wieder neuen Subventionen nahe sieht. Und Kleinmütigkeit macht sich auch angesichts der bedrohlichen Tatsache noch nicht breit, daß die größtenteils privatwirtschaftlich organisierten deutschen Stahlunternehmen in der langen Stahlkrise nur deutlich weniger in ihre Anlagenmodernisierung investieren konnten als fast alle ihre Konkurrenten in der freien Welt.

Fraglos gehört zum Bild vom rettenden Ufer auch, daß sich die neue Bundesregierung weit energischer als ihre Vorgängerin der Verteidigung deutscher Stahlinteressen gegenüber den Folgen der Subventionsflut der EG-Nachbarn annimmt. Der Erfolg steht da freilich zumeist noch aus. Wenn er kommt, wird auch er die Branche nicht davon befreien, noch mehr nach neuen und unternehmensübergreifenden Strukturen zu streben.



Prognose für 1984: 40 Millionen Tonnen Rohstahl

FOTO: RUDOLF DIETRICH

AUS DEM INHALT

Bald mehr Zuversicht für Stahl?	Seite II
Gedanken zur Gemeinschaftsforschung	Seite III
Dem Nachwuchs endlich eine Chance	Seite IV
1984 war kein guter Tarif-Jahrgang	Seite V
Frankreichs Stahl wird weiter subventioniert	Seite VI
US-Krisenmanagement: Importbarrieren	Seite VII
Fusionen: Alte Riesen suchen neue Kleider	Seite VIII
Modernisierungs-Welle bei den Stahlwerken	Seite IX

Eine Atempause vor der nächsten Runde

Zum ersten Mal seit Beginn der inzwischen längsten Krise der Stahlindustrie gibt der diesjährige Eisenhüttenstag Anlaß zu begründeter Hoffnung auf nachhaltige Besserung. Das konjunkturelle Umfeld ist erheblich freundlicher geworden. Die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der neuen Bundesregierung hat die Neuverschuldung drastisch heruntergesetzt und verspricht mittelfristig die Rückkehr zu solider Normalität; die Inflationsrate ist mit 1,6 Prozent auf den Wert des Jahres 1969 zurückgeführt worden; trotz der lang andauernden Streiks in Teilen der stahlverarbeitenden Industrie ist mit einem realen Wachstum der Volkswirtschaft um 2,5 Prozent zu rechnen.

Das freundliche Umfeld hat sich entsprechend günstig auf die Stahlnachfrage ausgewirkt. So konnten die Prognosen für die Rohstahlerzeugung deutlich heraufgesetzt werden: Knapp 40 Millionen Tonnen sind für 1984 nicht unrealistisch; eine ähnliche Zahl ist für 1985 zu erwarten. Die Preise sind stabil und lassen bei weiterer Aufbesserung im Jahre 1985 ausgeglichene Ergebnisse erwarten.

Auch das ungeliebte Krisensystem der Europäischen Kommission hat bei all seinen Schwächen ein neues Element der Stabilität eingeführt: die hektisch-kurzfristigen Verlängerungen sind durch ein Quotensystem von fast zweijähriger Dauer mit der mehr Flexibilität schaffenden Möglichkeit von Quotenkauf und -tausch ersetzt worden. Parallel dazu konnte inzwischen auch das ergänzende selbstverwaltete System von Eurofer IV in Kraft gesetzt werden.

Mit den Entscheidungen über eine Investitions- und Strukturhilfe in Höhe von drei Milliarden Mark (ohne Saar) hat die gegenwärtige Bundesregierung im reinen Subventionswettbewerb der anderen EG-Länder den deutschen Stahlunternehmen eine neue Überlebenschance gesichert und auf diese Weise ihre künftige Zusammenarbeit auf eine neue Basis gestellt.

Der Patient Stahl hat nach übermenschlichen Anstrengungen eine Sauerstoffdose erhalten, damit alle Beteiligten nach einer Denkpause die Kräfte für die Zeit nach dem 1. Ja-

nuar 1986 sammeln und neu bündeln können; denn noch ist die Herausforderung der Zukunft nicht bestanden.

Die erste betrifft die deutliche Verlagerung des Weltstahlverbrauchs von den klassischen Industrieländern auf andere Regionen. Der Generalsekretär des IISI hat auf der 18. Jahrestagung Anfang Oktober in Chicago eine Schätzung vorgetragen, die von einem Gesamtverbrauch von 700 Millionen Tonnen Rohstahl im Jahre 1985 ausgeht und den Verbrauchsanstieg bis 1995 auf 745 Millionen Tonnen bemißt. Auf die Industrienationen entfallen davon dann noch 327 Millionen Tonnen gegenüber 357 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1983. Die Entwicklungsländer dagegen werden ihren Stahlerverbrauch von 96 Millionen Tonnen bis 1985 auf 140 Millionen Tonnen steigern. Die entsprechenden Zahlen für die EG zeigen einen Rückgang von 102 auf 90 Millionen Tonnen.

Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß sich das Verhältnis zwischen den Produktionsstandorten, von denen aus der Verbrauch bedient wird, noch stärker zu Lasten der Industrieländer und zu Gunsten der Entwicklungsländer verlagern wird. Darauf muß mit einer entsprechenden Anpassung der Kapazitäten insbesondere in Europa reagiert werden.

Die Aussichten hierfür sind leider beträchtlich schlechter als in anderen Industriezweigen der Welt, wie in Japan und mit einigem Abstand in den USA. Der französische Wissen-

schaftler Professor Jacques Lesourne hat auf der 18. Jahrestagung des IISI hierfür das hohe Maß an sozialer Starrheit, die gewaltigen Unterschiede in den Erwartungen der Bevölkerung sowie die zweistufige Verwaltungsstruktur (EG- und nationale Verwaltung) verantwortlich gemacht.

Die Stunde der Wahrheit für die europäische Zusammenarbeit schlägt Ende 1985, wenn der sogenannte Subventionskodex seine Rechtsgültigkeit verliert und die Maßnahmen nach Artikel 58 des Montanunionsvertrages auslaufen. Kein Argument spricht für eine Fortsetzung des einen wie des anderen.

Vor und auch kurz nach der Ausrufung der manifesten Krise beruhte der Anpassungsmechanismus an die gesunkene Nachfrage auf öffentlich rechtlich sanktionierten Selbstverwaltungsvereinbarungen von Eurofer, die von den im Wettbewerb erworbenen Produktionsanteilen (den sogenannten Referenzen) und von prozentual gleichen Kürzungen ausgingen. Von Verlängerung zu Verlängerung denaturierte dieses wettbewerbsorientierte neutrale System zu einem eigenständigen Quotendiktandum der Kommission, in den immer mehr Elemente der Sozialfürsorge, der Regionalpolitik, der Begünstigung von kleinen und Monoproduzenten zu Lasten anderer eingingen.

Kein Wunder, daß in den Unternehmen die Quotenspezialisten das Sagen bekamen. Aber auch sie konnten nicht verhindern, daß Außenstatterverhalten belohnt und System-

treue bestraft wurde. Schließlich wurde das Rechtsmittel zum Politikersatz. In den 27 Jahren bis zur Einführung der Maßnahmen nach Artikel 58 sind lediglich 135 Klagen beim Europäischen Gerichtshof anhängig gewesen. In den knapp vier Jahren seit 1980 sind bereits 129 Klagen anhängig gemacht worden, wovon 115 allein das Quotensystem betreffen. Nur abgebrühte Gegner der Marktwirtschaft können an einem solchen System Gefallen finden. Sie werden auch nichts gegen die Geldverschwendung durch Erhaltungssubventionen einzuwenden haben, die schlimmste ökonomische Ressourcen vernichtende Krankheit, die Europa befallen hat.

Beides, ein denaturiertes Quotensystem und die bislang nicht gebremste Subventionitis in den meisten EG-Ländern, wird letzten Endes die Wettbewerbsfähigkeit Europas, speziell der europäischen Stahlindustrie, zerstören. Es ist deshalb höchste Zeit zur Umkehr.

Zwar haben Bundesregierung, Stahlindustrie und Gewerkschaften den Willen und die Kraft, auf eine Verlängerung des Kodex wie des Krisensystems und Artikel 58 zu verzichten. Kann man das aber auch von den anderen Mitgliedsstaaten und der EG-Kommission sagen? Die Skepsis unter den Kennern in Politik und Wirtschaft überwiegt bei weitem. Deshalb müssen sich auch in der Bundesrepublik angesichts der fortwährenden zweistufigen Verwaltung Politiker, Unternehmer und Gewerk-

schaften auf Alternativen einstellen: Auf einen europäischen Konsens, der nicht dem Konsens in unserem Lande entspricht oder gar auf (dann hoffentlich nur vorübergehende) nationale Alleingänge.

Wie immer aber auch das politische Umfeld und die allgemeinen und speziellen Rahmenbedingungen aussehen mögen, von den Unternehmen der deutschen Stahlindustrie werden für die Zeit nach 1985 Strukturveränderungen erwartet, die über diejenigen hinausgehen, die schon hinter ihnen liegen. Eine wesentliche ist so gut wie abgeschlossen: die Vernetzung der Stahlaktivitäten in Tochtergesellschaften der Konzerne. Sie mag einer eigenständigen Dynamik entspringen sein; beschleunigt wurde sie ganz gewiß durch eine kleingedruckte Vorschrift in den Richtlinien zur Strukturhilfe.

Nach dem Scheitern des Moderatormodells stehen diese Tochtergesellschaften und ihre Mütter vor der Entscheidung:

- den Weg der Spezialisierung zu wählen („klein aber fein“ zu werden) und das größere Risiko zu tragen, wenn dabei aufs falsche Pferd gesetzt wurde;
 - oder durch Fusionen eine möglichst vollständige Produktionspalette aus vollintegrierter Erzeugung anbieten zu können, um auf diese Weise krisenunabhängiger zu werden;
 - oder beides durch Gemeinschaftsbeteiligungen zu kombinieren.
- Auch wenn man die Möglichkeit einer Einheitsgesellschaft oder gar

die Verstaatlichung ausdrücklich außer Betracht läßt, kann man sagen, daß die Struktur der deutschen Stahlindustrie in den neunziger Jahren eine andere als die gegenwärtige sein wird. Angesichts der knappen Ressourcen kommt für sie die Stunde der Wahrheit, wenn Investitionsentscheidungen für erneuerungsbedürftige Breitbandstraßen anstehen.

Anlässlich des diesjährigen Eisenhüttenstages sollte man zusammenfassend realistischerweise akzeptieren, daß der hohe Stellenwert, den die Stahlindustrie in der industriellen Welt der Vergangenheit besaß, verlorengegangen und durch andere Prioritäten ersetzt worden ist. Das gilt auch für Teile der verarbeitenden Industrie. Für jedermann sichtbar befindet sich die Wertindustrie schon seit längerem in einer Krise. Schlimmer und von nachhaltiger Wirkung wäre es, wenn sich die Informationen aus der Automobilindustrie über eine bevorstehende Anpassungskrise bestätigten.

Ob Europa und speziell die Bundesrepublik ihre Bedeutung im Wettbewerb der Produktionsstandorte der Welt behalten kann, wird mit davon abhängen, ob die Unternehmenssetzungen, die gegenwärtig mit Quotenexperten und Subventionsberatern besetzt sind, wieder von innovationsoffenen und risikobereiten Unternehmen geführt werden können. Das Szenario der zukünftigen Entwicklung hält dazu alle Chancen offen.

HERBERT W. KOHLER, MdB

Thyssen Handel weltweit aktiv...

In 65 Ländern der Erde mit eigenen Tochtergesellschaften, Delegiertenbüros und Vertretungen. Über 150 Niederlassungen, Lagerbetriebe und Betriebsstätten in der Bundesrepublik.

...mit vielfältigen Programmen: z. B. Aluminium · Bergwerksausrüstungen · Blankstahl · Chemieanlagen · Düngemittel · Energieleitung · Erdölraffinerien · Fertiginstallation · Gerüstbau · Gießereien · Heizungsanlagen · Kohle · Kunststoffe

Maschinen · Mineralöl · NE-Metalle · Oberbau · Projektmanagement · Quartableche · Recycling · Sanitär · Schiffsausrüstungen · Schmieden · Schrott · Spezialrohre · Tiefbaumaterial · Verkehrsleistungen · Wärmepumpen · Werften · Ziegelwerke

Unsere Geschäftsbereiche im In- und Ausland:
Thyssen Stahlunion
August-Thyssen-Straße 1
4000 Düsseldorf 1

Thyssen Sonnenberg
Wörthstraße 110
4100 Duisburg 1

Thyssen Schulte
Hansastraße 2
4600 Dortmund 1

Thyssen Brennkraft
Krausstraße 59
4100 Duisburg 13

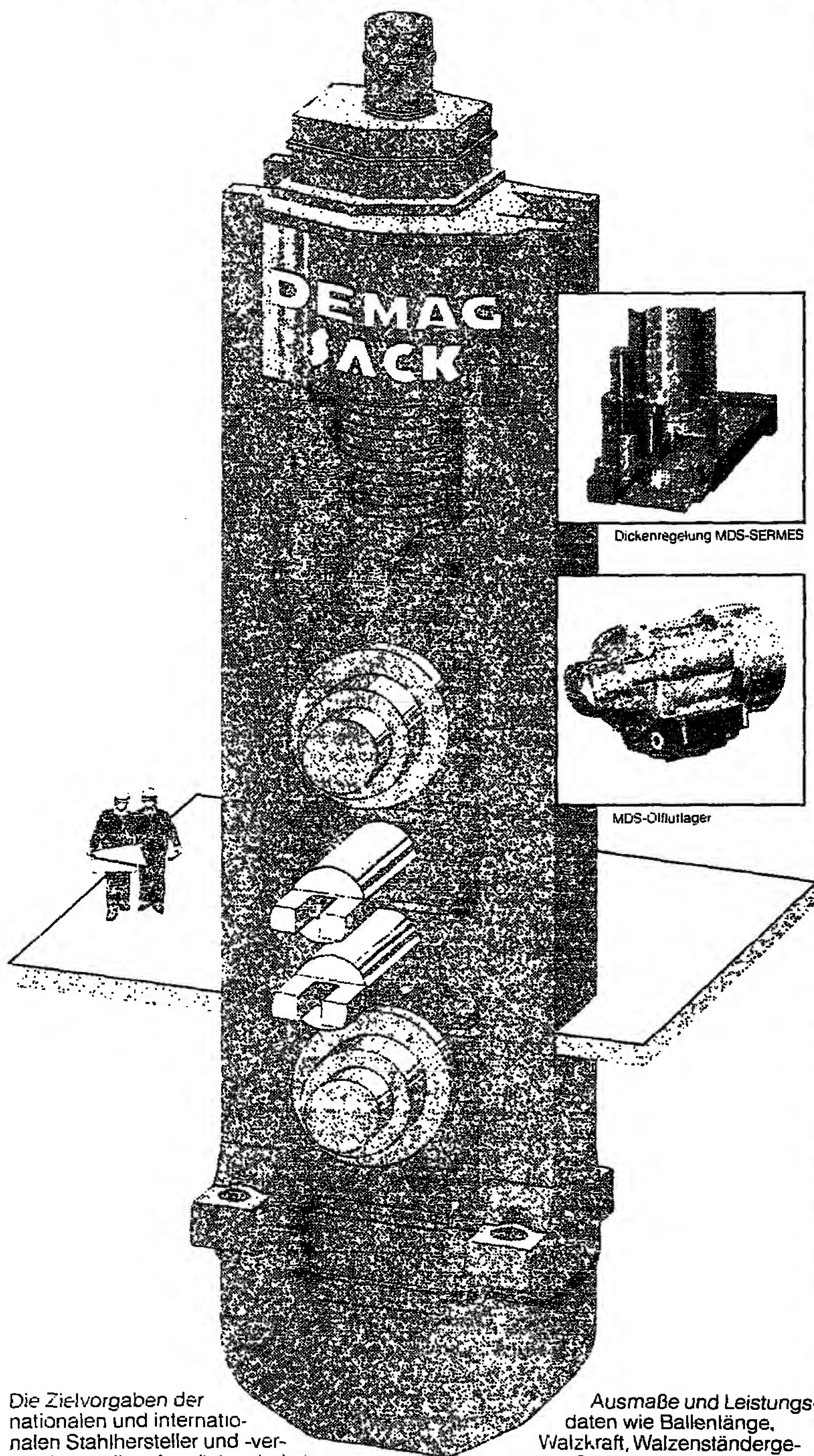
Thyssen Rheinstahl Technik
Königsallee 106
4000 Düsseldorf 1

Haeger & Schmidt
Vincweg 20-22
4100 Duisburg 13

Thyssen Inc.
1114 Avenue of the Americas
New York, NY 10036

THYSSEN HANDELSUNION AG
Thyssenhaus · 4000 Düsseldorf 1

Größtes Walzwerk der Welt



Die Zielvorgaben der nationalen und internationalen Stahlhersteller und -verarbeiter an ihre Ausrüster sind eindeutig: besser produzieren in Menge und Qualität, dazu Energie einsparen und die Umwelt weniger belasten.

Diese Forderungen auf wirtschaftliche Art effektiv erfüllen zu können, setzt abgestimmte Produktionssysteme in bisher nicht gekannten Dimensionen voraus.

Das größte Walzwerk der Welt ist einer unserer Beiträge hierzu. Wesentlicher Teil dieser Anlage, eine Lieferung an die AG der Dillinger Hüttenwerke mit Inbetriebnahme im Jahr 1985, ist ein Grobblech-Walzgerüst der Superlative.

Ausmaße und Leistungsdaten wie Ballenlänge, Walzkraft, Walzenständergewicht, Ständerquerschnitt, Walzenzapfenlager und Antriebsmoment übertreffen alle bisher bekannten Dimensionen. Auf der Anlage können Röhrenbleche für 64" Röhre, Bau- und legierte Stähle gewalzt werden: schneller, wirtschaftlicher, präziser.

Die Technik steht bereit für Stahl in neuen Dimensionen.

Mannesmann Demag... die ganze Hüttentechnik

mannesmann technologie

Mannesmann Demag Hüttentechnik

Geschäftsgruppe Metallgewinnung
Postfach 101984, Königsstraße 57
D-1100 Duisburg 1
Telefon (0203) 394-1
Telefax 855 855-29/30

Geschäftsgruppe MEER
Postfach 365, Ohlrichweg 66
D-4050 Monchengladbach 1
Telefon (02161) 350-1, Telefax 852 523

MIDS Mannesmann Demag Sack GmbH
Postfach 330370, Wählerstraße 2
D-4000 Düsseldorf 30
Telefon (0211) 65 04-01, Telefax 8 586 849

Auch 1984 wird die Welt-Stahlindustrie die Rekordproduktion des Jahres 1979 nicht erreichen. Doch die Erholung der Stahlnachfrage in diesem Jahr läßt erstmalig wieder eine etwas optimistischere Beurteilung der Aussichten für die Stahlbranche zu. Zu diesem Ergebnis kam das Internationale Eisen- und Stahlinstitut (IISI) in Brüssel. Während der

ersten acht Monate dieses Jahres haben die Mitgliedsfirmen des Instituts 13,7 Prozent mehr Rohstahl erzeugt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In den USA stieg die Produktion besonders stark um 22,4 Prozent. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft waren es immerhin fast 13 Prozent und in Japan 11 Prozent mehr als 1983.

Mehr Zuversicht für Stahl?

Das Internationale Eisen- und Stahlinstitut schätzt, daß die Wiederbelebung der Nachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern, besonders nach Personenkraftwagen, den Stahlbedarf der westlichen Welt auf 438 Millionen Tonnen ansteigen lassen wird, ein Zuwachs von etwa 9 Prozent gegenüber 1983. Fügt man den Stahlverbrauch der Staatshandelsländer hinzu, so kann man davon ausgehen, daß der Weltstahlbedarf in diesem Jahr zum ersten Mal seit 1980 rund 710 Millionen Tonnen erreichen wird. Der Aufschwung des Jahres 1984 hat die Erwartungen der Industrie, wie sie sich Ende letzten Jahres darstellten, weit übertroffen: 1984 war allgemein ein Jahr kräftiger wirtschaftlicher Erholung.

Ungeachtet dieser positiven Erwartungen werden anhaltende und weitverbreitete Wirtschaftsprobleme entscheiden, in welchem Maße der Aufschwung sich im nächsten Jahr und darüber hinaus fortsetzen wird. Gegenwärtig will es scheinen, daß mit einer Verlangsamung des kräftigen Auftriebs des Stahlverbrauchs der letzten Monate zu rechnen ist, mit Stagnation oder sogar einem leichten Rückgang der Nachfrage in der Mehrzahl der Industrieländer. Der wirtschaftliche Aufschwung in den meisten Ländern war nur von einer zögernden Belebung der Investitionstätigkeit begleitet. Hinzu kommt - vielleicht von noch größerer Bedeutung für den Stahlverbrauch - daß die Investitionsausgaben sich mehr auf leichte Anlagen konzentriert haben als auf schwere Ausrüstungen und Maschinen oder auf die Bautätigkeit zur Erweiterung von Kapazitäten. Außerdem setzt sich in vielen Ländern eine Grundhaltung der Wirtschaftspolitik fort, die öffentliche Investitionen - und mit ihnen stabilisierende Infrastrukturausgaben - auf niedrigerem Niveau hält.

Einschränkungen dieser Art werden, so wird geschätzt, einen Stahlverbrauch der westlichen Welt von 441 Millionen Tonnen ergeben, um 3 Millionen Tonnen mehr als für 1984 erwartet. Zusammen mit den Staatshandelsländern wird der Weltstahlbedarf dann 719 Millionen Tonnen erreichen. Wenn dies auch insgesamt und im Vergleich mit der Rezession von 1982 und 1983 ein recht gutes Ergebnis ist, beschränkt sich der Nachfragezuwachs doch fast ausschließlich auf die Entwicklungsländer, insbesondere auf Lateinamerika, wo eine Zunahme des Stahlverbrauchs um 11,5 Prozent erwartet wird, sofern nicht erneute wirtschaftliche Rückschläge dies wieder zunichte machen.

Diese gedämpften Erwartungen für die Stahlnachfrage sind eine Folge der weiterhin bestehenden Ungleichgewichte, sowohl im Handel als auch struktureller Art, die den Wirtschaftsaufbau in den letzten Jahren weltweit bestimmt haben. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, die enormen Defizite der öffentlichen Haushalte, die restriktive Geld- und Finanzpolitik und hohe Realzinssätze beeinträchtigen auch weiterhin die private Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch. Gleichzeitig sind die internationalen Handelsbeziehungen durch protektionistische Pressionen und Subventionen verzerrt worden und durch Wechselkurse belastet, deren Basis nicht mehr die Handelsströme, sondern kurzfristige Kapitalbewegungen sind.

Wenn auch das internationale Verschuldungsproblem in letzter Zeit durch Umschuldungen und andere Maßnahmen etwas gemildert worden ist, so behält es doch furchterregende Dimensionen. Ob der Aufschwung der Jahre 1983 und 1984 noch über 1985 hinausreichen wird, hängt wesentlich davon ab, ob die mit der internationalen Schuldenkrise, mit weiter steigenden Zinssätzen oder einem noch stärkeren Dollar verbundenen Risiken unter Kontrolle gehalten werden können.

Wie sind nun die Aussichten für die kommenden zehn Jahre? Der Weltstahlverbrauch wird 1990 etwa 722 Millionen Tonnen erreichen und bis 1995 auf 745 Millionen Tonnen ansteigen können. Hierbei handelt es sich um Schätzungen des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts in Brüssel, die nicht unbedingt die Meinung anderer widerspiegeln. Eine solche Entwicklung würde zwar insgesamt einen Zuwachs über den Trendwert von 700 Millionen Tonnen im Jahre 1983 bedeuten, aber das Wachstum beschränkt sich fast ausschließlich auf die Entwicklungsländer der westlichen Welt, auf China und Nordkorea.

Unter der Annahme, daß die Wirtschaftspolitik der meisten Länder sich nicht der massiven Bekämpfung

Sichtbarer Stahlverbrauch der Welt

(Millionen Tonnen)

	1984	1985	Veränderung (%) 1985/1984
Industrieländer	338	337	-0,3
Entwicklungsländer	100	104	+4,0
Westliche Welt insgesamt	438	441	+0,7
COMECON	212	215	+1,4
China & Nordkorea	60	65	+8,3
Welt	710	719	+1,3

Zukünftiger Stahlverbrauch der Industrieländer

(Millionen Tonnen)

	1988	1985	1990	1995
Nordamerika	136	115	114	115
EG	102	95	91	90
Japan	71	73	75	73
Andere Industrieländer	44	45	47	49
Industrieländer gesamt	353	324	325	327

Zukünftiger Stahlverbrauch der Welt

(Millionen Tonnen)

	1988	1985	1990	1995
Industrieländer	353	324	325	327
Entwicklungsländer	96	104	122	140
Westliche Welt insgesamt	449	428	447	467
COMECON	208	210	200	190
China & Nordkorea	48	62	75	88
Welt	705	700	722	745

Quelle: IISI

der Arbeitslosigkeit und damit einer Welle öffentlicher Investitionen zuwenden wird, ist damit zu rechnen, daß sich die Stahlnachfrage in den Industrieländern ungefähr auf dem gegenwärtigen Niveau halten wird. Somit wird 1985 der Stahlverbrauch in Nordamerika 115 Millionen Tonnen erreichen, verglichen mit 113 Millionen Tonnen vor zehn Jahren. In der Europäischen Gemeinschaft dürfte die Nachfrage im selben Zeitraum von 93 Millionen Tonnen auf 90 Millionen Tonnen zurückgehen, während der japanische Stahlverbrauch sich bei 73 Millionen Tonnen stabilisiert.

Im Gegensatz dazu, und unter der Voraussetzung, daß die Schwierigkeiten der Auslandsverschuldung sich allmählich lösen lassen, wird die Stahlnachfrage in den Entwicklungsländern der westlichen Welt sich von einem Trendwert von 104 Millionen Tonnen 1985 auf 140 Millionen Tonnen zehn Jahre später erhöhen, wobei der Bedarf in Lateinamerika und Asien um ungefähr 40 Prozent steigen dürfte.

Die somit im wesentlichen in den Entwicklungsländern stattfindende Expansion wird die gesamte Stahlnachfrage der westlichen Welt während der kommenden zehn Jahre von 428 Millionen auf 467 Millionen Tonnen erhöhen. Allerdings wird 1990, angesichts der Stagnation in den Industrienationen, mit 447 Millionen Tonnen nur knapp wieder das Niveau von 1980 erreicht. Dieses Verbrauchsvolumen aus der bestehenden Produktionskapazität zu decken wird kaum Schwierigkeiten bereiten. Selbst ein unerwartet starker zyklischer Aufschwung um 1990 würde nur zu einem Nachfragevolumen von etwas weniger als 300 Millionen Tonnen Rohstahl führen. Man schätzt, daß die Rohstahlkapazität 1990 jedoch etwa zwischen 570 und 610 Millionen Tonnen liegen wird, so daß die durchschnittliche Kapazitätsauslastungsrate dann zwischen 80

und 85 Prozent läge. Es besteht also begründete Aussicht, daß man nach 15 Jahren verheerend niedriger Beschäftigung zu Beginn der neunziger Jahre endlich zu normalen Verhältnissen zurückkehren kann.

Im übrigen vermitteln diese in Rohstahl ausgedrückten Zahlen zum künftigen Stahlverbrauch und zur Kapazitätsentwicklung einen verzerrten und unrealistisch deprimierten Eindruck: Rohstahl ist lediglich das Einsatzmaterial, aus dem Stahlzeugnisse hergestellt werden. Entscheidend ist, was mit dem Rohstahl gemacht wird, und was die Kunden aus den Fertigprodukten herstellen. Und gerade hier sind in den letzten Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht worden.

Trotz der erschreckenden Finanzsituation der vergangenen zehn Jahre hat die Industrie eindrucksvolle technologische Verbesserungen erzielt. Modernisierung, Energieeinsparung, verbesserte Ausbringungsraten, Erhöhung der Erzeugnisqualität und Ausweitung der Angebotspalette sind in allen Sektoren voranzgetrieben worden. Es hat vielleicht keine revolutionierenden Durchbrüche gegeben, aber dafür stetige und bemerkenswerte Evolution.

Da alle diese Verbesserungen über die gesamte Industrie mit ihrer großen Vielfalt von Verfahren und Erzeugnissen verstreut sind, ist es schwierig, ihren kombinierten Effekt meßbar zusammenzufassen. Es gibt jedoch ein Maß, das wenigstens einen Gesamtindruck des technischen Fortschritts in der Stahlindustrie vermittelt: die Entwicklung des Ausbringungsschritts. Hier zeigt sich die zunehmende Effizienz, mit der Rohstahl in Fertigprodukte verwandelt wird. Gewiß mögen auch Ausbringungsraten kein vollkommener Maßstab sein: die Erzeugnisse selbst ändern sich, es ändert sich ihr Anteil an der Gesamtproduktion. Auch sagen sie nichts über Entwicklungen im sehr wichtigen „schweren“ Bereich der Industrie

aus, über Erzaufbereitung, Roheisen- und Rohstahlherstellung.

Trotzdem vermitteln Ausbringungsraten ein zusammengefaßtes Bild der wesentlichen Verbesserungen, die anschließend an die Fließphase verwirklicht worden sind, also beim Vergießen, beim Walzen und bei der Fertigbearbeitung. So hat man, denn in Japan im Jahre 1983 aus je 100 Tonnen Rohstahl acht Tonnen mehr Fertigstahl erzeugt als 1973. In Europa betrug die entsprechende Verbesserung des Ausbringens etwa fünf Tonnen, wobei sich der Abstand zu Japan schnell schließt.

Ein bedeutender Teil der Erhöhung der Ausbringungsraten ist der raschen Ausbreitung des Stranggußverfahrens zuzuschreiben, das die verlustreiche Blockphase überspringt. 1973 betrug der Stranggußanteil an der japanischen Rohstahlerzeugung etwa 20 Prozent; in der EG waren es zehn Prozent, in den Vereinigten Staaten sieben Prozent. 1983 hingegen wurden in Japan 86 Prozent des Rohstahls im Strang vergossen; in der EG 60 Prozent und in den USA 31 Prozent. Auch in den übrigen Ländern werden mehr und mehr Stranggußanlagen errichtet, trotz der allgemeinen finanziellen Schwierigkeiten.

Schon wird mehr als die Hälfte der Rohstahlproduktion der westlichen Welt im Strang vergossen; die Anlagen selbst sind verbessert worden zur Erweiterung des Anwendungsbereichs und zur Ausweitung des Erzeugnisprogramms. Solche Entwicklungen verdeutlichen, wie aufgeschlossenen die Stahlindustrie technologischen Neuerungen gegenübersteht und mit welcher Schnelligkeit vielversprechende Ideen in der industriellen Praxis verwendet werden.

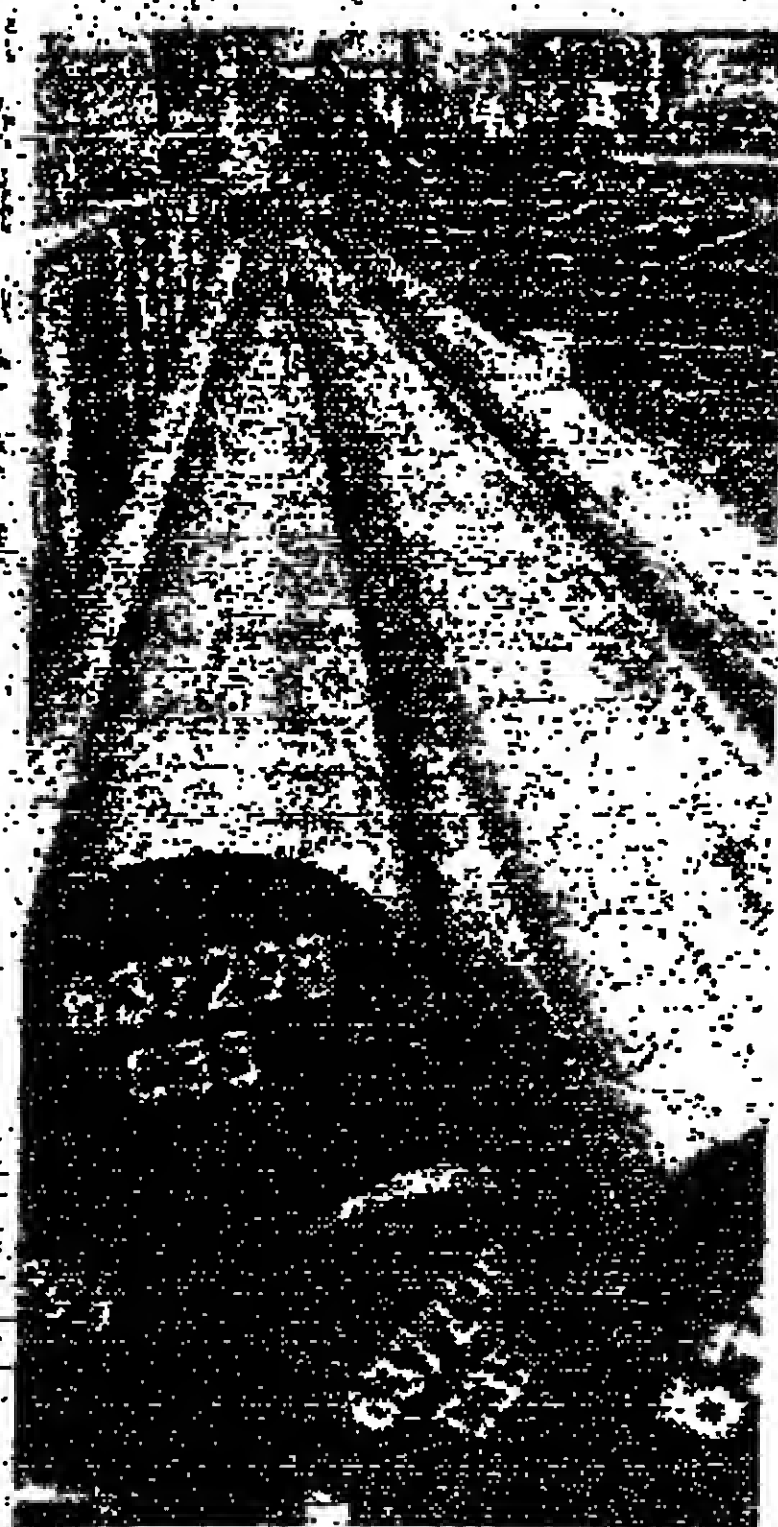
Der Strangguß ist jedoch nur ein, wenn auch deutlich sichtbares Beispiel für die Bereitschaft der Stahlindustrie, neue Technologien zu absorbieren und industriell zu verwerten. Der Einsatz von Rechnern in allen Sektoren der Stahlindustrie, besonders auch beim Walzen und der Fertigbearbeitung, ist dafür ein weiteres Beispiel.

Natürlich ist die Erzeugung von mehr und besserem Fertigstahl aus jeder Tonne Rohstahl nicht der einzige Fortschritt. Die höhere Qualität und die verbesserten Eigenschaften der Stahlerzeugnisse von heute versetzen den Verbraucher in die Lage, wesentlich geringere Mengen einzusetzen und dabei gleichzeitig bessere Ergebnisse zu erzielen. Im Markt selbst erwächst dem Stahl die schärfste Konkurrenz vom besseren Stahl. Die Verwendung von hochfesten, niedriglegierten Stählen in der Automobilindustrie ist weithin bekannt, jedoch haben sich ähnliche Entwicklungen auch in anderen Verbraucherindustrien durchgesetzt. Im Bausektor erreicht man mit modernen Stahlprodukten Resultate, deren Verwirklichung von zwanzig Jahren noch die doppelte Stahlmenge erfordert hätte. Es darf also aus den angeführten Zahlen nicht geschlossen werden, daß der Stahlmarkt erstarrt ist. Jede Tonne Rohstahl wird intensiver genutzt als je zuvor, und die Verbrauchsvoraussetzungen sollten auch so verstanden werden.

LENHARD J. HOLSCHUR
Generalsekretär des Internationalen Eisen- und Stahlinstituts (IISI), Brüssel

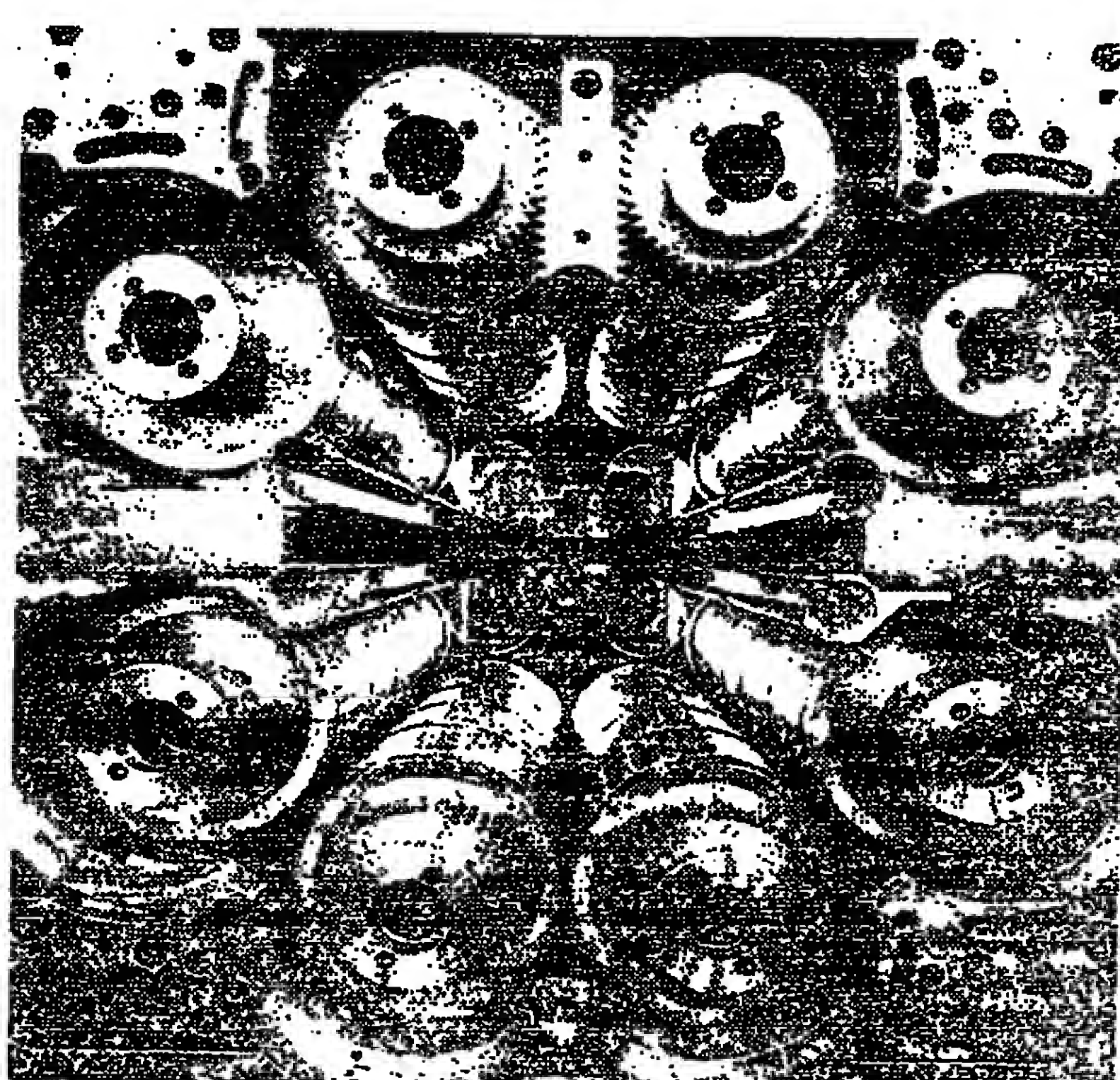


Eine stärkere Nachfrage nach Verbrauchsgütern, besonders nach Personenkraftwagen, wird den Stahlverbrauch der westlichen Welt auf fast 440 Millionen Tonnen ansteigen lassen



Rohstahl ist lediglich das Einsatzmaterial, aus dem hochwertige Erzeugnisse hergestellt werden können.

Bestimmt hat der Bundesminister für Forschung und Technologie recht, wenn er sagt: „Wir müssen weg von der Mentalität der siebziger Jahre, wonach nur dann etwas erfunden werden darf, wenn der Staat durch einen Scheck seinen Segen dazu gibt.“ Aber heute geht es weniger um das Erfinden-Dürfen als vielmehr um das Erfinden-Müssen. Dabei sollte mit Anreizen nicht geizig werden. Die Unternehmen sind bereit, ihren Anteil beizutragen, obwohl die Ertragslage vielfach nicht zufriedenstellend ist. Von jeher waren es die Unzufriedenen, die den Fortschritt brachten.



... entscheidend ist, was mit dem Rohstahl gemacht wird. Gerade bei den Fertigprodukten wurden bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Das Foto zeigt die Stützrollen eines Kaltband-Walzwerkes.

Erfinden dürfen und erfinden müssen – Gedanken zur Gemeinschaftsforschung

Zu allen Zeiten ist das Geschäft mit der Forschung eine höchst riskante Angelegenheit gewesen. In kaum einem Falle ist es dem Forscher gegeben, vorauszusagen, ob seine Bemühungen zu greifbaren Resultaten führen werden. In manchen Bereichen – etwa auf dem Feld der Grundlagenforschung – steht die Gewinnung neuer Erkenntnisse auch nicht so sehr unter dem Zwang, Erfolge vorzeigen zu müssen; sie ist nicht nutzenorientiert und darf sich daher als „Forschung um der Forschung willen“ verstehen.

Andererseits die anwendungsorientierte Forschung. Für sie ist es eigentlich geradezu Voraussetzung, mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg im Sinn herbeizuführen Resultate in Angriff genommen zu werden. Ist sie deshalb weniger riskant? Nach allen vorliegenden, teilweise leidvollen Erfahrungen ganz sicher nicht. Und das hat seine Gründe.

Wo ein Risiko liegt, muß es immer Leute geben, die bereit sind, es zu tragen, und sie können es nur dann, wenn es ein Motiv für sie gibt, dies zu tun. Die Geschichte weiß von Potenzen, die als Mäzene aufgetreten sind, allein um ihr Ansehen zu mehren oder in der vägen Hoffnung, ihre bedürftigen Staatskassen im Erfolgsfalle vielleicht doch ein wenig füllen zu können. Nicht selten mag auch für Kaufleute, Industrielle oder Bankiers das Mäzenatentum als ein Ausdruck selbstbewußten, Bürgerstolzes, Bewunderung, genug gewesen sein.

Ohne daß sie in unseren Tagen ausgestorben wären, ist doch an die Stelle der privaten Mäzene zur Finanzierung von Forschung mehr und mehr die öffentliche Hand getreten, also die Steuerzahler. Und seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland haben alle Regierungen stolz die Budgets in ihrem Haushaltsplan vorgelegt, die der Förderung der Forschung dienen; gleiches gilt natürlich für eine große Zahl anderer Industrieländer.

Aber eigenartigerweise ist in der Bundesrepublik Deutschland – anderswärts ist man da weitaus weniger pingelig – die öffentliche Forschungsförderung von jeher mit einem gewissen Haart gut behaftet. Da gibt es das Lager derer, die die Grundlagenforschung für etwas halten, das – weil keine greifbaren oder gar verwertbaren Ergebnisse herausbringen – als privates Hobby von den Wissenschaftlern zu betreiben wäre. Auf der anderen Seite und insbesondere in den Unternehmenskreisen ist die Zahl jener nicht gerade gering, die da argwöhnen: hinter staatlicher For-

schungs- oder gar Innovationsförderung stehe das höchst unsittliche Ansehen einer Administration, in Richtung Planwirtschaft und Entmündigung unternehmerischer Entscheidungen in das Marktgeschehen einzugreifen. Ein bloßer Verdacht wird, auch wenn er stetig wiederholt wird, nicht erhärtet, und bis jetzt jedenfalls fehlt es an Beispielen dafür, daß öffentliche Förderung im industriellen Bereich in die gefürchtete Abhängigkeit geführt hätte.

Was steht denn wohl für eine Absicht hinter den Förderungsbemühungen durch den Staat? Prestigedenken, Profilierungssucht politischer Ehrgeizlinge etwa? Oder ist es nicht vielmehr der Zwang zum Handeln, angesichts einer nun einmal herrschenden Lage auf den Märkten der Welt.

Seitdem viele der sogenannten Entwicklungsländer den traditionellen Industrienationen auf Schritt und Tritt in nahezu allen Bereichen der Versorgung des Marktes mit Halbzeugen und Fertigteilen unbarmerzig im Nacken sitzen, kann die Bundesrepublik Deutschland es sich nicht mehr leisten, dieser Entwicklung tatenlos zuzuschauen. Auf zu vielen Gebieten wurde schon die einst marktbeherrschende Position eingeblüht. Unbestritten kommen den jungen Industrienationen einige Bedingungen entgegen, wie sie für die klassischen Industrieländer nicht gelten und auch nie gegolten haben. Unter Einsatz modernster Produktionseinrichtungen, die von den Altmeistern geliefert wurden, sind sie in der Lage, zu manchmal unerhöht niedrigen Preisen zu fertigen und anzubieten.

Wissenschaft, Praxis und Management im Verbund

Für eine Vielzahl von deutschen Unternehmen – und das gilt besonders für die klein- und mittelständischen – tritt erschwerend hinzu, daß solche Fakten wie sinkende Renditen, eine in zahlreichen Fällen unzureichende Kapitalausstattung, immer zeitaufwendiger und kostenträchtiger werdende Neu- und Weiterentwicklungsprozesse und nicht zuletzt ein Wust von erschwernisbringenden Auflagen der Realisierung erfolgversprechender Produktideen beziehungsweise kostensenkender Fertigung im Wege stehen. Risiken also und Unwägbarkeiten, denen sich jeder Unternehmer gegenüber sieht

und die er kaum noch im Alleingang zu meistern vermag. Gemeinsames Handeln ist geboten.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Verantwortung für die Entwicklung der Volkswirtschaft sollten die Bemühungen aller bisherigen Bundesregierungen um Förderung der Forschung – auch und nicht zuletzt der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung, vielfach auch als Innovationsförderung zu verstehen – einmal gewürdigt werden. Hier diktiert die Gesetze des Marktes, was zu geschehen hat. Zu langes Fackeln, zu zögerndes Vorgehen können sich rasch verheerend auswirken; der Beispiele dafür gibt es schon zu viele.

Freilich kann es nicht gleichgültig sein, wie und nach welchen Zielen ausgerichtet die staatliche Förderung erfolgt. Neben einigen anderen Modellen hat sich hier – für den Insider umstritten – die Gemeinschaftsforschung als ein Weg erwiesen, der zu außerordentlich guten Erfolgen führte. Dabei ist der Begriff „Gemeinschaftsforschung“ so aufzufassen, daß im Verbund von Wissenschaft, Praxis und Forschungsmanagement Forschungs- und Entwicklungsarbeiten von diesen Partnern gleichberechtigt und im Interesse einer Branche, nicht eines einzelnen Unternehmens, initiiert und durchgeführt werden.

Dabei spielt der horizontal strukturierte Forschungszusammenschluß, in dem Firmen miteinander im Wettbewerb stehen, eine ebenso brauchbare Rolle wie der vertikale: das ist jener, der Partner nachgeschalteter Verarbeitungsstufen zu einer Problemlösung zusammenführt. Bei Lösung der gestellten Forschungsaufgaben in dieser Konstellation ist nahezu vollkommen sichergestellt, daß unter Einsatz eines hohen wissenschaftlichen Potentials nicht an den Bedürfnissen der Praxis vorbei und daß unter höchst wirkungsvoller Verwendung der vorhandenen Geldmittel gearbeitet wird: brauchbare, sprich rasch umsetzbare Forschung zu einem für alle vernünftigen Preis.

Es sei nicht verschwiegen, daß es sich manchmal nicht ganz einfach gestaltet, Forschungspartner aus der Industrie, die sich als Wettbewerber im Markt tagtäglich begegnen, zur Lösung einer firmenübergreifenden Aufgabe an einen Tisch zu bringen. Ebenso ist es nicht immer leicht, besonders beim Kleinunternehmer, der als Mitspieler unverzichtbar ist, eine gewisse Schwellenangst gegenüber

der Begegnung mit der hochkarätigen Wissenschaft abzubauen.

Und selbstverständlich wird von den Industriepartnern, die im Regelfall mit einem angemessenen finanziellen Anteil an der Realisierung des Vorhabens beteiligt werden müssen, nie die Gelegenheit ausgelassen, sich erst einmal mit Hinweis auf die sogenannten „Trittbrettfahrer“ oder „Forschungsschmarotzer“ ein wenig vor dem Engagement zu zieren. Meistens allerdings nur beim ersten Mal, denn sehr rasch erfassen die Partner aus der Praxis, welche Vorteile sich aus der gemeinsamen Arbeit ergeben und sie begreifen, daß zunächst vermeintliche Nachteile durch die Mitarbeit von Anfang an mehr als aufgewogen werden.

Schnelle Hilfe ohne übertriebene Bürokratie

Wie aber kann solches Bemühen um Hilfe zur Selbsthilfe durch staatliche Organe gefördert werden? Je nach Befindlichkeit der Wirtschaft bei uns, aber auch in der Europäischen Gemeinschaft, hört man immer neue Parolen. Da ist von der „sanften Förderung“ die Rede, womit wohl indirekte, über steuerliche Abschreibung erfolgende Maßnahmen umschrieben werden. Da wird auch gesagt, es müsse „die Breite“ richtig finanziert werden, der Kenner weiß schon, was immer damit gemeint sein mag. „Technologie-Bündelung“ ist ein weiteres der Schlagworte von denen es noch so viele gibt, die anläßlich offizieller und offiziöser Veranstaltungen strapaziert werden. Wie aber ist es mit der Umsetzung in die Tat?

Niemand wird bestreiten wollen, daß einiges getan wird in Sachen Gemeinschaftsforschung, und offensichtlich haben sich auch die Erfolge derartiger Maßnahmen bis in Parlament und Kabinett hinein herumgesprochen. Ob es jedoch genug ist, was getan wird, darüber gehen die Meinungen bei Zuwendungsgebern und Zuwendungsempfängern auseinander. Das Feld, das gute Ernte verspricht, erstreckt sich weit und will beachtet werden. Oder Klartext: der angemeldete Bedarf an Mitteln ist groß, aber nicht unbescheiden, und er harzt der Bewilligung. Möglichst bald und ohne übertriebene Bürokratie.

GÜNTER K. WISNIEWSKY
Geschäftsführer der Studiengesellschaft für Anwendungstechnik von Eisen und Stahl

SCHROTTWIRTSCHAFT / Drastischer Anstieg der Mengen und der Preise

Mehr Absatz als selbst im besten Stahlboom-Jahr

Das Material, von dem sie leben, sei für die deutsche Stahlindustrie die einzige und obendrein dank gespeicherter Energie, stets besonders kostengünstige heimische Eisenbasis von Belang. So singen die deutschen Schrotthändler seit Jahren das hohe Lied ihrer Branche. In der langen Stahlkrise war es auch für diesen schätzbarsten Wirtschaftszweig oft genug der Gesang im finsternen Walde der Verluste und auch der Firmenzusammenbrüche.

Drastischer noch als schon im schmerzhaften Stahlkrisenjahr 1983 ist aber im bisherigen Verlauf von 1984 die Flaute, einem Aufschwung der Absatzmengen und der Preise gewichen. Die Schrottwirtschaft, die mit ihren kapitalintensiven, aufbereitungsanlagen schon mehr „industriellen“ als „Handels“-Charakter hat, lebt im Sonnenschein.

Dieses Urteil ist nach den bis Ende August vergebenden Zahlen auch für das volle Jahr 1984 nicht mehr umzu stoßen: In den ersten acht Monaten hat der Schrotthandel seinen Gesamtumsatz um 11,7 Prozent auf 9,33 Millionen Tonnen erhöht. Damit hat er

sogar seine im letzten Stahlboomjahr 1974 erzielte Versandleistung noch um fünf Prozent übertroffen. Spitzen-ergebnisse auch beim Hauptabnehmer: Analog zu ihrem bislang rund zwölfprozentigen Anstieg der Rohstahlproduktion (die allerdings ein Viertel niedriger als 1974 bleibt) haben die deutschen Stahlwerke ihre Schrottbezüge vom Handel bis Ende August um zwölf Prozent auf 5,78 Millionen Tonnen gesteigert.

Sehr kräftig sind auch die Schrottpreise gestiegen. Lag der Preis für die Standardsorte 0 an der Ruhr vor zwei Jahren noch auf einem Hungerniveau von 140 Mark je Tonne, so erhöhte er sich 1983 auf 180 und vom Anfang dieses Jahres an auf 220 Mark je Tonne, im gleichen Rhythmus für die Sorte 2 auf 260 Mark je Tonne. Und nicht aller Bedarf wurde zu diesem Basispreis gedeckt. Je nach regionalem Marktverlauf und nach Qualitätsanforderungen der Kundschaft mußten und muß für Schrottsorten in einer hohen Verarbeitungsstufe (wie für Kühl- und Shredderschrott) auch mehr gezahlt werden.

Eine Preishausse, die der Schrotthändler mit einem biederem Argument begleitet. Nur so habe man auch Ware mit höherem „Erfassungskostensatz“ der Schrottsammelerei der so schön gewachsenen Nachfrage zuführen können, zu der erstmals seit langem auch wieder die Gießereien mit einem bis Ende August um 4,1 Prozent auf 1,4 Millionen Tonnen gesteigerten Schrottkauf beitrugen.

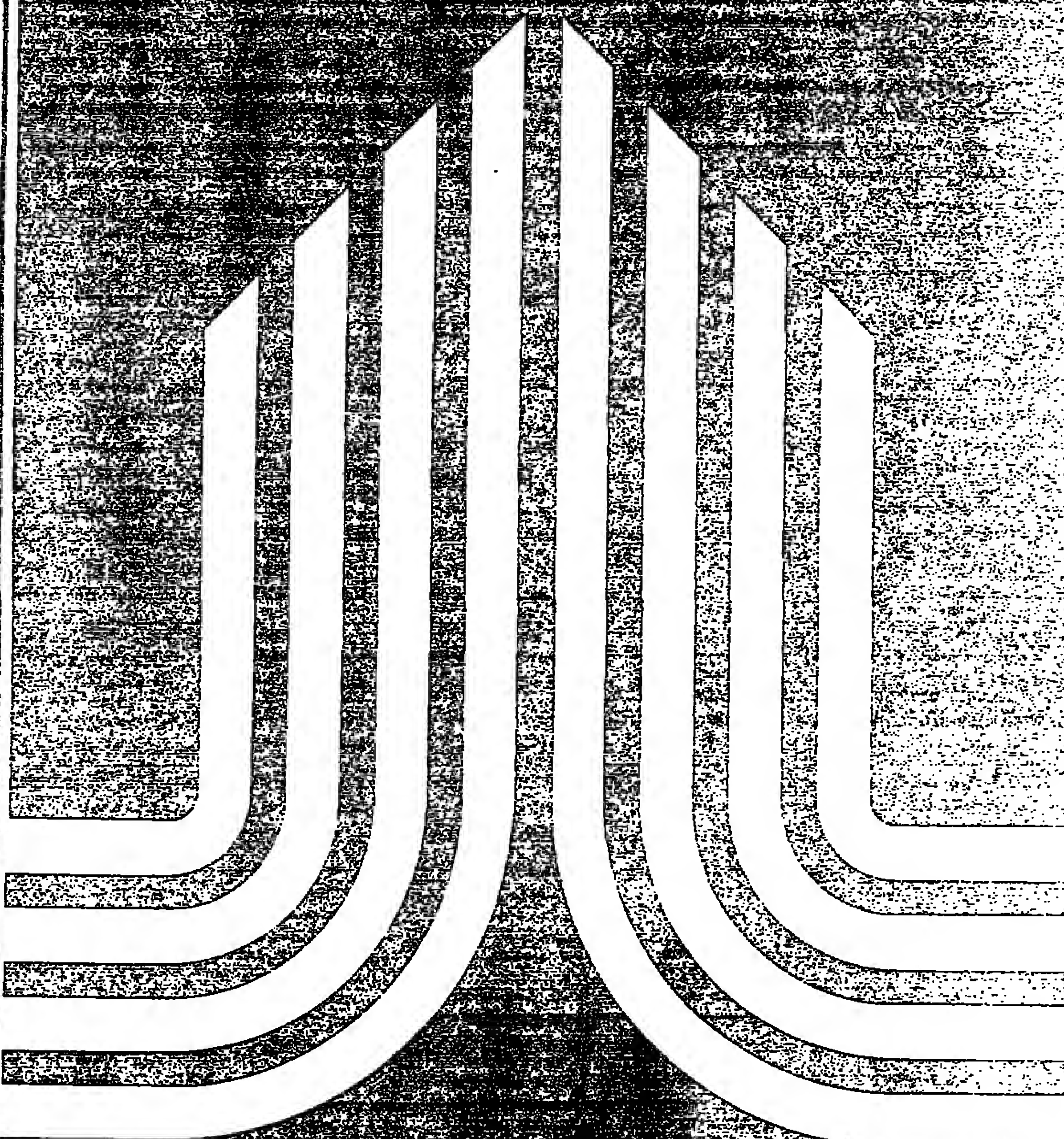
Bei den Stahlwerken freilich hatte der starke Schrottpreisanstieg denn doch auch andere Folgen. Man setzte, soweit es ging, im Hochofenprozeß zu Lasten des teuren Schrotts wieder mehr auf Eisenerz. Der spezifische Schrotteinsatz je Tonne Rohstahlerzeugung fiel in diesem Jahr bisher auf 358 (373) Kilogramm zurück. Zugleich jedoch nahm wegen des immer höheren Einsatzes der Strangießtechnik der „Schrotteigenanteil“ der Stahlwerke nur um sechs Prozent auf 3,27 Millionen Tonnen oder halb so stark wie der Rohstahlausstoß zu. Der entsprechend höhere Zukaufsbedarf und der um 11,6 Prozent auf 4,96 Millionen Tonnen gesteigerte Schrottein-

satz in den Elektrostahlwerken bewirkten den Boom für die Händler.

Er wurde noch übertroffen von der Schrottausfuhr. Sie erhöhte sich bis Ende August um 16,6 Prozent auf 2,15 Millionen Tonnen, während zugleich die Schrotteinfuhr um sogar 60,1 Prozent auf 1,2 Millionen Tonnen wuchs. Größte Schrottzulaufquelle aus dem Ausland ist weiterhin Holland, größter Auslandsabsatzmarkt Italien.

Subventionsräger aus dem Süden, wie ihn die deutschen Stahlproduzenten nachgerade permanent mit Italiens Erzeugern haben, droht nun auch dem Schrotthandel. Mit einem noch im Parlament liegenden Gesetz will Rom zur Stützung seiner Stahlindustrie für Drittland-Schrotteinfuhren eine Frachthilfe von umgerechnet 80 Mark je Tonne einführen. In die Reihe der Widerständler gegen diese neue Subventionsinnde reiht sich auch die deutsche Schrottwirtschaft. Sie befürchtet davon eine preistreibende Wirkung auf dem Welt-Schrottmarkt. Und die hat sie beim heute für die Händler mehr als auskömmlichen Preisniveau überhaupt nicht nötig. JOACHIM GEHLHOFF

Klößner-Werke AG



Stahl

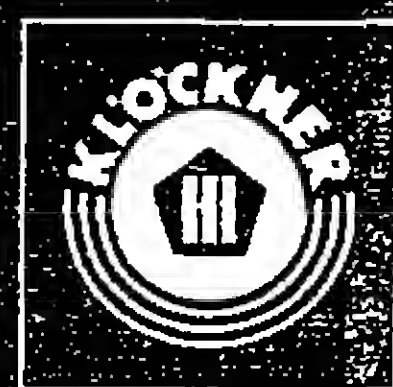
Stahlverarbeitung

Maschinenbau

Bau, Steine, Erden

Energie-Technik

Kunststoffe



KLOÖNER-WERKE AG

Klößnerhaus
Postfach 100248 · D-4100 Duisburg



Durch Verabschiedung von längerfristigen Tarifverträgen werden Unsicherheiten über Personalkosten gemildert

FOTO: KEYSTONE

1984 war kein guter Tarif-Jahrgang

Normalerweise wären die als Folge der Auseinandersetzungen bei Metall und Druck entstandenen wirtschaftlichen Schäden als Reibungsverluste zu verbuchen. Zu bedauern sind allerdings die negativen Begleitumstände der Tarifrunde des Jahres 1984. Sie zeigten sich vor allem während der Arbeitskämpfe in den unmittelbar, aber auch in den mittelbar betroffenen Unternehmen. Die politischen, rechtlichen und psychologischen Folgen haben aber auf die Beziehungen der Tarifvertragsparteien längerfristigen Einfluß.

Am Ende des auch für die Stahlindustrie harten Tarifjahres ist leider festzustellen, daß die Handschuhe noch nicht an den Nagel gehängt worden sind, obwohl die Tarifvertragsparteien den Ring mit einem Ergebnis verlassen haben.

Wie sah die Situation für die Tarifpolitik der Stahlindustrie aus, nachdem in der Metallindustrie der Leber-Kompromiß einer „flexiblen Arbeitszeitverkürzung“ auf durchschnittlich 38,5 Stunden pro Woche akzeptiert worden war? Bei nüchterner Betrachtung ergab sich:

● Dem Sog des Metall-Abschlusses bei der Arbeitszeitverkürzung hätte sich die Stahlindustrie nicht entziehen können, zumal ihr dieselbe Gewerkschaft als Tarifvertragspartei gegenübersteht. Wenn aber Verkürzung der Wochenarbeitszeit unumgänglich wurde, dann mußte dies auch Auswirkungen auf die Freischichten haben, die nach dem Stahlstreik 1979 als „Alliir“ für die damals unterbliebene Wochenarbeitszeitverkürzung vereinbart worden waren.

● Die materielle Belastung des Metallabschlusses hätte die nach wie vor mit schweren Problemen kämpfenden Stahlunternehmen schwer getroffen. Wir hatten daher der IG Metall schon Ende 1983 angekündigt, daß das Jahr 1984 von zusätzlichen Lohnkostenbelastungen frei bleiben müsse.

● Die Struktur des Metallabschlusses machte eine schlichte Übertragung auf die Stahlindustrie unmöglich. Eine „flexible Arbeitszeitverkürzung“ nach Metall-Muster wäre in der Stahlproduktion schwer durchführbar. Zwei Drittel der Belegschaften sind produktionsbedingt an Wechselschichtarbeit bei täglich 8-Stunden-Schichten gebunden.

Das Tarifjahr 1984 wird in der Statistik der Arbeitsausfälle durch Arbeitskämpfe einen Spitzenplatz einnehmen. Die Wachstumsbilanz dieses Jahres hat dadurch einen deutlichen Dämpfer bekommen. Statt der ursprünglich erwarteten drei Prozent dürf-

te das wirtschaftliche Wachstum nun lediglich bei 2,5 Prozent liegen. Streik und Aussperrung als letztes Mittel bei Tarifaussensetzungen sind legal. Allerdings: Wer Tarifautonomie bejahet, muß dazu auch zu dieser Konsequenz stehen.

In der Struktur des Tarifabschlusses für die Stahlindustrie vom 16. Juli 1984 finden sich diese Überlegungen wieder: Die zusätzliche Lohnkostenbelastung ist in der Gesamtlaufzeit nach hinten gelegt worden. Die Arbeitszeitverkürzung ist nach vorne gezogen worden. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß eine offensichtlich unvermeidbare Arbeitszeitverkürzung in der Stahlindustrie vernünftigerweise durchgeführt wird, bevor die Personalabbauprogramme in den Unternehmen beendet sind.

Das Jahr 1984 ist also lohn-

erhöhungsfrei geblieben. Es ist auch keine Pauschale vereinbart worden. Die Wochenarbeitszeit wurde vom 1. Oktober 1984 an auf 38 Stunden für alle verkürzt; dafür werden bisher freie Schichten für Nachschichtarbeiter und für ältere Arbeitnehmer angerechnet.

Die Lohnsteigerungen, 3,3 Prozent vom 1. Januar 1985 und zwei Prozent vom 1. Juli 1986 an, decken einen vergleichsweise langen – 29 Monate umfassenden – zeitlichen Rahmen ab. Schließlich ist auch für die neuen Arbeitszeitregelungen eine längere Laufzeit vereinbart worden als in der Metallindustrie (Stahl insgesamt vier Jahre, Metall insgesamt zweieinhalb Jahre, jeweils gerechnet vom Auslaufen der alten Manteltarifverträge).

„Glatte 38 Stunden für alle“

Obwohl das Stahl-Tarifergebnis in der Arbeitszeitfrage „glatte 38 Stunden für alle“ enthält und damit betriebliches Konfliktpotential eigentlich nicht zu erwarten war, ist es aber bei der betrieblichen Durchführung der Arbeitszeitverkürzung zu erheblichen Auseinandersetzungen ge-

kommen. Es gehört mit zu den Enttäuschungen des Tarifjahres 1984, daß bis zum Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung – am 1. Oktober 1984 – die betriebliche Umsetzung nirgendwo vereinbart werden konnte.

Als ein Hauptstreitpunkt stellte sich heraus: Obwohl der Tarifvertrag eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit vorsieht, bestehen IG Metall und Betriebsräte auf einem Zeitausgleich ausschließlich in Form von ganzen freien Schichten im Jahresverlauf. Das hätte zur Folge, daß die bisher tatsächlich gefahrene Wochenarbeitszeit beibehalten und über den Weg der Freischichten eine Jahresarbeitszeitverkürzung realisiert würde. Der Weg zur und ausschließlich über ganze Freischichten für jeden Arbeitnehmer widerspricht aber nicht nur dem Geist und Sinn des Tarifvertrages, sondern auch betrieblichen Notwendigkeiten.

Die IG Metall begründet ihre Position damit, daß nur arbeitsplatzhaltende Formen der Arbeitszeitverkürzung gewählt werden sollen. Dies entspricht auch dem Geist der Tarifvereinbarung. Wir haben in den Tarifverhandlungen eine weitgehende Arbeitszeitverkürzung als alle anderen Wirtschaftsbereiche und eine frühere Einführung akzeptiert.

Dabei haben wir natürlich nicht ausgeschlossen, daß diese vereinbarte Verkürzung der Arbeitszeit Auswirkungen auf die Personalabbauplanungen der Stahlunternehmen haben kann. Dies kann jedoch nicht so mißverstanden werden, daß wir bei der Umsetzung der weitgehenden Tarifvertragsregelungen nicht übliche betriebswirtschaftliche Kriterien anwenden.

Wir haben daher mit der IG Metall eine Übergangsregelung für das 4. Quartal 1984 getroffen. Den betriebl-

chen Parteien sollte dadurch zusätzlicher zeitlicher Spielraum für ihre betrieblichen Vereinbarungen zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung gegeben werden. Lohn und Arbeitszeit bleiben im 4. Quartal 1984 unverändert.

Als Ausgleich für die vom Oktober 1984 an wirksame Arbeitszeitverkürzung werden drei freie Tage gewährt. Die eigentliche Wochenarbeitszeitverkürzung wird erst vom 1. Januar 1985 an tatsächlich realisiert. Dieser nachträgliche Eingriff in unser Tarifergebnis ist uns nicht leichtgefallen. Wir hoffen, daß unsere grundsätzlichen tarifpolitischen Bedenken gegen solche Nachtragsvereinbarungen die IG Metall überzeugt haben.

Trotz „Verabredung“ keine Vereinbarung

Dieser Nachlauf der eigentlichen Tarifrunde ist auch aus dem Gesichtspunkt der Regelungssicherheit durch Kollektivvertrag bedenklich. Besonders enttäuschend ist aber, daß auch trotz der klarstellenden „Verabredung“ noch keine Betriebsvereinbarung abgeschlossen werden konnte – jedenfalls nicht bis Ende Oktober dieses Jahres.

Dies überrascht um so mehr, als die Tarifvertragsparteien in ihrer „Verabredung“ ausdrücklich festgehalten haben, daß alle im Tarifvertrag vorgesehenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung unter angemessener Berücksichtigung der Belange des Betriebs und der betroffenen Arbeitnehmer angewandt werden können. Dennoch blieben IG Metall und Betriebsräte bei ihrer grundsätzlichen – und blockierenden – Position: keine Wochen- sondern Jahresarbeitszeitverkürzung durch Freistellung aller Arbeitnehmer an 13 Tagen im Jahr.

Das Jahr 1984 war auch – abgesehen von diesen stahlspezifischen Problemen – kein guter Tarif-Jahrgang. Auf zwei Gefährdungen der Tarifautonomie ist besonders hinzuweisen:

Die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, für mittelbar vom Arbeitskampf in der Metallindustrie betroffene Arbeitnehmer keine Leistungen der Bundesanstalt zu gewähren, beachtete die Neutralitätspflicht der Arbeitsverwaltung. Die anschließenden rechtlichen Auseinandersetzungen haben jedoch noch während des Arbeitskampfes zu einer geradezu babylonischen Rechtsverwirrung geführt.

Als Folge ist damit tatsächlich das eingetreten, was verhindert werden sollte: Eine Ausweitung der wirtschaftlichen Schäden aus dem Arbeitskampf weit über die eigentlichen Kampfgebiete hinaus bei gleichzeitiger Schonung der gewerkschaftlichen Kassen. Sollte die endgültige rechtliche Überprüfung dazu führen, daß bei mittelbarer Betroffenheit in jedem Fall Leistungen der Bundesanstalt gewährt werden müssen, würde dies zu einer eklatanten Verschiebung im Kräfteverhältnis der Tarifvertragsparteien führen. Das wirtschaftliche Risiko bliebe voll bei den betroffenen Unternehmen, das Lohnrisiko der Arbeitnehmer, das normalerweise von der Gewerkschaft getragen wird, ginge auf die Allgemeinheit über.

Schließlich stellte auch das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Zulässigkeit von Warnstreiks einen schwerwiegenden tarifpolitischen Eingriff dar. Mit der höchstinstanzlichen Billigung der unter dem Stichwort „Neue Beweglichkeit“ praktizierten Arbeitskämpfe werden bisher bewährte Stützen eines geordneten Arbeitskampfrechts brüchig.

Als Positivposten der Bilanz von 1984 ist allein die Verabredung von längerfristigen Tarifverträgen zu werten. Dadurch werden die jährlich wiederkehrenden Unsicherheiten über den Zuwachs an Personalkosten gemildert. Hoffentlich ist damit auch eine Tendenz für die Zukunft abgesteckt.

KARL-AUGUST ZIMMERMANN
Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Eisen- und Stahlindustrie

Wöchentliche Arbeitszeit in der EG-Stahlindustrie

Bundesrepublik Deutschland	40 Stunden
Belgien	37 bis 38 Stunden (je nach Unternehmen)
Frankreich	37,5 bis 40 Stunden (je nach Schichtarbeitsweise)
Großbritannien	39 Stunden
Italien	40 Stunden
Luxemburg	40 Stunden
Niederlande	40 Stunden

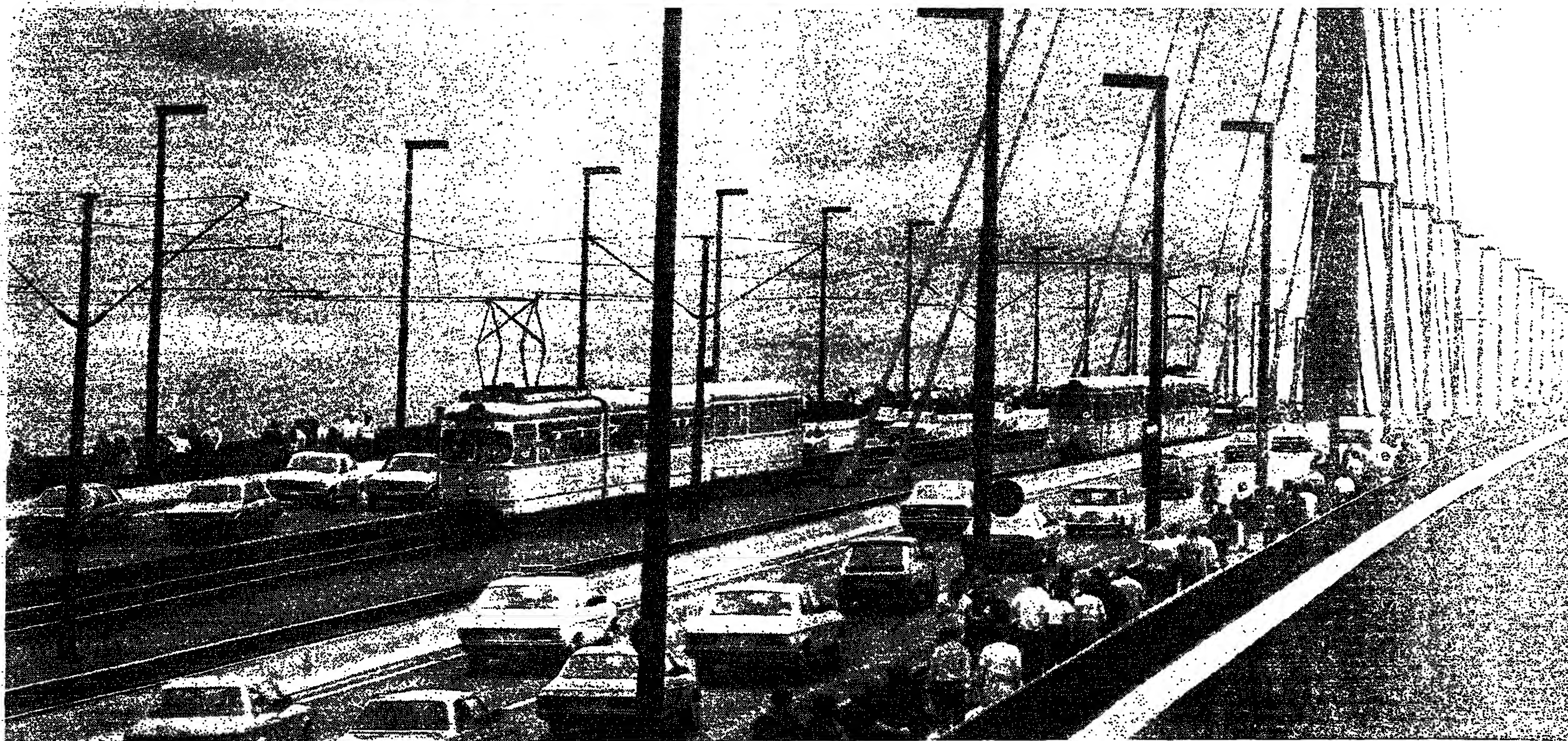
Jährliche Normalarbeitszeit in der EG-Stahlindustrie

	Minimum ¹	Maximum ¹	Durchschnitt
Bundesrepublik Deutschland	1 694	1 766	1 726
Belgien	1 720	1 768	1 744
Frankreich			1 793 ²
Großbritannien	1 816	1 816	1 816
Italien	1 776	1 792	1 784
Luxemburg	1 784	1 808	1 799
Niederlande	1 600	1 880	1 838

¹ je nach individuellen Voraussetzungen z. B. Alter ohne Nachschichtarbeit

Quelle: AGV Eisen und Stahl / Stand 1.7.1984

Unsere Brücken verbinden nicht nur Technik.



Wege zum Nachbarn, über Täler, Flüsse und Meere. Auf Brücken, die für Reisende, Besucher, für Bahnen, Autos und die Wirtschaft Brücken schlagen von Mensch zu Mensch. Krupp bietet mit Erfahrung und Know-how Ideen für neue, kühne Brückenkonstruktionen und realisiert durch schnellste Montagetechniken oder ungewöhnliche Einschwimmtechniken die Vorstellung moderner Brückenbautechnik. Brücken

aus Stahl überspannen elegant größte Weiten. Auch das ist ein Krupp-Beitrag für zukunftsorientierte Technik. Denn Krupp ist ein Unternehmen, das für den Anlagen- und Maschinenbau von Einzelkomponenten bis hin zum schlüsselfertigen Industriekomplex, im Handel und Verkehr sowie in den Bereichen Stahl, Schiffbau, Elektronik und Dienstleistungen innovative Technik bereithält. Weltweit.

Lassen Sie sich mit uns verbinden.

Weitere interessante Informationen erhalten Sie durch:
Fried. Krupp GmbH, StA If/W,
Altendorfer Straße 103, D-4300 Essen 1.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

 KRUPP

Frankreichs Stahl weiter subventioniert

Vor rund zehn Jahren hatte Frankreichs Stahlindustrie noch 157 000 Beschäftigte – gegenwärtig erreicht ihre Belegschaft 90 000. Aber dieser personelle Gesundheitszustand ist, der prozentual erheblich über den der anderen europäischen Stahlindustrie mit Ausnahme der britischen hinausgegangen ist, brachte finanziell bei weitem nicht die gewünschten Ergebnisse.

In dem durch die formelle Verstaatlichung von Usinor und Sacilor untermauerten „Stahlplan“ von 1982 hatte die Regierung das Gleichgewichtsziel auf 1986 festgesetzt. In dem vierten Plan vom März des vergangenen Jahres wurde es um ein weiteres Jahr verlegt. So stellt sich die Frage, wie Frankreich der EG-Entscheidung nachkommen will, wach nach Ende 1985 an die staatlichen Subventionen an die Stahlindustrie der Gemeinschaft eingestellt werden müssen.

Paris will weiter verhandeln

Die französische Regierung hat sich dazu bisher noch nicht offiziell geäußert. Jedoch erwartet man, daß sie in Brüssel die Verlängerung des Beihilfen-Kodex um ein Jahr beantragen wird. Über die näheren Bedingungen einer derartigen Ausnahme-regelung will Paris nach Vorlage des neuen Stahlplans mit der EG-Kommission verhandeln. Dieser Plan ist bisher nur in seinen Grundzügen festgelegt worden.

So stark der Widerstand vor allem der deutschen Stahlindustrie gegen die Wettbewerbsverändernde Fortsetzung der Subventionswirtschaft ist, so glaubt man beim Spitzenverband der französischen Stahlindustrie doch mit weiterem Entgegenkommen der EG-Behörden rechnen zu können.

Denn diesmal seien wirklich die durchgreifenden Umstrukturierungs- und Sanierungsmaßnahmen ergriffen worden, die für eine sozialistische Regierung als ausgesprochen mutig angesehen werden müßten. Danach ist bis 1987 ein weiterer Personalabbau um 20 000 auf 70 000 Personen vorge-

Frankreichs Eisen- und Stahlindustrie steckt immer noch tief in den roten Zahlen. Nach Verlusten von zusammen 9,5 Milliarden Franc 1983 erwarten die beiden verstaatlichten Stahlkonzerne Usinor und Sacilor für dieses Jahr Defizite von je vier Millionen Franc. Trotz dieser relativen Ver-

sehen, was eine Kürzung der Belegschaft um mehr als ein Fünftel bedeutet.

Allerdings wird wie bisher auf Entlassungen verzichtet. Soweit die Belegschaft nicht durch natürliche Abgänge (Einstellungstopps) vermindert und nicht durch Frührentenierungen (ab 50 Jahre) weiter vermindert werden kann – hier stößt man inzwischen an die Grenzen – werden die Stahlarbeiter bis zu einem Jahr unter Fortzahlung von 82 Prozent ihres letzten Lohns zur Umschulung beurlaubt. Die daraus der Stahlindustrie entstehenden sozialen Kosten sind für den Vierjahresabschnitt 1984 bis 1987 auf 15 Milliarden Franc veranschlagt.

Außerdem gewährt die Regierung den Unternehmen, die umgeschulte Stahlarbeiter übernehmen, neben dem normalen Investitionshilfen Sonderprämien von 15 000 Franc je neu geschaffenen Arbeitsplatz sowie Ausgleichszahlungen für Arbeitszeitverkürzungen, die zum Zwecke der Neueinstellung von Stahlarbeitern durchgeführt werden.

Für die Arbeiter ist diese Regelung günstiger als die der bisherigen Sozialpläne, für die Angestellten dagegen weniger günstig. So wird wenigstens insoweit die Initiative zur Selbsthilfe indirekt gefördert. Frankreichs Stahlindustrie beschäftigt immer noch verhältnismäßig viele „weiße Kräfte“.

Erneut werden bedeutende Betriebsstillegungen beschlossen, darunter die des Edeltahlwerks von Ugine-Fos und des Walzwerkes von Rombas. Auch werden verschiedene Werke der beiden Konzerne auf neue Verfahren umgestellt. Andererseits sollen für 15 Milliarden Franc Neuinvestitionen durchgeführt werden,

besserung der Ertragslage – bei Usinor würde das Defizit zwölf nach 16,8 Prozent des Umsatzes erreichen – kann vorerst nicht mit der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts gerechnet werden, aus dem diese Industrie durch die seit Ende 1974 währernde Stahlkrise geraten ist.

darunter ein Röhrenwerk der Usinor in Dunkirk. Dagegen wurde das Großprojekt der Sacilor, in Cadrange eine Universalstraße zu bauen, trotz starker Proteste der Gewerkschaften fallengelassen.

Nachdem die französische Stahlproduktion von 27 Millionen Tonnen 1974 auf 17,6 Millionen Tonnen 1983 geschrumpft war, geht der neue Stahlplan davon aus, daß sie 1987 zwischen 16 und 19 Millionen Tonnen liegt. Dabei wird erstmals die These aufgegeben, wonach die Stahlkrise hauptsächlich konjunkturell bedingt sei. Auf dieser Hypothese beruhte das im Stahlplan von 1982 für 1986 angestrebte Produktionsziel von 24 Millionen Tonnen.

Inzwischen sieht man aber auch in der französischen Hauptstadt ein, daß sich die Stahlindustrie in einer schweren Strukturkrise befindet, weil für die Stahlproduktionsherstellung prozentual immer weniger Rohstoffe benötigt wird und weil die Dritte Welt ihren Stahlverbrauch immer stärker aus eigenen Werken deckt, die überdies in zunehmendem Maße als Exporteure auftreten.

1985 nur ein Prozent Wirtschaftswachstum

Ehe in Frankreich selbst der Stahlverbrauch wieder zunimmt, müßte das Bruttoinlandsprodukt um mindestens 2,8 Prozent wachsen, zeigen neueste Untersuchungen. Nach OECD-Schätzung dürfte es 1985 aber nur um ein Prozent Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent kommen, gegenüber 1,2 Prozent 1984 und 0,7 Prozent im Jahre 1983.

Entsprechend gedämpft sind auch die weiteren Konjunkturprognosen,

zumal die jüngste Belegung des Weltstahlverbrauchs im nächsten Jahr laut IISI schon wieder auszuweichen droht. Durch Absatzsteigerungen kann die französische Stahlindustrie also nicht aus den roten Zahlen kommen.

Aber auch die weitere Stilllegung unrentabler Anlagen und noch mehr Investitionen für Modernisierung reichen nicht aus, um das finanzielle Gleichgewicht fristgemäß (1987) herzustellen. Notwendig sind Kostenersparnisse durch eine engere Kooperation zwischen Usinor und Sacilor.

Eine Fusion der beiden Konzerne wird dabei – zur Zeit – nicht angestrebt, weil man befürchtet, daß dann bedeutende Kunden zur ausländischen Konkurrenz überlaufen. Jedoch ist die Gründung von gemeinsamen Tochtergesellschaften für die Produktionsbereiche Langprodukte, Baustahl und Stahlröhren vorgesehen.

Bereits Anfang Juli 1984 wurde mit einer Usinor-Mehrheit die Gesellschaft „Unimetal“ gegründet, in der die beiden Konzerne ihre Werke für Langprodukte einbringen und deren Produktion zunehmend auf das rentable Elektroverfahren umgestellt wird. Deren Anteil soll von zur Zeit erst 15 Prozent dank Neuinvestitionen von drei Milliarden Franc bis 1987 auf 40 Prozent angehoben werden.

Die Belegschaft dieser Werke würde sich dadurch von zur Zeit 24 000 um 10 100 Personen, davon allein 9 400 in Lothringen, vermindern. (Dieser Abgang ist in dem anfangs erwähnten Belegschaftsabbau mit berücksichtigt.) Jedenfalls waren in diesem Sektor im Jahre 1983 Verluste von fast fünf Milliarden Franc entstanden.

Ein ähnlicher Zusammenschluß ist unter der Federführung von Sacilor für den Spezialstahlbereich der Bauwirtschaft geplant. Dagegen engagiert sich Usinor im Röhrenbereich. Von ihrem wichtigsten Stahlblechkunden dieses Sektors, Vallourec, übernimmt sie die Fabrikationsanlagen für geschweißte Großröhren. Vallourec hatte in diesem Sektor wegen der scharfen internationalen Konkurrenz im vergangenen Jahr Verluste von mehr als 100 Millionen Franc verbucht – bei einem Umsatz von 1,5 Milliarden Franc.

Wenigstens insoweit entstehen der französischen Stahlindustrie keine zusätzlichen Belastungen. Aber der Schuldenberg der beiden Konzerne hat sich inzwischen so stark aufgetürmt, daß ohne dessen Bereinigung das Gleichgewichtsziel für 1987 illusorisch erscheint.

1987 keine roten Zahlen mehr?

Ende 1983 erreichten die Verbindlichkeiten von mehr als einem Jahr bei Usinor 13,2 und bei Sacilor 12,5 Milliarden Franc. Dazu kamen staatliche Darlehen zu Sonderbedingungen (Beteiligungsdarlehen) von 9,4 Milliarden Franc. Der Schuldendienst der beiden Gruppen erreicht je 2,5 Milliarden Franc im Jahr oder acht Prozent ihres Umsatzes – gegenüber vier Prozent bei der deutschen Stahlindustrie.

Auf diesen Satz müßte die finanzielle Belastung der beiden Stahlkonzerne zurückgebracht werden, wenn sie für 1987 keine roten Zahlen mehr ausweisen sollen, heißt es beim Pariser Stahlverband. Das könnte durch Umwandlung der staatlichen Forderungen in Kapitalkontitionen oder durch Schuldenerlasse geschehen. Letztlich würde es sich dabei um weitere Subventionen von über zehn Milliarden Franc handeln.

Nachdem die französische Stahlindustrie zwischen 1975 und 1983 mindestens 44 Milliarden Franc vom Staat empfangen hat, davon allein 26 Milliarden Franc für Verluste, wären danach bis 1987 Beihilfen in etwa der gleichen Größenordnung aufzubringen. Käme damit diese Industrie endlich aus dem Schneider?

JOACHIM SCHAUFUSS

Zuviel Auslandstahl auf dem deutschen Markt

Der Vorsitzende des deutschen Stahlproduzentenverbandes, Thyssen-Stahlchef Heinz Kriwet, machte unlängst auch öffentlich aus seinem Herzen keine Mordgrube: Nur mit Subventionen von 30 bis 40 Prozent der dortigen Produktionskosten aus den Staatskassen komme Stahl aus lateinamerikanischen Ländern wie Brasilien und Venezuela auf den europäischen und hier konzentriert auf den deutschen Markt. Wer die verständliche Gegenwehr der Deutschen als „Protektionismus“ zu brandmarken versuche, der stelle die Dinge auf den Kopf.

Aktueller Anlaß für Kriwets Republik: Seit fast einem halben Jahr läßt die Brüsseler EG-Kommission deutsche Anträge auf die Einleitung von Antidumpingverfahren gegen Drittlandeinfuhren aus jenen Ländern (dazu noch aus Trinidad und Portugal) unerledigt. Motiv der Kommission: Wie anders, wenn nicht mit Exporten aus ihrem jungen Industriepotential, sollten Entwicklungsländer je von ihren lähmend großen Zahlungsbilanzdefiziten und Schuldenbergen herunterkommen. Obendrein müsse sich ja die EG-Stahlindustrie insgesamt auf die ab 1986 beschlossene Rückkehr in die Marktwirtschaft einstellen, weshalb die Kommission auch ab 1985 die bestehenden Mengenbegrenzungsabkommen mit zahlreichen Lieferländern lockern werde.

Die ebenso wie ihre Nachbarn in der EG noch mitten im Strukturwandel zu künftig kleineren Kapazitäten steckende deutsche Stahlindustrie jedoch wehrt sich heftig, und neuerdings auch hier Arm in Arm mit der Bundesregierung, gegen solchen Versuch, sie als Instrument der Entwicklungshilfe zu benutzen. Denn die Subventionierung, lange Zeit als „in Europa hausgemachter“ Krankheitsherd der zehnjährigen Stahlkrise angesehen, kommt nun mit einer speziell für die Deutschen ärgerlichen Konsequenz als Seuche auch aus Übersee nach hier. Die notwendige Preiserholung im Profilstahlbereich, vor allem bei Walzdraht, wird durch solche subventionierten Billigtangebote empfindlich gestört.

Selbst kleine Mengen machen da schon großen Schaden. Aber auch die Tonnagebilanz aller Drittland-Stahleinfuhren auf den EG-Markt ist für die Deutschen betrüblich. Auf ihrem Heimatmarkt landet hartnäckig die Hälfte aller dieser Walzstahl-Einfuhren. An der heimischen Marktversorgung hat sich ihr Anteil, verglichen mit dem letzten Stahlboomjahr 1974, auf nahezu 18 Prozent vervierfacht, während er sich im Durchschnitt der übrigen EG-Länder nur um die Hälfte auf rund 6 Prozent erhöhte.

Schlimmere Folgen, auch für die Beschäftigung, hat die deutsche Stahlindustrie, die auf ihrem Heimatmarkt inzwischen mit 40 Prozent Gesamt-Importanteil läßt (fast doppelt so viel wie 1974), aus der Verschiebung der Handelsströme unter den EG-Ländern zu konstatieren. Auch hier ist „Verschiebung“ gleichzusetzen mit subventionierter Verfälschung der Handelsströme.

Die finden letztlich auch ihren Niederschlag in den von der EG-Kommission vorgegebenen Produktions- und Lieferquoten für alle Unternehmen. Die Quotenregelung führte in den letzten Jahren dazu, daß sich der deutsche Anteil an der EG-Rohstahlproduktion von 24 Prozent 1980 auf 32,2 Prozent im ersten Halbjahr 1984 verringerte. Diese auf den ersten Blick nicht sonderlich groß scheinende Differenz bedeutet für die deutschen Produzenten einen Produktionsverzicht auf mehr als zwei Millionen Jahrestonnen Rohstahl. Damit hätte man etwa 10 000 Stahl-Arbeitsplätze vor der Vernichtung bewahren können.

Die Rechnung ist um so ärgerlicher, als gegenüber den nur schwach fließenden Abwehrsubventionen für das Gros der deutschen Stahlunternehmen ihre Konkurrenten in der EG im Durchschnitt mit einem Viertel ihrer Produktionskosten aus der Staatskasse alimentiert werden – in den kriselnden Fällen (Italiens Finsider und Belgiens Cockerill-Sambre) sogar mit 370 Mark pro Tonne oder der Hälfte des für ein Schlüsselprodukt wie Warmbreitband derzeit erhältlichen Markterlöses.

(J.G.)

Vitality Ability
VOEST-ALPINE

LD-Perfection Package
Knowledge and experience for the 90's

VOEST-ALPINE Industrieanlagenbau has been building steel plants on a global basis for more than 25 years. They are all tailor made according to the wishes of the client.

With its LD-perfection package VOEST-ALPINE can now offer three important new developments towards the optimization of oxygen steel production utilizing the LD-process:

- Process automation with substance high availability due to the latest technology.
- VOEST-ALPINE bottom tapping process which provides decisive metallurgical advantages.
- Automatic slag stopper, reduces the quantities of slag in the ladle to a minimum.

VOEST-ALPINE
INDUSTRIEANLAGENBAU

VOEST-ALPINE AG
A-1050 Wien, Austria
Tel. (0732) 535-1
Telex 2203-200

BENTELER

Kompetent für Stahl & Rohre

Die Frage nach der Kompetenz eines Anbieters läßt sich unter anderem auch in den vorgelegten Lösungsvorschlägen erkennen. Erarbeitete Lösungen bedeuten aber auch Erfahrung, wirtschaftliches Umsetzen und nicht zuletzt moderne Fertigungsanlagen. Bei Benteler sind diese Komponenten vereint. Ab 1920 stellt Benteler Rohre her und ab 1956 produzieren wir im Strangguß-Verfahren Stahl.

Wir waren damals der erste Stahlproduzent der Welt, der nach diesem Verfahren Stahl herstellte. Heute produziert Benteler Stahlrohre vom geschweißten Rohr bis zum hochwertigen Kessel- oder Ölfeldrohr. Für die Strangguß-Technik wurde eine neue verstellbare Kokille vorgestellt. Ein weiterer Meilenstein unserer Techniker.

Benteler, ein kompetenter Partner, wenn es um Stahl und Rohre geht.

BENTELER

Benteler-Werke AG
Paderwerk
Gebr. Benteler
Postfach
D-4790 Paderborn

Weißblech ist im Recycling an der Spitze

Einen der wichtigsten Stahlprodukte, das auch in der langen Stahlkrise stets gesund blieb, will der Bundesminister aus Leder, Stahl und nicht belegbaren Sorgen vor wachsenden Müllbergen an „Einweg-Packungen“ will er behördlich einräumen, die Mehrweg-Packung fördern und im Zuge dieses Konzepts den Verbrauch von Getränkedosen aus Aluminium oder verzinktem Weißblech zumindest auf heutigem Niveau festlegen.

Ein auch unter Umwelt-Aspekt frisch angelegtes Bemühen, meinen die deutschen Weißblechhersteller. Dann die Wiederverwertung des Dosenschrotts (Recycling) habe seit 1977 einen Auftrieb genommen. Mittlerweile kommen da bereits 500 000 Tonnen, deutschen Müllschrotts auf diversen Aufbereitungsanlagen jährlich in die Stahlproduktion zurück. Das sei bei einer deutschen Weißblech-Produktion von 600 000 Jahrestonnen „sehr viel“, liege weit über dem von der Branche dem Minister zugesagten „Recyclingquoten“ und werde auch mit nur annähernd so hoher Recycling-Quote (bei Altglas zum Beispiel nur 25 Prozent) von keinem anderen Verpackungswerkstoff erreicht.

Anlaß zum Hervorheben solchen privatwirtschaftlichen, subventionsfrei und umweltfreundlich“ erreichten Erfolgs haben die Weißblechleute auch wegen des im Juli 1984 bei fünf Coop-Filialen in Berlin begonnenen Versuchs, ein Pfandsystem für Getränkedosen mit „Retourpack-Automaten“ zwecks bundesweiter Einführung zu beginnen. Das helfe, heißt es satzungsmäßig beim Düsselortler „Informations-Zentrum Weißblech“, nur den Automatenherstellern (bundesweit 100 000 Stück à 4500 DM). Es verteuere die Getränkedose „auf Dauer“ um zehn Pfennig oder je nach Inhalt um zehn bis 25 Prozent und bürde somit dem Verbraucher überflüssige Lasten auf.

Überflüssig auch deshalb, weil das Retourpack-System mit der Zeit bestenfalls 75 000 Jahrestonnen Schrott in den Rohstoff-Kreislauf einbringen könne. Ein Gipfel der „Perversität“ dieser Pfand-Idee liege obendrein darin, daß es jede Schrott-Tonne mit mindestens 4000 Mark belaste, – kaum halb so teuer sei das Weißblech für die neue Dose.

US-Krisenmanagement: Importbarrieren

Esgeschah am 5. Oktober, als der Kongreß den „Trade and Tariff Act of 1984“ verabschiedete: Eingegangen in das Gesetz sind im Prinzip Präsident Reagans Vorschläge vom 18. September. Unberührt bleiben bestehende Lieferbeschränkungsabkommen, neue werden innerhalb von 90 Tagen mit der EG und mit den Schwellenländern ausgehandelt: Der Auslandsanteil am US-Markt wird von rund 25 Prozent auf 17 bis 20,2 Prozent reduziert – einschließlich Halbzeug-Importe, die 1,53 Millionen Tonnen jährlich nicht überschreiten dürfen.

In den USA reicht die Geschichte des Stahlprotektionismus bis in die 60er Jahre zurück. Auslöser war 1959 der 119 Tage lange Streik der United Steel Workers; anschließend explodierten die Stahleinfuhren, da die US-Unternehmen den Eigenbedarf nicht decken konnten. Sie verstärkten diesen Trend noch dadurch, daß sie sich weigerten, mit den ausländischen Herstellern über den Preis zu konkurrieren. Zum erstenmal überstiegen im Streikjahr die Importe die Ausfuhren.

Längst ist es zur Regel geworden, daß in Wahljahren der Weihnachtsmann zur US-Stahlindustrie kommt: 1968 erreichten die Einfuhren nahezu 17 Prozent des amerikanischen Verbrauchs; der Kandidat Nixon versprach Abhilfe. Als Präsident verpflichtete er 1969 die EG und Japan zu freiwilligen Lieferbeschränkungen. Die Abkommen galten zunächst bis 1971 und wurden dann bis 1974 verlängert. Dieser Schutz dauerte also sechs Jahre.

Versuche der US-Stahlkonzerne, noch wirksamere Handelsbeschränkungen zu errichten, gingen im damaligen Welt-Stahlboom unter. 1978 führte Präsident Ford Importquoten für Edelstahl ein, die Präsident Carter 1980 aufhob. Zwei Jahre zuvor hatte er jedoch ein Richtpreissystem installiert, das Preisunterbietungen bei Kohlenstoffstahl mit Ausgleichszöllen ahndete. Um Importbeschwerden aus Pittsburgh und Cleveland abzuwehren, zog Carter die Richtpreisschrauben im Wahljahr 1980 an.

Trotz der lauten Freihandelschwüre haben die US-Unternehmen unter Ronald Reagan besonders viel herausgeholt: Im Herbst 1982 zwang seine Administration die EG, ihren Anteil am US-Massenstahlmarkt auf 5,26 Prozent zu drosseln; Japan senk-

Wie clever Washington der eigenen Stahlkrise zu Leibe rückt. Statt Subventionen in bar nach europäischem Muster zu verteilen, werden die Einfuhrbarrieren Schritt für Schritt angehoben. Dadurch spart der amerikanische Steuerzahler Geld, und die

seinen Anteil freiwillig auf rund fünf Prozent. Ein Jahr später wurden die amerikanischen Spezialstahlproduzenten mit mengenmäßigen Einfuhrrestriktionen sowie Zollerhöhungen bei bestimmten Erzeugnissen beschert. Dies ging besonders zu Lasten der deutschen Lieferanten.

Feststellen läßt sich also, daß in den USA seit 1969 mit Ausnahme des Jahres 1975 Importschutz für Stahl in irgendeiner Form besteht. Mit einem Wall umgeben war der US-Markt für Kohlenstoffstahl von 1969 bis 1974. Das gleiche gilt seit 1978. Zu fragen ist mithin, ob die amerikanische Stahlindustrie die staatlich verordneten Anpassungshilfen über gebremste Einfuhren bisher auch wirklich genutzt hat, und zwar durch den Abbau der Überkapazitäten und die Modernisierung ihrer Anlagen. Die Antwort kann nur lauten: Kaum. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ist noch längst nicht wiederhergestellt.

Folgt man namhaften Stahlanalysten, dann hat Washingtons 15jährige Anstrengung, die US-Branche vor der

Anpassungslasten werden den ausländischen Lieferanten mit aufgebürdet. Immer handelt es sich natürlich um gesetzlich verankerte Maßnahmen zur „Abwehr unfairer Verkaufspraktiken oder zum Schutz importgeschädigter Industrien.“

ausländischen Konkurrenz zu schützen, nur wenige Früchte getragen: ausgeblieben sind vor allem die langfristigen Korrekturen. Man spricht von einem Krankenhaus, in dem große Wunden mit kleinen Pflastern behandelt wurden. Nach ihrem Urteil vollendet auch das Gesetz vom 5. Oktober den Heilungsprozeß nicht. Vielmehr reiche die Fünfjahresfrist gerade aus, den Unternehmen die Ausarbeitung einer verfeinerten Rückzugsstrategie zu ermöglichen, wird betont.

Was durch die bilateralen Lieferabsprachen mit Südkorea, Taiwan, Venezuela, Mexiko, Argentinien, Brasilien, Südafrika, Australien, Schweden, Finnland und Spanien, die Amerika Stahlfirmen den größten Kummer machen, erreicht werden kann, ist ein besseres Planen. Im günstigsten Fall lassen sich die Stahleinfuhren künftig genauer vorausberechnen. Es wird allerdings nicht leicht sein, die Abkommen, die mit mehr als 50 Ländern geschlossen werden sollen, zu kontrollieren.

Die Crux der US-Stahlindustrie bleibt der lange vernachlässigte Einsatz modernster Technologien zugunsten von Dividendenausschüttungen auch in schlechten Zeiten. Hinzu kommen die enormen Arbeitskosten. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit sind

sie je Stunde nur auf 21,63 (Durchschnitt 1983: 22,21) Dollar im August zurückgegangen. Nach Angaben des Bureau of Labor Statistics betrugen sie je Tonne 1982 in den USA 264,2, in der Bundesrepublik Deutschland 140,3 und in Japan 79,8 Dollar.

Das führt dazu, daß US-Unternehmen kalt gewalzte Bleche für Automobile für 550 Dollar je Tonne anbieten, während ausländische Ware weniger als 100 Dollar kostet. In der Regel drücken dann Rabatte den erzielten Erlös auf etwa 450 Dollar, die nicht kostendeckend sind. Das Gesetz vom 5. Oktober erlaubt den amerikanischen Konzernen vermutlich generelle Preisanhebungen um drei bis fünf Prozent, was die Rentabilität aber nur geringfügig verbessert und kaum zu Investitionen anreizt. Da diversifiziert man lieber.

In der Erkenntnis, daß die ausländische Konkurrenz niedrigere Löhne zahlt und häufig über die fortschrittlichen Techniken verfügt, konzentrieren sich die US-Konzerne weiterhin auf die Zusammenlegung ihrer modernsten Anlagen – innerbetrieblich oder durch Fusionen. Alte Werke werden in zunehmender Zahl geschlossen, weil sich Investitionen nicht lohnen. Der Zusammenschluß von Jones & Laughlin mit Republic war nur der Anfang, man rechnet damit, daß von den 13 US-Unternehmen, die über 31 integrierte Werke verfügen, nur etwa zwei Drittel überleben werden. Bis 1986 sinkt die Rohstahlkapazität auf 112,5 bis 1990 auf vielleicht 108 Millionen Jahres-Tonnen. Andererseits wird in zwei Jahren über die Hälfte des US-Stahls im Stranggußverfahren hergestellt.

Washingtons neuestes handelspolitisches Krisenmanagement verschafft der US-Stahlindustrie nach Berechnungen des Haushaltsbüros des Kongresses zusätzlichen Investitionskapital in Höhe von nahezu zwei Milliarden Dollar – vorausgesetzt, die Einfuhrdrosselung wird realisiert. Wegen der steigenden Preise fließt in die Kassen der ausländischen Lieferanten ein etwa gleichhoher Betrag. Zugleich sinkt der US-Stahlverbrauch um rund vier Prozent, weil viele Substitutionsprodukte billiger sein werden. Die Zeche zahlt der amerikanische Verbraucher. Seine Mehrkosten werden auf fünf Milliarden Dollar im Jahr veranschlagt.

Horst-Alexander Siebert

Die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten in Zahlen

Jahr	Umsatz (MILL.)	Nettogewinn (MILL.)	Umsatzrendite (%)	Beschäftigte	Investitionen (MILL.)	Rohstahlproduktion (MILL. Tonnen)	Abfertigung Fertigprodukte (MILL. Tonnen)	Importe (MILL. Tonnen)
1974	37 745	2 475	6,6	512 000	2 115	131,1	98,6	14,4
1975	33 144	1 595	4,8	457 000	3 179	104,9	72,0	10,8
1976	36 093	1 337	3,7	454 000	3 253	115,2	80,5	12,8
1977	39 400	22	0,06	452 000	2 850	112,8	82,0	17,4
1978	49 033	1 277	2,6	449 000	2 595	125,3	88,1	19,0
1979	55 140	1 154	2,1	453 000	3 312	122,7	90,1	15,8
1980	52 829	1 735	3,3	399 000	3 390	100,6	75,5	13,9
1981	60 173	2 601	4,3	391 000	3 365	108,7	79,7	17,9
1982	52 325	-3 206	-6,2	289 000	4 219	67,1	45,5	15,0
1983	48 499	-3 563	-7,4	243 000	3 235	76,1	60,8	15,4
1. Halbj. 1984	28 025	3 592	12,8	246 000	—	46,3	35,6	11,2

Kapazitätsauslastung 1980, 80, August 1984: 60,5 Prozent. Gesamtrohstahlkapazität Januar 1984: 121,8 (1983: 135,5) Millionen Tonnen. 1973 erzeugten die USA 19,6 Prozent des Weltrohstahls, 1983 waren es 11,6 Prozent. Quelle: American Iron and Steel Institute, Washington

Siegerländer kämpfen gegen Frachtnachteile

Die deutsche Stahlindustrie ist zwar größter Gütertransportkunde der Bundesbahn. Aber Ärger mit der Frachtpolitik des Staatsunternehmens hat sie nicht gerade selten. Da ist einmal und generell die alte Klage der Branche darüber, daß im innerdeutschen Schienenverkehr ein Festfrachtsystem und im grenzüberschreitenden Verkehr freie Frachten praktiziert werden. Grenzüberschreitende „Sondertarife“ haben für die ohnehin von Importen hart bedrängten Stahlunternehmen die groteske Folge, daß beispielsweise italienischer Stahl bis Bremen weniger Fracht kostet als deutscher Stahl von der Ruhr nach München.

Im speziellen meldet sich das nun die Industrie- und Handelskammer Siegen mit dem Begehren zu Wort. den Frachtkosten nach Siegen liegenden (und mit Bundesbahn-Wettbewerbsstarfen gegenüber dem Binnenschiff bedienten) Stahlerzeugern aufzuheben. Man sei zwar ein „trokener“, aber beileibe kein unbedeutender deutscher Stahlstandort: Jeweils ein Zehntel aller deutschen Edeldstahl- und aller Röhren kommen aus dem Siegerland, dazu 80 Prozent aller kunststoffbeschichteten und 35 Prozent aller feuerverzinkten Bleche.

Alle Veredelung abseits der großen Massenstahlzentren führt die Siegerländer Stahlindustrie aber nicht an der Tatsache vorbei, daß sieben bis zehn Prozent ihres Umsatzes von 2,5 Milliarden Mark (1983) von den Frachtkosten verschlungen werden. Zwei Hauptforderungen erhebt die Kammer. Erstens möge die Bahn ihren Wettbewerbsstarf zum Straßengüterverkehr von bisher 120 auf 160 Schienenkilometer erweitern. Zweitens sei die Zeit reif, um analog zum Saarland auch für das Siegerland Unterstützungstarife zu beantragen.

Von beiden Wegen verspricht sich die Kammer eine wesentliche Entlastung der Unternehmen von Frachtkosten, die sie nur mangels Wasserstraßenanschlusses mehr als andere tragen. Auch für die Bahn soll dabei noch etwas herauspringen. Denn in der Zone von 120 bis 160 Kilometer sei die Bahn im Tarifwettbewerb zum Lastwagen heute überhaupt nicht mehr präsent.

(WR.)

Unser Einkaufsmarkt
DER WELTMARKT
mit deutlichen Schwerpunkten

Die Abnehmer unserer Gesellschafter:

ALLE INLÄNDISCHEN STAHLVERBRAUCHER
— vom größten bis zum kleinsten —

Das Programm:

Alle Walzwerkzeugnisse einschließlich
Röhren — vom Lager und in der Strecke —

Die Vorteile für die Stahlverbraucher:

Individuelle Kundenberatung
Schneller Service
Größe Flexibilität
— durch moderne und große Lager —

Fragen Sie unsere Gesellschafter in
allen Teilen der Bundesrepublik bei
der Lösung Ihrer Stahlprobleme —
Die Antworten werden Sie überzeugen!

STAHLRING

C. W. ADAM & SOHN - GOSLAR
LUDWIG BECKER NACHF. - NEUNKIRCHEN
P. H. BRAUNS - HANNOVER
WILH. BREDEMEIER - BRAUNSCHWEIG
COERS STAHLHANDEL - LÜBEN
PETER DRÖSSER - KÖLN
FREI STAHLSERVICE - SALZGITTER
WILH. GAUER - KITZINGEN
EISEN GLATT - FREIBURG
KONRAD HALLER - STUTTGART
HEINZ HÖING - DORTMUND
ERICH HOSELMANN - HANNOVER
HOTTENROTT STAHLHANDEL - GOSLAR
WILH. JOSTEN SÖHNE - NEUSS
AUGUST KIRBERG - WUPPERTAL
ULRICH ADAM KNAPP - REUTLINGEN
LINDEMANN & FRANKFURTH
NACHFOLGER - KASSEL
JOHS. LINK - SCHWENNINGEN
LOGEMANN-POSSEHL - OLDENBURG
GEBR. LOTTER - LUDWIGSBURG
LOUIS MARBURG & SÖHNE - FRANKFURT
FRIEDRICH W. MARKMANN - DÜSSELDORF
MONTANHANDEL EXPORT - DÜSSELDORF
NAGEL & MERZ - ST. INGBERT
GEBR. REINHARD - WÜRZBURG
RHEINEISEN - DÜSSELDORF
EISEN RIEG - DARMSTADT
RÖCHLING EISENHANDEL - MANNHEIM
SAARBRÜCKER EISENHANDELS-
GESELLSCHAFT - SAARBRÜCKEN
C. SCHRÄDE - NECKARSULM
AUGUST SCHROEDER - HANNOVER
SCHWEMANN & STÜCKE - HANNOVER
STEIN STAHLHANDEL - DÜSSELDORF
VEITTE & CO. - BREMERHAVEN
WEINMANN & CO. - ZWEIBRÜCKEN
WULLBRANDT & SEELE - BRAUNSCHWEIG
LEOPOLD HUGO ZELL - WUPPERTAL

Stahlring GmbH, Stahleinkaufsgesellschaft,
Mindener Str. 36, 4000 Düsseldorf, Telefon (02 11) 77 40 21, Telex 08 58/1261

Auf den Märkten der Welt

Weißblech und Feinblech
Walzwerksprodukte
Rohstoffe und Baubedarf
Maschinen und Anlagentechnik

OTTO WOLFF

OW

Zeughausstr. 2 · D-5000 Köln 1
Tel. (0221) 1641-1 · Telex: 8817-0

WELTSTAHLINDUSTRIE / Der Strukturwandel geht machtvoll weiter

Nur Newcomer auf Wachstumskurs

Eine verkürzte Statistik liefert das Schlaglicht: Der Weltrohstahlverbrauch, der sich 1984 unerwartet stark um 9 Prozent auf 710 Millionen Tonnen Rohstahl erhöhen dürfte, wird nach den Schätzungen des Brüsseler Weltstahlinstituts (ISI) bis 1985 um nicht mehr als 5 Prozent auf 745 Millionen Tonnen steigen. So groß wie dieses Plus von 35 Millionen Tonnen ist allein schon der Produktionsanstieg, den nur zwei Newcomer auf der Weltstahlindustrie, dessen Relationen auch durch den weltweiten Produktionsanstieg 1984 nicht vermischt werden.

Ein Strukturwandel der Produktionsstandorte, der weiterhin zu Lasten der traditionellen großen Stahlregionen geht. Auch jenseits der beiden besonders stark expandierenden Länder China und Südkorea ist dieser Trend aus dem Zeitvergleich 1974 bis 1983 klar ersichtlich. Die Gruppe aller Entwicklungs- und Schwellenländer (Lateinamerika, Afrika ohne Südafrika, Mittlerer Osten, Asien ohne Japan, China und Nordkorea) hat in diesen zehn Jahren ihren Rohstahlaustausch auf 84 Millionen Tonnen verdoppelt und nähert sich dem Stahlverbrauch

nicht mehr teil. Ihr letzter Produktionsanstieg war 1974.

Seit damals und bis 1973 schrumpfte beispielsweise der Rohstahlaustausch in der EG um 31 Prozent, in den USA um 42 Prozent und auch in Japan um 17 Prozent. Die Volksrepublik China hingegen produzierte 1983 das Doppelte von 1974, Südkorea sogar das Sechsfache. Schlaglichter auf einen Strukturwandel in der Weltstahlindustrie, dessen Relationen auch durch den weltweiten Produktionsanstieg 1984 nicht vermischt werden.

Ein Strukturwandel der Produktionsstandorte, der weiterhin zu Lasten der traditionellen großen Stahlregionen geht. Auch jenseits der beiden besonders stark expandierenden Länder China und Südkorea ist dieser Trend aus dem Zeitvergleich 1974 bis 1983 klar ersichtlich. Die Gruppe aller Entwicklungs- und Schwellenländer (Lateinamerika, Afrika ohne Südafrika, Mittlerer Osten, Asien ohne Japan, China und Nordkorea) hat in diesen zehn Jahren ihren Rohstahlaustausch auf 84 Millionen Tonnen verdoppelt und nähert sich dem Stahlverbrauch

brauch gebracht, der in dieser Zeit um immerhin ein Drittel auf 95 Millionen Tonnen wuchs.

Der Zug zur Eigenversorgung, in der energieintensiven Stahlherstellung seit dem ersten Ölpreisschock von 1973 beflügelt, geht in dieser Ländergruppe unaufhaltsam weiter. Ein weiterer Aspekt dieses Strukturwandels ist für die marktwirtschaftlich orientierten großen Traditions-Stahlregionen nicht minder wichtig: Die Gruppe der Staatshandelsländer (Ostblock, China, Nordkorea) hat im Zeitraum 1974 bis 1983 ihre Weltanteile auf 38,8 (29,8) Prozent bei der Produktion und auf 40,1 (30,9) Prozent beim Verbrauch erhöht.

Rechnet man die nicht nach marktwirtschaftlicher Ordnung zumal in ihrer Grundstoffindustrie arbeitenden Entwicklungs- und Schwellenländer hinzu und auch noch die unter dem Doppeldruck von Strukturkrise und Subventionsfluß derzeit (noch) zwangsadministrierte EG-Stahlindustrie, so lagen 1983 bereits zwei Drittel der Weltstahlherzeugung außerhalb der Marktwirtschaft. (H)

Rohstahlherzeugung im Weltvergleich (in Millionen Tonnen)

Region / Land	1983	1982	1981	1980	1979	1978	1977	1976	1975
Westeuropa	145	142	139	133	134	134	135	134	128
davon EG insgesamt	109	110	106	102	102	102	102	102	102
davon Bundesrepublik	36	36	35	34	34	34	34	34	34
Italien	22	24	25	27	24	24	23	22	22
Frankreich	18	18	21	23	23	23	22	23	22
Großbritannien	15	14	16	11	22	20	20	22	20
Belgien	10	10	12	12	13	13	11	12	12
Ostblock	210	204	207	209	209	211	204	199	195
davon Sowjetunion	153	147	148	148	149	151	147	145	147
Polen	16	14	16	19	19	19	18	16	15
Tschechoslowakei	15	15	15	15	15	15	15	15	14
„DDR“	7	7	7	7	7	7	7	7	6
Nordamerika	89	80	124	117	139	139	127	129	119
davon USA	77	68	109	101	123	124	114	116	106
Lateinamerika	29	27	27	29	27	24	22	19	19
davon Brasilien	15	13	13	15	14	12	11	9	8
Mexiko	7	7	8	7	7	7	6	5	5
Asien	175	174	172	179	176	159	148	147	142
davon Japan	97	100	102	111	112	102	102	107	102
China (geschätzt)	40	37	36	37	34	32	24	20	8
Indien	10	11	11	10	10	10	10	9	8
Südkorea	12	12	11	9	8	5	4	4	2
Sonstige Regionen	16	17	19	21	25	20	20	18	15
davon Australien	6	6	8	8	8	8	7	8	8
Südafrika	7	8	9	9	9	8	7	7	7
Welt insgesamt	662	655	708	717	748	717	676	676	645

Alte Riesen suchen neue Kleider

Mit der ziemlich perfekten Großfusion zur „Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH“ wird in der Weltangliste der Stahlgiganten von 1985 an nach Thyssen erstmals seit langem auch ein zweiter deutscher Produzent unter dem ersten Dutzend vertreten sein. Unter den ersten zwei Dutzend der größten Produzenten in der freien Welt werden diese beiden neben Luxemburgs internationalem Arbed-Konzern zugleich die einzigen Europäer sein, die als privatwirtschaftliche Unternehmen organisiert sind. Frankreich, Großbritannien und Italien führen ihre Stahlgiganten teils seit langem und teils durch den Druck der zehnjährigen EG-Stahlkrise (Frankreich) als Staatsunternehmen, in Belgien ist zumindest die „Staatsverwandschaft“ von Cockerill-Sambre als zweifelsfrei anzusehen.

Ein traurig stimmendes Resultat. Denn die Hoffnung, daß die EG-Stahlindustrie mit dem Ende von Zwangs-Krisenmanagement und Subventionswahnst von Anfang 1986 an in fairen Leistungswettbewerb der subventionstüchtigen zurückkehren kann, bleibt bei so großem Marktgewicht von allem leicht zu subventionierenden Staatsunternehmen eine fragile Sache. Doch solches Resultat aus der vom Brüsseler Weltstahlinstitut zusammengestellten Rangliste der größten Produzenten in der freien Welt bestätigt nur abermals Altbekanntes.

Zu neuem Kommentar reizt der Blick auf die künftig drei europäischen Privatwirtschaftler im ersten Dutzend der Giganten. Da haben wir einerseits den Arbed-Konzern, der seine am Abgrund entlangtappende deutsche Arbed-Saarstahl-Gruppe (2,8 Millionen Tonnen 1983er Rohstahlaustausch) faktisch schon aus dem internationalen Konzernverbund „verstoßen“ hat. Und andererseits die Krupp/Klöckner-Stahlfusion, die sich Australiens Rohstoffriesen CRA als 35-Prozent-Gesellschafter gesichert hat.

Der nähere Blick auf diese beiden Fälle sagt viel zur Überlebensfähigkeit deutschen Potentials im weltweiten Stahlgeschäft. Auf der einen Seite Arbed-Saarstahl mit ebensoviel Schulden wie Umsatz und ergo erdrückend hoher Zinslast. Auf der anderen Seite Krupp/Klöckner,

zwar auch noch mit extrem hohen Schulden von einem halben Jahresumsatz – aber mit einem CRA-Partner, der fast so viel Eigenkapital wie Umsatz hat und seine Finanzkraft in die weltweite Vermarktung modernster deutscher Stahlwerkstechnologie einbringen will.

Subventionsfreies Überleben von Arbed-Saarstahl, darüber sind sich wohl alle Experten einig, setzt Entlastung auf der Passivseite (Vergleichsverfahren) voraus. Uneinig sind sich die Experten darüber, ob denn den Australiern bei Krupp/Klöckner über die Langfrist-Sicherung ihrer Eisenerzlieferungen hinaus die tatsächlich der große Wurf zur zukunftsreichen Teilhabe an der Veredelung ihrer Rohstoffe in neuen Stahlherzeugungsverfahren gelingt, die zumal durch Umgehung des üblichen Hochtemperaturprozesses verlockend viel an Energie- und Kapitaleinsatz sparen sollen.

Immerhin gibt es da in der Welt-

stahlindustrie schon eine Parallele. 1983 übernahmen (nachdem die „fast schon“ lauffähig gemachte CRA lieber auf Klöckners neue Verfahren setzte) Japans Kawasaki-Stahlgigant und Brasiliens staatlicher Erzgigant CVRD die gescheiterte Kaiser Steel Corp. in Kalifornien (2,8 Millionen Tonnen Jahreskapazität). Das Ziel auch hier: die Kombination von moderner Stahlwerkstechnologie mit dem Absatz- und Veredelungsinteressen des Erzlieferanten.

Die neuen Kleider, in die etablierte Stahlproduzenten mit solchen grenzüberschreitenden Kooperationen schlüpfen, sind in jüngster Zeit, zumal in der Stahlindustrie der USA, in Mode gekommen. Beflügelt wurde das sowohl durch die kartellähnlichen Untersuchungen geplanter Großfusionen innerhalb der überalterten US-Stahlindustrie als auch durch die protektionistische Abschottung des amerikanischen Stahlmarktes vor einem weiteren

Anschwellen der Importe. Eindeutig voran marschieren dabei die Japaner, vor allem Nippon Kokan mit seiner -60-Prozent-Beteiligung am viergrößten US-Stahlproduzenten National Steel. Auch die großen Japaner Sumitomo und Kobe Steel sowie Nisshin Steel (1983 2,6 Millionen Tonnen Rohstahl) haben (kleinere) Beteiligungen an amerikanischen Stahlunternehmen erworben.

Dieser Einzug der Japaner ist offensichtlich noch nicht zu Ende. Japans weltgrößter Produzent Nippon Steel bekundet starkes (bisher noch nicht konkretisiertes) Interesse an einem großen US-Engagement: Sumitomo und Kobe Steel verhandeln derzeit über „neue“ Beteiligungen.

In der Bundesrepublik hingegen, dem größten Stahlstandort Westeuropas, ist der Dreibund Krupp/Klöckner/CRA der einsam herausragende Kooperationsfall mit internationaler Dimension. Erwähnenswert wäre da allenfalls noch der Mannesmann-Konzern, dessen Rohstahlaustausch 1983 zu einem Sechstel von der brasilianischen Tochter stammte, der aber zumindest sein deutsches Stahlpotential komplett auf die eigene Weiterverarbeitung zu Röhren konzentriert hat.

Der Branchenführer Thyssen hat seine Ausflüge in ausländisches Stahlpotential (Brasilien, Frankreich) im Zuge der Stahlkrise schon seit langem rückgängig gemacht. Die neuen Kleider für den Stahlbereich bedeuten hier wie bei allen großen EG-Produzenten ein möglichst „maßgeschneidertes“ Reduzieren der Kapazitäten.

Nicht anders in den USA und in Japan. Auch in jenen Ländern hat kein in der Weltangliste der drei Dutzend größten Produzenten jemals wieder die im Boomjahr 1974 erreichte Tonnage erreicht – es sei denn durch zwischenzeitliche Fusionen. Kräftig gewachsen sind dagegen von Südkorea über Taiwan bis nach Brasilien die Zwerge von einst. Auch dies ist ein Reflex der weltweiten und noch längst nicht beendeten Strukturverschiebungen in der Standortfrage der Stahlherzeugung. So wird denn auch der Prozeß der Neuorientierung deutscher Stahlunternehmen über Krupp/Klöckner hinaus wohl noch weitergehen.

JOACHIM GEHLHOFF

Rang/Unternehmen	Land	Rohstahlaustausch (in Millionen Tonnen)			
		1983	1982	1981	1974
1. Nippon Steel	Japan	26,9	28,3	29,6	38,5
2. US Steel	USA	13,4	11,0	21,2	30,8
3. British Steel	Großbritannien	12,7	11,4	13,2	19,3
4. Finsider	Italien	12,2	13,3	13,9	13,6
5. Nippon Kokan	Japan	11,4	12,0	12,6	16,2
6. Kawasaki	Japan	10,4	10,9	11,4	14,9
7. Sumitomo	Japan	10,3	10,9	11,4	14,6
8. Thyssen	Deutschland	10,0	9,6	11,6	16,3
9. Arbed Gruppe	Luxemburg	9,8	9,9	11,0	14,5
10. Bethlehem Steel	USA	9,7	9,5	15,2	20,2
11. Usinor	Frankreich	9,0	8,8	10,6	9,5
12. Pohang Iron & Steel	Südkorea	8,4	8,8	8,2	1,2
13. Jones & Laughlin	USA	4,9	5,9	9,9	7,5
14. Socior	Frankreich	4,3	4,7	7,5	5,8
15. National Steel	USA	4,2	5,0	7,4	9,6
16. Steel Authority of India	Indien	4,1	4,7	6,6	3,9
17. Kobe Steel	Japan	4,1	4,4	6,7	8,1
18. Inland Steel	USA	3,7	4,7	7,3	7,3
19. Republic Steel	USA	3,7	4,6	6,6	9,6
20. Broken Hill	Australien	3,5	4,3	7,5	7,8
21. Iscor	Südafrika	3,4	4,4	6,9	4,3
22. Arco Steel	USA	3,4	4,8	7,4	8,1
23. Cockerill-Sambre	Belgien	4,7	4,6	6,5	9,0
24. Klöckner-Werke	Deutschland	4,4	4,2	4,5	3,7
25. Stelco	Kanada	4,3	4,2	4,0	5,0
26. Hoogovens	Holland	4,3	4,1	4,7	4,1
27. Voest-Alpine	Österreich	4,2	4,0	4,4	4,1
28. Hoesch	Deutschland	3,9	4,1	4,7	6,8
29. Krupp-Stahl	Deutschland	3,9	4,0	4,9	4,5
30. Ensidesa	Spanien	3,8	4,5	4,8	5,2
31. Mannesmann	Deutschland	3,7	4,0	4,5	5,1
32. China Steel	Taiwan	3,4	2,3	1,6	—
33. Dofasco	Kanada	3,4	3,3	3,9	2,8
34. Salzgitter	Deutschland	3,1	3,5	4,1	5,5
35. Cosipa	Brasilien	2,9	1,9	2,5	0,8
36. CSN	Brasilien	2,9	2,3	2,3	1,4

Anlagenmodernisierung für die Hüttenindustrie

Für Neubau, Erweiterung oder Modernisierung von Stranggießanlagen und Walzwerken bieten wir ein umfassendes Potential an technischem Know-how, weltweiter Erfahrung und vielfältigen Kooperationsmöglichkeiten.

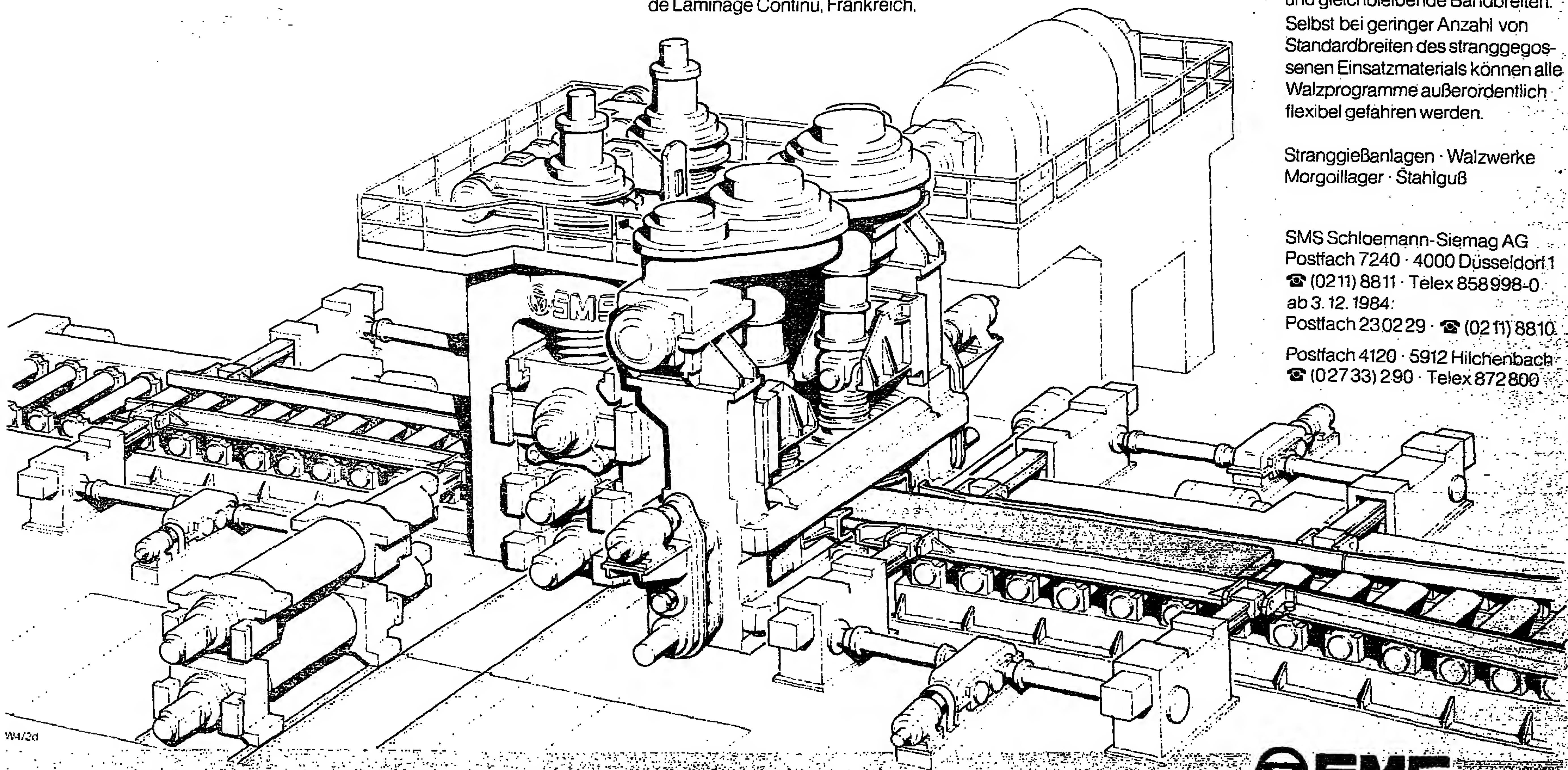
Das 2-Meter-Warmbreitband-Walzwerk der SOLLAC, Société Lorraine de Laminage Continu, Frankreich,

modernisierten wir gemeinsam mit unserem Kooperationspartner FCB Fives-Cail Babcock durch eine neu konzipierte Vorstraße, unter anderem bestehend aus einem Quattro-Umkehrgerüst und einem direkt vorgeordneten schweren Vertikal-

stauchgerüst. Der Rationalisierungseffekt ist beachtlich. Das Bundgewicht stieg von 13 auf 28 Tonnen. Das Vertikalstauchgerüst erlaubt große Breitenreduzierungen. Reaktionsschnelle Systeme zur Walzanstellung und Breitensteuerung sichern einwandfreie Bandenden und gleichbleibende Bandbreiten. Selbst bei geringer Anzahl von Standardbreiten des stranggeformten Einsatzmaterials können alle Walzprogramme außerordentlich flexibel gefahren werden.

Stranggießanlagen · Walzwerke
Morgoillager · Stahlguß

SMS Schloemann-Siemag AG
Postfach 7240 · 4000 Düsseldorf 1
☎ (0211) 8811 · Telex 858 998-0
ab 3. 12. 1984:
Postfach 230229 · ☎ (0211) 8810
Postfach 4120 · 5912 Hilchenbach
☎ (02733) 290 · Telex 872 800



SMS

Modernisierungswelle bei den Stahlwerken

Sie hatten es schon im vergangenen Juni, auf der Düsseldorf-Messe '84 gespürt: Die Unternehmen des Hütten- und Metallbauhandels für Stahl- und NE-Metallindustrie erleben auf dieser weltgrößten Fachmesse ihrer Branche ein unerwartet starkes Interesse von Investoren aus der Weltstahlindustrie.

Es beschränkte sich nicht auf Verbote. Auch bei den Ausstellern nicht, die sich, (gleichfalls unerwartet) schnell entschlossen, diese junge und in ihren Kreisen während der letzten Planjahre nicht unumstrittene Fachmesse im Fünf-Jahres-Rhythmus mit Gießerei- und thermoprozessfachmessen als Düsseldorf Dreieck für die gesamte Metalltechnik fortzusetzen.

Messe-Präsident Heinrich Weiss, Vorstandsvorsitzender des wohl weltgrößten Hütten- und Metallbauhandels-SMS Schloemann-Siemag AG, führt das für die einschlägigen Anlagenbauer und Zulieferanten sehr positive Messe-Ergebnis im Gespräch mit der WELT vor allem auf zwei Faktoren zurück:

Einerseits habe die Messe erneut mit zahlreichen Fachbesuchern aus Entwicklungs- und Ostblockländern ihre Funktionsfähigkeit erwiesen. Der potentielle Investor kommt zum gebührenden Informations- und Leistungsangebot vieler (zum erheblichen Teil auch ausländischer) Produzenten, die ihrerseits da bequemere Kontakte knüpfen als beim kostspieligen Herumreisen nach Aufträgen aus aller Welt. Andererseits wurde die Messe '84 gestützt durch die Tatsache, daß im Zuge der Umstrukturierungs- und Modernisierungsinvestitionen in der EG-Stahlindustrie die staatlichen Beihilfen nach EG-Subventionskodex nur für Objekte möglich sind, die bis Ende 1985 betriebsbereit werden.

Da ist nun eine regelrechte Modernisierungswelle in Gang gekommen. Da stehen etliche deutsche Anlagenbauer, weil einige größere Anlagen (beispielsweise die neue Stranggießanlage für Hoesch) erst in den letzten Wochen geordert wurden; inzwischen zusammen mit ihren Kunden unter großem Zeitdruck. Auf Teilgebieten ihres Geschäfts erleben sie nach der von 1981 bis 1983 dauernden Flaute- und Schrumpfungsperiode des Anlagenbaus eine Aufschwung, den man schon Boom nennen kann.

Eine vom EG-Subventionskodex diktierte und terminierte Scheinflüte der also 1986 ein neues, tiefes Loch folgen könnte? Nicht nur bei SMS, auch bei anderen großen Hütten- und Metallbauhandelsunternehmen wie Mannesmann-Demag und Krupp-Industrie-technik-Stahltechnik ist die Antwort auf diese Frage eine Mischung aus Sorge und Hoffnung.

Käme es, so formulieren die deutschen Anlagenbauer, ab 1986 tatsächlich zu einem Ende der Stahl-Subven-

tionslawine, dann würde das auch den endgültigen (bisher immer noch erst teilweise) Verzicht auf überflüssige Kapazitäten in der EG-Stahlindustrie bedeuten. Und dann wären die Stahlindustrien in anderen EG-Ländern gezwungen, ihren auch heute noch zum guten Teil bestehenden technischen Leistungsrückstand gegenüber den im Durchschnitt moderneren Deutschen aufzuholen.

Erhebliches Modernisierungspotential wittern da die Anlagenbauer zum Beispiel noch in Frankreich, Großbritannien und auch in Italien. Es könnte, wenn die EG-Stahlindustrie endlich zum marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb der Produzenten zurückkehrt, durchaus eine

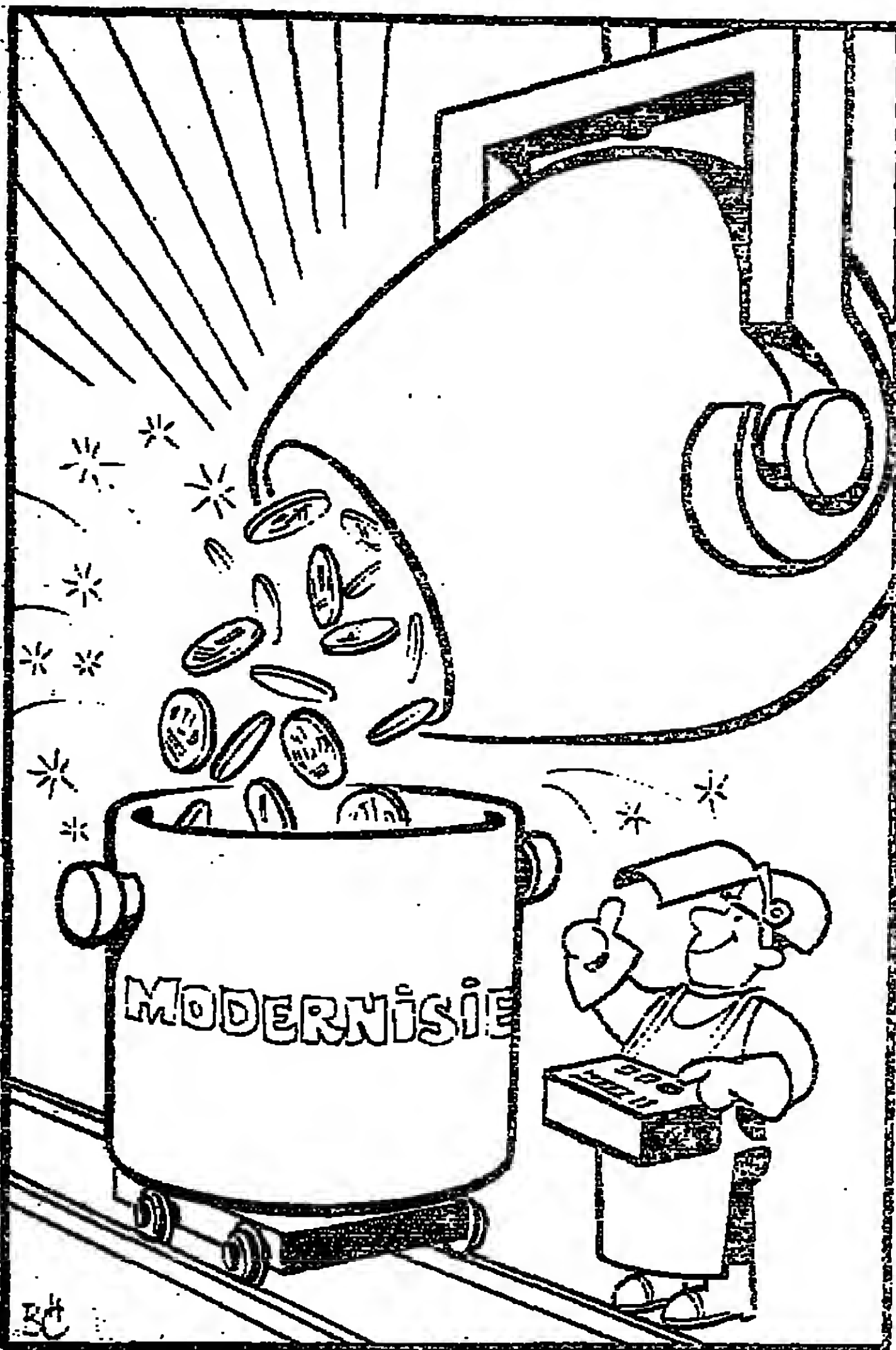
gegend den Abschied von den einst gewohnten Großprojekten bedeuten. Zwischenbilanz dieses Abschiednehmens: Weltweit und mit Schwerpunkt in den Entwicklungsländern sind derzeit 50 neue Projekte für den Bau von Mini-Stahlwerken (auf Schrott-, Direktreduktions- oder sonstwie „hochofenfreier“ Basis) auszumachen. Große neue Hüttenwerkskomplexe hingegen wurden seit Jahren nur in zwei Fällen begonnen (Südkorea und China). Anderswo verschwanden sie in den Schubladen oder wurden (Brasilien und Mexiko) mitten im Bau wieder gestoppt.

Es paßt in diesen Trend, daß auch im weltgrößten Stahlhand, der Sowjetunion, mit zehnjähriger Verspätung gegenüber den Industrieländern der freien Welt nun der Marsch in eine Stahlverwendung einsetzt, die mit höheren Qualitäten des Werkstoffs den spezifischen Stahlverbrauch pro Endprodukt deutlich verringert, das weitere Mengenwachstum der Stahlproduktion also bremst.

Vom neuen Fünfjahresplan (ab 1986) erwarten die Anlagen-Zulieferanten der freien Welt denn auch in erster Linie Aufträge mit dem Akzent auf Modernisierung bestehender Hüttenwerke und mit dem Doppelziel von Qualitätssteigerung und Kostensenkung. Für die einst auf Großprojekte konzentrierten Hütten- und Metallbauhandelsunternehmen folgt aus dieser Generallinie ihres aktuellen und künftigen Geschäftes auch eine (bereits begonnene) Umstrukturierung im eigenen Haus. Die Unternehmen waren es gewohnt, groß und schwer und mit der auf Großanlagen ausgelegten Overhead-Kostenlast zu konstruieren und zu kalkulieren. Das Mini-Stahlwerksgeschäft mit seinen bis hin zum Walzwerk „leichteren“ Anlagen bringt da eine neue „Leichtfüßigkeit“ kleinerer Angebote mit größerer Flexibilität im Markt wie bei den eigenen Kosten.

Schönstes Kind ihrer Produktpalette bleibt für die Anlagenbauer die Stranggießtechnik. Stranggießanlagen, die durch Energiekostensenkung und höhere Rohstahl-Verwertbarkeit ihre Investitionskosten in vier Jahren einbringen, sind nach wie vor die „Trauminvestition“ der Stahlindustrie.

Nach dieser noch relativ jungen Technik wurden 1983 bereits 240 Millionen Tonnen oder 38 Prozent des Welt-Rohstahl-Ausstoßes über Strang (statt über Kokillen) vergossen; 1990 sollen das 500 Millionen Tonnen oder 65 Prozent werden. Auch dieser rasante Aufschwung wird dank technischem Fortschritt schon von einer „Modernisierung in der Modernisierung“ begleitet. Hier und heute leisten es sich große Stahlkonzerne bereits, eine erst zehn Jahre alte Stranggießanlage durch eine modernere zu ersetzen. JOACHIM GEHLHOFF



ZEICHNUNG: KLAUS SCHLE

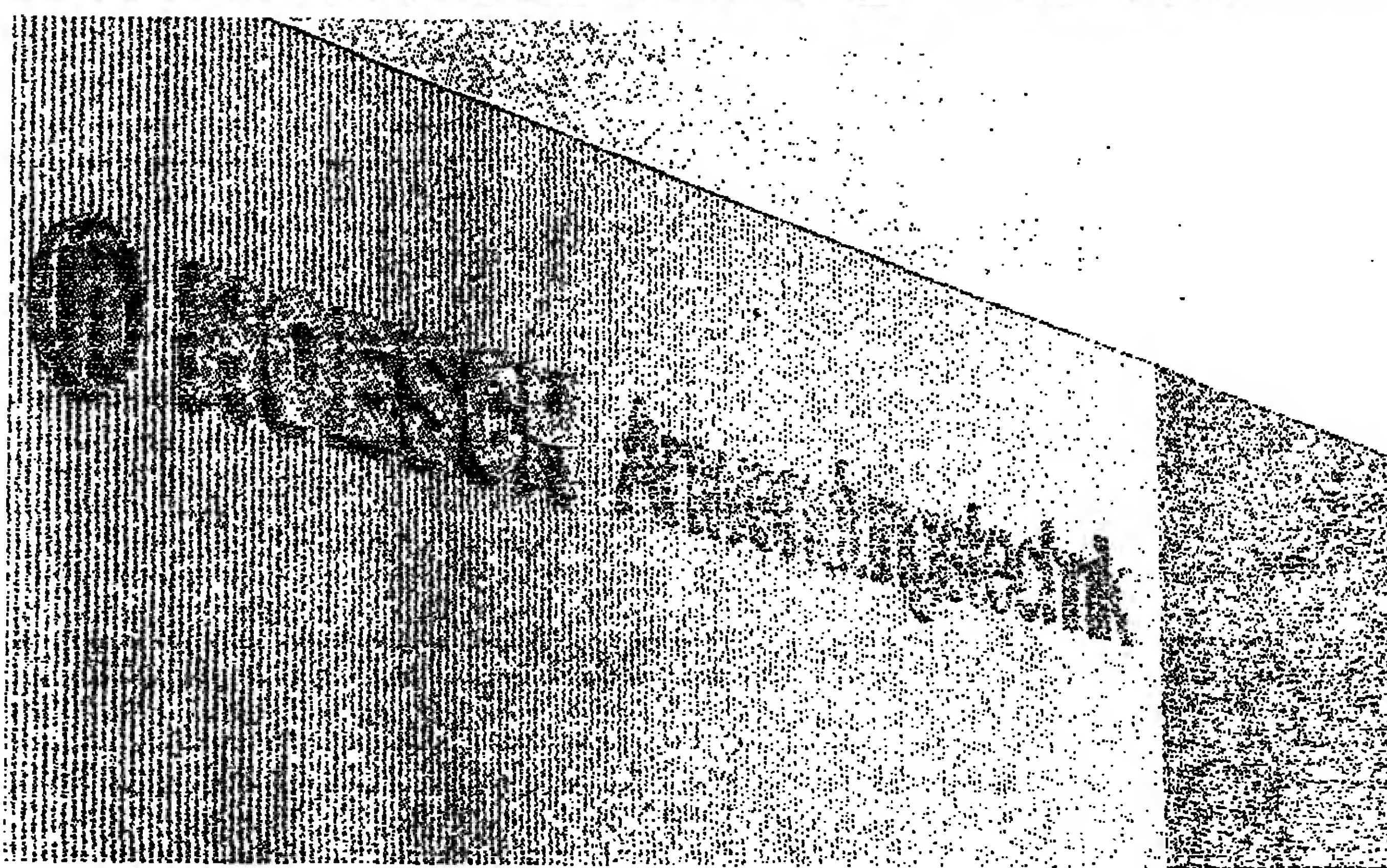
Fortsetzung der zur Zeit von Subventionen beflügelten Modernisierungswelle beschreiben.

Auch unabhängig von solcher auf den EG-Raum konzentrierten Hoffnungen sehen die deutschen Hütten- und Metallbauhandelsunternehmen (ebenso wie ihr in Europa größter Konkurrent, die österreichische Vöest-Alpine AG) auch weltweit die Zukunft ihres Geschäfts vornehmlich in Modernisierungsinvestitionen ihrer Kundschaft, daneben im Vormarsch der Mini-Stahlwerke.

Das ist einerseits der Trend zur kostenoptimalen Erzeugung höherer Stahlqualitäten. Der Hinweis, daß es heute bereits Walzwerke und Produktionsverfahren gibt, bei denen die Qualitätskontrolle des hochwertigen Produkts zwischen 30 und 50 Prozent der gesamten Herstellkosten ausmacht, zeigt sinnfällig die hier ablaufende Fortentwicklung des „traditionellen“ Werkstoffs Stahl.

Und andererseits gibt es den anhaltenden Trend zum Wachstum der Stahlproduktion nur noch in jungen Stahlländern der Dritten und Vierten Welt. Ein Strukturwandel der Standorte, der für die Anlagenbauer weit-

Wir geben dem Stahl Zukunft durch Innovation und Präzision.



Innovation wird bei Hoesch großgeschrieben, heute wie früher. So sind Entwicklungen und Fortschritte in der Welt des Stahls mit dem Namen Hoesch eng verbunden. Bei Hoesch hat man sich mit dem Erreichten noch nie zufriedengegeben, das gilt auch heute.

In den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Hoesch wird ständig daran gearbeitet, wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen und in die Praxis umzusetzen.

Hoesch hat sich nicht allein durch Innovation beim Stahl profiliert, sondern auch durch Präzision einen Namen gemacht. Präzision bei Hoesch bedeutet: Strengste Qualitäts-sicherungsprogramme, modernste Produktionssysteme, intelligente Prozeßsteuerungen. Ein Beispiel für viele: Hoesch baut die größte Durchlaufgieße für Feinbleche

in Europa. Mit dieser Großinvestition stellen sich unserer Forschung die vielfältigsten Aufgaben, zu deren Lösung die speziell hierzu konzipierte Versuchsanlage der Hoesch Stahl AG beiträgt.

Die Hoesch-Anwendungstechnik schafft somit Innovation und Präzision für diese Technologie schon vor dem Anlaufen der Produktionsanlage. Wir setzen neue Maßstäbe, die ein hohes Niveau der Qualität, der Toleranzen und Termintreue für unsere Kunden schaffen.



Hoesch AG
Eberhardstraße 12
Postfach 1600
D-4600 Dortmund 1

Telefon (02 31) 8 44-1
Telefax (02 31) 8 44-44 00
Telex 8 22 123 hsw d

Informationen über Anzeigen in

Sonderveröffentlichungen und Reports

erteilt Ihnen gern:

DIE WELT Anzeigenabteilung
Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36
Telefon 0 40 / 3 47 42 64, 3 47 43 83, 3 47 41 11

Dem Stahl wird kräftig eingeheizt

Wir machen das Schmelzen schneller und rationeller...

Was für das Kamin- oder Grillfeuer der Blasebalg, das ist für den Schmelzofen die „Spritze“ mit Sauerstoff. Wird die Gieß- bzw. Verbrennungsluft im Ofen mit Sauerstoff angereichert, steigt die Schmelzleistung. Die verkürzte Schmelzzeit spart zugleich Energie.

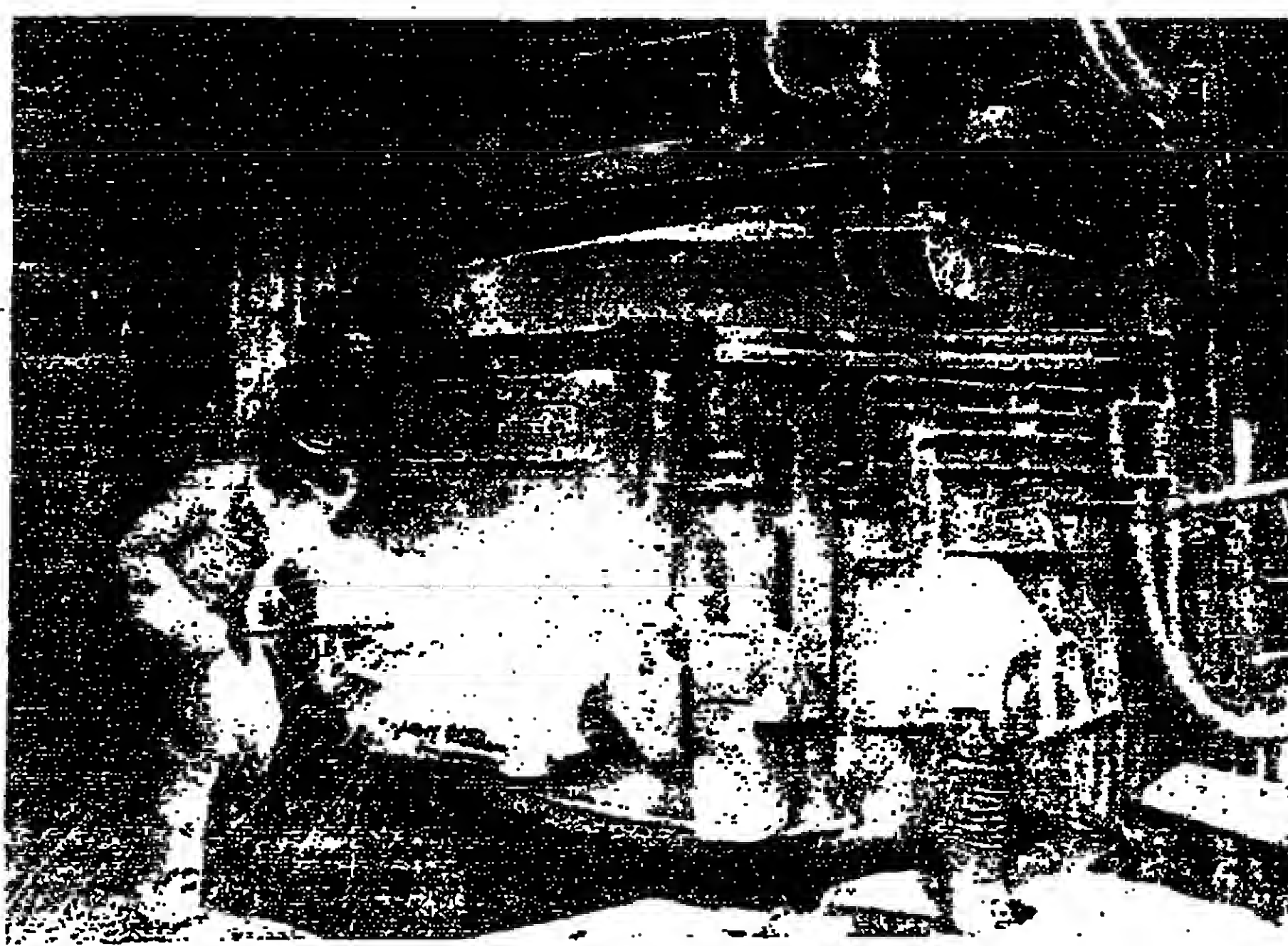
Für das Einschmelzen von legierten Stählen im Lichtbogen-Ofen bietet Messer Griesheim ein Hochleistungs-Schmelzverfahren, das mit einem Brennstoff-Sauerstoff-Brenner arbeitet. Der selbstkühlende Oxypr-Brenner verkürzt die Einschmelzzeit und senkt die Energiekosten.

Das Verfahren eignet sich für Stahlschrott, aber auch für Grauguß und NE-Metalle.

... und erhalten den Glanz von edlen Metallen.

Schutzgase sind unentbehrlich beim Glühen, Härten, Sintern, Aufkohlen, Nitrieren und Karbonitrieren von Metallen. Messer Griesheim liefert dafür „fertige“ Schutzgase nach Maß. Beim Glühen genügt meist als Schutzgas Stickstoff, um die unerwünschte Oxidation der Metalloberfläche zu verhindern. Soll mit dem Gas eine besondere metallurgische Wirkung erzielt werden, dann müssen spezielle Reaktionsgase zugesetzt werden.

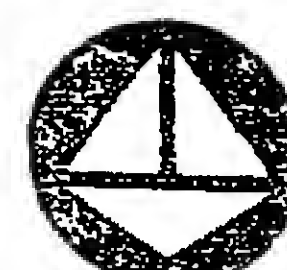
Sauerstoffreicher Oxypr als Leistungs-spritze in einem Lichtbogenofen (Foto aufgenommen bei Mannesmann-Demag).



Mit Wasserstoff als Schutzgas geblühter Edelstahlrohr

Messer Griesheim GmbH
Industriegase
Homburger Straße 12
4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 4 203-242

MESSER GRIESHEIM
Gase + Kälte Schweißen + Schneiden



Überall dabei, wo Metall bearbeitet wird.

Mit den Produktreihen Industriegas, Schweiß- und Schneidtechnik gehört Messer Griesheim seit vielen Jahrzehnten zu den unentbehrlichen Servicepartnern von Industrie, Gewerbe und Wissenschaft.

Schweiß- und Schneidsysteme von Messer Griesheim sind international bekannt. Geräte und Maschinen, Gase und Versorgungsanlagen. Zusatzwerkstoffe. Moderne Metallbearbeitung wäre ohne den Beitrag von Messer Griesheim heute undenkbar.

Wir sind marktführendes Softwarehaus für Bildschirmtext mit überdurchschnittlicher Expansion. Unsere selbständigen Repräsentanten sind durch praktische und theoretische Einarbeitung kompetente Gesprächspartner für Klein- u. Mittelbetriebe aller Branchen in der Bundesrepublik.



Für unsere Vertriebsgebiete DÜSSELDORF, KÖLN, BERLIN, STUTTGART, BREMEN, HAMBURG, MANNHEIM, BAYERN suchen wir je einen

GENERALAGENTEN

mit der Befähigung zur systematischen und konsequenten Marktbearbeitung, der Bereitschaft zu langfristiger Zusammenarbeit und der Eignung, weitere Mitarbeiter zu trainieren, zu organisieren und zu führen.

Unser Produkt, Software für den Bildschirmtext, ist preiswert, qualitativ hochwertig und konkurrenzlos. Der Markt ist unbegrenzt. Es gilt, ein interessantes Angebot informativ zu präsentieren und erfolgreich zu verkaufen.

Unter zukünftiger Mitarbeiterarbeit als freier Handelsvertreter. Außer

der Faszination eines neuen Mediums, dem die Zukunft und die Märkte von morgen gehören, bieten wir mögliche Jahreseinkünfte auf Provisionsbasis um DM 200 000,- p. a.

Das hochwertige elektronische Agentenprogramm, Ausbildung, regelmäßige Seminar-, Vertriebs- und Werbeunterstützung im professionellen Stil, ca. DM 50 000,- kann finanziert werden (monatl. Belastung ca. DM 500,-).

Wir bitten um ausführliche Bewerbungsunterlagen. Start wird kurzfristig erwartet.

Aargus
PROMOTION-SERVICE GMBH
6734 Lambrecht/Platz Postfach 1249
Rudolf-Breitscheid-Str. 1 Btx 44321

COSTA RICA

(Die Schweiz Mittelamerikas)

Bau- und Planung mit Sitz in der Hauptstadt San-Jose unter deutscher Leitung bei hochinteressanten Projekten in den schönsten Gegenden dieses Landes anzubieten.

Die Honorargebühren liegen ca. 30% unter den Durchschnittspreisen in Deutschland.

Für eine Person und ganz besonders Vertriebsfachleute aus allen Postleitzahlen der BRD, NL und CH mögen sich zu einem ersten Informationsgespräch melden unter F 12 581 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Unser Repräsentant in Deutschland ruft Sie sofort an.

General-Werksvertretung/ Wanderniederlassung ges.

Ausländische u. Auslieferungsmöglichkeiten sowie Lagerraum für Warentransport kann mit übernommen werden. Wir bieten groß- und kleinteiliges Büro m. allem Service (auch Eigenkapital) im norddeutschen Raum.

Ang. u. B. 11 044 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Osteuropa / China

Deutscher, Schweizer Daueraufenthalt, Ende Vierzig, Schnellstarter, gewinnorientiert, 30 Jahre Osteuropa u. Fernost, Medikamente, Hintergrund Bankpraxis und Management, Aufenthalt diskret.

Chiffre J 10728 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Übernahme Auslieferungslager

Eigene, massive Lagerhalle, Betonbauweise, 900 m² (1200 m² Büro, Telefon, Halle, Büroalarm, gesichert. Großer Hof, Auffahrt 2. jeder Lastzug, Bg. Lkw. Merve, der 813 / 24-Stapler vorhanden. Im Raum Offenbach, Baden, 10 Min. zur Autobahn Basel-Karlsruhe. (Evtl. auch Verpachtung.)

Zuschr. u. B. 11 044 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für Krankengymnasten/innen u. Bewegungstherapeuten

auch kurz vor der Anerkennung, Möglichkeit zur selbständigen Arbeit geboten. Im Rahmen einer Beteiligung eines Therapiezentrums, eigener Arbeits- und Kapitalanlass erforderlich.

Ang. erb. u. B. 10 982 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

IDEEN · PATENTE GEBRAUCHS- MUSTER

zur Verwertung gesucht.

2 Hamburg 13, Postfach 32 31 51

Repräsentation Europa

Handelt es sich bei einer Botschaft von dem Delegierten für Europa (EG u. Comecon) in ein intern. orient. Unternehmen, entg. finanz. Rahmen zu integrieren. Durch d. Mission mit dem Delegierten.

Ang. u. B. 10 938 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen zur besseren Auslastung Verbindungen.

Wir bieten im Raum 493: Halle, 200 m²; Werkstatt, 120 m²; Büro, 60 m²; sonst. Lagerfläche, Stapler, 7,5 t Lkw. Ang. erb. u. B. 11 015 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Der Bereich „Computersysteme“

soll weiter ausgebaut werden (großer Auftragsbestand). Wir suchen das „Seminarhotel“ oder das Internat, welches diesen Markt gemeinsam (Beteiligung) mit uns ausbaut.

Zuschr. erb. u. B. 10 985 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Deutsch-Amerikan.

Unternehmensberatung bietet bei geringem Kostenaufwand (Monatspauschale) Einstieg in den US-Markt und die Handels-Kontaktpflege in der Form, als hätten Sie Ihre eigene US-Filiale. Zur Besprechung Nov./Dez. in Deutsch. Anfragen an: Fa. W. Scholtz, Seefeldstr. 88, 1 Berlin 12, Tel. 0 30 / 3 12 39 47

Schweden!

Sind Sie an Export interessiert? Zuschr. unt. F 11 042 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Das Unternehmen Harren KG, Aachen, versorgt erfolgreich Kliniken und Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland mit Verbandstoffen und Medical-Produkten.

Für bisher vakante Verkaufsgebiete in Bayern, Baden-Württemberg und Berlin suchen wir den/die

freien/freie Handelsvertreter/in

auch Mehrfirmenvertreter, leistungsorientiert, dynamisch, mit seriösem Erscheinungsbild und Berufserfahrung.

Mit unternehmerischem Einsatz – bei leistungsbezogenen Provisionssätzen – möchten wir gemeinsam gesteckte Unternehmensziele erreichen.

Im Dienste der Medizin

Unternehmen der Medizin-Pharma-Branche

mit eingeführten Pharmareferenten sucht ab 1985 geeignete Vertretung für den Raum Berlin.

Büro-Organisation sowie Lager einschließlich Fuhrpark vorhanden.

Angebote unter C 11105 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ang. erb. u. B. 10 982 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in der Schweiz bietet Ihnen Seriosität

Nutzen Sie Ihren Steuervorteil, wickeln Sie Ihre Geschäfte über die Schweiz ab. Wir bieten Ihnen Postanschrift, Telex, Telefon, Sekretariat, Schriftverkehr wird in Deutsch, Englisch und Italienisch erledigt. Wir gründen Ihnen auch Firmen in Steuermotivzonen.

J. Richter, CH-6825 Capolago, Postfach 50

Industrievertretung Maschinen und Anlagen

Gut ausgestattetes Ingenieurbüro mit erfahrenen Mitarbeitern sucht Vertretung für ein technisch anspruchsvolles, beratungsintensives Produkt (Raum Norddeutschland) z. B. Marktanalyse, Einführung, Intensivierung bestehender Verbindungen.

Kontaktaufnahme bitte unter T 10964 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

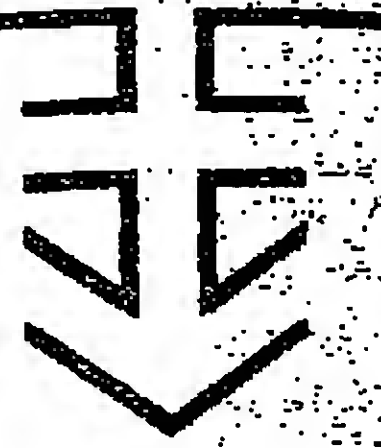
PR-Journalist

Presse-Fotograf und Texter, regelmäßige Veröffentlichungen in der Presse, bietet interessierten Firmen u. Privatpersonen PR-Reportagen. Präsentieren Sie Ihr Unternehmen, Produkt oder Dienstleistung werbend und einmalig anders.

Super-Angebot: 4 Seiten DIN A4, Kunstdruck, 27 000 Auflage, von der Textkonzeption/Fotos inkl. Satz- u. Druckkosten, pro Seite DM 1350,-. Eine interessante Alternative zur Anzeigenwerbung, ideal als Vertellerprospekt o. als Beilage zur Zeitung.

Kontakt: Tel. 02 01 / 97 95 84 oder unter V 10966 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ihre Bewerbung mit Lichtbild richten Sie bitte schriftlich an: Firma Harren KG Aachen, Eifelstraße 1c, D 5100 Aachen, Telefon (02 41) 50 70 60-63-65. Absolute Diskretion sichern wir Ihnen zu.



HARREN

Stelle: In zentraler Lage Augsburgs 8000 m² Freifläche, DB-Gleisanschluss mit 20-t-Laufkran. Entspr. Fuhrpark, Ladeeinrichtungen sowie Verwaltung (auch für Schüttgüter) eingerichtet.

Suche: Kapazitäten – z. B. für Auslieferung- oder Zwischenlager, Verkauf o. a.

Ang. erb. u. B. 10 764 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Teilhaber gesucht

150 000,- DM Einlage. Privater deutscher Radiosender im Ausland sucht stillen Teilhaber, hohe Rendite durch Werbeeinnahme. Zuschriften unter N 11028 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

● ● ● unterschreiben?

vollautomatisch – wie von Hand! AS-Unterschriften-Computer Hamburg. Tel. 0 40 / 6 91 38 51

Ehrgeiziger Juwelier

Uhrmacher u. Goldschmied, 30 J. u. alleingewonnenes Juweliersgeschäft zur evtl. Übernahme. Ang. erb. unt. A 11 105 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsmann

Ist in der Zeit vom 29. 12. 84 bis 10. 01. 85 in New Delhi/Indien. Übernahme noch Kurierdienste. Anfragen unter Postfach 35 21, 8520 Erlangen. Fa. Import-Verband.

Sie verreisen – Ihre WELT reist mit

Reisenachsendung

für Ihr tägliches WELT-Abonnementsexemplar bitte rechtzeitig bestellen, möglichst nicht später als 10 Tage vor Reiseantritt.

Was ist zu tun?

Entweder benachrichtigen Sie Ihre WELT-Vertriebsstelle, oder Sie rufen den Leser-Service WELT unter der Sammelnummer

(040) 3 47 38 13 an.

Einer,
der HÖRZU
zu Hause
hat.

HÖRZU
Beste Unterhaltung seit es Fernsehen gibt



Udo Jürgens